

Protokolle

der

Stadtvertretung

für die Zeit

von 22. Nov. 1945 bis 12. Sept. 1946

Nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
Am Donnerstag, dem 22. November 1945 um 16 Uhr
im Rathause, Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister J e s s e n als
Vorsitzender,

folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
Glissmann, Hanke, Hofmann, Huck,
Kleinwort, Köhler, Langensee,
Mahlow, Matthiessen Carl,
Matthiessen Käte, Möller, Ramcke,
Oppermann, Ramcke Herbert,
Röttger, Schacht.

Herr Landrat Dr. Wupperman
nimmt als Gast teil.

Angestellter G a u als
Protokollführer.

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden
und dankt besonders Herrn Landrat
Dr. Wupperman für sein Erscheinen.

Die Mitglieder der Stadtvertretung, die
nach der Bestätigung durch die Militär-
regierung zu ihrer ersten Sitzung zusam-
mengetreten sind, werden nach einleitenden
Worten vom Bürgermeister in ihr Amt
eingeführt und auf gewissenhafte Erfüllung
ihrer Aufgaben verpflichtet.

Sodann wird gemäß der an die Mitglieder
der Stadtvertretung zugestellten Tages-
ordnung folgendes verhandelt:

Zu 1): Wohnraum der früheren
Parteiengenossen.

Der Bürgermeister bezieht sich auf den
von der Wohnungskommission eingebrachten
Antrag, den Wohnraum der früheren Partei-
engenossen erheblich einzuschränken.

Nachdem die im Entwurf vorliegenden Rich-
tlinien eingehend besprochen worden sind,
wird die Angelegenheit zur Debatte ge-
stellt.

Der Entwurf der Richtlinien wird in allen
Teilen von der Stadtvertretung einstimmig
angenommen. *S. Schulz*

Zu 2): Erlaß einer neuen Satzung
für die Stadt Wedel.

Der Bürgermeister bezieht sich auf den
den Mitgliedern der Stadtvertretung be-
reits zugestellten Entwurf der zu erlas-
senden Satzung und stellt die Angelegen-
heit nach weiterer mündlicher Begründung
zur Debatte.

In der Aussprache erklären sich die
Stadtvertretungsmitglieder mit dem Erlaß
der im Entwurf vorliegenden Satzung unter
folgenden Änderungen einverstanden:

Ziff. I. wird unverändert angenommen.

Ziff. II. erhält folgende Fassung:

Der Bürgermeister wird von der Stadt-
vertretung auf die Dauer von 6 Jahren
gewählt. Der Bürgermeister hat in der
Stadtvertretung Sitz und Stimme, bei
Stimmgleichheit die entscheidende
Stimme.

Rax

Der Bürgermeister wird in Fällen der Behinderung von einem von der Stadtvertretung gewählten Stadtrat vertreten.

Stimmverhältnis 23 gegen 2 Stimmen.

Ziff. III. wird unverändert angenommen.

Ziff. IV. wird unverändert angenommen.

Ziff. V. erhält folgende Fassung:

Die Stadtvertretung muß einen bezahlten Stadtdirektor und einen bezahlten Stadtkämmerer ernennen.

Der Stadtdirektor und der Stadtkämmerer sind die besoldeten Abteilungsleiter des Hauptamtes und der Stadtkasse der Stadtverwaltung. Diese Ämter dürfen weder von einer gleichen Person noch von Personen bekleidet werden, die in verwandschaftlichen Beziehungen zueinander stehen.

Die Einstellung und Entlassung der übrigen Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung und der Städtischen Betriebe erfolgt durch Beschluß des Bürgermeisters und der gewählten 6 Stadträte.

Stimmverhältnis 24 : 1 .

Ziff. VI. wird unverändert angenommen.

Ziff. VII. wird unverändert angenommen.

Ziff. VIII. wird unverändert angenommen.

Ziff. IX. wird unverändert angenommen.

Ziff. X. wird gestrichen.

Stimmverhältnis 13 : 12 .

Ziff. XI. wird gestrichen.

Stimmverhältnis 14 : 11 .

Ziff. XII. wird unverändert angenommen.

Der Schreibfehler im 2. Wort wird berichtigt in " Stadtvertretung".

Ziff. XIII. erhält folgende Fassung:

Die Hauptsatzung der Stadt Wedel vom 16.2.37 in der Fassung vom 10.10.39 tritt mit sofortiger Wirkung außer Kraft.

3.) Wahl der Stadträte.

a.) Stadtrat für das Fürsorgewesen:

Vorgeschlagen werden die Ratsherren
Barthel und Frau Matthiessen.

Stimmverhältnis : Barthel 11 Stimmen
Frau Matthiessen 14 Stimmen

Gewählt ist demnach Frau Matthiessen. ✓

b.) Stadtrat für das Wohnungs- und Gesundheitswesen.

Vorgeschlagen werden die Ratsherren
Hanke und Langensee.

Stimmverhältnis: Langensee 14 Stimmen
Hanke 11 Stimmen,

Gewählt ist demnach Langensee.
Hanke

c.) Stadtrat für das Schulwesen, Jugendpflege und Kulturpflege:

Vorgeschlagen werden die Ratsherren
Huck und Matthiessen.

Stimmverhältnis: Matthiessen 13 Stimmen
Huck 12 Stimmen.

Gewählt ist demnach Matthiessen. ✓

d.) Stadtrat für das Bauwesen:

Vorgeschlagen werden die Ratsherren
Glissmann und Bosch.

Stimmverhältnis: Glissmann 13 Stimmen
Bosch 11 Stimmen.

Gewählt ist demnach Glissmann.
Glissmann

e.) Stadtrat für das Feld- und Forstwesen:

Vorgeschlagen wird der Ratsherr Röttger,
der einstimmig gewählt wird.

f.) Stadtrat für die Stadtwerke:

Vorgeschlagen werden die Ratsherren
Beerbaum und Balke.

Stimmverhältnis: Beerbaum 13 Stimmen
Balke 11 Stimmen
1 Stimme enthalten.

Gewählt ist demnach Beerbaum. ✓

4.) Wahl des Stadtdirektors und Stadtkämmerers.

Die Wahl wird zurückgestellt, da die Stelle
noch nicht frei ist.

5.) Anfragen außerhalb der Tagesordnung:

- a) Ratsherr B a l k e bittet den Bürgermeister um Aufklärung über den Zuckerdiebstahl.
- Der Bürgermeister erklärt, daß kurz vor dem Zusammenbruch die Firma A l l w o an ihn herangetreten sei wegen eines Ausweichlagers. Das sei der Firma in der Schule Altstadt zur Verfügung gestellt worden. 50 Sack Zucker sind dann auch in der Schule gelagert worden. Gefahren hat der Werkmeister P e t e r s von den Stadtwerken; die Firma hat dafür bezahlt, wie das auch in anderen Fällen geschehen ist. Als jetzt die Firma die Ware wieder wegnehmen wollte infolge eines Abkommens mit der A r o m a x zeigte sich, daß 14 Sack Zucker fehlten. Die Polizei hat eingehende Ermittlungen angestellt, die zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Vorfall ist jetzt an die Staatsanwaltschaft in Itzehoe abgegeben.
- b) Ratsherr S c h a c h t erbittet Aufklärung darüber, ob Grundstücke des früheren Marinegeländes an ehemalige Offiziere der Marine veräußert worden sind.
- Der Bürgermeister erklärt hierzu, daß die Marine verschiedene Grundstücke an Angehörige der Marine veräußert habe, wogegen er als Bürgermeister Einspruch erhoben hätte. Die Stadtgemeinde Wedel wird jeden Verkauf eines Grundstückes aus dem enteigneten Gelände entgentreten, da die Stadt nur nach einheitlicher Planung des Gesamtgeländes (Fischereihafen etc.) Verkäufen zustimmen wird.
- c) Ratsherr B e e r b a u m wünscht Aufklärung darüber, ob an die Firma Kalow in Wedel (Ostpreuß. Flüchtling) Gelände der Marine an der Feldstraße veräußert worden ist.
- Der Bürgermeister erklärt hierzu, daß er von einem Kauf des Geländes nichts wisse. Auch sei ihm die Pachtung des Grundstückes nicht bekannt. Darauf stellt Herr Beerbaum den Antrag, die Stadtvertretung möge eine Kommission ernennen zur Prüfung sämtlicher städtischer Grundstücksverkäufe während der Nazi-Herrschaft daraufhin, ob die Grundstücke an Bewerber aus Gründen ihrer Parteizugehörigkeit (NSDAP.) verkauft worden seien.
- Der Bürgermeister regt an, den Antrag bis zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung zurückzustellen. Die Versammlung stimmt ohne Abstimmung dieser Anregung zu.
- d) Ratsherr B a l k e bittet, die Tagesordnung mindestens 5 Tage vor der Sitzung der Ratsherren den Beteiligten zuzustellen, was der Bürgermeister zusagte.

e) Verschiedene Ratsherren beschwerten sich darüber, daß die Preise des Brennholzes zu hoch sind. Der Bürgermeister bittet den Protokollführer G a u als Sachbearbeiter die Ratsversammlung hierüber aufzuklären.

G a u erklärt, daß die Holzpreise von der Preisbehörde in Pinneberg genehmigt sind. Sie wurden errechnet auf Grund einer Rentabilitätsberechnung, die sich aus folgenden Punkten zusammensetzt:

- 1) Preis für Drehholz ab Stamm
- 2) Werbungskosten: Kosten für die einschlagende Firma
- 3) Unkosten durch den Wachdienst.
- 4) Prämienzahlung in Holz an die Holzarbeiter.
- 5) Unkosten der Stadtverwaltung durch den Holzeinschlag.

Auf Grund dieser Punkte hat die Preisbehörde den Raummeterpreis auf 26.70 RM festgesetzt. Hieraus wurde der Zentner-Preis von

- 2,70 RM für Scheitholz
- 3,20 RM für Scheitholz (gesägt in Ofenlänge)
- 4,40 RM für Scheitholz (gesägt in Ofenlänge und zu Kleinholz gespalten)

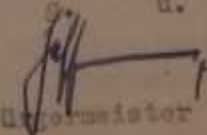
errechnet und von der Preisbehörde bestätigt.

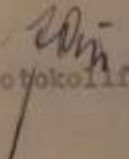
Weiter erklärte G a u, daß heute die Überörtliche Preisbehörde der Regierung durch Revision von Pkt. 1) eine Preisherabsetzung und Pkt. 5) eine vollständige Streichung der tatsächlichen Unkosten

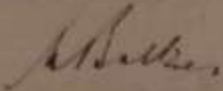
vorgenommen hat. Die hierdurch entstandene Einsparung ergab eine Preisherabsetzung wie folgt:

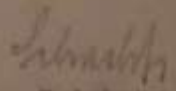
- 2.-- RM für 1 Ztr. Scheitholz
- 2.50 RM für 1 " Scheitholz (gesägt in Ofenlänge)
- 3.70 RM für 1 " Scheitholz (gesägt in Ofenlänge und zu Kleinholz geschlagen).

Da keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung.

v. G. u.

Bürgermeister

Beglaubigt:

Protokollführer


Ratsherr


Ratsherr

Richtlinien

Teil I Wohnraum der früheren Nationalsozialisten.

I.

1. Funktionäre der früheren NSDAP und ihrer Gliederungen, Organisationen, Verbände und Unternehmungen, Mitglieder der Gestapo, sowie Beamte und Behördenangestellte, die vor dem 1.4.33 Mitglieder der NSDAP. waren und
2. sonstige frühere Nationalsozialisten, die als solche in Ueblere Weise, vor allem eigensüchtig oder zum Nachteil anderer hervorgetreten sind, haben sich in ihrem Wohnbedarf einzuschränken.

II.

1. Die vorstehend bezeichneten früheren Nationalsozialisten können als Eigentümer, Mieter, Untermieter oder Eingewiesene aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden. Mietverträge usw. sind in diesen Fällen vom Zeitpunkt der Ausweisung an als nichtig zu behandeln.
2. Sie müssen enger zusammenrücken, als es nach den allgemeinen Bestimmungen und Richtlinien vorgesehen ist.
3. Sie können in Gemeinschaftslager eingewiesen werden.

III.

1. Die Bestimmung zu Ziff. II gilt für alle in Ziff. I/1 bezeichneten Personen. Die Bestimmungen sind auch auf solche Personen anzuwenden, die zu einem früheren Zeitpunkt Funktionär oder Mitglied im Sinne Ziff. I/1 waren. Den Einzelfall prüft der in Ziff. III/2 genannte Ausschuss. Dieser Ausschuss bestimmt auch für jeden Einzelfall, was als gleich zu bewertende Stellung im Sinne I/1 gilt. Wenn das Wohnungsamt beabsichtigt, in Ziff. I bezeichnete Personen nicht aus der Wohnung auszuweisen; (Ziff. II/1) sondern sie nur räumlich zu beschränken (II/2) so ist der Vorgang der Wohnungskommission zur Entscheidung vorzulegen.
2. Ob die Voraussetzung zu Ziff. I/2 gegeben ist, bestimmt die Wohnungskommission, die aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden, dem Stadtrat für das Wohnungswesen, einem weiteren Ratsherren und dem Leiter des Wohnungsamtes besteht. Der Bürgermeister kann den Vorsitz an den Stadtrat für das Wohnungswesen abgeben.
Die Ermittlung führt der Leiter der Wohnungskommission, in seiner Vertretung der Stadtrat für das Wohnungswesen in Assistenz mit dem beigeordneten Ratsherren.
3. Gegen die Entscheidung der Wohnungskommission ist nur die Dienstaufsichtsbeschwerde über den Herrn Bürgermeister an den Herrn Landrat in Finneberg gegeben. Einer solchen Beschwerde ist aufschiebende Wirkung beizumessen.

IV.

1. Allgemein werden die Wohnungen der zu Ziff. I bezeichneten Personen inzwischen bereits zusätzlich belegt und ausgelastet sein, und zwar mit Personen, die nicht zu den zu Ziff. I bezeichneten Kreisen gehören.
Um abgeschlossene Wohnungen zu gewinnen, (zur Unterbringung von Personen, die durch den Nationalsozialismus benachteiligt wurden) sind erforderlichenfalls Umquartierungen vorzunehmen. Die Umquartierten sind möglichst bei anderen Nationalsozialisten einzuweisen s. Ziff. II/2.

2. Nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Mittwoch, dem 12. September 1945 um 16 Uhr
im Rathaus, Sitzungssaal.

2

Anwesend:

Bürgermeister **Jessen** als
Vorsitzender,

folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

- Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
- Brand, Bremer, Dziubek, Sydeler,
- Glismann, Hanke, Hofmann, Huck,
- Kleinwort, Köhler, Langensee,
- Mahlow, Matthiessen Carl,
- Matthiessen Käte, Müller, Rancke,
- Oppermann, Rancke Herbert, Röttger,
- Schacht.

Angestellter **Gau** als
Protokollführer.

Angestellte **Karp** als
Stenotypistin.

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und
eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

Der Bürgermeister weist darauf hin, daß der
Militärgouverneur ihn angewiesen habe,
folgendes mitzuteilen:

"Die beschlossene Satzung entspricht nicht
den Anordnungen. Diese Anordnungen seien
ein Befehl der Militärregierung.
Der Militärgouverneur weise darauf hin, daß
die Gemeindevertretung nicht in Kraft tritt,
bis die neue Verfassung von der Militärre-
gierung genehmigt ist.

Inbesondere habe er anweisungsgemäß folgen-
des hervorzuheben:

1. Die Satzung tritt erst in Kraft, nachdem
sie von der Militärregierung genehmigt
ist.
2. Der Bürgermeister wird von der Militär-
regierung gewählt. Falls ein Ersatz für
ihn erforderlich ist, wird auch dieser
von der Militärregierung ernannt.
3. Auch in Übrigen entspricht die beschlos-
sene Satzung in einzelnen Punkten wie
z.B. Beteiligung der Beamten, Angestell-
ten und Arbeiter an der Politik und die
Unzulässigkeit, daß Beamte, Angestellte
und Arbeiter der Stadt zugleich Ratsherren
sind, nicht den Anordnungen.

Hierauf ist die beschlossene Satzung hin-
fällig, ebenso die Wahlen der Stadträte
und der Beschluß bezüglich Behandlung des
Wohnraumes ehemaliger Nationalsozialisten."

Weiter weist der Bürgermeister darauf hin,
daß der neue Satzungsentwurf entscheidende
Änderungen gegenüber dem bisherigen Inhalte
enthält.

In den Ratsherren Gelegenheit zu geben, sich
über den neuen Entwurf auszuäußern, unter-
halten, unterbricht der Bürgermeister die
Sitzung alsdann um eine Stunde.

Um 17,25 Uhr wird die Sitzung von Bürgermei-
ster wieder eröffnet.

2. Ob die betreffenden Personen aus ihren Wohnungen mit der in Ziff. II/1 bezeichneten Rechtsfolge ausgewiesen werden sollen oder ob anges. Zusammenbrücken genügt, bestimmt der Ausschuß.
3. Es soll versucht werden, auf alle Fälle eine größere Zahl abgeschlossener Wohnungen ganz frei zu machen.

V.

1. Der Bürgermeister ist bis auf weiteres zum 1. und 15. eines jeden Monats erstmalig am 15.12.1945 zu melden:
 1. welche Wohnungen ganz freigeworden sind,
 2. welche Wohnungen zusätzlich belegt worden sind,
 3. bei welchen Wohnungen im Zeitpunkt der Meldung die Überprüfung angeordnet war, aber noch nicht abgeschlossen, und zwar in allen 3 Fällen mit Namen, früheren Funktion des Wohnungsinhabers in der Partei etc. und Wohnung, Raumzahl, Zahl und Art der Belegung, Größe der Räume und Höhe der Miete.

VI.

Diese Weisungen beruhen auf einem Ratsherrnbeschuß vom 22.11.45 und sind mit aller Strenge durchzuführen.

VII.

Das Wohnungsamt des Kreises Pinnberg erhält Abschrift dieser Richtlinien zur gefälligen Kenntnisnahme.

bayern-ling
gdm



..... *Oppermann*
die Wohnungskommission

Namens der gesamten Ratsherren erklärte der Ratsherr
S c h a c h t folgendes:

"Wir haben uns entschlossen, daß es für uns nicht we-
deres geben kann, als die vorgeschlagene Satzung annu-
ehmen.

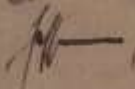
Wir möchten den Herrn Gouverneur jedoch bitten, vor Be-
nehmigung der Satzung die Ratsherren S c h a c h t,
O p p e r m a n n und B a l k e zu empfangen, um
nochmals unsere Gedanken über die Ziffern XIII und XIV
(Politik) vorzutragen."

Hierauf erklärt der Bürgermeister, daß er den Herrn
Militärgouverneur den Wunsch der Ratsherren alsbald zu-
terbreiten werde.

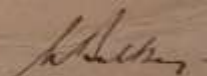
Nachdem der Bürgermeister in einzelnen strittige Punkte
geklärt hatte, wurde zur Abstimmung geschritten. Der
Entwurf der vorgeschlagenen Ortsatzung v. 12. Dezember
1945 wird von der Stadtvertretung einstimmig angenommen.

Die Sitzung wurde gegen 18 Uhr von Bürgermeister ge-
schlossen.

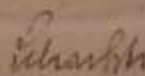
v. G. U.



Bürgermeister



Ratsherr



Ratsherr



Protokollführer

3. Nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Montag, dem 31. Dezember 1945 um 12 Uhr,
im Rathaus, Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister J e s s e n als
Vorsitzender,

folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler, Gliss-
mann, Hanke, Hofmann, Huck, Klein-
wort, Köhler, Langensee, Mahlow,
Matthiessen Karl, Matthiessen Käte,
Möller, Ramcke, Ramcke Herbert,
Röttger, Schacht, Japp.

Angestellter G a u als
Protokollführer.

Angestellte K a r p als
Stenotypistin.

Der Bürgermeister begrüßt die An-
wesenden - insbesondere den neu-
en Ratsherrn Heinrich J a p p,
welcher für den ausscheidenden
Ratsherrn Herman Oppermann ein-
getreten ist - und eröffnet die
Sitzung um 12 Uhr.

Die Tagesordnung umfaßt folgen-
de Punkte:

- 1) Satzungsänderung
- 2) Wahl der Stadträte
- 3) Vorschlag für den vom Militärgouverneur zu ernennenden ehrenamtlichen Bürgermeister

Ratsherr M a n l o w stellt den
Antrag, Punkt 2 und Punkt 3 der
Tagesordnung auszutauschen. Dem
Antrag wird einstimmig zuge-
stimmt.

Pkt. 1: "Satzungsänderung".

Der Militärgouverneur hat durch
Schreiben vom 20.12.1945 bei der
Überprüfung der in der letzten Rats-
versammlung beschlossenen Satzung
festgestellt, daß in Ziffer VI fol-
gender Zusatz eingeschaltet werden
muß:

"Weder persönlich noch in geschäft-
licher Beziehung."

Außerdem muß eine weitere Ziffer hin-
zugefügt werden, die die Ziffer
Nummer XVI erhält, und zwar mit fol-
gendem Inhalt:

Ziff. XVI: Zusätze und Änderungen
dieser Satzung bedürfen
der Genehmigung der Mi-
litärregierung.

Diese Abänderungen werden von der
Ratsversammlung einstimmig angenom-
men.

Pkt. 2: "Vorschlag als ehren-
amtlicher Bürger-
meister."

Hierzu erläutert der Bürgermeister
die neugeschaffenen Stellungen des eh-
renamtlichen Bürgermeisters und Stadt-
direktors.
Weiter teilt der Bürgermeister mit,
daß er vom Militär-Gouverneur zum
Stadtdirektor bestimmt sei.

Aldann

Als dann wurden als ehrenamtlicher Bürgermeister vorgeschlagen:

Heinrich Schacht und
Andreas Huck.

Die Abstimung, die geheim erfolgte, ergab:

13 Stimmen für Huck
11 Stimmen für Schacht und
1 Stimmenthaltung,

somit wird der Ratsherr Andreas Huck dem Militär-Gouverneur als ehrenamtlicher Bürgermeister vorgeschlagen.

Huck stimmt dem Vorschlag zu.

Hierauf wurde die Sitzung um 20 Minuten unterbrochen, um den Ratsherren Gelegenheit zu geben, sich über die Besetzung der Stadträte zu einigen. Nach der Pause wurde die Sitzung vom Bürgermeister wieder eröffnet.

Pkt. 3: Wahl der Stadträte.

Ratsherr Balke erklärt, zwischen den beteiligten Parteien sei eine volle Übereinstimmung erreicht.

In Vorschlag gebracht wurden:

- a) für d. Angelegenheiten d. öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege : Frau Käthe Matthiessen
- b) f. d. Wohnungswesen : Otto H a n k e
- c) f. d. Gesundheitswesen : Heinrich Glissmann
- d) f. d. Schulwesen : Karl Matthiessen
- e) f. Kultur-, Sport- und Jugendpflege : Georg Hofmann
- f) f. d. Bauwesen : Heinrich Schacht
- g) f. die Stadtwerke : Heinz Beerbaum
- h) f. d. Feld- und Forstwesen : Heinrich Röttger

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Hierauf wurde die Sitzung um 13.20 Uhr geschlossen.



Ratsherr

v. g. u.
Bürgermeister

Ratsherr

Protokollführer

4. Nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Dienstag, dem 15. Januar 1946 um 19 Uhr
im Rathaus, Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister J e s s e n als
Vorsitzender,

folgende Mitglieder der
Stadtvertretung:

Balke, Barthel, Beerbau, Bosch
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
Glissmann, Hanke, Hofmann, Huck,
Kleinwort, Köhler, Langensee, Mahlow,
Matthiessen Karl, Matthiessen Käte,
Möller, Ramcke, Ramcke Herbert,
Röttger, Schacht Japp

Angestellter G a u als
Protokollführer.

Angestellte Hufe als
Stenotypistin.

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden
und eröffnet die Sitzung um 19,10 Uhr.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

- 1) Satzungsänderung (Ziff. XIV, VI u. X)
- 2) Durchführungsbestimmungen zur
Ortssatzung
- 3) Verschiedenes.

Pkt. 1): Satzungsänderung.

Bürgermeister J e s s e n gibt bekannt:

Der Kreistag hat in seiner letzten Sitzung
beschlossen, daß mit Ausnahme der höheren Be-
amten und Angestellten, sich Beamte, Angestell-
te und Arbeiter sich parteipolitisch betätigen
können. Danach müßte die Ortssatzung,
Ziff. XIV. Abs. 2 folgenden Wortlaut haben:

"Dem Leiter der Stadtverwaltung (Stadtdirek-
tor) und allen Beamten der Besoldungsgruppe
A4w2 und höher sowie allen Angestellten,
der Gruppe V TO.A und höher ist es verbo-
ten in irgendeiner Form an der Parteipoli-
tik teilzunehmen."

- Ratsherr S c h a c h t bedauert, daß
nicht alle Beamten und Angestellten sich po-
litisch betätigen können und hofft, daß die
Zeit kommen wird, wo auch diesem Personenkreis
die volle politische Freiheit gegeben wird. -
Diese Satzungsänderung wird einstimmig an-
genommen.

Weiter führt Bürgermeister J e s s e n aus,
daß bei der Bearbeitung der Durchführungsbe-
stimmungen weitere Änderungen in der Orts-
satzung erforderlich geworden sind.

In Ziff VI Abs. 3 erhält der 1. Satz folgen-
de Fassung:

"Der Stadtkämmerer ist der besoldete Leiter
des städtischen Rechnungsamtes."

Auch diese Änderung wird einstimmig angenom-
men.

7

In Ziffer X wird das Wort 'Kommissionen' durch das Wort "Ausschüsse" und das Wort 'Kämmereikommission' durch "Finanzausschuß" ersetzt. Ziffer X erhält demnach folgenden Wortlaut:

"Der Stadtdirektor ist verpflichtet, die Stadträte zur Beratung grundsätzlicher Fragen ihres Arbeitsgebietes heranzuziehen.

Die Bildung von Ausschüssen für die unter IX genannten Verwaltungszweige wird in den zu dieser Satzung zu erlassenen Durchführungsvorschriften geregelt.

Auch die Bildung eines Finanzausschusses, deren Vorsitzender der Stadtdirektor ist, wird in den Durchführungsvorschriften bestimmt."

Diese Abänderung wurde einstimmig angenommen.

Ziffer V: Ratsherr B a l k e bittet, die Beschlußfähigkeit der Stadtvertretung von der Anwesenheit der Hälfte der Ratsherren abhängig zu machen und beantragt, Ziffer V. wie folgt zu ändern:

"Zur Beschlußfähigkeit der Stadtvertretung ist die Anwesenheit der Hälfte der Ratsherren erforderlich. Es werden keine Amtshandlungen durchgeführt, solange nicht mindestens die Hälfte der Ratsherren anwesend ist.

Die Beschlüsse der Stadtvertretung müssen vor ihrer Durchführung von der Militärregierung genehmigt werden."

Diese Abänderung wird einstimmig angenommen.

Pkt. 2): Durchführungsbestimmungen.

Die vorbereiteten Durchführungsbestimmungen werden mit nachfolgenden Abänderungen von der Ratsversammlung einstimmig angenommen:

Abschnitt 5): In Ziffer V wird das Wort "ein Drittel" in "die Hälfte" abgeändert.

Weiter erhält Abs. 2 der Ziffer V. folgende Fassung:

"Über die Verhandlungen der Stadtvertretung ist durch einen vom Stadtdirektor zu bestimmenden städtischen Beamten oder Angestellten während der Sitzung eine Verhandlungsniederschrift zu fertigen und am Schluß der Sitzung zu verlesen und vom Bürgermeister, 2 Ratsherren und dem Protokollführer zu unterschreiben.

Abschnitt 6): Im ersten Absatz wird das Wort 'Genannten' in "Stadtdirektor" abgeändert.

Ratsherr S c h a c h t bittet um Aufklärung, warum der Stadtdirektor nicht - wie in Pinneberg der Kreisdirektor - gewählt worden ist.

Die Ratsversammlung wird sich einig darüber, daß der Bürgermeister diese Angelegenheit mit der Militärregierung besprechen wird.

Pkt. 3): Verschiedenes.

a) Bürgermeister J e s s e n teilt mit, daß das Grab des Ehrenbürgers der Stadt Wedel, Kunstmaler Rudolf H ö c k n e r , der Pflege dringend bedarf. Er regt an, das Höckner'sche Grab durch die Stadt Wedel in dauernde Pflege und Obhut zu nehmen, was ohne Widerspruch angenommen wurde.

b) Weiter teilt Bürgermeister J e s s e n mit, daß das städtische Museum in der Klüsterstraße infolge des Kriegsgeschehens in einem recht schlechten Zustand sich befindet. Die Sammlungsgegenstände liegen ungeordnet und verschmutzt herum. Nach sachverständiger Auskunft hat diese keinen großen Wert. Nach Ansicht von Sachverständigen wird diese Sammlung - wenn sie nicht in ordentliche Pflege genommen wird - völlig verkommen und wertlos werden. Keine der dort befindlichen Gegenstände läßt sich auf die kulturgeschichtliche Entwicklung der Stadt zurückführen.

Ratsherr H a n k e stellt den Antrag, den Zustand des Museums durch eine Kommission zu prüfen und das Ergebnis der nächsten Ratsversammlung vorzulegen. Die Kommissionmitglieder werden durch Zuruf ernannt, und zwar

Bürgermeister Jessen,
die Ratsherren Hanke, Huck, Hofmann,
Matthiessen Karl, Ramcke Herbert,
Langensee.

Es wird beschlossen, am Sonntag, dem 20.1.46 - 10 Uhr - eine Besichtigung des Museums vorzunehmen.

c) Der Bürgermeister verlas eine Eingabe des früheren Betriebsleiters H ü m m e . H . bittet, wieder eingestellt zu werden.

Die Versammlung beschließt, diesen Fall der Entnazifizierungskommission, die unter c) weiter erläutert wird, zu übergeben.

d) Die Dienstaufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister wird durch einstimmigen Beschluß auf jährlich 1200.-- festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit gibt Bürgermeister Jessen bekannt, daß die Militärregierung die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters bestätigt hat. Die Einführung wird am Donnerstag, dem 17.1.46 abends 19 Uhr stattfinden.

e) Der Bürgermeister Jessen berichtet, daß im Kreise der Ratsherren die Vermietung des Hauses Holland in der Bahnhofstr. kritisierend erörtert worden sei. Es wird behauptet, der Leiter des Wohnungsamtes habe

habe die Vermietung nur mitgemacht, weil er unter Druck und Anweisung des Bürgermeisters gestanden habe. Ergänzend erklärt der Bürgermeister hierzu, daß die Vermietung Besondere Schwierigkeiten machte, weil aus Handelskreisen Angebote vorlagen zwecks Einrichtung eines Industriebetriebes. Das Wohnungsamt hat in Übereinstimmung mit ihm den Antrag abgelehnt, um das Haus für Wohnzwecke zu erhalten. Weiter war die Vermietung deshalb schwierig, weil für die teuren Wohnungen Bewerber nicht gefunden werden konnten. Durch die Vermietung an leitende Angestellte der Firma Aromax ist gleichzeitig erreicht, daß zwei wesentlich billigere Wohnungen für Wohnungssuchende frei geworden sind. Herr O p p e r m a n n hätte heute ausdrücklich bestätigt, daß er sich seine Auffassung durchaus teile und daß er sich in keiner Weise unter Druck und Anweisung des Bürgermeisters stehend gefühlt habe. Auch Oppermann hält die getroffene Lösung für die richtige. -

Ratsherr B a l k e und Ratsherr S c h a c h t erklären, daß sie nichts von dieser Angelegenheit wüßten und teilen die gleiche Auffassung des Bürgermeisters.

- f) Die Ratsherren bitten den Bürgermeister nochmals, Schritte wegen Freigabe der Leerstehenden Baracken im Umsiedlungslager Rissenerstraße bei der Militärregierung zu unternehmen.
- g) Ratsherr H a n k e berichtet über die Verkehrsstörung durch das Umfüllen von Fässern vor dem Hause Scheunemann, Bahnhofstr. 67. Bürgermeister Jessen erklärt hierzu, daß die verantwortliche Firma bereits Polizeiaufgabe über Abstellung des Übelstandes erhalten hat.
- h) Ratsherr G l i s s m a n n berichtet über die schlechten Wegeverhältnisse am Breiten Weg. Bürgermeister Jessen wird dieses an das städtische Bauamt weiterleiten.
- i) Ratsherr L a n g e n s e e fragt an, ob die Stadtverwaltung Veranstalter der Wedeler Kunstabende sei. Die Eintrittspreise hierfür seien für die Wedeler Verhältnisse zu hoch. Bürgermeister J e s s e n erklärt hierzu, daß der Veranstalter dieser Abende ein Dr. Hans Harbeck aus Hamburg sei, der mit der hiesigen Kartenverkaufsstelle die Abende gestaltet. Es besteht die Absicht, eine Wedeler Kulturgemeinde ins Leben zu rufen. Die Vorbereitungen hierfür sind bereits getroffen.

- k) Um den Ratsherren Gelegenheit zu geben, sich swanglos über den Ersatz eines ausscheidenden Ratsmitgliedes zu äußern, wird die Sitzung auf 20 Minuten vertagt.

21.30 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Für den ausscheidenden Bürgermeister Jessen ist ein neuer Ratsherr vorzuschlagen. Vorgeschlagen werden

Kaufmann Heinrich J e n s und
Schlosser Fritz B i e r n o t h.

Die geheime Abstimmung ergab 14 Stimmen für Jens und
10 Stimmen für Biernoth
1 Stimmenthaltung.

Der Bürgermeister wird den Vorschlag J e n s der Militärregierung zur Bestätigung vorlegen.

b) Ratsherr S c h a c h t erklärt, daß die Bevölkerung mit der Entnazifizierung der Behörden nicht zufrieden sei. Da auch der Kreis die Sache zu langsam vorantreibt, halte er die Bildung einer Entnazifizierungskommission aus den Reihen der Ratsmitglieder für zweckmäßig. Diese Kommission soll alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der städtischen Betriebe auf ihre politische Zuverlässigkeit prüfen, und diejenigen Fälle herausuchen, die dem Herrn Militärgouverneur zur Nachprüfung übergeben werden sollen. Ratsherr Mahlow wies bei dieser Gelegenheit auf den Fall des Stadtinspektors J e n s hin. Bürgermeister Jessen erklärt hierzu, daß er keine Möglichkeit habe, ohne Genehmigung der Militärregierung J e n s zu entlassen. Er erklärt weiter, daß dieser Fall im Augenblick der Provinzial-Militärregierung in Kiel vorliegt.

Vorgeschlagen für die Entnazifizierungskommission werden Bürgermeister Jessen und die Ratsherren Brand, Bremer, Balke, Beerbaum, Dziubek und Mahlow.

Bürgermeister Jessen wird die erforderlichen Vorarbeiten ~~Wenar~~ bis zum Sitzungstag, am Dienstag, den 22. Januar 1946 betreiben.

Da keine weiteren Anfragen mehr vorlagen, wurde die Versammlung um 22 Uhr geschlossen.



Müller
Ratsherr

Der Bürgermeister

Schacht
Ratsherr

L. G. ...
Protokollführer

Auf Grund der Anordnung der Militär-Regierung in Pinneberg wird nach Zustimmung der Mitglieder der Stadtvertretung folgende Satzung für die Stadt W e d e l (Holst.) erlassen:

- I. Die Stadtvertretung ist für alle grundsätzlichen Selbstverwaltungsangelegenheiten - ausser Polizeiexecutivangelegenheiten zuständig.
- II. Die Stadtvertretung besteht aus dem ehrenamtlichen Bürgermeister und 24 Ratsherren.
- III. Der Bürgermeister und sein Stellvertreter werden von der Militärregierung ernannt. Die Amtszeit beträgt 1 Jahr. Der Bürgermeister hat in der Stadtvertretung Sitz und Stimme, bei Stimmgleichheit die entscheidende Stimme.
- IV. Die Stadtvertretung soll mindestens einmal vierteljährlich zusammentreten. Auf Antrag von einem Drittel der Ratsherren ist eine Sitzung der Stadtvertretung einzuberufen.
- V. Zur Beschlussfähigkeit der Stadtvertretung ist die Anwesenheit der Hälfte der Ratsherren erforderlich. Es werden keine Amtshandlungen durchgeführt, solange nicht mindestens die Hälfte der Ratsherren anwesend ist.
Die Beschlüsse der Stadtvertretung müssen vor ihrer Durchführung von der Militärregierung genehmigt werden.
- VI. Die Stadtvertretung muss einen bezahlten Stadtdirektor und einen bezahlten Stadtkämmerer ernennen.
Der Stadtdirektor führt die laufenden Verwaltungsgeschäfte der Stadt und deren Betriebe. Er ist Dienstvorgesetzter aller Beamten, Angestellten und Arbeiter.
Der Stadtkämmerer ist der besoldete Leiter des Rechnungswesens. Die Ämter des Stadtdirektors und Stadtkämmerers dürfen weder von einer gleichen Person, noch von Personen bekleidet werden, die in verwandtschaftlichen Beziehungen zueinander stehen, weder persönlich noch in geschäftlicher Beziehung.
- VII. Ausserdem sind ein Stadtbaumeister sowie die für die reibungslose Abwicklung der Verwaltungsarbeit erforderlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter nach Massgabe des Stellenplanes einzustellen.
- VIII. Die Beamten werden von der Stadtvertretung ernannt. Bei Neubesetzung dieser Stellen werden der Stadtvertretung vom Stadtdirektor 3 fachlich geeignete Bewerber zur Auswahl vorgeschlagen.
Die Angestellten und Arbeiter werden vom Stadtdirektor angestellt und entlassen.
- IX. Die Stadtvertretung muss aus ihrer Mitte folgende ehrenamtliche Stadträte ernennen:
 1. einen Stadtrat für die Angelegenheiten der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege
 2. " " " des Wohnungswesens
 3. " " " des Gesundheitswesens
 4. " " " des Schulwesens
 5. " " " Kultur-, Sport- und Jugendpflege
 6. " " " des Feuerswesens
 7. " " " des Feld- und Forstwesens
 8. " " " die Stadtwerte und das Feuerlöschwesen

10 10

5. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Donnerstag, dem 17. Januar 1945 - 19 Uhr
in Rathaus-Sitzungsaal.

Anwesend:

Bürgermeister J e s s e n als
Vorsitzender,

folgende Mitglieder der
Stadtvertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
Glismann, Hanke, Hofmann, Huck,
Kleinwort, Kühler, Langensee,
Mahlow, Müller, Rancke, Rancke Herbert,
Röttger, Schacht, Japp,
Matthiessen, Karl, Matthiessen Käte.

Angestellter G a u als
Protokollführer

Angestellte H u f e als
Stenotypistin.

Der Bürgermeister J e s s e n begrüßt
die Ratsherren und anwesenden Zuhörer
und eröffnet die Sitzung um 19 Uhr.

Zur Tagesordnung steht die Amtseinfüh-
rung des ehrenamtlichen Bürgermeisters
Andreas H u c k .

Bürgermeister J e s s e n gibt einen
Überblick über seine Amtszeit seit
März 1943. Er erklärt, daß die Finanzen
der Stadt gesund sind und trotz der
kommenden schweren Aufgaben berechtigen
vertrauensvoll in die Zukunft zu sehen.
Die Verwaltung sei absolut geordnet.

Er gibt einen umfassenden Bericht über
den Beginn einer völligen Neuordnung
der deutschen Selbstverwaltung. Er dankt
allen seinen bisherigen Mitarbeitern
und bittet die Ratsherren, für die
Stadt alles zu tun, was möglich ist.

Am Schluß seiner Ausführungen macht
Bürgermeister J e s s e n bekannt,
daß ihn der Kreistag in Flensburg ein-
stimmig zum Kreisdirektor gewählt hat.
Er versprach aber, solange zu bleiben,
bis alle gegenwärtig schwebenden größ-
ten Fragen - wie die neue Verfassung
und der Haushaltsplan - abgeschlossen
seien.

Hierauf führt er den ehrenamtlichen
Bürgermeister Andreas H u c k in sein
Amt ein und überreicht ihm die Amtskette
mit den Worten: "Ihr Handeln sei ehrbar
wahrhaft und gerecht."

Bürgermeister H u c k begrüßt die
anwesenden Ratsherren und Zuhörer und
dankt dem bisherigen Bürgermeister und
jetzigen Stadtdirektor Georg J e s s e n
für seine Einführungsworte.

Des weiteren dankt er dem Stadtdirektor
für die vorbildliche, geschickte und
korrekte Führung der Amtsgeschäfte,
insbesondere auch während der Übergangs-
zeit nach der Kapitulation.

Er hoffe, daß der Stadtdirektor auch
in Zukunft seine gesamte Arbeitskraft
in den Dienst und für das Wohl der
Stadtgemeinde stellen werde.

Bürgermeister

- I
- X. Der Stadtdirektor ist verpflichtet, die Stadträte zur Beratung grundsätzlicher Fragen ihres Arbeitsgebietes heranzuziehen. Die Bildung von Ausschüssen für die unter IX genannten Verwaltungszweige wird in den zu dieser Satzung zu erlassenden Durchführungsvorschriften geregelt. Auch die Bildung eines Finanzausschusses, dessen Vorsitzender der Stadtdirektor ist, wird in den Durchführungsvorschriften bestimmt.
 - XI. Der Stadtdirektor ist berechtigt, für bestimmte Verwaltungszweige, für die ein Stadtrat nicht zuständig ist, Beiräte zur beratenden Mitwirkung zu berufen. Beiräte können Ratsherren und andere sachverständige Bürger sein.
 - XII. Kein Mitglied der Stadtvertretung wird für seine Dienste bezahlt. Lediglich dem Bürgermeister und seinem Stellvertreter kann eine angemessene Dienstaufwandsentschädigung gezahlt werden. Die ehrenamtlich tätigen Bürger haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und Reisekosten nach den bestehenden Vorschriften.
 - XIII. Keine bezahlte Arbeitskraft der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe kann Mitglied der Stadtvertretung sein.
 - XIV. Dem Vorsitzenden der Stadtvertretung (Bürgermeister) und den Ratsherren ist es gestattet, sich parteipolitisch zu betätigen. Dem Leiter der Stadtverwaltung (Stadtdirektor) und allen Beamten der Besoldungsgruppe A 4c2 und höher sowie allen Angestellten der Gruppe V TOA und höher ist es verboten, in irgend einer Form an der Parteipolitik teilzunehmen.
 - XV. Die Hauptsatzung der Stadt Wedel vom 16.2.1937 in der Fassung vom 10.10.1939 tritt mit sofortiger Wirkung außer Kraft.
 - XVI. Zusätze und Änderungen dieser Satzung bedürfen der Genehmigung der Militärregierung.

Wedel/Holstein, am 15. Januar 1946.

Der Bürgermeister

J. J.

3/2

12

1. Amtsprotokoll

5. Sitzung der Stadtvertretung Weddel
am Donnerstag, dem 31. Januar 1946 um 19 Uhr
im Rathaus, Sitzungssaal

Anwesend:

Bürgermeister H u c k als
Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
Glissmann, Hanke, Hofmann, Kleinwort,
Köhler, Langensee, Mahlow, Matthiessen
Karl, Matthiesen Käte, Möller, Ramcke,
Ramcke Hebert, Röttger, Schacht, Japp.

Stadtdirektor J e s s e n

Angestellter G a u
als Protokollführer

Angestellte Karp
als Stenotypistin.

Bürgermeister H u c k begrüsst die
Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Die Tagesordnung umfasst folgende
Punkte:

- 1) Wahl des Bürgermeister-Stellvertreter.
- 2) Beschlussfassung über die Zusammen-
setzung der in Ziffer X der Satzung
genannten Ausschüsse.
- 3) Wahl dieser Ausschüsse.
- 4) Haushaltsplan für 1946.
- 5) Museum.
- 6) Mitteilungen des Stadtdirektors.

Zur Tagesordnung stellt Stadtrat S c h a c h t
den Antrag, für die nächste Ratsherrensitzung
eine Geschäftsordnung vorzubereiten und der Rats-
versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
Dem Antrage wird zugestimmt.

Punkt 1) Wahl des Bürgermeisters-Stellvertreter:

Die Wahl zum Bürgermeister-Stellvertreter erfolgt
geheim.

Stimmverhältnis:	Balke	14 Stimmen
	Schacht	11 Stimmen

Demnach ist Ratsherr B a l k e gewählt.

Nach Vornahme der Wahl stellt Ratsherr M a h l o w
fest, daß die Linken erwartet hätten, daß ihnen
der Posten des stellvertretenden Bürgermeisters
überlassen würde. Die Rechte hat anders entschie-
den.

Bei dieser Gelegenheit weist M a h l o w noch-
mals daraufhin, daß die heutige Zusammensetzung
des Ratskollegiums keineswegs der politischen
Struktur von vor dem Jahre 1933 entspricht.

Punkt 2) Beschlussfassung über die Zusammensetzung der
in Ziffer X der Satzung genannten Ausschüsse:

Stadtrat S c h a c h t stellt den Antrag, die in
Ziffer X geforderten Ausschüsse wie folgt zusammen-
zusetzen:

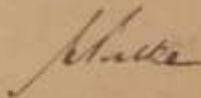
Für alle Verwaltungszweige der in Ziffer IX ge-
nannten Ressorts -(ausser 3) werden zwei Rats-
herren und zwei Bürger, für Ziffer 3 - zwei Rats-
herren und vier Bürger vorgesehen.

Bürgermeister H u c k führte weiter aus, daß er sich der Verantwortung und auch der an ihn herantretenden und zu lösenden Aufgaben voll bewußt sei. Er werde gemeinsam mit den Ratsherren nach bestem Wissen und Gewissen die ihm gestellten Aufgaben lösen.

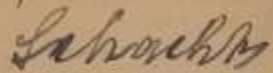
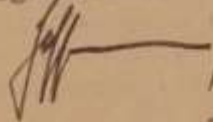
Zum Schluß seiner Ausführungen machte er eine Verbeugung vor denjenigen Ratsherren, die wegen ihrer wahrhaften Gesinnung und politischen Einstellung die Greuel der KZ.'s haben erdulden müssen.

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

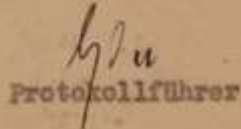
Der Bürgermeister



Ratsherr



Ratsherr



Protokollführer

2/28

Punkt 5) Wahl der Ausschüsse:

Die Ratsherren wählen einstimmig:

1. Wohlfahrtsausschuß

Ratsherr Bernhard Mahlow

Ratsherr Karl Ramcke

Bürger: Heinrich Schacht jun.

Bürger: Otto Kleinwort

2. Wohnungsausschuß

Ratsherr Wilhelm Barthel

Bürger: Albert Heilmann

" Ernst Jens, Bismarckstr.

" Otto Martens, Gärtnerstr.

3. Gesundheitsausschuß:

Ratsherr Herbert Ramcke

Ratsherr Heinrich Japp

Ratsherr Heinrich Brand

Bürger: Herbert Brassch

Bürger: Dr. E. Sterr

Bürger: Frl. Margarethe Suhr

4. Schulausschuß

Ratsherr Karl Langensee

Bürger: Erich Felsmann, Rolandstr.

Bürger: Albert Heilmann

Bürger: Lehrer Rickert

5. Kultur- Sport- und Jugendausschuß

Ratsherr Wilhelm Barthel

Bürger: Paul Eydeler

Bürger: Heinrich Jens, Hafenstr.

Bürger: Arnold Hufe, jun.

6. Bauausschuß

Ratsherr Heinrich Gliesmann

Ratsherr Heinrich Bosch

Bürger: Hans Schultz jun.

Bürger: Willy Krämer, Riststr.

7. Feld- und Forstausschuß

Ratsherr Karl Kleinwort

Stadtrat Heinrich Schacht sen.

Bürger: Heinrich Köhler

Bürger: Johann Dahlke.

8. Ausschuß für die Stadtwerke und für das
Feuerlöschwesen

Ratsherr Johs. Köhler

Ratsherr Wilhelm Bremer

Ratsherr Max Dziubek

Bürger: Rudolf Richter.

Vorsitzende dieser Ausschüsse sind die ge-
wählten Stadträte.

9) Finanzausschuß

Der Finanzausschuß besteht aus den gewählten 8 Stadträten, außer dem Stadtrat (Ratsherrn) Heinrich R 6 t t g e r . Hierfür wurde Ratsherr B a l k e gewählt. Vorsitzender des Finanzausschusses ist der Stadtdirektor.

Punkt 4) Haushaltsplan für 1946

Der von der Stadtverwaltung vorbereitete Haushaltsplan für 1946 wurde dem Finanzausschuß zur Vorberatung übergeben, um ihn bei der nächsten Ratssitzung zu beraten und zu beschließen.

Punkt 5) Museum.

Die Museumskommission berichtet über den Zustand der im Museum befindlichen Gegenstände. Es konnte darüber keine Einigkeit erzielt werden, ob das Museum erhalten bleiben oder ob ein Verkauf der Gegenstände angestrebt werden soll.

Ratsherr Rancke stellt den Antrag, die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Die Abstimmung ergab Ablehnung der Vertagung.

Der Stadtdirektor schlägt vor, eine kleine Kommission zu ernennen, die folgendes prüft und bestimmt: Ob Gegenstände und welche versteigert werden, welche Gegenstände den früheren Spendern wieder zurückgegeben und welche Gegenstände von der Stadt als Andenken verwahrt werden sollen.

Die Kommission besteht aus den Stadträten
Matthiessen, Hofmann und Hanke,
Ratsherr Langensee, Stadtdirektor Jessen und
als Sachverständigen Prof. Hüseler.

Sie erhält grundsätzlich die Vollmacht, Entscheidungen vorgenannter Art zu treffen.

Punkt 6) Mitteilungen des Stadtdirektors:

- a) Stadtdirektor J e s s e n teilt mit, der Militärgouverneur halte die Wahl der Entnazifizierungskommission für unsulässig, da eine derartige Kommission nicht in der beschlossenen Ortsatzung vorgesehen sei. Stadtdirektor Jessen erklärt weiter:
Über die bisherige Arbeit der Kommission hätte er auf Anfordern dem Militärgouverneur Bericht erstattet. Der Gouverneur wird das Material an die für den Kreis gebildete Kommission weiterleiten, die in allen Fällen zu entscheiden haben wird. Der Gouverneur hat zugesagt, daß die Prüfung für die Stadt Wedel vorrangig durchgeführt würde.
- b) Weiter teilt der Stadtdirektor zu einem in einer früheren Sitzung geäußerten Wunsch der Stadtvertretung entsprechend mit, daß der Gouverneur entschieden habe, eine Bestätigung der Stellung des gegenwärtigen Stadtdirektors ~~weiterhin~~ durch die Stadtvertretung käme nicht in Frage. Der derzeitige Stadtdirektor sei von ihm, dem Gouverneur als Bürgermeister bestätigt und habe sich aus freiem Entschluß für die Stelle als Stadtdirektor entschieden.

Weiter

- c) Weiter gibt Stadtdirektor Jessen entsprechend ihm gewordener Weisung der Militärregierung Aufklärung über die Zuständigkeiten der Stadtvertretung, des Bürgermeisters, der Stadträte und des Stadtdirektors. Hierüber folgt eine lebhafte Aussprache.
 - d) Weiter macht der Stadtdirektor zu seiner früheren Mitteilung über ~~seiner~~ seine Wahl zum Kreisdirektor des Landkreises Flensburg darauf aufmerksam, daß sein Fortgang zur Zeit völlig ungewiß und wenig wahrscheinlich sei.
 - e) Zu früheren Anfragen einzelner Ratsherren teilt der Stadtdirektor folgendes mit:
 - a) die Arbeiten am Breiten Weg und Moorweg haben wieder begonnen.
 - b) die bisher in Wedel durchgeführten kulturellen Veranstaltungen seien nicht von der Stadt, sondern von privater Seite veranstaltet. Um den hierbei aufgetretenen Unzuträglichkeiten entgegenzutreten, sei jetzt für Wedel ein privater Kulturring gebildet. Hierzu hätte am Vorabend im Sitzungssaal des Rathauses eine zwanglose Besprechung unter interessierten Personen stattgefunden. Er, der Stadtdirektor habe es als selbstverständliche Förderung der kulturellen Stellung angesehen, den Sitzungssaal für den genannten Zweck zur Verfügung zu stellen.
 - f) Bürgermeister H u c k nimmt Stellung gegen die Ausführungen des Stadtdirektors betreffs der Stellung des Bürgermeisters und teilt mit, daß er hierüber mit dem Landrat und dem Gouverneur verhandeln wolle. Wenn sich sein Aufgabengebiet auf das beschränke, was der Militärgouverneur wolle, dann käme das für ihn nicht in Frage und würde er von seinem Amt zurücktreten. Nach seiner Auffassung müsse er in allen wichtigen Sachen vorher gehört werden. Die geschehene Bereitstellung des Sitzungssaales für die Bildung eines Kulturringes halte er für eine Entwürdigung des Sitzungssaales. Der Kulturring wäre an sich ja eine ganz schöne Sache, es würde aber wohl zu den Veranstaltungen doch keiner kommen, ~~weil dann die Rückführung der aufgeführten Gegenstände nicht möglich sei~~
- Schließlich schlägt die Stadtvertretung dem Stadtdirektor vor, bezüglich der Brennstoffversorgung im Winter 1946/47 geeignete Sachverständige Berater und Ratsherren schon jetzt zu Rate zu ziehen.
- Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 21,45 Uhr.

*wegen der Erwähnung
v. Hoyerall von
18.2.1946 e)
Nr. 2.*



Der Bürgermeister

Ratsherr

Ratsherr

Protokollführer:

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

13

6. Sitzung der Stadtvertretung W e d e l
am Donnerstag, dem 14. Februar 1946 19 Uhr
im Rathaus, Sitzungssaal

Anwesend:

Bürgermeister H u c k als
Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
Glissmann, Hanke, Hofmann, Kleinwort,
Köhler, Langensee, Mahlow, Matthiessen
Karl, Matthiesen Käte, Möller, Ramcke,
Ramcke Herbert, Röttger, Japp, Jens

Stadtdirektor J e s s e n

Angestellter G a u
als Protokollführer

Angestellte Karp, Hufe, Hirsch
als Stenotypistinnen.

Nach Verlesung der Tagesordnung
führt Bürgermeister Huck den
neu ernannten Ratsherren J e n s
in sein Amt ein.

Punkt 1) Bericht des Bürgermeisters
über die in der Versammlung

usw.

Bürgermeister H u c k spricht über die
in Pinneberg stattgefundene Zusammen-
kunft aller Bürgermeister und Stadtdirek-
toren des Kreises, wo ein britischer
Oberstleutnant der Provinzial-Militär-
regierung einen Vortrag über die Stellung
der Ratsversammlung, des Bürgermeisters
des Stadtdirektors und über die Politik
in der lokalen Regierung hielt.

Weiter führt Bürgermeister Huck aus, daß
eine neue Gemeindeordnung in ca. 4 Wochen
erscheinen wird.

Ratsherr Matthiessen schlägt vor, aus der
Mitte der Ratsversammlung 1 oder 2 Schrif-
führer zu wählen, die alsdann verantwort-
lich sind für den Bericht.

Stadtdirektor Jessen erklärt dazu, daß
nach der Satzung der Protokollführer vom
Stadtdirektor bestimmt wird und lediglich

Bürgermeister H u c k begrüßt
die Anwesenden und eröffnet die
Sitzung.

Die Tagesordnung umfaßt folgende
Punkte:

- 1) Bericht des Bürgermeisters
über die in der Versammlung
sämtlicher Bürgermeister u.
Stadtdirektoren am 7. Februar
46 in Pinneberg von der Mili-
tärregierung ausführlich dar-
gelegten grundsätzlichen Prin-
zipien des demokratischen
Regierungssystems, der Kom-
munalpolitik und Verwaltung.
- 2) Berichtigung und Ergänzung
des Sitzungsprotokolls vom
31. Januar 1946 - Protokoll-
führung-.
- 3) Geschäftsordnung.
- 4) Verwertung der im früheren
Eigentum der NSDAP. usw. stehen
den, in Wedel in Verwahrung be-
findlichen Gegenstände.
- 5) Verschiedenes.

Approved, but with regard to composition
of Committee see Mil. Gov. Order 27.3.1946
PINNBERG, April 3rd 1946

Cond. 350
Major
Det. Gov.



lediglich 2 Ratsherren das Protokoll am Schluß zu unterschreiben hätten.

Ratsherr B e e r b a u m weist darauf hin, daß in Absatz 14 des Vortrages ein Widerspruch mit der Satzung besteht.

Stadtdirektor Jessen klärt die Stadtvertretung auf, daß nur ein scheinbarer Widerspruch in diesem Vortrag ist. Nach der Satzung werden die Beamten auf Grund 3 Vorschläge des Stadtdirektors von der Stadtvertretung gewählt.

Ratsherr M a h l o w spricht zu Punkt 13 des Vortrages und fordert Aufklärung über die Verantwortung für die Durchführung von Anordnungen durch den Stadtdirektor. Nach diesem trägt der Rat für die Handlungen des Stadtdirektors die Verantwortung.

Stadtdirektor Jessen erklärt hierzu, daß das Aufgabengebiet, wo der Rat gefragt werden muß, noch klarer umrissen werden müsse, wie bereits mit dem Fraktionsführer Schacht besprochen worden ist.

Es entsteht eine lebhafte Diskussion über die politische Betätigung der Beamten.

Ratsherr Brand ist der Meinung, daß jeder Beamter Parteimitglied sein darf, hat sich jedoch davor zu hüten, in seiner Eigenschaft als Beamter Weisungen seiner Partei anzunehmen.

Stadtdirektor Jessen weist auf Abs. 20 des Vortrages hin, wonach die Militärregierung bei Beibehaltung der heutigen Tendenz allen Beamten jegliche politische Betätigung verbieten kann.

Punkt 2) Berichtigung und Ergänzung des Sitzungsprotokolle usw.

Das Protokoll der Sitzung vom 31.1.1946 wird anerkannt. Jedoch wird auf Seite 5 der Satzteile

" es sei denn, daß Mackttänze zur Aufführung gelangen, dann würde auch er erscheinen"

gestrichen.

Punkt 3)

111

Punkt 3:

Geschäftsordnung

Bürgermeister Huck führt aus:

Ich habe inzwischen mit dem Bürgermeister in Pinneberg Rücksprache genommen. Er hat mir mitgeteilt, daß die Pinneberger Geschäftsordnung zur Genehmigung der Militärregierung vorliegt. Wir wollen das einheitlich haben. Er hat zugesagt, daß er, sowie sie genehmigt ist, mir ein Exemplar zuschickt. Das ist bisher nicht geschehen. Aus diesem Grunde möchte ich diesen Punkt vertagen.

Dazu äußert Stadtdirektor Jessen, daß der Militärgouverneur ausdrücklich verboten hat, das eine Gleichmässigkeit herbeigeführt wird.

Bürgermeister Huck stellt fest:

Sie ersuchen hieraus, daß wir überhaupt nicht orientiert sind. Wir wissen von gar nichts. Der Stadtdirektor muß unbedingt dazu angehalten werden, daß wenigstens mir Mitteilung gemacht wird, damit ich es an die Ratsherren weiterleiten kann. Die Anordnungen der Militärregierung müssen mir unbedingt zur Kenntnis vorgelegt werden.

Darauf Stadtdirektor Jessen:

Sie haben die heutige Tagesordnung nicht mit mir besprochen. Ich hätte Ihnen sonst gesagt, daß dieser Punkt verfrüht ist.

Bürgermeister Huck:

Das war mir unzulässig, nachdem Sie jede Verhandlung mit mir abgelehnt haben.

Stadtdirektor Jessen:

Das ist irrig. Ich habe lediglich gesagt, wenn Sie das Protokoll als falsch ablehnen, daß ich darüber jede Verhandlung ablehne.

Bürgermeister Huck: Diese Äußerung stimmt nicht ganz.

Stadtdirektor Jessen stellt ~~klar~~ fest, daß seine Ausführung von Herrn Bürgermeister Huck also wieder nicht richtig sind.

Punkt 4:

Verwertung der im früheren Eigentum der NSDAP. usw. stehenden Gegenstände.

Bürgermeister Huck führt aus, daß es sich hier um Gegenstände aus dem früheren Parteibüro handelt, die bei verschiedenen Leuten z.T. alten Pg's, in Wedel untergebracht sind. Er fragt an, ob die Ratsherren damit einverstanden sind, daß der Stadtdirektor über den Verbleib dieser Sachen nachforscht.

Stadtrat Beerbaum stellt fest, daß das frühere Parteieigentum jetzt Eigentum der Militärregierung ist. Er erkundigt sich in besonderen nach dem Verbleib der Nähmaschinen, die im Besitze der NSV. waren.

Stadtdirektor

Stadtdirektor Jessen erklärt, daß ein genaues Verzeichnis da ist über die Gegenstände und wo sie sich zur Zeit befinden. Die Nähmaschinen der NSV. und Frauenschaft haben sich verkrümelt. Schon vor Monaten ist versucht, die Angelegenheit aufzuklären. Ich habe den Stand der Angelegenheit Herrn Mahlow damals mitgeteilt. Es kann ja eine kleine Kommission gebildet werden, die diesen Dingen auf den Grund geht.

Stadtrat Beerbaum bittet nach der Feststellung des Verbleibs der Nähmaschinen um einen Freigabeantrag bei der Militärregierung für Wohltätigkeitszwecke.

Stadtdirektor Jessen teilt mit, daß z.B. jetzt von dem britischen Militär Schreibische angefordert wären. Diese Schreibische werden natürlich von dem früheren Eigentum der NSDAP. genommen.

Stadtdirektor Ratscherr Brand fragt an: Er habe gerüchtweise gehört, daß der frühere Ortsgruppenleiter Krüger einen Flügel haben soll. Trifft das zu?

Stadtdirektor Jessen sagt, daß Krüger einen Flügel als Musikbeauftragter von der Stadt bekommen hat. Dieser Flügel ist den Engländern auf Anfordern für ihr Kasino zur Verfügung gestellt worden. Diese haben den Flügel dann auch mitgenommen.

Es entsteht eine lebhafte Aussprache darüber, wo die fraglichen Nähmaschinen geblieben sein können. Hierzu sprechen Ratscherr Mahlow und Stadtrat Khte Matthiessen.

Der Rat beschloß, daß die Militärregierung befragt wird, ob die im früheren Besitz oder im Eigentum der NSV. gestandenen Nähmaschinen, deren augenblicklicher Aufbewahrungsort nicht feststeht, falls die Nähmaschinen jedoch festgestellt werden, die Militärregierung geneigt wäre, diese Maschinen der Stadtgemeinde Wedel zu überlassen zum Zwecke der Einrichtung einer Nähstube. Ferner soll eine gleiche Rückfrage bezüglich der in Wedel, insbesondere bei früheren Parteimitgliedern in Verwahrung stehenden Möbel (früherer Eigentümer NSV.), die von der Militärregierung ebenfalls beschlagnahmt sind, der Stadtverwaltung zum Zwecke der Abgabe für gemeinnützige Zwecke abgegeben werden können.

Stadtrat Beerbaum sprach den Wunsch aus, festzustellen, welche derseitigen Parteimitglieder von der Polizei Fahrräder ausgehändigt erhalten hätten zum Zwecke der militärischen Dienstleistung.

Punkt 5) Verschiedenes.

- a) Bürgermeister Huck spricht über die Beseitigung der Schuttmassen in den Straßen und auf Plätzen der Stadt.

Stadtdirektor Jessen macht darauf aufmerksam, daß die Beseitigung der Schuttmassen ohne weiteres zu Lasten der Feststellungsbehörde bzw. der Provinz weggeräumt werden können.

Ratherr Balke stellt den Antrag, den Schutt sofort zu beseitigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- b) Stadtdirektor Jessen fragt den Bürgermeister, was aus dem Beschwerdeschreiben an die Stadtvertretung geworden sei. Bürgermeister Huck erklärt hierzu, daß er beabsichtigt hatte, die Angelegenheit vorher mit dem Ratherrn für das Bauwesen zu besprechen.

- c) Bürgermeister Huck richtet die Bitte an den Stadtdirektor, Briefe, die an ihn persönlich gerichtet sind, nicht zu öffnen.

Stadtdirektor Jessen erklärt hierzu, daß kein einziger Brief, der an Sie persönlich gerichtet ist, geöffnet worden ist.

- d) Ratherr Barthel regt an, Straßenbeleuchtung wieder einzuführen. Stadtrat Beerbaum erklärt zur Frage der Straßenbeleuchtung, daß nach Rücksprache mit den Stadtwerken ohne erhebliche Kosten eine Richtbeleuchtung an den Hauptstraßen angebracht werden kann.

Vorgeschlagen werden die Straßen

Bahnhofstraße bis Doppelreihe
Hindenburgstraße, Hafenstraße,
Holmerstraße, Pinnebergerstraße,
Rosengarten und Rissenerstraße,
Feldstraße.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- e) Ratherr Balke bittet den Bürgermeister die Fortsetzung der Tagesordnung gemeinsam mit dem Stadtdirektor vorzunehmen. Der Bürgermeister ist einverstanden.

- f) Ratherr Mahlow bittet darum, daß jeweils zur Sitzung Erläuterungen zur Tagesordnung bei Übersendung der Einladungen gegeben werden. Es wird vorgeschlagen, den Fraktionsführern je eine Erläuterung zukommen zu lassen.

Stadtrat

g) Stadtrat B e e r b a u m trägt vor, das sanitäre Maßnahmen in der Baracke am Moorweg notwendig sind.

Stadtdirektor Jessen erklärt, das bereits Stadtrat Glismann davon verständigt ist und sich der Sache annehmen wird.

h) Ratscherr Japp stellt die Anfrage, ob es nicht möglich ist, einen Autobusverkehr zwischen Wedel und Elmshorn wieder einzurichten.

Bürgermeister Huck erklärt, dieses mit dem Stadtdirektor zu besprechen.

i) Ratscherr Langensee bittet um Auskunft, ob das Obdachlosenhaus in der Blücherstraße Stadteigentum oder ob es verkauft ist.

Ferner unterhalten sich die Ratscherrn über die Grundstücksverkäufe der Marine. Es wird angefragt ob Grundstücke an der Rissennerstraße verkauft sind.

Stadtdirektor Jessen erklärt hierzu, das Schwerkriegsbeschädigte Grundstücke erhalten haben. Später sei auf Grund einer landrätlichen Anordnung jeglicher Verkauf gesperrt worden.

Herr Langensee stellt den Antrag, nachzuprüfen, welche Grundstücke die Stadt seit Kriegsausbruch verkauft hat und an wen.

Stadtrat B e e r b a u m befragt den Stadtdirektor, wie es mit dem Marinegelände stehe.

Stadtdirektor Jessen erklärt, das er Verhandlungen mit der Marine führe, um die Besitzverhältnisse endgültig zu klären. Nach seiner Meinung müsse die Stadt die Nachfolge des Besitzes der Marine übernehmen.

k) Stadtrat Beerbaum bittet in dem Antrag Langensee folgendes aufzunehmen:

Die Nachprüfung der Grundstücksverkäufe, die zu dem ehemaligen Bauvorhaben Wessel gehören, ist vorzunehmen.

l) Stellv. Bürgermeister B a l k e stellt den Antrag auf Schluss der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Der Bürgermeister

Ratscherr

Ratscherr

Protokollführer:



Approved: Municipal
April 4th 1924
W. Huck
Mayor, Council Secy (K.)
3rd. Ed. Gov.

14
6. Sitzung der Stadtvertretung Wedel

am Donnerstag, dem 14. Februar 1946 - 19 Uhr
im Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister H u c k als
Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Bulke, Bartschel, Beerbaum,
Bosch, Brand, Bremer, Dziabek,
Eydeker, Glismann, Hanke,
Hofmann, Kleinwort, Köhler,
Langensee, Mhlow, Matthiessen
Karl, Matthiessen Käthe, Möller,
Japp, Jens, Ramcke Karl,
Ramcke Herbert, Röttger
Stadtdirektor J e s s e n
Stadtrat Schacht fehlt wegen
Krankheit.

Angestellter G a u
als Protokollführer

Angestellte Karp, Mufe, Hirsch
als Stenotypistinnen.

Bürgermeister H u c k begrüßt die
Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Die Tagesordnung umfaßt folgende
Punkte:

- 1) Bericht des Bürgermeisters über
die in der Versammlung sämtli-
cher Bürgermeister und Stadt-
direktoren am 7. Februar 1946
in Pinneberg von der Militärre-
gierung ausführlich dargeleg-
ten grundsätzlichen Prinzipien
des demokratischen Regierung-
systems, der Kommunalpolitik
und Verwaltung.
- 2) Berichtigung und Ergänzung
des Sitzungsprotokolls vom
31. Januar 1946 - Protokoll-
führung.--
- 3) Geschäftsordnung.
- 4) Verwertung der im früheren Ei-
gentum der NSDAP. usw. stehenden,
in Wedel in Verwahrung
befindlichen Gegenstände.
- 5) Verschiedenes.

Nach Verlesung der Tagesordnung führt
Bürgermeister H u c k den neu ernannten
Ratsherren J e n s in sein Amt ein.

Punkt 1) Bericht des Bürgermeisters
über die in der Versammlung
usw.

Bürgermeister H u c k spricht über die in
Pinneberg stattgefundene Zusammenkunft aller
Bürgermeister und Stadtdirektoren des Kreises,
wo ein britischer Oberleutnant der
Provincial-Militärregierung einen Vortrag
über die Stellung der Raterversammlung, des
Bürgermeisters, des Stadtdirektors und über
die Politik in der lokalen Regierung hielt.

Weiter führt Bürgermeister Huck aus, daß
eine neue Gemeindeordnung in ca. 4 Wochen
erscheinen wird.

Ratsherr Matthiessen schlägt vor, aus der
Mitte der Raterversammlung 1 oder 2 Schrift-
führer zu wählen, die alsdann verantwort-
lich sind für den Bericht.

Stadtdirektor Jessen erklärt dazu, daß
nach der Satzung der Protokollführer vom
Stadtdirektor bestämmt wird und lediglich

Dr. H. H. H.
Stadtdirektor
in Vertretung

lediglich 2 Ratsherren das Protokoll am Schluß zu unterschreiben hätten.

Ratsherr B e r b a u m weist darauf hin, daß in Absatz 14 des Vortrages ein Widerspruch mit der Satzung besteht.

Stadtdirektor Jessen klärt die Stadtvertretung auf, daß nur ein scheinbarer Widerspruch in diesem Vortrag ist. Nach der Satzung werden die Beamten auf Grund 3 Vorschläge des Stadtdirektors von der Stadtvertretung gewählt.

Ratsherr M a h l o w spricht zu Punkt 13 des Vortrages und fordert Aufklärung über die Verantwortung für die Durchführung von Anordnungen durch den Stadtdirektor. Nach diesem trägt der Rat für die Handlungen des Stadtdirektors die Verantwortung.

Stadtdirektor Jessen erklärt hierzu, daß das Aufgabengebiet, wo der Rat gefragt werden muß, noch klarer umrissen werden müsse, wie bereits mit dem Fraktionsführer Schacht besprochen worden ist.

Es entsteht eine lebhafte Diskussion über die politische Betätigung der Beamten.

Ratsherr Brand ist der Meinung, daß jeder Beamter Parteimitglied sein darf, hat sich jedoch davor zu hüten, in seiner Eigenschaft als Beamter Weisungen seiner Partei anzunehmen.

Stadtdirektor Jessen weist auf Abs. 20 des Vortrages hin, wonach die Militärregierung bei Beibehaltung der heutigen Tendenz allen Beamten jegliche politische Betätigung verbieten kann.

Punkt 2) Berichtigung und Ergänzung
des Sitzungsprotokolls usw.

Bürgermeister H u o c k kommt zu Punkt 2 der Tagesordnung und führt aus:

Ich möchte feststellen, daß dem Protokollführer dem Stadtdirektor und schließlich den beiden Ratsherren Fehler unterlaufen sind.

Der erste Fehler und Irrtum ist der, daß das Protokoll nicht genau mit den Ausführungen und Erklärungen, die in der Sitzung getätigt worden sind, übereinstimmen; es ist zum Teil entstellt. Dann ist leider ein Versehen durch mich erfolgt, in dem in das Protokoll nicht in der Sitzung den Ratsherren vorgelesen und die Genehmigung und Zustimmung eingeholt habe. Ferner ist ein weiterer Fehler dadurch gemacht worden, daß das dem Protokoll dem Stadtdirektor ausgeliefert wurde, anstatt dem Bürgermeister, und daß der Stadtdirektor das Protokoll zunächst den beiden Ratsherren zur Unterschrift übermittelte, das diese unterschrieben haben, bevor der Bürgermeister die Unterzeichnung vorgenommen hatte.

Ich

Ich habe inzwischen dem Gouverneur auf Grund des Inhalts des Protokolls berichtet, um mich zu rehabilitieren und ihn gebeten, mir das ungültige Protokoll zurückzusenden zum Zwecke der Ergänzung und Beratung. Es ist bis heute nicht eingetroffen, auch habe ich bisher keine Antwort auf mein Schreiben erhalten. An sich ist es natürlich nach den neuen Richtlinien wohl kaum Angelegenheit der Militärregierung. Danach hätte sich einzig und allein der Rat damit befassen müssen. Ich hatte gehofft, daß inzwischen eine Antwort von dem Gouverneur an mich gelangt wäre. Ich bitte daher und ich hoffe, daß es auch Ihrem Wunsche entspricht, zunächst die Antwort des Gouverneurs abzuwarten und in einer späteren Sitzung darüber zu befinden. Irgendetwas muß natürlich geschehen. Bei dieser Gelegenheit, und das ist wohl das Wichtigste, und hierüber möchte ich vorher die Ratsherren befragen: Entspricht es Ihrem Wunsche, daß der Zwischenfall zwischen dem Stadtdirektor und mir, der dadurch entstanden ist, hier in der öffentlichen Sitzung zur Sprache gebracht wird, oder sind Sie damit einverstanden, oder wünschen Sie, daß diese Angelegenheit nach der Sitzung zunächst zwanglos besprochen wird?

Stadtdirektor J e s s e n macht darauf aufmerksam, daß nichtöffentliche Sitzungen 7 Tage vorher beim Gouverneur angemeldet werden müssen.

Bürgermeister H u c k führt daraufhin weiter aus: Es soll sich hierbei nicht um eine öffentliche Sitzung handeln, sondern um eine zwanglose Aussprache. Ich fahre also fort: Nachdem ich es ablehnte, das Protokoll zu unterschreiben, bin ich am Dienstag vorm. beim Stadtdirektor erschienen und habe ihn gefragt, ob er das Protokoll schon abgesandt habe. Ich erhielt die Antwort: Das Protokoll ist abgeschickt. Das mußte ich ja, und ich habe hinzugefügt, daß Sie die Unterschrift verweigert haben.

Bei dieser Gelegenheit erklärte der Stadtdirektor: Im Übrigen muß ich Ihnen sagen, daß Sie mich in der letzten Sitzung persönlich angegriffen haben. Ich fühle mich dadurch beleidigt und lehne jede weitere Verhandlung oder Besprechung mit Ihnen ab.

Auf Grund dieser Tatsachen ist es mir in meine Eigenschaft als Bürgermeister unmöglich, eine weitere Zusammenarbeit mit dem Stadtdirektor herbeizuführen. Es liegt aber im Interesse der Stadtgemeinde, wenn eine ordnungsmäßige Verwaltung und Führung des Rates erfolgen soll, daß dieser unhaltbare Zustand in irgendeiner Form beseitigt wird. Ich habe selbst keine Abschrift des Protokolls. Ich habe das Protokoll am dem Sonntag nachm. durchgelesen und folgendes festgestellt:

Ratsherr

Ratsherr H o f m a n n bittet um das Wort:
Er schlägt vor, das fragliche Protokoll zur
allgemeinen Kenntnis zu bringen. Daraufhin ver-
liest Herr G a u das Protokoll vom 31.1.1946.

Bürgermeister H u c k führt daraufhin u.a. aus:

Ich habe die Unterzeichnung des Protokolls ab-
lehnt. Bei Durchsicht des Protokolls habe ich
festgestellt, daß die Angaben darin nicht den
Tatsachen entsprechen, sondern daß sie völlig
entstellt wiedergegeben worden sind. Es er-
weckt den Eindruck, als sei das Protokoll von
einem Schreiberlehrling und nicht von einem
Beamten der Stadtverwaltung gefertigt.
Da die Angelegenheit "Kulturring" nicht auf
der Tagesordnung stand, hätte sie infolgedes-
sen nicht mit in das Protokoll aufgenommen
werden dürfen, schon gar nicht in völlig ent-
stellter Form. Ich habe in der Sitzung wohl
erklärt: Selbstverständlich stehe ich dem Kul-
turring fördernd gegenüber, kann es aber nicht
billigen, daß der Sitzungssaal für Veranstal-
tungen zur Verfügung gestellt wird. Es würde
m.E. eine Entwürdigung des Sitzungssaales be-
deuten, wenn dort Veranstaltungen stattfinden,
schließlich noch als Variete, oder dort halb-
nackte Tänzerinnen auftreten. In scherzhafter
Weise habe ich dann noch hinzugefügt: Dann
würden wir vielleicht auch einmal dort hingeh-
gehen.

Ich persönlich habe das Empfinden, daß seitens
der Stadtverwaltung aus irgendwelchen Gründen
eine bestimmte Absicht besteht, mich als so-
genannten lästigen Bürgermeister bei dem
Gouverneur verächtlich zu machen und mich in
meinem Ansehen herabzuwürdigen.

Stadtdirektor Jessen erklärt hierzu:

Mein Damen und Herren! Mir war von einem Zwi-
schengefall zwischen dem Bürgermeister und mir
bisher nichts bekannt. Ich bin überrascht.
Der Ablauf der Sitzung ist Ihnen aus dem Pro-
tokoll und aus dem tatsächlich Geschehenen
bekannt. Herr Bürgermeister Huck hat die Ver-
lesung, wie er auch selbst sagt, nicht abge-
wartet. Wie in früheren Sitzungen waren wir
ja gezwungen, wir, die Stadtverwaltung, das
Protokoll den einzelnen Ratsherren zur Unter-
schrift vorzulegen. Es gibt keine Anordnung,
die die Reihenfolge der Unterschriften be-
stimmt. Aus rein praktischen Gründen haben
wir das Protokoll zunächst von zwei Ratsher-
ren unterschreiben lassen, da diese am leicht-
esten zu erreichen waren. Nach wiederholter
vergeblicher Anfrage ist ein Beamter bei Bür-
germeister Huck gewesen zwecks Unterzeichnung
des Protokolls. Herr Huck hat die Unterzeich-
nung ohne Grundangabe abgelehnt. Ich habe
binnen 3 Tagen nach der Sitzung das Protokoll
vorzulegen. Da es unvollständig unterschrieben
war, mußte ich dazu berichten, daß der Bürger-
meister die Unterschrift ohne Grundangabe ver-
weigert.

Nachdem

Nachdem das Protokoll vorgelegt war, kam Herr Bürgermeister Huck zu mir und sagte u. a.: Ich denke wir sind Freunde und Sie machen mir so viele Schwierigkeiten." Ich antwortete:

Das weiß ich nicht und verstehe ich nicht. Dann sagte Herr Huck in sehr energischem Ton, daß das Protokoll falsch sei, worauf ich Herrn Gau hinzuzog. In Gegenwart von Herrn Gau, erklärte Herr Bürgermeister Huck in scharfer Form das gleiche.

Ich erklärte alsdann:

Wenn Sie das Protokoll als falsch bezeichnen, dann beleidigen Sie zugleich die Ratsherren, die ihre Unterschrift gegeben haben. Dann weiß ich nicht, was ich noch mit Ihnen zu verhandeln habe. Vor der ~~Sitzung~~ jetzigen Sitzung hatte ich Gelegenheit gehabt, mich mit Herrn Balke über die Sache zu unterhalten.

Wenn jemand einen Protokollführer, den ich pflichtgemäß mit der Protokollführung beauftragt, einer Urkundenfälschung beschuldigt, dann weiß ich nicht, was ich noch zu verhandeln hätte.

Wenn die Dinge sich jetzt so zuspitzen, fürchte ich allerdings, daß die Sache Schaden nimmt. Wenn noch am Rande bemerkt wird, ich hätte meine Befugnisse überschritten, dann muß ich den Speiß umdrehen. In der Satzung ist festgelegt und die ist Gesetz, wie auch der Vortrag des Oberstleutnants besagt, daß für die Verwaltungsangelegenheiten ausschließlich der Stadtdirektor verantwortlich ist und daß der Bürgermeister sich nicht in die Verwaltung einzumengen hat. Er hat es für richtig gehalten, ohne mich zu benachrichtigen, Anweisungen zu erteilen, die den meinen entgegenstanden und auch mit der Polizeilexekutive zu verhandeln.

Den Angriff gegen den Protokollführer weise ich entschieden zurück.

Den Brief, den Herr Bürgermeister an den Gouverneur geschrieben hat, ich weiß nicht, ob darin von Sachlichkeit allzu viel die Rede ist.

Bürgermeister H u c k erklärt:

Meine Ausführungen in meinem Schreiben halte ich aufrecht. Die Ausführungen des Stadtdirektors bezüglich der Zusammenkunft und der darin geführten Reden stimmen mit meinen Ausführungen nicht überein. Ich halte meine Ausführungen aufrecht, auch in dieser Beziehung.

Ratsherr Balke erklärt dazu:

Ich beantrag, die Sitzung zwecks Beratung dieser Angelegenheit um eine Viertelstunde zu vertagen. Der Vorschlag wird angenommen. Die Sitzung wird für eine Viertelstunde unterbrochen.

Nach

Nach der Unterbrechung fragt der Bürgermeister Huck die Ratsherren nach ihrer Entscheidung. Ratsherr Beerbaum erklärt im Namen der Freunde, den Wortlaut des Protokolls als sinntestellend.

Ratsherr Käte Matthiesen erklärt im Namen der Freunde, daß das Protokoll dahingehend berichtigt wird, daß Bürgermeister Huck die Worte vielleicht nur in scherzhafter Form hat fallen lassen. Das Protokoll ist richtig.

Daraufhin sagt Bürgermeister Huck, daß unter den gegebenen Umständen entweder die Antwort des Gouverneurs abgewartet werden muß oder der Rat als solcher eine Entscheidung treffen soll, was zu geschehen hat.

Ratsherr Balke ergreift das Wort: Wir müssen die Entscheidung des Gouverneurs abwarten. In der Zwischenzeit halte ich es jedoch für richtig, noch male darauf hinzuweisen, daß der Stadtdirektor nicht daran denkt, gegen den ^{Herrn} Bürgermeister Huck zu arbeiten. Bürgermeister Huck dankt Herrn Balke für seine Ausführungen und sagt: Ich bin ohnehin der Letzte, der im Interesse der Sache nicht nachgiebig ist und auch zu allem bereit ist. Ich habe Herrn Jessen noch bei meinem letzten Zusammentreffen mit ihm erklärt und ihm einen Vorschlag gemacht. Ich habe gesagt: Holen sie das Protokoll zurück, und dann läßt sich das vielleicht wieder einfügen. Daraufhin hat mir Herr Jessen erklärt, das ginge nicht, und er könnte nichts ändern. Ich persönlich habe selbst Herrn Balke erklärt, es nähme mich Wunder, daß der Stadtdirektor so gegen mich eingestellt war, denn ich habe ihn bisher von der anderen Seite kennengelernt. Daß ich ihn in der letzten Sitzung persönlich angegriffen habe, entsieht sich meiner Kenntnis. Ich habe lediglich gesagt, nachdem Herr Jessen die Mitteilungen des Gouverneurs verlesen hatte, daß mir die Abgrenzungen zwischen Bürgermeister und Stadtdirektor nicht ganz klar wären. Wenn darin eine Beleidigung erblickt wird, tut mir das sehr leid. Ich sehe darin keine Beleidigung.

Ratsherr Balke ist der Meinung, daß diese Sachen nicht wieder vorgebracht werden brauche. Bürgermeister ist damit einverstanden.

Ratsherr Beerbaum stellt den Antrag, eine Berichtigung zu dem Protokoll zu machen. Dasselbe wird einstimmig bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Zusatzprotokoll

Zusatzprotokoll zu der Sitzung am 31.1.1946
beschlossen in der Sitzung der Ratsherren
am 14. Februar 1946

Bürgermeister H u c k :

Im Einverständnis der Ratsherren bei Stimmenthaltung des Stadtdirektors wird das Protokoll der Sitzung vom 31.1.1946 wie folgt ergänzt bzw. berichtigt:

Zu Punkt 5: tritt folgende Ergänzung ein:

Der Bürgermeister erläutert eingehend die Bewertung, die Verwertung und die evtl. Lagerung der im Museum befindlichen Gegenstände. Ferner erklärt der Bürgermeister, der in einer anderen Sitzung mit der Versteigerung der betreffenden Gegenstände beauftragt wurde, die Versteigerung nicht vornehmen zu können, weil er für Wedel als Versteigerer nicht zuständig sei.

Außerdem machte der Ratsherr S e e r b a u m die Anfrage, ob nicht zwischen den Gegenständen Stücke vorhanden wären, die evtl. als Gebrauchsgegenstände für Flüchtlinge in Frage kämen. Es wurde darauf erwidert, dass keine Gegenstände vorhanden sind, die für Flüchtlinge in Frage kämen.

Zu Punkt 6:

Der Punkt 6 wird dahin berichtigt:
Die Äußerung des Bürgermeisters bezüglich des Kulturrings ist dahin zu berichtigen, daß dieser erklärt, selbstverständlich stehe ich dem Kulturring fördernd gegenüber, kann es aber nicht billigen, daß der Sitzungssaal für Veranstaltungen des Kulturringes zur Verfügung gestellt wird. Es würde meines Erachtens eine Entwürdigung des Sitzungssaales bedeuten, wenn dort Veranstaltungen stattfinden, schließlich noch von Varietés oder dort halbnackte Tänzerinnen auftreten. In scherzhafter Weise habe ich dann hinzugefügt, dann würde ich vielleicht auch einmal dort hingehen.

Dieses Zusatzprotokoll wird mit

(11) 22 Stimmen für
2 Stimmen dagegen und
1 Stimmenthaltung

angenommen.

Stadtdirektor Jessen erklärt zugleich im Namen des Herrn Gau: Sie haben jetzt beschlossen, eine Berichtigung des Protokolls vorzunehmen. In unseren Augen stellen Sie bloß, die beiden Ratsherren, Herrn Gau und in Herrn Gau mich. Ich werde diese Sache dem Gluverneur vortragen und ihn die Entscheidung überlassen.

Anwesend:

Bürgermeister Huck
als Vorsitzender.

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

- Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
- Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
- Gleismann, Hanks, Hofmann, Jens,
- Kleinwort, Köhler, Langensee,
- Mahlow, Matthiessen Karl,
- Matthiesen Käthe, Möller, Rancke
- Karl, Rancke Herbert, Röttger,
- Schacht, Japp.

Stadtdirektor J e s s e n

Angestellter Gau als
Protokollführer,

Angestellte Karp, Hufe, u. Hirsch
als Stenotypistinnen.

Der Bürgermeister begrüßt die
Anwesenden und eröffnet die
Sitzung.

Die Tagesordnung umfaßt fol-
gende Punkte:

- 1) Feststellung der Protokolle
über die Sitzungen am 31.1.
und 14.2.1946.
- 2) Kulturring.
- 3) Geschäftsordnung.
- 4) Satzungsänderung.
- 5) Flüchtlingsbeschau,
- 6) Schule ABC.-Straße.
- 7) Katholische Schule.
- 8) Grundstücksache Gehrke.
- 9) Verschiedenes.

Pkt.1) Feststellung der Protokolle über die
Sitzungen am 31.1. und 14.2.1946.

Nach der Eröffnung der Sitzung ^{verlas} ~~gab~~ der
stellvertretende Bürgermeister ~~den~~ ^{lesen} Briefe nachstehender Ratsherren

- Karl Matthiessen,
- Heinrich Brand
- Heinrich Bosch,
- J.H. Köhler
- Hugo Möller

das sich diese zu einer freien ^{Arbeitsgemeinschaft (parteilose)} ~~Gruppe~~
~~Ratsversammlung~~ zusammengeschlossen haben.

Die Ratsherren nahmen hiervon Kenntnis.

Tentspricht

Balke
Stellvertretender Bürgermeister fragt den
Bürgermeister: ~~xxx~~ es den Tatsachen ~~xxxxxxx~~
das ^{sie} der Sozialdemokratischen Partei beige-
treten sind? Wenn es ~~es~~ ^{es} betrifft - dieses betrifft,
haben wir ~~es~~ ^{es} wir das Vertrauen zu Ihnen verlo-
ren. Sie haben Ihr Wort gebrochen.

Bürgermeister Huck erwidert folgendes:

Ich habe mich bis Mitglied der Sozialdemokra-
tischen Partei geworden.

Ratsherr Balke stellt den Antrag, die Vertrauen
frage zu stellen,

Bürgermeister Huck erwidert ^{hierzu} folgendes:

Ich halte mich nicht verpflichtet, Ihnen

2

Ihnen, zunächst darauf zu antworten. Ich habe Ihnen kein Versprechen gegeben und ist Ihr Vorwurf daher völlig unberechtigt. Ich habe von dem Mißtrauensvotum, was Sie mir entgegengebracht haben, Kenntnis genommen und bitte die Ratsherren, hierzu Stellung zu nehmen.

Stadtrat Beerbaum stellt den Antrag die Sitzung um 5 Minuten zu vertagen.

Ratsherr Balke:

"Ich halte meinen Vorwurf aufrecht, Sie haben Ihr Wort gebrochen."

Bürgermeister Huck erklärt:

Die Angaben des Ratsherrn Balke sind unrichtig. Ich habe derzeit in der Fraktionssitzung, die von Herrn Balke geleitet wurde und an der ich teilgenommen habe, ausdrücklich erklärt, daß ich mich keiner Fraktion anschließen werde. Auf der Fraktionssitzung kurz vor der Bürgermeistereiwahl habe ich während der Debatte folgende Erklärung abgegeben:

"Meine Herren! Ich verstehe nicht, weshalb Sie sich noch lange darüber unterhalten wollen. (Es bezog sich auf die Wahl oder den Vorschlag des Bürgermeisters. Wählen Sie mich! Oder Herr Schacht wird Bürgermeister. "

Bürgermeister Huck unterbricht die Sitzung um 5 Minuten.

Stadtrat Schacht bittet um nuzentliche Abstimmung darüber, ob ein ~~Mammamama~~ Mißtrauensantrag gestellt werden soll oder nicht. Es ist mit ja oder nein zu antworten.

Ratsherr H a n k e erklärt, daß die von Stadtrat B a l k e gemachten Angaben stimmen. Bürgermeister H u c k habe ausdrücklich erklärt: "Meine Herren, ~~mammamamamamam~~ wählen sie mich. Ich stehe rechts und bleibe rechts. Ich werde nie einer Partei beitreten."

Bürgermeister H u c k, daß die Angaben des Ratsherren H a n k e unrichtig sind.

Ratsherr B r e m e r erklärt, daß die Worte des stellvertretenden Bürgermeisters B a l k e wahr sind.

Dann wird zur ~~Abstimmung~~ geschritten. ~~Abstimmung~~ Protokollführer Gau ruft folgende Namen auf:

Balke	Ja
Barthel	nein
Beerbaum	nein
Bosch	nein
Brand	nein

4
Stadtrat Beerbaum spricht für die Hergabe des Saales.

Es entsteht eine Debatte über die Zurverfügungstellung des Saales für den Kulturring und für Parteikonferenzen.

Ratsherr Brand spricht ebenfalls für eine Vertagung der Angelegenheit. Er schlägt vor, eine interfraktionelle Kommission einzusetzen.

Ratsherr Mahlow erklärt, daß er grundsätzlich damit einverstanden ist, den Saal für den Kulturring zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Schacht ergänzt den Antrag Mahlow dahin, daß der Saal dem Kulturring und den politischen Parteien zur Verfügung gestellt wird.

Nachdem die Vertagung der Angelegenheit abgelehnt wird (3 Ratsherren stimmen für Vertagung) , wird folgendes beschlossen:

Die Ratsherren sind grundsätzlich damit einverstanden, daß dem Kulturring und den Politischen Parteien auf Antrag der Sitzungssaal zur Verfügung gestellt wird. Die Entscheidung über diesen Antrag soll dem Kulturausschuß obliegen.

Der Beschluß wird gegen 3 Stimmen angenommen.

Punkt 3) Geschäftsordnung.

Die Geschäftsordnung wird von Bürgermeister Huk verlesen.

Die Geschäftsordnung wird mit folgender Änderung einstimmig von den Ratsherren angenommen:

In § 9 Ziffer 8 wird der letzte Satz wie folgt geändert:

"Der Vorsitzende muß aber sofort eine neue Sitzung anberaumen und die Mitglieder hieran einladen."

Punkt 4) Satzungsänderung.

Der Bürgermeister gibt die durch Schreiben des Militärgouverneurs vom 11.2.46 befohlene Satzungsänderung bekannt:

Der Stadtdirektor erklärt, daß die geforderten Änderungen ~~besitz~~ dem Militärgouverneur vorgelegt ~~in~~ werden müssen.

Es wird folgendes beschlossen:

I. Satzungsänderung.

Ziffer XII Satz 1 wird gestrichen und wie folgt ersetzt:

"Wenn ein Ratsherr durch seine Anwesenheit

Anwesenheit oder Wartezeit bei einer Rats- oder Ausschusssitzung einen Verdienstausfall erleidet, wird er für den Verlust durch die Stadt entschädigt. Die Nähere Regelung erfolgt in den Durchführungsvorschriften."

- 2) Ziffer X Absatz 2 erhält folgendes Fassung:
"Auch die Bildung eines Finanzausschusses, dessen Vorsitzender der Bürgermeister nicht sein kann, wird in den Durchführungsvorschriften geregelt."
- 3) Ziffer X erhält folgenden Absatz 3:
"Außerdem ist ein Hauptausschuß für besondere Angelegenheiten zu bilden."
- 4) Weiter wird Ziffer XIV. Absatz 2 wie folgt geändert:
"Der Leiter der Stadtverwaltung (Stadtdirektor) und allen Beamten der Besoldungsgruppe A4c2 und höher ist es verboten, in irgendeiner Form an der Parteipolitik teilzunehmen."

II. Änderung der Durchführungsbestimmungen.

- 1) Abschnitt 7 wird wie folgt geändert:

Zu Ziffer X:

Die Stadtvertretung bestellt zu ihrer Unterstützung für die in Abschnitt IX der Satzung genannten Verwaltungszweige Ausschüsse unter dem Vorsitz eines Stadtrats. Die Ausschüsse arbeiten nach Anweisung der Stadtvertretung. Über die Zusammensetzung der Ausschüsse beschließt die Stadtvertretung.

Der Finanzausschuß aus 2/3 der Stadtvertretung umfassen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses wird von der Stadtvertretung gewählt. Dieser kann an den Sitzungen aller Ausschüsse mit Stimmrecht teilnehmen.

Der Hauptausschuß befaßt sich mit allen grundsätzlichen Fragen, für die in der Satzung kein besonderer Ausschuß bestimmt ist. Mitglieder dieses Ausschusses sind der Bürgermeister und sein Stellvertreter und 3 von der Stadtvertretung zu wählende Ratsherren. Aus diesen ist der Vorsitzende von der Stadtvertretung zu wählen.

Der Bürgermeister und der Stadtdirektor können an den Sitzungen aller Ausschüsse teilnehmen, der Bürgermeister mit, der Stadtdirektor ohne Stimmrecht.

Über alle Ausschusssitzungen sind Protokolle zu fertigen und der Stadtvertretung vorzulegen, nach deren Beschlußfassung der Bürgermeister sie dem Stadtdirektor zur Vollzug zu übergeben hat.

- 2) Abschnitt 8 wird wie folgt geändert:

Zu Ziffer III:

Die Dienstaufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister wird von der Stadtvertretung festgesetzt.

6

Die Ratsherren erhalten bei nachgewiesenen entgangenen Arbeitsverdienst den Ausfall bis zur Höhe von 1,50 RM die Stunde ersetzt. Bei Dienstreisen - ausgenommen nach Hamburg - werden Reisekosten, Tage- und Übernachtungsgelder nach den Sätzen der Reichsbesatzten Stufe II gezahlt.

Die von der Militärregierung vorgeschlagenen Satzungs- und Durchführungsbestimmungsänderungen werden gegen 2 Stimmenthaltungen von der Ratsversammlung angenommen.

Zu Pkt. 5) Flüchtlingsausschuss

Bürgermeister ~~Hack~~ führt aus:
Die Aufgaben des Wohlfahrts- und des Flücht-
lingsausschusses überschneiden sich derart,
dass eine Zusammenlegung zweckmässig er-
scheint. Damit entfällt die zunächst be-
absichtigte Besetzung der Wedeler Hilfs-
gemeinschaft e.V. als Flüchtlingsausschuss.

Der gewählte Wohlfahrtsausschuss besteht aus
Stadtrat Käte Matthiesen, Ratsherren Bern-
hard Mahlow und Karl Hencke, Bürger: Hein-
rich Schacht jun. und Otto Kleinwort und
wird künftig als Wohlfahrts- und Flücht-
lingsausschuss zu bezeichnen sein.
Die Ergänzung durch 2 Flüchtlinge erscheint
notwendig. Hierfür sind vorgeschlagen:

Hans Heisecke (Helgoland)
Frau Litty, Feldstr. 67 b. Pein und
der Vorsitzende der Wedeler Hilfsge-
meinschaft.

Der Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuss
hätte sich mit allen Wohlfahrts- und Flücht-
lingsfragen, zu befassen, ausgenommen Woh-
nungsfragen, die beim Wohnungsausschuss
verbleiben.

Ratsherr ~~M a h l o w~~: "Personen,
die sich an dem Ausschuss beteiligen, müs-
sen sich auch unbedingt einsetzen. Ich muss
feststellen, dass Frau Matthiesen in der
letzten Zeit in der Wedeler Hilfsgemeinschaft
vielfach gefehlt hat. Ich will die Ursachen
nicht feststellen. Ich möchte jedoch bitten,
dass, wenn man sich wählen lässt, auch unbe-
dingt in diesen Organisationen mitarbeitet.
Man kann sich entschuldigen, aber das geht
nicht für die Dauer, dann muss man entschei-
den."

Stadtrat Frau Matthiesen sagt dazu, dass
sie krank gewesen sei und darüber ein
Attest beibringen kann. Ausserdem sei sie
zur Geschäftsstelle - Ratsherr Mahlow warf
ein, dass die Geschäftsstelle unbesetzt war -
nicht bestellt worden. Sie habe auch sehr
unter einer Bluttransfusion gelitten.

Ratsherr Mahlow betont, Frau Matthiesen keine
Vorwürfe gemacht zu haben. Er bittet nur,
das zu sagen, damit sie sich dennoch richtig

Bürgermeister ~~F u c k~~ bittet, diese An-
gelegenheit privat zu besprechen.

Ratsherr Mahlow weist nochmals darauf hin,
dass jeder zum Ausschuss Gewählte auch teil-
nehmen muss.

Bürgermeister ~~H a c k~~ unterstreicht dies.

Stadtrat ~~S c h a c h t~~ weist auch noch auf
die ~~Satzungsdispositionen~~
Geschäftsordnung § 3 hin, die dies regelt

Bürgermeister H u c k bittet abschliessend, die Satzung und die Geschäftsordnung strengstens zu beachten.

Der Beschluss wird wie folgt formuliert: Der in der Sitzung vom 31.1.1946 gewählte Wohlfahrtsausschuss soll als Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuss tätig werden. Zu den bisherigen Mitgliedern treten 2 Flüchtlinge und der jeweilige geschäftsführende Vorsitzende der Wedeler Hilfgemeinschaft e.V. Als Flüchtlinge werden gewählt:

Hans Heisecke und Frau Litty und der jeweilige Vorsitzende der Wedeler Hilfgemeinschaft e.V.

Stadtrat Beerbaum fragt an, ob die vorgeschlagene Frau Litty politisch einwandfrei sei.

Stadtdirektor J e s s e n erklärt, dass beide gewählten Flüchtlinge daraufhin überprüft werden.

Die Wahl wird danach einstimmig angenommen.

Zu Punkt 6) Schule ABC-Strasse.

Bürgermeister H u c k verliest eine Beschwerde des Lehrers Schumacher betr. Schule ABC-Strasse. Er sagt, dass die Arbeiten zum grössten Teil ausgeführt sind und nach Möglichkeit rasch zuende geführt werden.

Stadtdirektor Jessen bittet den Leiter des Bauamtes Herrn Dierks sich hierzu zu äussern.

Herr Dierks teilt mit, dass die Klempnerarbeiten fertiggestellt sind, die Dacharbeiten infolge des Frostes nicht beendet werden können.

Stadtdirektor Jessen berichtet, dass er Stadtrat Glismann gebeten habe, über die Zustände in der Schule ABC-Strasse einen Bericht zu machen. Stadtrat Glismann hat diesen Bericht dem Stadtdirektor übergeben. Im Gegensatz zu der Wedeler Schule und zu den Leger Rosengarten sind die Abortanlagen nicht einwandfrei. Die Aborte sind längere Zeit nicht gereinigt worden, die Gruben sind nicht abgedeckt, die Aborte haben keine Türen usw.

Stadtrat Beerbaum verlangt sofortige schnellste Abhilfe, weil die Zustände unhygienisch sind.

Bürgermeister H u c k bittet, diesen kleinen Sachen nicht den Rat zu erteilen, sondern ihm diese Dinge mitzuteilen, er wird sie dann an den Stadtdirektor weitergeben und es wird Abhilfe geschaffen werden.

Stadtrat ^{Karl} Matthiesen betont, es handelt sich hier nicht um eine kleine Sache, da hier

9
eine öffentliche Gefahr für die Gemeinde liegt. Es wäre richtig, diesen Punkt hier zu behandeln.

Stadtrat Ranke sagt, der Leiter der Schule ist verantwortlich für die Sauberkeit in den Aborten.

Stadtdirektor Jessen schlägt vor, einen Beschluss zu fassen, dass die Ratsherren verlangen, dass die skandalösen Zustände beseitigt werden; dieser Beschluss würde ihm ~~Gerecht~~ helfen, das notwendige Material Holz usw. zu beschaffen.

Bürgermeister Huk verliest einen Beschluss:

Die Beschwerde wird dem Stadtdirektor zur Erledigung überwiesen.

Die Stadtvertretung verlangt, dass die zweifellos einen Seuchenherd darstellenden Zustände in den Abortanlagen der Schule ABC-Strasse sofort beseitigt werden.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

11
Punkt 7) Katholische Schule.

Bürgermeister H o c k verliest eine Eingabe des katholischen Pfarramts betreffend Einrichtung einer einklassigen katholischen Schule.

Stadtdirektor Jessen erklärt dazu, daß das katholische Pfarramt bereits am 14. Juli 1945 beim Schulamt in Pinneberg einen Antrag auf Einrichtung einer einklassigen katholischen Schule gestellt hat, über den eine Entscheidung durch das Schulamt bisher nicht erfolgt ist. Er habe seinerzeit nach Pinneberg berichtet, daß die zu eröffnende kath. Volksschule in Wedel ca. 124 Kinder besuchen würden. Für diese Kinderzahl sei eine 1-klassige Schule nicht ausreichend. Deshalb sei auch die Gestellung von Räumen schwierig. Es würde sich aber ermöglichen lassen, daß der Unterricht vorläufig im Schulgebäude Hafenstr. abgehalten wird.

Stadtdirektor Jessen erklärt weiter, daß auch heute nicht daran gedacht werden kann, ein Schulgebäude für die katholische Schule zu errichten. Er ist der Meinung, daß die vorläufige Einrichtung zunächst ausreicht. Es wäre zweckmäßig die Entscheidung höherer Stellen abzuwarten.

Stadtrat S c h a c h t erwähnt hierzu; daß die Raumfrage das Wesentlichste ist. Er sei weder gegen die Mittelschule noch gegen die katholische Schule und gewillt diese Institute zu fördern. Aber es könne nicht angehen, für die Einrichtung der Schulen, Wohnräume vorzuschlagen. Bevor nicht Material zur Errichtung einer Schule zur Verfügung gestellt würde, könne es nicht in Frage kommen, irgendwelchen Wohnraum hierfür zur Verfügung zu stellen. Es müßten schon Baracken oder sonstigen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, um dann mit geringen Mitteln derartige Schulen zu schaffen.

Auf die Anfrage des Stadtrats Mahlow wegen Angebot einer Baracke für die ~~Katholische~~ Schule erklärt Stadtdirektor Jessen, daß der Oberpräsident angefragt habe ob die Stadt Wedel Bedarf für Schulzwecke vorhanden ~~ist~~! Daraufhin sei eine Baracke für die Mittelschule beantragt worden. Er habe es für am vordringlichsten gehalten, diese Baracke in dem notwendigen Ausmaß zu erbauen.

Ratsherr Mahlow schlägt vor, daß der Stadtdirektor gemeinsam mit dem Rektor

Rektor der Mittelschule an Ort und Stelle versucht, diese Baracke unverzüglich freisubskribieren.

Stadtdirektor Jessen pflichtet den Ausführungen des ~~Stadtrat-~~ Ratsherren Mahlow bei und erklärt, daß er beabsichtige, die Frage der Mittelschulbaracke beim Oberpräsidenten unter Hinzuziehung des Rektors der Mittelschule zu erörtern.

Es wird beantragt, die Angelegenheit zu vertagen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Pkt. 8) Grundstücksache Gehrke

Fohne besondere Schwierigkeiten erledigt werden

Handwritten notes:
wichtig
Pau.

Stadtdirektor Jessen gibt bekannt, daß ~~die~~ Erbbauangelegenheit Gehrke ~~Flas~~ ~~nicht~~ ~~überhand~~ bereit ist, die ~~Entscheidung~~ ~~trotz~~ ~~der~~ ~~bestehenden~~ ~~Sperr~~ ~~vorzunehmen~~. Wenn die ~~Rat~~ ~~versammlung~~ ohne weiteres zustimmt, kann die ~~Angelegenheit~~ ~~befort~~ ~~erledigt~~ werden.

~~Stadtdirektor Jessen~~ ~~erklärt~~, ~~daß~~ ~~er~~ ~~den~~ ~~anderen~~ ~~Anliegern~~ ~~in~~ ~~der~~ ~~gleichen~~ ~~Strasse~~, ~~die~~ ~~Antrag~~ ~~auf~~ ~~Ankauf~~ ~~ihres~~ ~~Erbbaugrundstückes~~ ~~vor~~ ~~der~~ ~~Kapitulation~~ ~~gestellt~~ ~~haben~~, ~~keine~~ ~~Auflassung~~ ~~erteilt~~ ~~wird~~.

Stadtrat Beerbaum fragt, warum den anderen Anliegern in der gleichen Strasse, die Antrag auf Ankauf ihres Erbbaugrundstückes vor der Kapitulation gestellt haben, keine Auflassung erteilt wird.

Fauch diese Verträge sich jetzt erledigen lassen werden.

Stadtdirektor Jessen erklärt, daß ~~er~~ ~~den~~ ~~anderen~~ ~~Anliegern~~ ~~in~~ ~~der~~ ~~gleichen~~ ~~Strasse~~, ~~die~~ ~~Antrag~~ ~~auf~~ ~~Ankauf~~ ~~ihres~~ ~~Erbbaugrundstückes~~ ~~vor~~ ~~der~~ ~~Kapitulation~~ ~~gestellt~~ ~~haben~~, ~~keine~~ ~~Auflassung~~ ~~erteilt~~ ~~wird~~.

Beschluss: Einstimmige Annahme, daß die Sache Gehrke zum Abschlusse gebracht werden soll.

Pkt. 9) Verchiedenes:

a) Haushaltplan. Dazu führt Stadtdirektor Jessen aus, daß der aufgestellte Haushaltsplan 1946 noch nicht beraten werden kann. Die Militärregierung verlangt, daß die genauen Haushaltspläne der Kreise und aller Städte in einen Haushaltsplan zusammengefasst werden. Unser Vorentwurf ist vorgelegt und liegt bei der Militärregierung in Kiel bzw. Schleswig. Da die Militärregierung alle Kreise einzeln hinbestellt und mit ihnen den Haushaltsplan erörtert, empfiehlt er, mit der Beratung noch zu warten, bis er dort besprochen ist. Der Kreis Flensburg soll angeblich gleich nach dem 20. d.M. herankommen.

b) Wiederaufnahme der Erwachsenen-Bildung
Stadtdirektor Jessen schlägt vor, mit diesen Aufgaben den Kulturbeschuss zu beauftragen. Damit erübrigt sich die Bildung eines Ausschusses hierfür.

o) Zuschuss für die Wedeler Hilfs-
gesellschaft e.V.

Stadtdirektor Jassen gibt bekannt, daß in dem Haushaltsplanentwurf für 1946 ein Betrag eingesetzt ist, mit dem die Stadt die Hilfgemeinschaft zu unterstützen beabsichtigt.

Da der Haushaltsplan für 1946~~das~~ in April ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~ ^{diesem} Jahren in Kraft tritt, schlägt er vor, schon jetzt für das laufende Rechnungsjahr mit einem Betrage die Hilfgemeinschaft zu unterstützen oder aber als ausserordentliches Mitglied beizutreten, und die Höhe des zu zahlenden Betrages festzusetzen. "Ich hatte gedacht, einen Betrag von RM 3.000.-- einzusetzen. Das würde nach meinem Entwurf ungefähr der doppelte Monatsbetrag sein und das ist ein Betrag, der schon gewisse Not lindern kann. Eine finanzielle Frage bedeutet er mir nicht. Voraussichtlich schließen wir in diesem Jahr mit einem Überschuss von RM 60.000.-- - RM 70.000.-- ab, so daß ich wohl glaube, daß wir die Pflicht haben, einen namhaften Betrag der Wedeler Hilfgemeinschaft zur Verfügung zu stellen."

Stellvertretender Bürgermeister Balke ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ unterstützt den Vorschlag.

Stadtrat S c h a e h t fügt hinzu, daß, wenn die Stadt es sich leisten kann, RM 3.000.-- nichts ist. Wenn ein Überschuss von 60.000.-- bis 70.000.-- RM erwartet wird, dann sind RM 5.000.-- nicht zuviel.

Ratsherr B r e m e r stellt den Antrag in Anbetracht der grossen Not den Betrag auf RM 10.000.-- zu erhöhen.

Stadtrat B e e r b a u m unterstützt diesen Antrag.

Ratsherr Brand hält RM 5.000.-- für ausreichend.

Ratsherr Bremer steht jedoch zu seinem Antrag und bittet, RM 10.000.-- zu bewilligen.

Stadtdirektor Jassen erklärt, daß der Abschluss für 1945 dadurch nicht gefährdet ist.

Daraufhin zieht Ratsherr Brand seinen Antrag zurück.

Bürgermeister H u e k nimmt die einstimmige Erklärung, RM 10.000.-- für das Rechnungsjahr 1945 an die Wedeler Hilfgemeinschaft zu bewilligen entgegen.

13
d) Apotheke.

Frau Matthiesen bezeichnet die Apotheken-Verhältnisse in Wedel, nachdem die Einwohnerzahl auf 16 000 angewachsen ist, als unzureichend. Bei einem dringenden Anruf am Sonntag hätte der Apotheker, Herr v. Finster, einfach den Türer aufgelegt. Als ein Arzt mit einem Polizeibeamten versuchte, in die Apotheke zu gelangen, wäre er auch nicht eingelassen worden. Die notwendigen Medikamente mussten von Blankenese oder den Nachbardörfern herangeholt werden.

Ratsherr Langensee stellt den Antrag, Herrn v. Finster die Konzession zu entziehen.

Stadtdirektor Jessen erklärt, dass die Konzession nicht entzogen werden kann, auch könne nicht ohne weiteres eine andere Apotheke herangezogen werden.

Bürgermeister Huk betont, wenn das Publikum nicht so behandelt wird, wie es erforderlich wäre, so liegt darin noch kein Grund, Herrn v. Finster die Konzession zu entziehen. Nachdem die Einwohnerzahl jedoch auf 16000 angestiegen ist, könnte eine zweite Apotheke in Erwägung gezogen werden. Natürlich sind nicht nur in Wedel sondern auch in anderen Städten die Medikamente sehr knapp, das ändert nichts daran, dass Herr v. Finster sich nicht bemüht, Medikamente zu bekommen.

Stadtrat Schacht meint, man müsste die Gesundheitspolizei mobil machen.

Bürgermeister Huk sagt, nachdem die Beschwerden hervorgebracht sind, wäre es vielleicht angebracht, Herrn v. Finster zu sich kommen zu lassen, damit wir wissen, worin der Grund der Missstände liegt. Vielleicht hätte das Erfolg.

Stadtrat Beerbaum stellt den Antrag, darüber abzustimmen, ob man das Kreisgesundheitsamt bzw. den Kreisphysikus auf die Missstände in der Wedeler Apotheke aufmerksam machen soll.

Es wird einstimmig der Antrag angenommen, eine Beschwerde an das Kreisgesundheitsamt betr. die Missstände in der Wedeler Apotheke zu richten.

e) Anfrage Beerbaum, wie weit der Ausbau der Bombengeschädigten Häuser bzw. Wohnungen vorgeschritten ist.

Der Stadtdirektor schlägt vor, Herrn

Herrn Stadtobersekretär D i e r c k s hierzu zu hören.

Herr Diercks trägt vor:

Der Ausbau der Wohnungen ist in letzter Zeit ins Stocken geraten. Neuerdings ist eine Behörde, die die Baustoffe bewilligt, wieder gebildet. Die Baustoffe für den größten Teil der Wohnungen, die halb oder $\frac{3}{4}$ fertig sind, sind bewilligt. Die Baustoffe sollen in nächster Zeit wieder anrollen. Die fast fertiggestellten Wohnungen können dann zu Ende geführt werden. Ein gewisser Teil bleibt dann noch nach.

Stadtrat Beerbaum erklärt, daß ihm bei der Überholung der Wohnungen als Bezirkswart aufgefallen ist, daß in einigen Zimmern wenige Quadratmeter Holzfußboden fehlen. Er weist auf die Baracke in der Bergstraße hin, die für diesen Zweck verwendet werden könnte.

Herr Diercks teilt dazu mit, daß die Baracke auf dem Lagerplatz im Rosengarten wieder aufgestellt werden soll und der nicht benötigte Teil der Baracke für diesen Zweck verwandt werden könnte.

Auf Anfrage des Herrn Beerbaum erklärt Stadtdirektor Jessen, daß der Plakturm am Galgenberg bereits von der Stadtverwaltung käuflich erworben ist.

Stadtdirektor Jessen schlägt vor, Herrn Gau zu hören über die Einschränkungen bei der Verwendung von Holz bei Fußböden und Treppen.

Herr G a u erklärt, daß bei einer Besprechung mit dem Bauamt Wahl in Itzehoe u.a. ausgeführt wurde, daß es auf keinen Fall möglich wäre, das Holz, das zur Wiederherstellung der Häuser erforderlich ist, zu bewilligen. Es wäre praktisch nicht möglich, ausschließlich Holzfußböden zu legen.

Stadtrat Langensee nimmt schärfstens Angriff gegen den Bauunternehmer H.J. Diercke, daß er absichtlich die Bauarbeiten an seinem Haus verzögert.

Ratsherr Bruner stellt den Antrag, daß Herr Diercke mit Gewalt gezwungen wird, die Wohnungen fertigzustellen oder es müßte ein Enteignungsantrag gestellt werden, wenn er sich dagegen streuben sollte.

Es wird folgendes beschlossen:

Die Wohnungen im Hause Lafenstr. 16 des Eigentümers H.J. Diercke sind mit aller Beschleunigung fertigzustellen und bewohnbar zu machen, und zwar mit einer Frist bis zum 1.9.1946. Etwaige Hinderungsgründe hat der Stadtdirektor dem Rat sofort mitzuteilen.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

f) Kartenausgabe.

Stadtrat Beerbaum beanstandet die Durchführung der Lebensmittelkartenausgabe, worauf Stadtdirektor Jessen erklärt, daß eine geregelte Abfertigung dadurch gegeben wird, daß die Schauliefer morgens und die Bediefer nachmittags die Karten in Empfang nehmen. Ferner berichtet Ratsherr Brand den Gang der Kartenausgabe.

Ratsherr B r e m e r stellt den Antrag, die Kartenausgabe auf 2 Tage zu verteilen.

Stadttrat B e e r b a u m teilt mit, das ein Frauenausschuß sich an der Kartenausgabe beteiligen wolle.

Außerdem wünscht er Einsicht in die Liste/ der Schwerarbeiterkarten-Empfänger, worauf Stadtdirektor Jansen erklärt, das eine derartige Liste ihm, Beerbaum, bereits übersandt sei.

Abschließend wird beschlossen, das die Ausgabe der Lebensmittelkarten an 2 Tagen erfolgt, unter Mitwirkung ~~des~~ Frauenausschusses, was einstimmig angenommen wird.

Bürgermeister H u c k stellt Antrag auf Schluß der Debatte. Dem Antrag wird wegen der vorgerückten Zeit einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister

Ratsherr

Ratsherr

Protokollführer.

Approved, except alterations of Minute and Standing orders

W. Brock

Comm. 530(K) Feb. 21. 1900.

L.S.

18

1

9. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung
Wedel am Donnerstag, dem 11. April 1946
19 Uhr im Rathaus-Sitzungsaal.

Anwesend:

Bürgermeister H u c k
als Vorsitzender.

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, ~~Beerbaum~~, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
Glismann, Hanke, Hofmann, Jens,
Kleinwort, Köhler, Langensee,
Mahlow, Matthiessen Karl,
~~Matthiessen Käte~~, Möller, *1. A. A. 7.*
Ramcke Karl, Ramcke Herbert,
Röttger, ~~Schacht~~, Japp

Stadtdirektor Jessen

Angestellter G a u als
Protokollführer.

Anwesend 49 Zuhörer

Mit Entschuldigung fehlen wegen
Krankheit Stadtrat Schacht und
Stadtrat Käte Matthiessen u.
" Beerbaum. *offiziell*

Der Bürgermeister begrüßt die
Anwesenden und eröffnet die
Sitzung.

Die Tagesordnung umfaßt folgende
Punkte:

- 1) Ergänzungswahlen für den
Finanzausschuß
- 2) Wahl des Vorsitzenden des
Finanzausschusses.
- 3) Wahl des Hauptausschusses
- 4) Einrichtung einer Hilfeschule
- 5) Errichtung von 2 neuen Schul-
stellen.
- 6) Schulgeld für die Mittelschul
- 7) Errichtung einer Freibank
- 8) Herrichtung des Sportplatzes
an der Bergstraße
- 9) Kreissammlung für Arbeits-
kleidung.
- 10) Mitteilungen
- 11) Verschiedenes.

Punkt 1) Ergänzungswahlen für den
Finanzausschuß.

Der Beschluss vom 31.1.46, den
Finanzausschuß mit den 8 Stadt-
räten (ohne Röttger und dem Rats-
herrn Balke zu besetzen, wird
hierdurch ergänzt, dass hier
weitere Ratsherren dem Finanz-
ausschuß zugewiesen werden.
Der Finanzausschuß besteht dem-
nach aus 12 Personen. Zu weite-
ren Mitgliedern des Finanzaus-
schusses werden einstimmig ge-
wählt:

Ratsherr B r a n d.
Stadtrat R ö t t g e r,
Ratsherr M a h l o w
Ratsherr J a p p.

Punkt 2) Wahl des Vorsitzenden des
Finanzausschusses.

Vorsitzender des Finanzausschusses
können satzungsgemäß der Bürger-
meister u. sein Stellvertreter
nicht sein. Die Stadtvertretung
schlägt folgende Herren vor:

Stadtrat S c h a c h t
Stadtrat H a n k e
Ratsherr B r a n d

11

Die Fraktionen bitten um kurze Unterbrechung, die vom Bürgermeister gewährt wird. Nach einer 5 Minutenpause tritt die Ratsversammlung wieder zusammen. Die Fraktionsführer ziehen ihren Antrag Hanke und Brand zurück, sodass nunmehr zu wählen der Stadtrat Schacht verbleibt. Die Wahl ergibt folgendes Stimmverhältnis

für Schacht	25	1
-------------	----	---

gegen Herrn ...

Punkt 3) Wahl des Hauptausschusses.

Der Bürgermeister berichtet, dass dem Hauptausschuss ohne weiteres der Bürgermeister und sein Stellvertreter angehören. Es ~~würden~~ ^{wird} um 3 weitere Vorschläge gebeten. Es ~~würden~~ ^{würden} vorgeschlagen:

Stadtrat Schacht, Beerbaum
" " Matthiassen.

Die Abstimmung ergibt folgenden Beschlus:

Es wird beschlossen, einen Hauptausschuss zu bilden, der für alle Fragen zuständig sein soll, für die kein besonderer Ausschuss gebildet ist.

Die Mitglieder dieses Ausschusses werden ausser dem Bürgermeister Huck und dem stellvert. Bürgermeister Balk, die Stadträte, Schacht, Beerbaum und Matthiassen gewählt.
Karl

Punkt 4) Einrichtung einer Hilfeschule

Städtedirektor J e s s e n führt die Gründe für die Einrichtung einer Hilfeschule an. Die Fortbildung der Kinder sei durch die Zahl der Unbegabten sehr gehemmt, so daß alle Direktoren für die Einrichtung dieser Schule sprechen, die in dem freigewordenen Raum des Museums untergebracht werden kann.

Nach längerer Debatte, ob dieser Raum als Wohnraum oder als Schule eingerichtet werden soll, kommt es zu dem einstimmigen Beschluß, die Hilfeschule in früheren Museum einzurichten.

Punkt 5) Errichtung von 7 neuen Schulstellen.

Nach vorliegenden Unterlagen des Schulrates ist die Errichtung von 7 neuen Schulstellen erforderlich. Falls das Schulrat eine dritte Stelle für die Hilfeschule fordert, muss auch diese eingerichtet werden. Nach längerer Debatte wird folgender Beschlus gefasst:

In Ausführung gesetzlicher Pflicht wird entsprechend der Anforderung des Schulrates Platenberg von 14.3.46, die Einrichtung neuer Schulstellen einstimmig beschlossen. Falls das Schulrat für die jetzt einzurichtende Hilfeschule die Einrichtung einer weiteren Schulstelle fordern sollte, erklärt sich die Stellvertretung auch hiermit einverstanden.

12

Punkt 6) Schulgeld für Mittelschule.

Der Bürgermeister berichtet, dass für die Zeit vom 1.1.45. bis zum 31.1.46. der Unterricht in der Mittelschule ausfallen musste. Gestaltlich muss für die ausfallende Zeit Schulgeld erhoben werden. Nach längerer Debatte verlas 2 Antrag eingebracht, das noch ausstehende Schulgeld auf die Hälfte zu ermäßigen und auf Antrag ganz zu erlassen.

(Balke) Ratsherr Beerbaum fordert jedoch, das Schulgeld voll zu erheben und auf Antrag Minderbemittelten das Schulgeld ganz oder teilweise zu erlassen. (Beertsen). Da der Antrag Beerbaum der weitergehende ist, wird hierüber Antrag folgender Beschluss gefasst:

Schulgeld für die Mittelschule soll auch für die Zeit erhoben werden, in der kein Unterricht gegeben worden ist. Der Ausschuss für das Schulwesen wird ermächtigt, auf Antrag das Schulgeld für die Zeit ganz oder teilweise zu erlassen. Im Stimmverhältnis: mit 20 gegen 3 Stimmen angenommen.

Ratsherr Balke zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Punkt 7) Errichtung einer Freibank.

Der Tierarzt Dr. Johannsen empfiehlt der Stadtgemeinde Wedel die Errichtung einer Freibank, da für die nächste Zeit ein starker Anfall von Freibanktieren zu erwarten ist. Späterhin wird der Anfall vermutlich abfallen.

Bisher mussten die Freibanktiere an die nächste Freibank in Pinneberg abgeliefert werden. Ein beschäftigungsloser Schlechtermeister (Flüchtling) ist in Wedel vorhanden, der die Freibank übernehmen möchte. Nach längerer Debatte und auf Antrag des Stadtrats Beerbaum wird folgender Beschluss einstimmig gefasst:

Der Errichtung einer Freibank mit der Massgabe, dass das anfallende Fleisch gerecht verteilt wird, wird zugestimmt. Die erforderlichen Verhandlungen dieser Richtung sind sofort in die Wege zu leiten. Die Stadtvertretung behält sich die Verteilung des anfallenden Freibankfleisches durch Herausgabe von Vorschriften vor.

Punkt 8) Errichtung des Sportplatzes an der ~~Sporn~~.

Stadtdirektor J e s s e n führt aus, dass die Stadtverwaltung bemüht gewesen ist, den Platz frei-zu-bekommen.

Die Baracke, die auf dem Platz stand, ist inzwischen entfernt ^{wird} und der Platz hergerichtet und spielfähig gemacht werden. Dazu hat der Kultur-, Sport- und Jugendausschuß folgende Vorschläge:

- a) Den Fußballplatz 20 cm ausheben und mit Schlacke und Kies einzuwalzen,
- b) Sollten hierfür die erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt werden können, wird vorgeschlagen, das Gelände umpflügen und sofort eine feste und dichte Grassnarbe anzulegen.

Die behelfsmäßige Herrichtung, so führt Stadtdirektor Jessen weiter aus, d.h. Einbauen des Platzes und Bedecken mit einer Grassnarbe, würde Kosten von ungefähr RM 2.000.-- kosten. Diese Arbeiten sind ohne erhebliche Schwierigkeiten durchzuführen, so daß der Platz in etwa 2 Monaten, zur neuen Spielzeit, wieder spielfähig ist.

Es entsteht eine lebhafte Debatte darüber, ob der Platz behelfsmäßig oder gleich gründlich hergerichtet werden soll. Stadtrat H o f m a n n schlägt vor, hierzu auch den anwesenden Sportfachmann, Herrn Sydeler, zu hören.

S y d e l e r erklärt, daß der Platz doch für die Dauer geschaffen werden soll zur Freude der Jugend und der sportbegeisterten Wedeler Bevölkerung.

Stadtdirektor J e s s e n stellt den Antrag auf Feststellung der Kosten durch den Bauausschuß zusammen mit dem Kultur-, Sport- und Jugendausschuß.

Stadtrat Beerbaum schlägt vor, daß Geld durch eine freiwillige Schüttaktion, Freiwillige Sammlung und einen Teil des Geldes durch städtischen Zuschuß zu beschaffen.

Ratsherr J e n s schlägt vor, da der Platz auch durch Bomben zerstört ist, einen Teil des Geldes auf Bombenschaden anzusuchen.

Abschließend wird ~~es~~ einstimmig beschlossen: Der Sportplatz an der Bergstraße ist gründlich hergerichtet. Hierfür ist eine kurzfristige öffentliche Ausschreibung durchzuführen.

Punkt 9) Arbeitskleidung.

Der Bürgermeister verliest den Aufruf des Kreis-ausschusses über eine Sammlung für Arbeitskleidung, die für Arbeitskräfte bestimmt ist, die für den kommenden Winter in der Perle- und Holzaktion eingesetzt werden sollen. Es ~~spielt~~ ^{erregt} sich eine lebhafte Debatte darüber, dass immer wieder die Stadt Wedel für diese Sammlungen herangezogen wird. Es wird bemerkt, dass Wedel einen ca. 70 Millionen Bombenschaden erlitten hat und dadurch seine Bewohner selber nicht über die notwendigen Kleidungsstücke verfügen. Stadtrat Beerbaum führt den bereits schon einmal in der Stadtvertretung angeführten Fall Holzbach wieder

klar an und erklärt im Namen seiner Freunde, dass eine Sammlung nicht unterstützt werden könne, solange Verkäufe von Altkleidung dieser Art möglich sind. Stadtdirektor J e s s e n antwortet hierauf und erklärt, dass diese Angelegenheit bereits den Gerichten übergeben wurde. Er werde sich bemühen, das Ergebnis der Ermittlungen noch festzustellen. Es kommt zu folgendem Beschluss, der mit 12 Stimmen gegen 11 Stimmenthaltungen von der Versammlung angenommen wurde:

Die Stadtvertretung hat von dem Auftrag des Kreis-ausschusses in Finneberg über eine Sammlung von Arbeitskleidung Kenntnis genommen. Die Stadtvertretung wird ihren Einfluss geltend machen, dass die Bevölkerung, soweit dies überhaupt möglich ist, Arbeitskleidung freiwillig zur Verfügung stellt. Eine zwingende Einziesung ist die Stadtvertretung nicht mehr für durchführbar, da die Stadt 1943 einen 70%igen Bombenschaden erlitt, mit dem Wenigen, was den Ureingesessenen verblieb, wurden noch Tausende Flüchtlinge gekleidet und die von der Militärregierung auferlegte Kleideratgabe durchgeführt.

Punkt 10) Mitteilungen des Bürgermeisters.

- a.) Die Kreisverwaltung teilt mit, dass die Militärregierung Herrn Ing. Ernst Scholtze als Verbindungsmann zwischen Stadtvertretung und der Militärregierung eingesetzt habe. Herr Scholtze, der an dieser Sitzung teilnahm, wurde von Bürgermeister H a c k begrüßt.
- b.) Nach Rücksprache mit den Hamburger Gewerken wird vermutlich ab 15. 7. 46. die Gasversorgung wieder einsetzen.
- c.) Der Bürgermeister verliest einige Bekanntmachungen über die Mitglieder zum Provinzial-Landtag. Die Militärregierung erlaubt Äußerungen aus Kreisen der Bevölkerung über die vorgeschlagenen Kreis- und Landtagsabgeordneten. Beanstandungen sollen durch die Stadtvertretungen der Militärregierung geltend gemacht werden.
- d.) Der von der Gemeindeverwaltung eingebrachte Antrag auf Bildung einer Stadtwacht wurde von der Mil. Regierung abgelehnt. Nachdem sich die Ratsverren Jens, Wolke, Glimann und Beerbaum über die Notwendigkeit einer sofortigen Bildung der Stadtwacht ausgesprochen hätten, wurde folgender Beschluss gefasst, mit der Aufgabe, diesen sofort dem Kreis-schuss mitzuteilen, damit die Beauftragten des Kreis-schusses diesem Beschluss für ihre Besprechung mit der Militärregierung vorzulegen können.

Beschluss:

Die Stadtvertretung hat davon Kenntnis genommen, dass die Mil. Regierung den Antrag der Stadtverwaltung auf Bildung einer Stadtwacht abgelehnt hat. Die Stadtvertretung ist ein-

Vorgang
beim Brief 3/5.46.
Hlm

einmütig der Auffassung, dass bei fehlendem
genügendem Schutz, der durch die vorhandenen
Polizeikräfte nicht gewährt ist, die Ernäh-
rungslage zur Katastrophe auswehrt wird.
Es steht zu erwarten, dass die Diebstähle
sich ungeheuer steigern werden, dass vor allem
das Vieh von der Weide geholt und die Gärten
ausgeplündert werden. Der Kreisausschuss, der
auch von sich aus beim Mil. Gouverneur Schritte
wegen Einrichtung eines Selbstschutzes unter-
nimmt, ist sofort auf die katastrophalen Ver-
hältnisse in Wedel aufmerksam zu machen.

r f.

Frau Stadtrat Matthiesen hat am 9. April 1946
erklärt, daß sie ihr Amt als Stadtrat und Rats-
herr aus gesundheitlichen Gründen ~~zurück-~~
~~treten~~ ~~aufgeben~~ ~~einer~~ ~~neuen~~ ~~Existenz~~ nieder-
legen möchte. Ausserdem sei sie durch den Auf-
bau einer neuen Existenz übermässig in Anspruch
genommen.

Beschluß: Der Rücktritt von Frau Matthiesen
wird einstimmig angenommen.

Stadtdirektor J e s s e n teilt mit:

- 1) In Fortsetzung der Arbeiten seiner früheren
NS-Stelle werden von der Stadtverwaltung
Ausweise ausgegeben für bevorzugte Abfer-
tigung in Geschäften.
Diese Ausweise sind ab sofort ungültig,
weil Unbefugte diese Karten benutzen.
Neue Karten werden nur auf Grund eines
amtsärztlichen Attestes ausgegeben oder
an alte Leute über 70 Jahre. Die ~~neuen~~ Aus-
weise sind nur in Verbindung mit der Kenn-
karte gültig.
- 2) Die Elternversammlung der Volksschule A.B.C.-
Strasse hat beschlossen, eine beschleunigte
ärztliche Untersuchung der Kinder zwecks
Massnahmen für eine Schulpflicht durch-
führen zu lassen.
Schulpflichtungen sind zunächst leider nicht
möglich, da sie nur für Städte mit über
100.000 Einwohnern in Frage kommen.
Es sollen aber trotzdem Schritte beim Kreis
unternommen werden, da Untersuchungen Schulpflicht-
(es schaltet Herr Mahlow ein) hat.
- 3) Zu früheren Anfragen teilt der Stadtdirektor
mit:
Das Godeschlöcher-Haus in der Blücherstr. ist
1942 an Frau Tietze und Karl Volstedt je
zur Hälfte verkauft.
Ferner legt der Stadtdirektor ein Verzeich-
nis der seit Kriegsausbruch verkauften Grund-
stücke durch die Stadt vor und ein Verzeich-
nis der Grundstücke, die zu den bisherigen
Mariasbauverfahren gehören. Er regt an, die
Durchprüfung dieses Verzeichnisses dem Bau-
ausschuss zu übertragen.

Vorf.
Blum Bluf
15. 4. 46

14
Beschluß: Die städtischen Grundstücksverkäufe seit Kriegsbeginn und die Grundstücksverkäufe durch die Marienverwaltung sind von dem Baudezernenten nachzuprüfen.

4.) Zum Beschluß der Sitzung vom 14.3.1946 über die Fertigstellung der Wohnungen im Haus Hafensstr. 16, Eigentümer H.J. Diercke, teilt Stadtdirektor Jessen mit, daß die Instandsetzungsarbeiten im Gang sind, aber nicht sehr vorankommen, da es an nötigen Material fehlt. Die Fertigstellung wird etwa noch 2 Monate in Anspruch nehmen. Die gesetzte Frist kann also bis zum 1. Mai nicht erfüllt werden. Nun hat sich ein Hamburger Interessent gemeldet, der das erforderliche Baumaterial geben will, wenn er eine Wohnung abbekommt. Allgemeine Debatte darüber mit dem Ergebnis, daß der Interessent die Wohnung nach Lieferung des Materials und Fertigstellung aller Wohnungen zu einem bestimmten Termin bekommen soll.

Pfanzelt
2. Vortrag
3/5.46 kl.

5.) Die Stadtverwaltung hat beim Postamt Blachorn einen Antrag auf Wieder Einrichtung des Autobusverkehrs zwischen Blachorn und Badel gestellt, auf den bis heute keine Antwort eintraf. Es liegt ein Angebot eines Privatmannes vor, der diese Strecke fahren will wie zu Preisen die denen der Eisenbahn angepaßt sind.

Vorg.
Herrn Chef.
3/5.46

6.) Wegen der überhöhten Theaterpreise wird angeordnet, daß jeder Veranstalter seine Preise von der Preisprüfungsstelle in Finneberg genehmigen lassen muss. Stadtdirektor Jessen trägt den Fall Dr. Harbeck vor, der Preise von 4.-- bis 6.-- RM verlangt. Ihm ist gesagt, daß für Badel bei solchen Preisen für seine Veranstaltungen kein Interesse besteht.

II
17

Punkt 11: a)
Verdrückungs

Katastr. Wähl. fragt an, wie weit die Mittelschulbaracke angelegt ist. Stadtdirektor Jessen erklärt hierzu, dass augenblicklich keine Möglichkeit besteht, eine Baracke für die Mittelschule zu erhalten. Vorläufig muss diese behelfsmäßig in den Volksschulen untergebracht werden.

B
Bürgermeister K u c K bittet Herrn Ing. Schultze einige Worte an die Verwaltung zu richten. Schultze erklärt seine Tätigkeit als Verbindungsmann und teilt mit, dass ihm als besonderes Aufgabengebiet die Verbindung der Jugend und mit ihr der Sport der Stadtverwaltung aus Herrn Ing. Schultze sein. Dann gibt er einen kurzen Überblick über den Begriff "Beachstraße" und über die Besatzungsstellung (Stadtvertr. Stadtdirektor) in der Stadtverwaltung. Bürgermeister K u c K dankt dem Redner für die Ausführungen.

Stadtdirektor Jessen stellt folgenden Antrag für die politischen Gefangenen (frühere Konzentrationslager-Häftlinge), die u.ä. in Begleitung 202 noch in Kriegsgefangenschaft sich befinden, eine einmalige Summe von 1000.-- RM zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld soll für die Familien der

Vorg. Herrn Chef
1/5.46 kl.

Der Betroffenen Verhandlung finden.
 Rathherr H e u l e r unterstutzt diesen Antrag.
 Rathherr B r e m e r bittet die Summe auf
 2000.-- RM zu erhohen. Stellvert. Bürgermeister
 B e l k e stellt Antrag, den Vorschlag Beerbaum
 zu verlegen. Stadtrat M a t t h i e s e n
 schlägt vor, den Antrag Beerbaum zum Dringlich-
 keitsantrag zu erheben. Der Antrag wird unter-
 stützt mit 17 Stimmen gegen 6.

d. mit 2000.- RM angenommen

Eine Anfrage des Stadtrats B e s t e n d e
 betr. des Interfractionellen Frauenausschusses
 zur weiteren Mit- verstärkten Mithilfe bei der
 Lebensmittelkartenausgabe wird vom Stadtdirektor
 wie folgt beantwortet:

Die Ausgabe ist zum größten Teil mit besahlten
 Kräften der Stadtverwaltung zu erledigen. Für
 die noch fehlenden Kräfte, die für Nebenarbeiten
 benutzt werden, können Bürger herangezogen wer-
 den. Der von Herrn B e s t e n d e erhobene
 Angriff gegen den ehrenamtlichen Helfer Peters
 wird zurückgewiesen. Bürgermeister H e u l e r
 erklärt, wegen der vorgedröckten Zeit, die De-
 batte zu beschließen.

Die Versammlung wurde um 22 Uhr geschlossen.

Der Bürgermeister

Rathherr

W. Beck

Protokollführer

H. G. G.

Rud.

Rathherr

Brand.

Approved Directory
 April 29th 1946

W. Brock

Mayor

Comm. H. O. Hil-Go

H. O. Directory

S. C. G. (Bo)

L.S.

Steno-Protokoll

8. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung
Wedel am Donnerstag, dem 11. April 1946
19 Uhr im Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister H a c k
als Vorsitzender.

Folgende Mitglieder der
Stadtvertretung:

Balke, Bartehl, Bosch, Brand,
Bremer, Dziubek, Sydeler,
Glismann, Hanke, Hofmann, Jens,
Kleinwort, Köhler, Langensee,
Mahlow, Matthiessen Karl,
Möller, Rancke Karl,
Rancke Herbert, Röttger, Japp.

Stadtdirektor J e s s e n
Angestellter Gau als
Protokollführer

Mit Entschuldigung fehlen wegen
Krankheit Stadtrat Schacht und
Stadtrat Käte Matthiessen.

Stadtrat Beerbaum erscheint spä-
ter.

Anwesend 49 Zuhörer.

Der Bürgermeister begrüßt die An-
wesenden und eröffnet die Sitzung.

Die Tagesordnung umfaßt folgende
Punkte:

- 1) Ergänzungswahlen für den Finanz-
ausschuß.
- 2) Wahl des Vorsitzenden des Finanz-
ausschusses
- 3) Wahl des Hauptausschusses
- 4) Einrichtung einer Hilfeschule
- 5) Errichtung von 2 neuen Schulstel-
len
- 6) Schulgeld für die Mittelschule.
- 7) Errichtung einer Freibank
- 8) Herrichtung des Sportplatzes an
der Bergstraße
- 9) Kreissammlung für Arbeitskleidung
- 10) Mitteilungen.
- 11) Verschiedenes.

Punkt 1) Ergänzungswahlen für den
Finanzausschuß.

Bürgermeister H a c k teilt mit, daß
mindestens die Hälfte der Ratsherren dem
Finanzausschuß angehören muß. Da der Aus-
schuß bisher nur aus 8 Stadträten (ohne
Röttger) und den Ratsherren Balke besteht,
sind noch 4 Ratsherren zu wählen.

Vorgeschlagen werden die Ratsherren

B r a n d , J a p p , M a h l o w
und Stadtrat Röttger.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen,
und die vorgenannten Ratsherren und Stadträte
zu weiteren Mitgliedern des Finanzaus-
schusses gewählt.

Punkt 2) Wahl des Vorsitzenden
des Finanzausschusses.

Bürgermeister H a c k erklärt, daß
satzungsgemäß der Bürgermeister und sein
Stellvertreter Vorsitzender des Finanzaus-
schusses nicht sein können. Es sind daher
Vorschläge für den Vorsitzenden zu machen.

Es werden folgende Ratsherren vorgeschlagen

Stadtrat S c h a c h t
Stadtrat H a n k e
Ratsherr B r a n d.

Stadtrat Matthiessen beantragt eine kurze
Unterbrechung der Sitzung zwecks Beratung
der Fraktionsführer. Der Vorschlag wird un-

angenommen und die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ziehen die Fraktionsführer ihren Antrag Hanke und Brand zurück, sodaß lediglich Stadtrat S c h a c h t zu wählen verbleibt.

Nach Abstimmung wird

Stadtrat S c h a c h t

mit 22 gegen 1 Stimme

zum Vorsitzenden des Finanzausschusses gewählt.

Punkt 3) Wahl des Hauptausschusses.

Bürgermeister H a c k teilt mit, daß ~~jet~~ die Aufgaben des Hauptausschusses bereit in der vorigen Sitzung näher besprochen und erörtert worden sind. Zu dem Hauptausschuß gehören ohne weiteres der Bürgermeister und sein Stellvertreter. Außerdem müssen diesem Ausschuß noch 2 oder 3 Ratsherren angehören. Bürgermeister Huck bittet um Vorschläge.

Es werden vorgeschlagen:

Stadtrat Schacht, Beerbaum und Matthiesse

Die Ratsherren nehmen die Vorschläge einstimmig an.

Es wird folgender Beschluß erlassen:

Es wird ein Hauptausschuß gebildet, der für alle Fragen zuständig sein soll, für die kein besonderer Ausschuß gebildet ist.

Zu Mitgliedern dieses Ausschusses werden außer ~~dem~~ Bürgermeister Huck und stellvertretenden Bürgermeister Balke die

Stadträte S c h a c h t , B e e r b a u m und
M a t t h i e s s e n

gewählt.

Punkt 4): Einrichtung einer Hilfeschule.

Bürgermeister H a c k erklärt: Zur Frage der Einrichtung einer Hilfeschule, liegen seit einiger Zeit entsprechende Wünsche der Direktoren der Schulen vor, die alle die Einrichtung einer solchen Schule unterstützen. Die Direktoren der Schulen erklären übereinstimmend, daß die Fortbildung der Kinder durch die Zahl der Unbegabten sehr gehemmt ist. Da das Museum aufgelöst ist, ist die Möglichkeit zur Unterbringung der Hilfeschule in diesen Räumen gegeben. Es könnte ohne weiteres eine Klasse von 50 Schülern untergebracht werden. Bei der Auflösung des Museums war der Museumsausschuß an sich dafür eine Wohnung bzw. 2 Wohnungen einzurichten. Ich bitte den Rat, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Die Lehrerschaft beider Schulen wird es begrüßen, wenn eine Hilfeschule eingerichtet wird. Der vorhandene Raum läßt sich mit geringen Schwierigkeiten ausstatten. Abortanlagen und Spielplätze müßten noch hergestellt werden.

Ratsherr Brauer schlägt vor, in den Räumen Familien unterzubringen, da die Wohnungen zu groß sind. Es wäre zu erwägen, die Hilfeschule (Unterricht) auf

auf nachmittags zu verlegen, evtl. von 13- 15 oder 15 - 17 Uhr, Ratsherr Bremer erkennt an, daß diese Kinder besonderen Unterricht bekommen müssen, hält es aber für wichtiger, in den kleinen Familien unterzubringen..

Stadtrat Baerbaum erklärt:

Unsere Fraktion unterstützt den Antrag auf Einrichtung der Schule. Familien lassen sich besser unterbringen, wenn man die Arbeiten des hiesigen Stadtbauamtes forciert.

Ratsherr Ramcke hält es für richtig den Antrag zu unterstützen.

Stadtrat H a n k e erklärt:

Der Raum ist geeignet für eine Schule, wie sie nicht besser sein kann. Der Umbau zu Wohnungen würde einige Schwierigkeiten mit sich bringen. Im Interesse der hilfsbedürftigen Schüler halte ich es für ratsam, daß wir dem Antrag zustimmen, der hier eingebracht worden ist. Ich nehme an, Herr Bremer, ~~sch~~ wenn man die Räume selbst gesehen hat, dann würden Sie sich überzeugen und glaube, daß Sie daraufhin den Antrag zurückziehen.

Ratsherr Bremer zieht seinen Antrag daraufhin zurück.

Es wird folgender Beschluß gefaßt:

Es wird die Einrichtung einer Hilfschule beschlossen, die in den bisher von dem Museum benutzten Räumen unterzubringen ist.

Punkt 5.): Errichtung von 2 neuen Schulstellen.

Bürgermeister H u c k übergibt Stadtdirektor J e s s e n das Wort, der über die Einrichtung von 2 neuen Schulstellen berichtet. Er führt u.a. aus, daß die Schülerzahl

Schulau 1020 und Wedel 840 beträgt. Es entfallen auf Schulau 12 und Wedel 11 Stellen. Erforderlich wären f. Schulau 17 und für Wedel 14. Das Schulamt Pinneberg fordert von der Stadt die Errichtung von 2 neuen Schulstellen. In der Vorbesprechung waren wir uns darüber einig, daß über diese Anforderung des Schulamts nicht hinausgegangen werden soll, weil dadurch der Stadt Kosten entstehen. Bisher hat die Schulverwaltung die für die Durchführung des Unterrichts erforderlichen Stellen durch sogenannte zusätzliche außerplanmäßige Kräfte ausfüllen lassen. Sie fordert jetzt 2 Stellen.

Es wäre allerdings möglich, (das steht nicht fest) daß bei der jetzt beschlossenen Einrichtung einer Hilfschule eine Lehrkraft erforderlich wird, da für die Hilfschule eine besondere Lehrkraft vorgeschrieben ist, sodaß 2, und falls das Schulamt es fordert, die 3. Stelle erforderlich wird. Wenn die Schulverwaltung weitere Stellen haben will, dann möge sie sie fordern.

Bürgermeister

Bürgermeister H u c k bittet darüber abzustimmen, daß 2 neue Schulstellen errichtet werden und, falls das Schulamt es fordert, auch für die Hilfsschule eine Schulstelle errichtet wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und folgender Beschluß gefaßt:

In Ausführung gesetzlicher Pflicht wird entsprechend der Anforderung des Schulamts Pinneberg vom 18.3.46 die Einrichtung zweier neuer Schulstellen beschlossen. Falls das Schulamt für die jetzt einzurichtende Hilfsschule die Einrichtung einer weiteren Schulstelle fordern sollte, erklärt sich die Stadtvertretung auch hiermit einverstanden.

Punkt 6): Schulgeld für Mittelschule.

Bürgermeister H u c k berichtet, daß für die Zeit vom 1.4.45 bis 31.1.1946 in der Mittelschule ausfallen mußte. Gesetzesvorschrift ist, daß auch während des Ausfalls des Unterrichts Schulgeld zu zahlen ist. Es handelt sich um einen Ausfall von beinahe 6000.-- RM. In der Vorbersprechung waren wir uns einig, dem Rat vorzuschlagen, daß das Schulgeld erhoben werden soll. Wenn Leute da sind, die das nicht bezahlen können, soll weitestgehend oder teilweiser oder völliger Erlaß erfolgen. Über diesen Antrag solle entscheiden der Schulausschuß. Bürgermeister Huck bittet um Stellungnahme.

Ratsherr Balke beantragt, das Schulgeld auf die Hälfte zu erlassen.

Stadtrat Beerbaum schlägt vor, das Schulgeld voll zu erheben und auf Antrag Minderbemittelten das Schulgeld ganz oder teilweise zu erlassen.

Nach Abstimmung wird der Antrag des Herrn Beerbaum, als weitergehend angesehen und mit 20 : 3 Stimmen angenommen.

Es wird folgendes beschlossen:

Das Schulgeld für die Mittelschule soll auch für die Zeit erhoben werden, in der kein Unterricht gegeben worden ist. Der Ausschuß für das Schulwesen wird jedoch ermächtigt, auf Antrag das Schulgeld für diese Zeit ganz oder teilweise zu erlassen.

Punkt 7): Errichtung einer Freibank.

Bürgermeister H u c k teilt mit, daß der Tierarzt Dr. Johansen der Stadtgemeinde Wedel die Einrichtung einer Freibank empfiehlt. Es wäre zu begrüßen, da für die nächste Zeit ein starker Anfall von Freibanktieren zu erwarten ist. Vermutlich wird später der Anfall geringer werden. Bisher mußten die Freibanktiere an die nächste Freibank in Pinneberg abgeliefert werden

5

Ein beschäftigungsloser Schlachtermeister (Flüchtling) ist hier vorhanden, der die Freibank übernehmen möchte.

Stadtrat Beerbaum fragt an, warum man nicht den Raum einer Schlachtereier nimmt, der vorhanden ist. Das Freibankfleisch kann dann in dem Kühlraum zweckmäßiger verwahrt werden.

~~Ein Genehmigungsmissschicksalsbeschluss~~
Stadtdirektor Jessen teilt mit, daß die Stadt einen Schlachter für diesen Zweck einstellen muß. Man kann evtl. auch die Schlachtereier beschlagnahmen. Ich möchte anregen, so fährt Stadtdirektor Jessen fort, vielleicht grundsätzlich die Einrichtung einer Freibank zu beschließen. Über die Art der Verteilung sich Bericht erstatten zu lassen, wenn die Vorfragen geklärt sind.

Ratsherr B a l k e stimmt grundsätzlich u.

Stadtrat Beerbaum fordert eine gerechte Verteilung des anfallenden Fleisches. Er meint, es ginge nicht jeder zur Freibank. Es müßten Bezugsberechtigungskarten im Rathaus ausgegeben werden, worauf vermerkt wird, wieviel Personen im Haushalt sind usw. Alsdann müßte das Fleisch aufgerufen werden. Er macht seine Zustimmung davon abhängig, daß eine gerechte Verteilung vorgenommen wird.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme.

Es wird folgender Beschluß gefaßt:

Der Errichtung einer Freibank mit der Maßgabe, daß das anfallende Fleisch gerecht verteilt wird, wird zugestimmt. Die erforderlichen Verhandlungen in dieser Richtung sind sofort in die Wege zu leiten. Die Stadtvertretung behält sich die Verteilung des anfallenden Freibankfleisches durch Herausgabe von Vorschriften vor.

Punkt 8): Herrichtung des Sportplatzes an der Bergstraße.

Stadtdirektor Jessen teilt mit, daß die Stadtverwaltung bemüht gewesen ist, den Platz freizubekommen. Die Baracke ist inzwischen entfernt worden. Es wird zu entscheiden sein, in welcher Form die Herrichtung des Platzes geschehen soll. Das Stadtbaunat hat Pläne aufgestellt über eine sehr behelfsmäßige Herrichtung, ausgehend von der Tatsache, daß der Platz nicht ganz so schlecht ist, wie es zuerst den Anschein hatte. Man würde ihn einbauen haben und die vorhandenen Graspunkte ergänzen. Die Abgrenzung der Mittelschulbaracke und verschiedene andere kleinere Arbeiten müßten veranlaßt werden. Hierdurch

Hierdurch würden Kosten entstehen von rund 2000.-- RM. Die Arbeiten sind ohne Schwierigkeiten durchzuführen in ca. 2 Monaten, so daß der Platz dem Sport bei der neuen Saison zur Verfügung stehen würde. Die Wünsche der Sportfreunde gehen teilweise weiter, daß sie ein wirklich vollkommenes Spielfeld schaffen möchten was verständlich ist. Das ist nicht ganz leicht. Bisher sind dafür keine Pläne aufgestellt und die Kosten nicht ermittelt. Die Verwaltung ist der Auffassung, daß es in der heutigen Zeit im Interesse des Sports richtiger wäre, mit dieser behelfsmäßigen Herrichtung vorlieb zu nehmen. Die völlige Herrichtung würde auf materielle, ja zum Teil auf finanzielle Schwierigkeiten stoßen, ausschlaggebend die materiellen.-

Ratherr M a h l o w erklärt:

Wir sind der Auffassung, wenn wir den Sportplatz herrichten, dann soll er so gut hergerichtet werden, daß er allen Anforderungen entspricht. Es wird notwendig sein, einen Platz zu schaffen, mit dem Wedels sich sehen lassen kann.

Stadtrat H o f m a n n empfiehlt, zu diesem Punkt Herrn Eydeler zu hören, der anwesend ist.

Herr Eydeler erklärt, daß der Platz schon so hergerichtet werden muß, daß die Jugend und die Bevölkerung ihre Freude daran hat.

Bürgermeister H u c k erklärt:

Die Kostenfrage spielt eine große Rolle. Es scheint mir nicht so gering zu sein. Letzten Endes sollen vorschriftsmäßig auch alle Stadtgemeinden mit dem Haushalt etwas sparsam umgehen. Trotzdem bin ich fördernd für die Errichtung eines Sportplatzes.

Stadtdirektor Jesse schlägt vor, die Angelegenheit (Antrag) dem Sport- und Bauausschuß zur Feststellung der notwendigsten Arbeiten zu überweisen z.B. was ist notwendig im Interesse des Sports, welche Arbeiten, welche Kosten?

Stadtrat Beerbaum schlägt vor, das Geld durch freiwillige Schuttaktion, freiwillige Sammlung und einen Teil des Geldes durch städtische Mittel aufzubringen.

Ratherr J e s s e schlägt vor, die Kosten auf die Provinzial-Regierung abzuwälzen, da es sich um Bombenschaden handelt. Seiner Auffassung nach müsse man die Provinzial-Regierung mit einer größeren Summe belasten.

Es wird schließlich folgender Beschluß gefaßt:

Der Sportplatz an der Bergstraße ist gründlich herzurichten. Hierfür ist eine öffentliche kurzfristige Ausschreibung durchzuführen..

Punkt 9): Kleidsammlung für Arbeitskleidung.

Bürgermeister verliest einen Aufruf des Kreises Pianeberg über eine Sammlung für Arbeitskleidung, die für Arbeitskräfte bestimmt ist, die für den kommenden Winter in der Torfaktion eingesetzt werden sollen..

Stadtrat Hofmann erklärt dazu, daß diese Angelegenheit im Kreistag bereits eingehend besprochen worden ist. Es scheitert beim Arbeitsamt/darüber, daß die Arbeiter ~~zur~~ zur Verfügung gestellt werden können; sondern es scheitert an der Kleidung; und es ist unbedingte Pflicht der Stadt, daß die Leute ausgerüstet werden. Er empfiehlt, jedem Einwohner raten, daß er das, was er übrig hat, zur Verfügung stellt.

Stadtrat Beerbaum erklärt:

Wir hatten hier vor einigen Monaten schon eine Kleidsammlung durchgeführt. Zur gleichen Zeit ist ein Wedeler Geschäftsmann dazu übergegangen, und hat Kleider zu überhöhen Preisen verkauft. Ich habe die Stadtverwaltung seinerzeit darauf aufmerksam gemacht. Ich möchte fragen, was ist aus unserer Beschwerde geworden.

Stadtdirektor Jessen:

Ich kann nur aus der Erinnerung sprechen. Die Angelegenheit ist von der Polizei damals auf das genaueste geprüft und die ~~Wahre~~ Leute sind vernommen worden. Im Endergebnis ist die Angelegenheit, glaube ich, abgegeben an den Kreisausschuß. Ich weiß es so nicht. Ich habe einfach nicht in Erinnerung, was letzten Endes damit geschehen ist. Die Antwort werden Sie besonders schriftlich bekommen.

Ratherr B r e m e r regt an, daß die gesammelten Kleider überhaupt nicht bezahlt werden, sondern kostenlos abgegeben werden.

Ratherr J e n s stellt fest, daß von Seiten des Kreises Wedel mit allen anliegenden Ortschaften über einen Kamm geschoren wird. Wir haben einen Bombenangriff hinter uns und viele Flüchtlinge aufgenommen, dadurch sind für die Bewohner selber nicht genügend Kleidungsstücke vorhanden. Ich sehe nicht ein, daß wir von Wedel aus diesen Antrag des Kreises zustimmen. Ich möchte vorschlagen, daß wir von Wedel aus uns passiver verhalten, und stehe auf dem Standpunkt daß wir nichts mehr geben können.

Stadtdirektor Jessen:

In Ergänzung zu meinen bisherigen Ausführungen kann ich noch sagen, daß die Sache an das Gericht abgegeben ist. Das Gericht hat verschiedene Verhaltungen vorgenommen. Die Leute sind später freigelassen. Es ist seitens der Verwaltung beim. der Polizei das getan, was möglich war und der Sachverhalt geklärt. Das Gericht hat geprüft und diese Leute wieder entlassen.

Stadtrat

Stadtrat Beerbaum erklärt, daß er unter diesen Umständen eine freiwillige Sammlung von Kleidungsstücken unterstützt.

Ratsherr B r e m e r unterstützt ebenfalls die Kleidersammlung, regt aber an, die Kleidung kostenlos abzugeben.

Stadtdirektor J e s s e n erklärt, daß der Kreis die Sammlung auf Befehl der Militärregierung durchzuführen hat. Der Aufruf ist bereits erlassen. Es fragt sich nur, ob die Stadtvertretung in irgendeiner Form zu diesen Dingen Stellung nehmen wird. Abgegeben ist bisher nicht.

Bürgermeister Huck ist der Auffassung, daß der Kreis und die Stadtvertretung ihren Einfluß dahin geltend machen müssen, daß die Bevölkerung freiwillig Kleidungsstücke zur Verfügung stellt.

Ratsherr M a h l o w erwähnt, daß vom Hilfswerk aus versucht wurde, Kleidungsstücke zu beschaffen. Das Ergebnis ist negativ.

Ratsherr Balke erklärt, daß die Ratsherren bemüht sein werden, damit etwas zusammenkommt.

Bürgermeister Huck:

Ich bitte abzustimmen, daß der Rat bemüht sein wird, Kleidungsstücke zusammenzubekommen und den Einfluß daraufhin geltend zu machen. Der Antrag wird

mit 12 Stimmen gegen 11 Stimmenthaltung

angenommen.

Es wird folgender Beschluß gefaßt:

Die Stadtvertretung hat von dem Aufruf des Kreis Ausschusses in Pinneberg über eine Sammlung von Arbeitskleidung Kenntnis genommen. Die Stadtvertretung wird ihren Einfluß geltend machen, daß die Bevölkerung, soweit dies überhaupt möglich ist, Arbeitskleidung freiwillig zur Verfügung stellt. Eine zwangsweise Einziehung hält die Stadtvertretung nicht mehr für durchführbar, da die Stadt 1943 einen 70igen Bombenschaden erlitt und mit dem Wenigen, was den Ureingesessenen verblieb, wurden noch Tausende von Flüchtlingen gekleidet und die von der Militärregierung auferlegte Kleiderabgabe durchgeführt hat.

Punkt 10): Mitteilungen. Bürgermeister H u c k teilt mit:

- a) Die Kreisverwaltung teilt mit, daß die Militärregierung Herrn Ing. Ernst Schultze als Verbindungsmann zwischen Stadtvertretung und der Militärregierung eingesetzt habe. Herr Schultze, der an der Sitzung teilnahm, wurde von Bürgermeister Huck begrüßt.
- b) Nach Rücksprache mit den Hamburger Gaswerken wird vermutlich ab 15.7.46 die Gasversorgung wieder einsetzen.
- c) Der Bürgermeister verliest einige Bekanntmachun-

Bekanntmachungen über die Mitglieder zum Provinzial-Landtag. Die Militärregierung wünscht Änderungen aus Kreisen der Bevölkerung über die vorgeschlagenen Kreis- und Landtagsabgeordneten. Beanstandungen sollen durch die Stadtvertretungen der Militärregierung gemeldet werden.

- d) Genehmigung zur Aufstellung einer Stadtwacht: Der Antrag ist von der Militärregierung abgelehnt.

Infolge der vielen Diebstähle ist die Einrichtung einer Selbstschutzes ein dringendes Erfordernis.

Ratsherr B a l k e teilt mit, daß im Kreistag bereits eine Kommission gebildet wurde, die dem Gouverneur die Sache vortragen sollte. Der Antrag ist gleichfalls abgelehnt. Bewaffnung käme nicht in Frage. Der Gouverneur hat zugesagt, sich mit dem Kreise Steinberg in Verbindung zu setzen. Er ladet alsdann zu einer neuen Besprechung.

Ratsherr J e n s regt an, Herrn Balke ein Schreiben an den Kreistag mitzugeben, in dem besonders auf die Umstände in Wedel hingewiesen wird. Wir wollen keine Diebe fassen, sondern Diebstähle verhindern. Deshalb brauchen wir keine Schußwaffen.

Stadtrat G l i s m a n n erklärt, daß es notwendig ist, einen Selbstschutz zu gründen. Besonders die Wohnviertel am Stadtrand werden von den Dieben bevorzugt aufgesucht, weil sich dort wenig ein Schutzmann sehen läßt. Er erklärt, daß dieser Punkt da draußen unbedingt berücksichtigt werden muß..

Nachdem Bürgermeister Huck zugesagt hat, ein entsprechendes Schreiben zu fertigen, das an die Militärregierung gerichtet ist, wird folgender Beschluß erlassen:

Die Stadtvertretung hat davon Kenntnis genommen, daß die Militärregierung den Antrag der Stadtverwaltung auf Stellung einer Stadtwacht abgelehnt hat. Die Stadtvertretung ist einstimmig der Auffassung, daß bei fehlendem genügendem Schutz, der durch die vorhandenen Polizeikräfte nicht gewährt ist, die Ermüdungslage zur Katastrophe gesteigert wird. Es steht zu erwarten, daß die Diebstähle sich ungeheuer steigern werden, da vor allem das Vieh von der Weide geholt und die Gärten ausgeplündert werden. Der Kreisausschuß, der auch von sich aus beim Mil. Gouverneur Schritte wegen Einrichtung eines Selbstschutzes unternimmt, ist sofort auf die katastrophalen Verhältnisse in Wedel aufmerksam zu machen.

- e) Frau Stadtrat Matthiesen hat am 9. April 1946 erklärt, daß sie ihr Amt als Stadtrat und Ratsherr aus gesundheitlichen Gründen niederlegen möchte. Außerdem sei sie durch den Aufbau einer neuen Existenz übermäßig in Anspruch genommen.

Beschluß: Der Rücktritt von Frau Matthiesen wird einstimmig angenommen.

Stadtdirektor

Stadtdirektor J e s s e n teilt mit:

- a) In Fortsetzung der Arbeiten einer früheren NS-Stelle werden von der Stadtverwaltung Ausweise ausgegeben für bevorzugte Abfertigung in Geschäften. Diese Ausweise sind ab sofort ungültig, weil Unbefugte diese Karten benutzten. Es werden neue Ausweise ausgestellt nur auf Grund eines ärztlichen Attestes oder an alte Leute über 70 Jahre. Die Ausweise sind nur gültig in Verbindung mit der Kennkarte.
- b) Die Elternversammlung der Volksschule ABC.-Str. hat beschlossen, eine beschleunigte ärztliche Untersuchung der Kinder zwecks Maßnahmen für eine Schulspeisung durchführen zu lassen. Schulspeisungen sind zunächst leider nicht möglich, da sie nur für Städte mit über 100.000 Einwohnern in Frage kommen. Wenn die Stadt auch die Kosten tragen würde - das ist nicht die entscheidende - so bekommen wir dafür doch keine zusätzlichen Lebensmittel.

Stadtrat B e e r b a u m erklärt, daß der Antrag von ihm angeregt sei. Er meint, daß Wedel wahrscheinlich als ackerbautreibende Stadt angesehen wird. Der Ernährungszustand von 4-500 Flüchtlingskinder in Wedel ist nicht gut. Er fragt an, ob nicht die Möglichkeit besteht, mit dem Schwedischen Roten Kreuz in Verbindung zu treten. Er schlägt vor, die schulärztliche Untersuchung trotzdem durchzuführen, damit Unterlagen vorliegen.

Ratsherr M e h l o w berichtet, daß in Uetersen Schulspeisungen durchgeführt sind. Er fragt, warum dieses in Wedel nicht möglich ist. Uetersen verfüge doch auch nicht über eigene Lebensmittel.

- c) Stadtdirektor J e s s e n teilt zu früheren Anfragen mit:

Das Obdachlosenhaus in der Blücherstr. ist 1942 an Frau Alma Tietze und Karl Vollstedt je zur Hälfte verkauft.

Ferner legt der Stadtdirektor ein Verzeichnis der seit Kriegsausbruch stadteitig verkauften Grundstücke vor, außerdem ein Verzeichnis der Grundstücke, die zu dem bisherigen Marinebauverhaben gehören. Stadtdirektor Jessen regt an, die Klärung und Prüfung der getätigten Verkäufe der Stadt wie der Marine praktischerweise durch die Stadtvertretung vorzunehmen. Er bittet zu beschließen, welchem Kreis diese Unterlagen vorzulegen sind.

Ratsherr Mahlow schlägt vor, die Nachprüfung der Anträge der Baukommission zu überlassen.

Es wird folgendes beschlossen:

Die städtischen Grundstückeverkäufe seit Kriegsbeginn und die Grundstückeverkäufe durch die Marineverwaltung sind von dem Baugusschuß nachzuprüfen.

- 41
- d) Stadtdirektor Jessen berichtet zur Fertigstellung des Hauses Diercke, Hafestr. 16, u.a. folgendes:

Das Bauamt stellt fest, daß die Fertigstellung des Hauses trotz allem Druck auf gewisse Schwierigkeiten stößt, materialbeschaffungsmäßig. Die gesetzte Frist innezuhalten wäre unmöglich. Mindestens 2 Monate sind noch erforderlich.

Nun hat sich ein Hamburger Interessent gemeldet, der das erforderliche Baumaterial zur Verfügung stellen will, wenn er eine Wohnung davon erhält.

Stadtdirektor Jessen bittet die Ratsherren, die Entscheidung hierüber zu treffen.

Stadtrat Beerbaum stimmt für das Angebot des Hamburger Interessenten.

Stadtrat H a n k e erklärt:

In diesem Falle Diercke muß ich dem Vorschlage des Herrn Beerbaum folgen. Wenn ein Mann gefunden wird, der das Material aufbringt, sollen wir das annehmen. Wir würden keine Wohnung verlieren, weil zusätzlich 2 Wohnungen hineingebaut worden sind. Die zuletzt fertiggestellte Wohnung könne diesem Spe-Interessenten zugewiesen werden.

Abschließend erklären sich die Ratsherren damit einverstanden, daß der Interessent die Wohnung erhält, wenn er das Material geliefert und die Wohnung bis zu einem bestimmten Termin fertiggestellt hat.

- e) Die Stadtverwaltung hat beim Postamt Elmshorn einen Antrag auf Wiedereinrichtung des Autobusverkehrs zwischen Elmshorn und Wedel gestellt, auf den bisher keine Entscheidung eingegangen ist.

Es liegt ein Angebot eines Privatmannes vor, der diese Strecke fahren will zu Preisen, die denen der Reichsbahn angepaßt sind.

- f) Wegen der überhöhten Theaterpreise wird angeordnet, daß jeder Veranstalter seine Preise von der Preisprüfungsstelle in Pinneberg genehmigen lassen muß.

Stadtdirektor Jessen trägt den Fall Dr. Harbeck vor, der Preise von 4.-- RM bis RM 6.-- verlangt. Ihm ist gesagt, daß für Wedel bei solchen Preisen für seine Veranstaltungen kein Interesse besteht.

Stadtrat Hofmann teilt mit, daß im Kreistag die Frage der Preisüberwachung besprochen worden ist. Es wurde beschlossen, daß die Preise für Theaterveranstaltungen im Kreise Pinneberg nicht höher als 4.-- RM sein dürfen.

Verschiedenes

Punkt 11)

- a) Ratsherr Mahlow fragt an, wieweit die Mittelschulbarackensangelegenheit steht. Stadtdirektor Jessen erklärt dazu: Die Verhandlungen sind aufgenommen. Die angekündigte Baracke für die Mittelschule zu bekommen, ist so gut wie hoffnungslos. Die Mittelschule hilft sich jetzt im Zusammenwirken mit den beiden Volksschulen dadurch, daß sie nachmittags wechselläufig Unterricht gibt und dadurch mit dem vorhandenen Raum sich behilfsmäßig durch hilft. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß die Mittelschule sich zunächst mal so behelfen muß.

Punkt 11): Verschiedenes

- b) Bürgermeister Hack bittet Herrn Ing. Schultze einige Worte an die Versammlung zu richten. Schultze erklärt seine Tätigkeit als Verbindungsmann und teilt mit, daß ihm als besonderes Aufgabengebiet die Verbindung der Jugend und mit ihr der Sport mit der Stadtvertretung anvertraut worden ist. Dann gibt er einen kurzen Überblick über den Begriff "Demokratie" und über die Gewaltenteilung (Stadtvertretung, Stadtdirektor) in der Stadtvertretung. Bürgermeister Hack dankt dem Redner für die Ausführungen.
- c) Stadtrat Beerbaum stellt Antrag, für die politischen Gefangenen (frühere Konzentrationslager-Häftlinge), die z. Bt. im Regiment 999 noch in Kriegsgefangenschaft sich befinden, eine einmalige Summe von 1000.-- RM zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld soll für die Familien der Betroffenen Verwendung finden. Ratsherr Mahlow unterstützt diesen Antrag. Ratsherr Bremer regt an, diesen Betrag auf 1500.-- bis 2000.-- RM zu erhöhen und zur Verfügung zu stellen. Stellvertr. Bürgermeister Balke stellt Antrag, den Vorschlag Beerbaum zu vertagen. Stadtrat Matthiesen schlägt vor, den Antrag Beerbaum zum Dringlichkeitsantrag zu erheben. Stadtrat Beerbaum beanstandet es, daß, ^{wenn} die Fraktionsführer zu einer Vorbesprechung geladen werden, bereits ein fester Arbeitsplan vorliegt. Bürgermeister Hack erwidert darauf: Es ist Aufgabe des Bürgermeisters, die Tagesordnung festzusetzen. Hierauf lehnt Stellvertr. Bürgermeister Balke die Stellung eines Dringlichkeitsantrages ab. Es wird abgestimmt, wer für einen Dringlichkeitsantrag ist. Der Antrag wird mit 17:6 Stimmen angenommen, und zwar handelt es sich um die Zurverfügungstellung von 1000.-- RM für Angehörige ehemaliger polnischer Häftlinge. Über den weitergehenden Antrag des Ratsherrn Bremer auf Bewilligung von 1500.-- bis

bis 2000.--RM wird ebenfalls abgestimmt.

Stimmverhältnisse: 20 gegen 3 Stimmenthaltung.

Der Antrag wird angenommen.

- d) Stadtrat Beerbaum spricht über die Mitwirkung des interfraktionellen Frauenausschusses bei der Kartenausgabe. Er führt u.a. aus: Der flüchtige Kontakt hat gezeigt, daß das Kartenausgabesystem einer gründlichen Überholung bedarf und der interfraktionelle Frauenausschuß verstärkt eingesetzt werden muß. Die vier Parteien haben ihre Zusage gegeben, Frauen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Weiter beanstandet Stadtrat Beerbaum das Verhalten des Herrn Peters, der ebenfalls an der Kartenausgabe teilnimmt, in scharfer Form und ersucht, Herrn Peters ab sofort die Geschäftsräume bei der Kartenausgabe nicht mehr betreten zu lassen.

Stadtdirektor J. e s s e n erwidert darauf:

Für die Kartenausgabe bin ich allein verantwortlich. Die Ausgabe ist zum größten Teil mit besonnenen Kräften der Stadtverwaltung zu erledigen.

Die ehrenamtlichen Helfer, die mit Nebenarbeiten oder Zubringearbeiten beschäftigt sind, können an die Karten nicht heran. Die Karten stehen unter Kontrolle eines einzigen Angestellten, das ist z. B. Herr Hüfe. Nur er allein ist für die Karten verantwortlich und kein anderer, nicht ich und nicht die Leiterin des Ernährungsamtes oder sonst jemand. Wenn Herr Peters, der seit des ganzen Krieges in selbstloser Weise mitgewirkt hat an der Ausgabe, Karten abholt und in die Stadt gebracht hat, dann verburge ich mich für die Ehrlichkeit dieses Mannes, und bin sicher, daß auch Herr Brand daran nicht zweifelt.

Darauf Stadtrat Beerbaum:

Ich kann den scharfen Ton des Stadtdirektors nicht ganz verstehen. Das geht weit über den Rahmen der Nachbarhilfe hinaus.

Bürgermeister H u c k erklärt, wegen der verdrückten Zeit die Debatte zu schließen.

Die Versammlung wurde um 22 Uhr geschlossen.

~~Der Bürgermeister~~

~~Stadtdirektor~~

~~Stadtdirektor~~

~~Stadtdirektor~~

H. Hüfe

Stadtdirektor

J. J. J.

20

9. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
Am Freitag, dem 26. April 1946 um 19 Uhr
im Rathaus - Sitzungssaal

Anwesend:

Bürgermeister H u c k als
Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dzübek, Eydeler,
Jens, Glismann, Hanke, Kleinwort,
Köhler, Langensee, Mahlow, Matthies-
sen Karl, Möller, Ramcke, Ramcke
Herbert.

Stadtdirektor Jessen

Angestellter G a u
als Protokollführer

Stadtrat Heinrich Schacht fehlt
wegen Krankheit.

Stadtrat Heinrich Röttger fehlt
entschuldigt.

Stadtrat Georg Hofmann und Ratsherr
Japp erscheinen später.

23 Zuhörer

Bürgermeister H u c k
begrüßt die Anwesenden und er-
öffnet die Sitzung.

Die Tagesordnung umfasst fol-
gende Punkte:

Punkt 1)

Ernennung des Wahlleiters, Wahl-
ausschusses, Wahlbezirke, Wahl-
listen

Punkt 2)

Beschaffung von Heizmaterial.

Punkt 1) Ernennung des Wahlleiters, Wahl-
ausschusses, Wahlbezirke, Wahl-
listen

Der Bürgermeister Huck teilt in
der Versammlung mit, daß auf An-
ordnung der Militärregierung die
Ernennung des Wahlausschusses mit
einem Wahlleiter sofort erfolgen
müsse. Da der Wahlleiter aus den
Reihen der Ratsherren ernannt wer-
den muss, und nicht ein repräsenta-
tives Mitglied einer Partei sein
darf, schlägt der Bürgermeister
den Ratsherren Heinrich Brand zum
Wahlleiter vor.

Gegen diese Ernennung erhebt die
Versammlung keinen Einspruch. Nach
den Richtlinien der Wahlordnung
besteht der Wahlausschuss aus je
einem Vertreter der von der Mili-
tärregierung zugelassenen Parteien

Vorgeschlagen werden

Ratsherr Wilhelm Barthel (KPD)

Bürgermeister-Stellvertr. Balke (FDP)

Ratsherr Heinrich Bosch (CDU)

Ratsherr Hebert Ramcke (SPD)

Gegen diese Vorschläge werden Einwendungen nicht erhoben. Da der Wahlausschuss sofort seine Tätigkeit aufnehmen muss, bittet der Bürgermeister die beteiligten Herren nach der Sitzung zu einer kurzen Besprechung hierzubleiben.

Punkt 2)

Beschaffung von Heizmaterial

Bürgermeister Huck teilt mit, daß zur Entlastung der Brennstoffversorgung für das Wirtschaftsjahr 1946/47 das Landeswirtschaftsamt die Werbung von Torf für Brennzwecke angeordnet hat. Gestützt auf frühere Besprechungen mit den Fraktionsführern hat die Stadtverwaltung Verhandlungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Torf geführt. Diese Maßnahme wurde erforderlich, nachdem das Kreiswirtschaftsamt nicht in der Lage war, die Versorgung der Stadt ausreichend zu fördern. Im Laufe der Verhandlungen wurde von dort gebeten, wenn möglich, wenn auch die Versorgung der Gemeinden Holm und Hetlingen mit zu übernehmen. Durch die Ausfuhrverbote der einzelnen Landeswirtschaftsämter gestalten sich die Verhandlungen besonders schwierig. Der Verwaltung ist es jedoch gelungen, dank persönlicher Verbindungen, zu einem Abschluss zu kommen, und zwar mit 2 weiteren Gemeinden, nämlich der Stadt Osterholz-Scharmbeck und der Gemeinde Ritterhude. Ein Vertragsentwurf wurde in Gegenwart des Landrats Damm aus Pinneberg und des Landrats Biester Osterholz aufgestellt. Für das laufende Kohlenwirtschaftsjahr wird voraussichtlich eine Gesamtmenge für die 3 Städte von 21.000 t gewonnen. Zu diesem Zweck haben diese drei Gemeinden die Absicht, einen Gesellschaftsvertrag abzuschließen. Die Gesellschaft nennt sich "Gemeinnützige Torfgewinnungsgesellschaft Giele m.u.b.H." Von der anfallenden Menge wird die Stadt Wedel ca. 10.000 t = 200.000 Ztr. erhalten. Auf Grund § 2 Abs. 3 des zu schliessenden Vertrages wird die Gesellschaft eine grössere Bau-firma, nämlich Siemens-Bau-Union, mit den erforderlichen Baggern und sonstigen techni-schen Geräten einsetzen. Die Gesellschaft wird mit dieser ein besonderes Abkommen tref-fen. Betreffs des zu erwartenden Auftrages hat die Preisbehörde die Preisgestaltung zu prüfen. Für die Erfüllung der Verpflichtungen der Stadt aus § 2 Abs. 1, nämlich Aufbringung eines Betrages von RM 8.-- je Einwohner = RM 160.000.--, hat die Stadtvertretung 3 Mög-lichkeiten, das Geld zu beschaffen:

1. Entnahme aus laufenden Mitteln,
2. Entnahme aus Rücklagen,
3. Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe.



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or administrative note, including the number '1094' in parentheses.

Die Höhe dieses Betrages wird nicht auf den alsbald zu leistenden Betrag von RM 160.000.-- begrenzt werden, sondern voraussichtlich mindestens RM 300.000.-- für die Stadt Wedel ausmachen. Der Bürgermeister empfiehlt die Aufnahme einer Anleihe bis zu RM 300.000.-- bei der Stadtparkasse in Wedel zu einem günstigsten Zinssatz.

Nach einer längeren Aussprache wird der Antrag gestellt, die Angelegenheit fraktionsweise zu beraten.

Nach einer kurzen Pause wird die Debatte wieder aufgenommen. In dieser werden durch den Stadtdirektor verschiedene Anfragen geklärt, darunter auch die Anfrage des Bürgermeister-Stellvertreters Balke, ob nicht Holm und Hetlingen zur Leistung des Einlagebetrages herangezogen werden können. Der Stadtdirektor erklärt, daß selbstverständlich an die beiden Gemeindevertretungen Holm und Hetlingen die Angelegenheit herangetragen wird, um die auf die Gemeinden entfallenden Beträge, je Einwohner RM 8.--, zu erhalten.

Stadtrat Beerbaum schlägt weiter zur Kapitalbeschaffung eine zinslose Geldgebung in der Art vor, daß Gutscheine schon vor der Auslieferung des Torfes an die Bevölkerung abgegeben werden. Dieses einkommende Geld könnte zur Tilgung der Darlehen verwandt werden. Hierdurch würde das zu verzinsende Kapital möglichst gering gehalten.

Ratsherr Jens stellt den Antrag, einen Rechtsbeistand bei den Vertragsabschlüssen, die die Gesellschaft noch vornimmt, zur Sicherung der Stadt hinzuzufügen.

Es kommt jetzt zu folgenden Beschlüssen:

Beschluß 1:

Die Stadtvertretung billigt den Abschluss des vorgelegten Gesellschaftsvertrages mit der Stadt Osterholz-Scharmbeck und der Gemeinde Ritterhude zum Zwecke der gemeinsamen Beschaffung von Brenntorf. Gleichzeitig wird beschlossen, bei der Stadtparkasse Wedel eine kurzfristige Anleihe bis zu RM 300.000.-- zu einem möglichst günstigen Zinssatz aufzunehmen. Die Anleihe soll zur Finanzierung der Torfgewinnung dienen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschluß 2:

Dem Hauptausschuss ist monatlich über den Fortgang der Torfgewinnung Bericht zu erstatten. Ausserdem ist der Hauptausschuss vor Abschluss aller Verträge durch die Torfgewinnungsgesellschaft und der Stadt Wedel zu Rate zu ziehen. Dieser Beschluß wird einstimmig angenommen.

Bei Geldbewahrung (1912)

Beschluß 3:

Der Bevölkerung ist Gelegenheit zu geben, den Torf schon jetzt durch sogenannte Gutscheine zu bezahlen. Durchführungsbestimmungen in dieser Angelegenheit trifft der Hauptausschuss. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zum Antrag Jens besteht Einmütigkeit, einen Rechtsbeistand erst dann heranzuziehen, wenn der Hauptausschuss es für erforderlich hält.

Hiernach bittet Stadtrat Beerbaum eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Bürgermeister Huck bittet die Erklärung in der nächsten Sitzung vorzutragen. Stadtrat Beerbaum erhebt die Abgabe der Erklärung zum Antrag.

Die Ratsversammlung beschlieset einstimmig die Abgabe der Erklärung. Hierauf erklärt Stadtrat Beerbaum:

- a) Ich erhebe verschiedene Vorwürfe gegen die Gepflogenheiten der Stadtverwaltung.
1. Ist es richtig, daß der Angestellte Gau der in der Holmerstr. 153 wohnenden Lehrerin Forschner gedroht hat, innerhalb 3 Tagen die Wohnung zu räumen und wenn sie auf ein Gerichtsurteil bestände, und die Stadt feile rein, würden 6 Flüchtlinge reingesetzt werden?
 2. Hat der Stadtbaumeister Diercks einem Arbeitsinvaliden einen Bauplatz auf dem Reiterplatz versagt mit der Begründung, daß keine Plätze vorhanden seien, während gleichzeitig Stadtdirektor Jessen erscheint und einen Bauplatz für Frau Mötting fordert? Ebenfalls soll Frau Ladwig einen städt. Bauplatz bekommen haben.
 3. Darf der Stadtdirektor ohne Einverständnis des Leiters des Wohnungsamtes Wohnungen vergeben?
 4. Ist es richtig, daß die Stadtparkasse 1943 ein Darlehen von RM 48.000.-- einem ehemaligen Parteigenossen gewährt hat, das heute noch offensteht?
 5. Vor einigen Monaten hat eine Lebensmittelkartenabrechnung mit der Lebensmittelkartenstelle Pinneberg stattgefunden, die Kusserst fahrlässig vorgenommen wurde. Hat der Stadtdirektor bei der Kreisverwaltung Schritte gegen diese Abrechnungsmethoden in Pinneberg unternommen?

b) Stadtdirektor Jessen nimmt zu den Vorwürfen des Stadtrats Beerbaum Stellung. Er erklärt:

1. bei der Wohnung Forschner handelt es sich um eine Dienstwohnung des Krankenhauses. Dienstwohnungen besetzt von je her die Stadtverwaltung und nicht das Wohnungsamt. Die Wohnung wird gebraucht für den neu eingestellten Hausmeister des Krankenhauses. Im übrigen bitte ich Herrn Gau zu den Anschuldigungen zu hören.
2. Alle vorgetragene Fälle wegen Platzvergebungen kann ich im Augenblick nicht klären, da ich hierzu die Akten einsehen muss.
3. Das Wohnungsamt ist ein Teil und Zweig der Stadtverwaltung. Ich bin durchaus befugt, jede einzelne Sache an mich heranzusehen, soweit nicht der Wohnungsausschuss heranzuziehen ist. Im übrigen habe ich alle unklaren Fälle mit dem derzeitigen Leiter des Wohnungsamtes besprochen. Alle Anordnungen des Wohnungsamtes decke ich mit meinem Namen und muss deshalb auch Entscheidungsbefugnis haben.
4. Über die Angelegenheit der Sparkasse kann ich nichts sagen, da das jetzt Aufgabe des Vorsitzenden des Vorstandes, nämlich des Bürgermeisters, ist.
5. Die Kartenabrechnung ist von dem Beauftragten des Ernährungsamtes (Herrn Hufe) ordnungsgemäß dem Kreisernährungsamt übergeben worden mit einer genauen Abrechnung, die jederzeit bei mir eingesehen werden kann. Was dann der Kreis macht, darüber habe ich nicht zu bestimmen.

c) Ratsherr Brand macht noch nähere Erläuterungen zur Hauptkartenausgabe.

Stadtrat Beerbaum kommt noch einmal auf die Wohnungsangelegenheit Forschner zurück, und betont, daß nicht die Befugnis der Stadtverwaltung bezweifelt wird, sondern die Methoden der Durchführung.

Ferner bittet er um klare Auskunft, ob Mötting und Ladwig einen Bauplatz erhalten haben.

Wegen der Kartenabrechnung in Pinneberg macht er dem Stadtdirektor nochmals zum Vorwurf, daß er die Art der Abnahme durch das Kreisernährungsamt nicht dem Kreisdirektor zur Kenntnis gebracht hat.

d) Stadtrat Hanke nimmt Stellung zu der Wohnungssache Forschner und bittet den Stadtdirektor, zukünftig solche Fälle durch Einschaltung des Wohnungsausschusses zu regeln.



451
Handwritten text at the bottom of the page, including a date "1929" and some illegible characters.

Der Bürgermeister bittet noch, Herrn Gau zur Wohnungssache Forscher zu hören.

Die gegen mich erhobenen Vorwürfe, so führt der Angestellte Gau aus, weise ich entschieden zurück. Ich habe auftragsgemäss vorklären müssen, inwieweit die Dienstwohnung noch besetzt ist. Dabei habe ich Frau Forscher erklärt, daß für das städt. Krankenhaus diese Dienstwohnung wieder freigemacht werden müsse. Es stünde selbstverständlich eine andere Wohnung, wenn auch eine Barackenwohnung, im Austauschverfahren zur Verfügung. Da keine Erklärung von Seiten Frau Forschners abgegeben wurde, habe ich sie gebeten, sich in 3 Tagen die Sache zu überlegen. Auf ihre Einwendungen, daß sie durch das Gericht eine Entscheidung herbeizuführen gedenke, erklärte ich ihr, falle das Gericht ihr die Wohnung zurparchen würde, sie niemals allein die Wohnung behalten könne. Nach dem qm-Raum müssen 6 Personen in dieser Wohnung wohnen.

Weiter führt der Angestellte Gau aus, daß die Unterbringungsbedingungen für das Personal im Krankenhaus nicht die besten seien und daß nur die Not uns zwingt, diesen Wohnungstausch vorzunehmen.

Eine Drohung, wie Frau Forscher sie darstellt, war in keinem Falle beabsichtigt noch gewollt.

Stadtrat Beerbaum stellt den Antrag, auch die anwesende Frau Forscher zu hören.

Ratsherr Mahlow ist dagegen, da hier vor der Öffentlichkeit Aussage gegen Aussage stehen würde.

Stellvertr. Bürgermeister Balke schlägt vor, die Angelegenheit dem Wohnungsausschuss zu übergeben, der die Angelegenheit prüft und dann darüber entscheidet. ~~Berichtet.~~

Abstimmung darüber: Einstimmige Annahme des Antrages Balke.

Ratsherr Karl Ramcke schlägt vor, solche Angelegenheiten nicht gleich vor den Rat zu bringen, sondern vorher mit den Betreffenden zu regeln. Notfalls kann dann die Sache dem Rat vorgetragen werden.

Nach einer längeren Debatte über Wohnungsangelegenheiten, bittet Stadtrat Beerbaum Aufklärung darüber:

Ein Wohnungssuchender, der das Recht auf eine Wohnung hat, bekommt durch das Wohnungsamt ein Zimmer und Küche zugewiesen. Er ist mit dieser Wohnung nicht zufrieden, wendet sich an den Stadtdirektor, der fordert die Akten und weist ihm eine Wohnung mit 2 Zimmern und Küche zu, entgegen der ausdrücklichen Erklärung des Leiters des Wohnungsamtes, daß er für ~~diese~~ diese Handlung ~~verantwortlich~~ ~~ist~~

das Verantwortung nicht trägt.

Bürgermeister Huck bittet, daß solche Fälle so im Eingeklärt werden.

^{Huck} Herr Besonda bittet nochmals um eine eindeutige Erklärung, ob der Stadtdirektor als Leiter der Verwaltung gefragt ist, über die Departement hinweg über Vorraum zu verfügen.

Bürgermeister Huck erklärt, in der nächsten Ratsitzung darüber ständige Erklärungen abgeben zu wollen.

Ratsherr Eitel bittet, daß für die Feststellung der Tagesordnung die Protokollführer gehört werden.

Bürgermeister Huck erklärt die Versammlung für geschlossen. ^{11 Uhr}

v. J. u.

Der Bürgermeister

Ratsherr

H. Brand

Huck
Ratsherr

Protokollführer

Herr

9. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
Am Freitag, dem 26. April 1946 um 19 Uhr
in Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister H u c k als
Vorsitzender.

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balks, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Sydeler, Bremer, Dziubek,
Jens, Glismann, Hanke, Kleinwort,
Köhler, Langensee, Mahlow,
Matthiessen Karl, Müller, Ramcke, Ramcke
Herbert

Stadtdirektor Jessen

Angestellter G a u
als Protokollführer

Stadtrat Heinrich Schacht fehlt
wegen Krankheit
Stadtrat Georg Hofmann und
Ratsherr Japp erscheinen später.

23 Zuhörer.

Bürgermeister H u c k begrüßt
begrüßt die Anwesenden und eröffnet
die Sitzung. Er stellt die Beschluß-
fähigkeit des Rates fest.
Die Tagesordnung umfaßt folgende
Punkte:

- 1) Ernennung des Wahlleiters,
Wahlausschusses, Wahlbezirke,
Wahllisten.
- 2) Beschaffung von Heizmaterial.

Punkt 1) Ernennung des Wahlleiters, Wahlausschusses,
Wahlbezirke, Wahllisten.

Bürgermeister H u c k teilt mit:

Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, und haben Sie aus
den Tageszeitungen ersehen, daß die Wahlen in Kürze
stattfinden. Die Vorbereitungen zu diesen Wahlen sind
unverzüglich zu treffen, und zwar ist, wie ich fest-
gestellt habe, bereits bis zum 28. d.M. der vorgesetz-
ten Behörde ein Bericht zu erstatten, wie weit die Wahl-
vorbereitungen vorgeschritten sind. Es kommen heute
zunächst in Frage die Ernennung und Festsetzung bezw.
Bildung des Wahlausschusses, bestehend aus einem
Wahlleiter, dem Vorsitzenden des Ausschusses und je
einem Mitglied der zugelassenen Parteien. Als Wahllei-
ter kommt n.ä. nur jemand in Frage, der über etwas Zeit
verfügt und über die nötigen Interessen. Ich habe dabei
gedacht an Herrn B r a n d. Wahlleiter sowie auch die
Ausschußmitglieder müssen durch mich ernannt werden.
Würden Sie, Herr Brand, das Amt als Wahlleiter anneh-
men?

-Herr Brand bejaht. -

Meine Herren, ich glaube, Sie sind der Meinung, daß
Herrn B r a n d der richtige Mann sein wird. Es muß
jemand von den Ratsherren sein.

Herr B r a n d, ich ernenne Sie zum Wahlleiter. Ich
bitte, mir aus den Reihen der Partei je einen Herrn
für die Ausschuß zu nennen.

Es werden vorgeschlagen:

Barthels	(EPD)
Balks	(FDP)
Bosch	(CDU)
Ramcke Herbert	(SPD)

Ich empfehle die Aufnahme einer Anleihe bis zu 300.000.-- RM bei der Stadtparkasse in Wedel zu einem günstmöglichen Zinssatz.

Wenn wir, meine Herren, diesen Vertrag abschließen, würde die Bevölkerung der Stadt Wedel für die nächsten 2 - 3 Jahre einigermaßen mit Feuerung versorgt sein und dazu vermutlich noch besser als andere Städte und Gemeinden des Kreises Pinneberg. Ich glaube, daß dieser Erfolg unter allen Umständen rechtfertigt, wenn auch nach Abschluß der gesamten Maßnahme sich ein von der Stadt zu übernehmender Fehlbetrag ergeben sollte. Mit einer solchen Möglichkeit muß man vorsichtigerweise rechnen.

Die Sache ist eilig. Das Torfstechen muß dringend in Angriff genommen werden. Der Rat muß beschleunigt darüber beschließen. Wir müssen für die Bevölkerung für das kommende Jahr und auch für die nächsten Jahre für Brennmaterial sorgen. Mit Aussicht auf Kohlenlieferungen ist nicht zu rechnen.

Es ist schwierig für Sie, diesen Vertrag im Handumdrehen zu überprüfen und Ihre Zustimmung zu erteilen. Ich möchte empfehlen, den Hauptausschuß diesen Vertrag zu übergeben zwecks Nachprüfung und Entscheidung, und zwar bis spätestens Montag.

Stadtrat Beerbaum :

Ich möchte die Erklärung abgeben, daß der Vertrag an sich klar genug ist. Ich glaube, es ist ratsamer, wenn die Ratsvertretung heute Stellung nimmt dazu. Der wichtigste Punkt ist die Finanzierung. Es ist ratsamer, wir einigen uns hier.

Ratsherr Balke beantragt Unterbrechung der Sitzung um die Angelegenheit zu beraten und zu einem Schluß zu kommen. Nach einer kurzen Pause wird die Debatte wieder aufgenommen. In dieser werden durch den Stadtdirektor verschiedene Anfragen geklärt, darunter auch die Frage des Bürgermeister-Stellvertreters Balke, ob nicht Holz und Kettlingen zur Leistung des Einlagebetrages herangezogen werden können. Der Stadtdirektor erklärt, daß selbstverständlich an die beiden Gemeindevertretungen Holz und Kettlingen die Angelegenheit herangetragen wird, um die auf die Gemeinden entfallende Beträge, je Einwohner 8.-- RM, zu erhalten.

Stadtrat Beerbaum schlägt weiter zur Kapitalbeschaffung eine zinslose Geldgebung in der Art vor, daß Gutscheine schon vor der Auslieferung des Torfes an die Bevölkerung abgegeben werden. Dieses einkommende Geld könnte zur Tilgung der Darlehen verwandt werden. Hierdurch würde das zu verzinsende Kapital möglichst gering gehalten.

Ratsherr Jense stellt den Antrag, einen Rechtsbeistand bei der Vertragsabschließung, die die Gesellschaft vornimmt, auf Sicherung der Stadt hinauszufügen.

Es kommt zu folgenden Beschlüssen:

Beschluß 1:

Die Stadtvertretung billigt den Abschluß des vorgelegten Gesellschaftsvertrages mit der Stadt Osterholz-Scharmbeck und der Gemeinde Rittershude zum Zwecke der gemeinsamen Beschaffung von Brennstoff. Gleichzeitig wird beschlossen, bei der Stadtparkasse Wedel eine Kaufpreisk

Die Vorgeschlagenen werden für den Wahlausschuß ernannt.
Bürgermeister H u c k erklärt, daß alles weitere nach Schluß der Sitzung
oder morgen besprochen werden kann. Es muß sofort an die Arbeit herangegan-
gen werden.

2.) Beschaffung von Heizmaterial.

Bürgermeister H u c k berichtet über die geführten
Vorbesprechungen in Torfangelegenheiten u.a. folgendes:

Gestützt auf die Zustimmung der Fraktionsführer und meine
Zustimmung hat die Stadtverwaltung Verhandlungen zur Ver-
sorgung der Bevölkerung mit Torf in den nächsten Heiz-
perioden geführt. Das Kreiswirtschaftsamt Pinneberg hat
erklärt, daß es die Versorgung der Stadt Wedel nicht
übernehmen könne. Wedel müge sich selbst helfen, und
auch- wenn möglich - die Versorgung der Gemeinden Holm
und Hetlingen mit übernehmen.

Die Verhandlungen gestalteten sich besonders schwierig.
Es ist jedoch dank persönlicher Verbindungen gelungen, in
der letzten Besprechung am 23. d.M. in Osterholz, an der
die Landräte der Kreise Pinneberg und Osterholz teilnah-
men, einen Vertragsentwurf aufzustellen, über dessen Annah-
me wir heute zu beschließen haben.

Der Vertrag lautet:

(Vertragsentwurf wird verlesen)

Die Gesellschaft wird ein Hochmoorgebiet von rund 150 Mor-
gen von einem Bauern A h r e n s u. anderen in Giele
pachten mit einem Vorkommen von Specktorf bis zu 7 m Tiefe.

Nach vorsichtiger Schätzung wird es möglich sein, in diesem
Jahr 21000 Tonnen Torf zu stechen, wovon 10 000 Tonnen =
200 000 Zentner auf Wedel entfallen. Der Preis ist von
der Preisbehörde noch nicht festgesetzt. Der bisherige
Höchstpreis von Torf ab Moor betrug 2,55 RM je Zentner.
An Transport- und Umschlagskosten von Giele nach Wedel
muß mit einem Betrag von etwa 1.-- RM je Zentner gerech-
net werden.

Die Verpflichtung der Stadt aus § 2 Absatz 3 des Vertra-
ges ist durch die Gewinnung der Siemens Bauunion mit den
erforderlichen Baggern und sonstigen Maschinen erfüllt.
Die Gesellschaft wird mit der Siemens Bauunion noch ein
besonderes Abkommen treffen. Dieses Abkommen und die mit
den Transportfirmen zu treffenden Vereinbarungen unter-
liegen bezüglich der Preisgestaltung der Prüfung der Preis-
behörde. Für die Erfüllung der Verpflichtung der Stadt
Wedel aus § 2 Absatz 1 - nämlich Aufbringung eines Be-
trages von 8.-- RM je Einwohner = 160.000.-- RM - gibt
es drei Möglichkeiten:

1) Entnahme aus laufenden Mitteln:

Dieser Weg empfiehlt sich nicht, weil dann der
Stadtkasse jede Bewegungsfreiheit fehlen würde.

2) Entnahme aus Rücklagen:

Das wäre an sich möglich, ist aber auch nicht
zweckmäßig, weil die Rücklagen alle zweckgebun-
den sind.

3) Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe:

Die Höhe der Anleihe wird nicht auf den alsbald
zu leistenden voraussichtlichen Betrag von
160.000.-- RM begrenzt werden können, sondern
muß mindestens 300.000.--RM ausmachen.

Bürgermeister H u c k erklärt:

Ich kann nicht ohne weiteres zulassen, daß die Angelegenheit hier besprochen wird. Dieses ist eine Angelegenheit, die zunächst wohl eigentlich mit der Verwaltung als solche besprochen werden müßte.

Beerbaum:

Es ist eine grundsätzliche Erklärung. Der Rat ist verantwortlich für alle Verwaltungsgeschäfte. Wir müssen gegen diese Methoden Stellung nehmen. Mein Antrag, hierzu sprechen, ist angenommen. Unter der Voraussetzung siehe ich den ANTRAG zurück, wenn die Ratsmitglieder damit einverstanden sind.

Bürgermeister Hück schlägt vor, die Angelegenheit dem Hauptausschuß zur Untersuchung vorzutragen.

Stadtrat Matthiessen:

Ich bin dafür, daß die Geschäftsordnung unbedingt innegehalten wird.

Stadtrat Beerbaum:

Ich bitte um 5 Minuten Vertagung.

Stadtrat Matthiessen:

Ich bitte die Sache zu Ende zu führen und dem Betreffenden die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen.

Stadtrat Beerbaum-Bürgermeister Hück:

Ich schlage vor, die Angelegenheit dem Hauptausschuß zur Überprüfung zu übergeben und bis Montag zu erledigen.

Stadtrat Beerbaum:

Ich bestehe auf Bewachung Fortführung. Herr Gau hat der Frau gedroht: Die Wohnung ist an sich sehr klein. Wenn Sie den Prozeß gewinnen sollten, dann setze ich 6 - 8 Flüchtlinge in die Wohnung. Herr Gau hat nicht das Recht, zu bestimmen, wo Flüchtlinge und wieviel reinkommen. Das sind Maßnahmen, die in demokratische Verhältnisse nicht hineinpassen.

2) Stadtrat Beerbaum trägt weiter vor:

Auf dem Reiterplatz sind Bauplätze, ursprünglich vorgesehen für Kriegsverwundete, verkauft worden. Ein antisozialistisches Gemeindeglied, arbeitsunfähig geworden, seine einzige Stütze (Sohn) verloren, stellt Antrag auf einen Platz am Reiterplatz. Es wird ihm erklärt, es sind keine Plätze da. Stadtdirektor Jessen erscheint im selben Augenblick und sagt zu Herrn Biercher: Bitte sofort einen Platz für Herrn Mötting. Ebenbei erfahren wir, daß die Frau des ehemaligen Bezirksbürgermeisters Ludwig einen Bauplatz bekommen hat.

3) Durch den Stadtdirektor sind Wohnungen über das Wohnungsamt vergeben worden.

4) Es ist festgestellt worden, daß die Stadtparkasse im Jahre 1943 einem ehemaligen Parteigenossen ein Darlehen gewährt hat von 40.000.-- RM, das noch offen steht.

5) Vor einigen Monaten hat eine Lebensmittelkartenabrechnung mit der Kartenabrechnungsstelle Pinnberg stattgefunden. Die Kartenabrechnung ist zuhause fabrikmäßig vorgenommen. Hat der Stadtdirektor Schritte unternommen, gegen die-

-4-

kurzfristige Anleihe bis zu 500.000.-- RM zu einem möglichst günstigen Zinssatz aufzunehmen. Die Anleihe soll zur Finanzierung der Torfgewinnung dienen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Beschluß 2:

Dem Hauptausschuß ist monatlich über den Fortgang der Torfgewinnung Bericht zu erstatten. Außerdem ist der Hauptausschuß vor Abschluß aller Verträge durch die Torfgewinnungsgesellschaft und der Stadt Wedel zu Rate zu ziehen. Dieser Beschluß wird einstimmig angenommen.

Beschluß 3:

Der Bevölkerung ist Gelegenheit zu geben, den Torf schon jetzt durch sogenannte Gutscheine zu bezahlen. Durchführungsbestimmungen in dieser Angelegenheit trifft der Hauptausschuß. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Zum Antrage Jens besteht Übereinstimmung darüber, einen Rechtsbeistand erst dann heranzuziehen, wenn der Hauptausschuß es für erforderlich hält.

Stadtrat Beerbaum bittet eine Erklärung abgeben zu dürfen. ~~Es liegt ein Dringlichkeitsantrag vor.~~

Bürgermeister H u c k :

Ich bitte den Rat dazu Stellung zu nehmen, wer damit einverstanden ist.

Bürgermeister Huck schlägt vor und bittet, die Erklärung in der nächsten Sitzung vorzutragen.

Daraufhin stellt Stadtrat Beerbaum seine Bitte als Dringlichkeitsantrag hin.

Die Ratsherren sind einstimmig damit einverstanden, daß Stadtrat Beerbaum die Erklärung abgibt.

Stadtrat Beerbaum trägt vor:

Meine Herren, wie Ihnen bekannt, ist laut Anordnung der Militärregierung der Rat verantwortlich für alle Geschäfte der Stadtverwaltung. Verschiedene Vorgänge in der Stadtverwaltung lassen gewisse Bedenken bei uns aufkommen. Wenn wir gegen diese Maßnahmen, die in der letzten Zeit ergriffen werden, von der Stadtverwaltung, nicht einschreiten, dann laufen wir Gefahr, das Vertrauen bei der Bevölkerung zu verlieren. Ich will das begründen:

- 1) In der Nähe des Krankenhauses wohnt eine Lehrerin, die bei der Mittelschule eingesetzt ist. Frau Forachner bekommt den Besuch von Herrn G a u , der erklärt: In ihre Wohnung soll der neu eingestellte Hausmeister des Krankenhauses einziehen. Sie haben die Wohnung binnen 3 Tagen zu räumen. Frau Forachner war wie aus allen Wolken gefallen. Daraufhin erklärt Herr G a u , wenn Sie sich weigern, dann belege ich ihre Wohnung mit 6 - 8 Flüchtlingen. Das sind Verwaltungsmethoden, die an vergangene Methoden erinnern. Dagegen müssen wir einschreiten.

Bürgermeister Huck erklärt:

Stadtrat Beerbaum: fragt, ob die Dame, die jetzt im Kino beschäftigt ist, durch die Stadtverwaltung bezahlt wird. Sie wird jetzt zur Kartenausgabe herangezogen.

Ratherr B r a n d macht noch nähere Ausführungen über die Hauptkartenausgabe.

Stadtrat Beerbaum:

Zu den Ausführungen des Herrn Stadtdirektor möchte ich noch erwähnen: Es stand nicht zur Debatte die Befugnis, der Frau Forscher die Wohnung zu entziehen, sondern die Methode, mit der das vorgedemmt ist.

Die Antwort zu Punkt 2 war nicht ganz befriedigend. Ich hätte gern gewußt, ob Hötting und Ludwig tatsächlich städtische Bauplätze haben.

Die Stadtvertretung ist auch für die Geschäftsabbarung der Kasse verantwortlich. Die Sache ist geheim. Ich habe auf den Fall an sich hingewiesen.

Wegen der Kartenabrechnung in Pinneberg betont Stadtrat Beerbaum nochmals: Wenn die Marken abgegeben werden und die Übergabe erfolgt nicht ordnungsgemäß, hätte der Stadtdirektor bei der verantwortlichen Stelle darauf hinweisen müssen.

Stadtrat Hanke spricht zur Wohnungsfrage:

Ob der Stadtdirektor das Recht hat, die Lehrerin dort herauszusetzen kann ich ohne weiteres nicht beurteilen. So hat der Stadtdirektor dann auch die Pflicht, diese Frau anderweitig wieder unterzubringen. Aber ich verstehe nicht daß man mit solchen Drohungen vorgeht, daß sonst 6 Flüchtlinge da hineingesetzt werden.

Ich verstehe auch nicht, wenn das eine zwingende Notwendigkeit war, diese Frau herauszunehmen, daß man sich nicht mit dem Wohnungsamt in Verbindung setzt. Solange ich Stadtrat für das Wohnungswesen bin, muß ich feststellen und darf offen sagen, daß Herr Oppermann ganz objektiv beurteilt und daß es eine Freude ist, mit ihm so zu arbeiten. Ich möchte bitten, daß in Zukunft, wenn solche plötzlichen Fragen einmal vorhanden sind, doch wenigstens der Stadtrat für Wohnungswesen und auch die Wohnungskommission gehört wird. Dazu ist die Wohnungskommission da, um diese Fälle zu klären.

Bürgermeister Huck bittet, Herrn Gau zur Sache Forscher zu hören.

Herr G a u erklärt u.a. folgendes:

Die gegen mich erhobenen Vorwürfe betreffs einer Heraussetzung in 3 Tagen sowie eine Heraussetzung von 6 Personen weise ich entschieden zurück. Ich habe auftragsgemäß die Sache vorklären sollen, inwieweit diese Dienstwohnung noch besetzt ist.

Ich habe festgestellt, daß sich tatsächlich weniger Personen in der Wohnung befinden, als auf den auf Anordnung der Militärregierung an der Haustür angebrachten Zettel verzeichnet sind. Lehrer Schröder ist mindestens schon 3 Jahre nur ganz kurz mal 1 oder 2 Tage in der Wohnung gewesen. Ich habe die Angelegenheit der Frau Forscher klargestellt und die Verhältnisse im Krankenhaus geschildert daß keine Möglichkeit besteht, den neuen Hausmeister dort unterzubringen. Frau Forscher ist nicht Mysterin, sondern

diese Abrechnungsmethoden zu protestieren?

Stadtrat Beerbaum:

Ich möchte Frau Forscher die Beruhigung mitgeben, daß die Forderung über die sofortige Räumung zurückgezogen wird.

Stadtdirektor Jessen nimmt zu den Vorwürfen des Stadtrats Beerbaum Stellung und erklärt:

1. Zu der Sache Forechner hieß es Herrn Gau vorgreifen, wenn ich auf Einzelheiten eingehe.

Es handelt sich um eine Dienstwohnung. Die Besetzung der Dienstwohnungen ist schon immer nicht Aufgabe des Wohnungsamtes, sondern Aufgabe der damit betrauten anderen Dienststelle gewesen. Die Besetzung einer solchen Wohnung erfolgt in den Rahmen, wie andere Dienstwohnungen vergeben werden. In diesem Sinne ist die Räumung der Wohnung Forscher vorgesehen. Warum:

Das Haus Holmerstraße 155 gehört zum Gebiet des Krankenhauses. In dem Krankenhaus muß Platz geschaffen werden, für Personal des Krankenhauses, und zwar für den Hausmeister, der neu eingestellt worden ist. Demzufolge mußte Frau Forscher aufgefordert werden, die Wohnung, die ihr nicht gehört, sondern sie ist Untermieterin darin und gehört einem Lehrer Schröder, zu räumen. Diese Aufforderung ist ihr durch Herrn Gau unterbreitet worden. Es wäre vielleicht gut, ^{wenn} Herr Gau selbst sich zur Durchführung dieses Auftrages äußerte.

2. Bauplätze Reiterplatz.

Zur Angelegenheit Mötting kann ich im Augenblick nichts sagen. Ich habe bestimmt nicht eingegriffen in Sachen Mötting und Ladwig. Nach der Geschäftsordnung müssen solche Anträge an sich schriftlich dem Bürgermeister vorgelegt werden. Es wäre außerordentlich praktisch gewesen, von mir dienstlich diese Auskunft zu erbitten, ich hätte ihm Akten zur Verfügung stellen können, dann hätte Herr Beerbaum immer noch die Gelegenheit gehabt, die Angelegenheit vor den Rat zu bringen.

3. Wohnungsangelegenheiten.

Das Wohnungsamt ist ein Teil und Zweig der Stadtverwaltung. Wenn ich dem Leiter des Wohnungsamtes die Geschäfte seiner Dienststelle übertragen habe, so bin ich doch befugt, jede ~~Wohnungs~~ Aufgabe an mich zu ziehen, soweit nicht der Wohnungsausschuß zu hören ist. Das ist geschehen durchaus in Übereinstimmung mit dem Leiter des damaligen Wohnungsamtes. Wenn der Wohnungsamtsleiter, ohne mich zu hören, Wohnungen vergibt, decke ich sie mit meinem Namen. Ich habe freiwillig den Dienststellenleitern Zeichnungsbefugnis für bestimmte Aufgabengebiete gegeben, um die Geschäftsführung zu beschleunigen. Mir bleibt es unbenommen, jede Sache an mich zu ziehen, soweit nicht der Wohnungsausschuß zu hören ist. Der Wohnungsausschuß ist fraglich wohl nicht zu hören, wenn mal eine oder die andere Wohnung zu vergeben ist.

4. Stadtparkasse.

Über die Stadtparkasse kann ich leider nichts sagen, da das jetzt Aufgabe des Vorsitzenden des Vorstandes der Stadtparkasse ist. Ich weiß nicht, welchen Fall Herr Beerbaum im Auge hat. Ist es richtig, in einer öffentlichen Versammlung Geldgeschäfte zu erörtern?

5. Die Kartenabrechnung ist von dem Beauftragten des Ernährungsamtes, in diesem Fall Herr Hufe, ordnungsmäßig dem Kreisernährungsamt übergeben mit einer genauen Abrechnung, die jedermann bei mir einsehen werden kann. Was dann der Kreis macht, darüber habe ich nicht zu bestimmen. Für mich ist mit der Ab/lieferung der Marken die Angelegenheit erledigt.

Stadtrat

Rats Herr Barthel:

Ist der Stadtdirektor befugt, Wohnungen, ohne daß das Wohnungsamt damit einverstanden ist, zu vergeben.

Rats Herr Dziubek:

Es geht nicht, wenn der Stadtdirektor G 8 n n e r hat, daß er diesen Wohnungen zuschiebt.

Stadtdirektor Jessen:

Es könnte auch sein, daß der Wohnungsamtsleiter G 8 n n e r hat. Er ist mir nun mal unterstellt.

Stadtrat Beerbaum:

Ein Wohnungsuchender, der das Recht auf eine Wohnung hat, beantragt für seine 2-köpfige Familie eine Wohnung. Ihm wird 1 Küche und 1 Zimmer zugewiesen. Der Betreffende, der die Wohnung beziehen soll, ist mit dieser kleinen Wohnung nicht zufrieden. Der Stadtdirektor fordert die Akten und weist dieser Familie eine 2-Zimmerwohnung und Küche zu, ohne Zustimmung des Wohnungsamtes.

Bürgermeister Huck:

In solchen Fällen bitte ich, reichen Sie das schriftlich bei dem Bürgermeister ein. Es geht alldann vor die Kommission. Einzelfälle können wir im Augenblick nicht entscheiden. Es ist unmöglich, darüber Entscheidungen zu treffen, wenn Andeutungen gemacht werden, mit Namen oder ohne Namen und dergleichen. Schreiben Sie an den Bürgermeister.

Stadtrat Beerbaum:

Es liegt uns fern, hier Konversation zu treiben. Wesentlich ist: Ist der Stadtdirektor als Chef der Verwaltung befugt, über die Dezernenten hinweg über Wohnraum zu verfügen.

Bürgermeister Huck:

Wenn der Leiter des Wohnungsamt eine Wohnung vergeben hat, dann muß es an sich stichhaltig sein.

Stadtrat Beerbaum:

Er hat 1 Zimmer und Küche vergeben wollen, der Stadtdirektor hat darüberhinaus 2 Zimmer und Küche vergeben.

Rats Herr Mahlow:

Ist der Stadtdirektor berechtigt, über den Kopf des Wohnungsamtes Wohnungen zu vergeben? Ist keine Übereinstimmung zwischen Wohnungsamtsleiter und Stadtdirektor zu erzielen, ist die Wohnungskommission zu hören.

Stadtrat Hofmann:

Wenn ich mit den Entscheid des Wohnungsamtes nicht einverstanden bin, beschwere ich mich beim Stadtdirektor

Bürgermeister H u c k :

Ich werde mich informieren und Ihnen in der nächsten Sitzung bindende Erklärungen geben. - Ich bitte, die Debatte zu beenden.

Rats Herr Barthel: ~~XXXXXX~~

Die Tagesordnung für die Ratsversammlung sollte durch die Fraktionsführer bestimmt werden.

Bürgermeister Huck erklärt um 21,35 Uhr die Sitzung für geschlossen.

Der Stadtdirektor

[Handwritten signatures]

sondern eingewiesen auf Grund ihres Bombenschadens in Hamburg
 nur weil sich tatsächlich die Familie nicht immer dort aufhält, wurde
 Frau Forscher eingewiesen. Frau Forscher kann nicht behaupten, daß
 ich in früheren Zeiten scharfe Forderungen an den Tag gelegt habe. Ich
 habe ihr erklärt, daß ein Wohnungstausch vorgenommen werden soll,
 und zwar käme für sie eine Barackenwohnung in Betracht. Ich gab
 ihr 3 Tage Zeit, sich die Sache zu überlegen. Ich erklärte, in
 3 Tagen käme ich wieder und bat sie, mir dann eine Erklärung zu
 geben, weil ich den Stadtdirektor berichten muß. Im Laufe des Ge-
 sprächs kamen wir dann darauf zu sprechen, daß diese Wohnung für
 2 Personen (Frau und Kind) doch zu groß sei und daß, wenn sie
 in dieser Wohnung bleiben sollte, mindestens 6 Personen hinein
 müßten. Als ich ihr eröffnete, sie bekomme eine Barackenwohnung in der
 Nähe der Schule, ging sie gleich hoch, als sie das Wort Baracke
 hörte. Die Personalverhältnisse im städtischen Krankenhaus sind katastrophal,
 die Wohnungen sind dieselben geblieben, das Personal hat sich
 verdreifacht. Aus diesem Grunde habe ich Frau Forscher
 ich kann verstehen, daß sie alle Mittel und Wege beschreitet, um in der
 Wohnung zu ~~bleiben~~ bleiben. Ich hatte nicht die Gelegenheit, am dar-
 auf folgenden Tage mit Herrn Oppermann zu sprechen. Herr Oppermann hat sich
 aber heute darüber geäußert. Ich war also etwas vorbereitet. Es ist
 meine volle Ansicht, daß die Stadtvertretung auf jeden Fall dafür
 zu sorgen hat, daß das Personal im Krankenhaus anständig unterge-
 bracht ist. Das Haus Holmerstr. 153 war von Anfang seines Bestehens
 als Diensthause für Krankenhausangestellte gedacht. Die Hereinsetzung
 des Lehrers Schröder erfolgte derselben nur, weil ein Arzt im Augenblick
 keinen Anspruch auf die Wohnung erhob und das andere Personal einiger-
 maßen untergebracht war.

Bürgermeister Huck:
 Es dürfte zweckmäßig sein, wenn es sich um eine Dienstwohnung
 handelt, daß es eine Dienstwohnung bleibt. Wenn Frau Forscher
 eine andere Wohnung zugewiesen erhält, ist es m.E. eine Selbst-
 verständlichkeit, wenn die Frau auszieht.

Stadtrat Boerbaum:
 Herr Krabbenhöft war Hausmeister und bewohnte eine Wohnung
 des Hausmeisters. K. wurde auf Betreiben gewisser Kreise seines
 Amtes entlassen, wurde aber wider Erwarten als Krankenpfleger
 weiterbeschäftigt, und bewohnt die Wohnung weiter. Wir wollen
 nicht die Rechtsgrundlage des Vorganges prüfen. Ich möchte den
 Antrag stellen, Frau Forscher zu hören. Frau Forscher ist An-
 wesend.

Ratsherr Mahlow:
 Ich bin der Meinung, daß die Angelegenheit mit dem Bürgermeister und
 dem Stadtrat erledigt wird. Es wird hier Aussage gegen Aussage
 stehen, und eine Klärung der Angelegenheit kann nicht erfolgen.

Bürgermeister Huck:
 Vielleicht können wir darauf hinwirken, daß der Stadtdirektor
 seine Beamten nochmals drauf hinweist, daß das Publikum nach Mög-
 lichkeit höflich und ordentlich behandelt wird.

Ratsherr Balke:
 Ich halte es für zweckmäßig, wenn die Sache dem Wohnungsausschuß
 überwiesen und zur Entscheidung gebracht wird.

Der Antrag Balke wird einstimmig angenommen.

Ratsherr Bancke:
 Ich halte es für richtig, diese Angelegenheit nicht vor das
 Ratkollegium zu bringen. Es würde zu weit gehen, daß wir uns mit
 solchen Kleinigkeiten im Ratkollegium befassen.

Barthel

10. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Donnerstag, dem 9. Mai 1946, um 19 Uhr im Rathaus
Sitzungssaal

Anwesend:

Bürgermeister H u c k als
Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Deibek, Eydeler,
Jens, Glismann, Hanke, Hofmann,
Kleinwort, Köhler, Langensee,
Mahlow, Matthiessen, Karl, Möller,
Ramcke Karl, Ramcke, Herbert,
Röttger, Japp, Freundt.

Stadtdirektor J e s s e n

Angestellter G a u
als Protokollführer

Stadtrat S c h a c h t fehlt
entschuldigt wegen Krankheit.

46 Zuhörer.

Bürgermeister H u c k begrüßt
die Anwesenden und eröffnet die
Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit
des Rates fest.

Die Tagesordnung umfasst folgen-
de Punkte:

- 1) Sitzung des Wohnungsausschus-
ses ^{ein.}
- 2) Wahl ~~des~~ Stadtrats
- 3) Ergänzungswahlen für die Aus-
schüsse
- 4) Satzungsänderung
- 5) Änderung der Geschäftsordnung
- 6) Wahl von 4 Mitgliedern des
Sparkassenvorstandes
- 7) Freibankordnung
- 8) Müllabfuhr
- 9) Hunde für Feldhüter
- 10) Auffüllung im Gelände des
früheren Strandbades
- 11) Mitteilungen des Bürgermeisters

Zu Beginn der Sitzung führte der Bürger-
meister den von der Militärregierung be-
stätigten Ratsherrn Benno Freundt in sein
Amt ein.

Punkt 1) Sitzung des Wohnungsausschusses

Ratsherr Mahlow führte aus, daß eine Verle-
sung des Protokolls des Wohnungsausschusses
wohl nicht erforderlich sei, da es sich hier
um Entscheidungen handle, die nicht länger
zurückgehalten werden können. Bürgermeister
Huck erklärte, daß die Richtlinien des Mil.
Gouverneurs die Verlesung des Protokolls
verlangen. Es kommt dann zur Verlesung der
in der Sitzung des Wohnungsausschusses vom
2.5.1946 gefassten Beschlüsse. Die Ratsher-
ren genehmigen einstimmig die dort gefassten
Beschlüsse.

Punkt 2) Wahl eines Stadtrats für die Angelegenheiten
der öffentl. und priv. Wohlfahrtspflege.

Durch das Ausscheiden von Frau Käthe Matthie-
sen ist die Stelle für das Flüchtlings- und
Wohlfahrtswesen neu zu besetzen. Die Rats-
herren beschließen einstimmig, Herrn Benno
Freundt als Stadtrat für das Wohlfahrts-
und Flüchtlingswesen anzuerkennen.



Punkt 3) Ergänzungswahlen für die Ausschüsse

Im Schreiben vom 27.3.46 hat der Mil. Gouverneur gefordert, daß die Ausschüsse sich aus 2/3 Ratsherren und 1/3 Bürger zusammensetzen sollen. Die Durchführung dieser Forderung hat er mündlich zunächst bis nach der Wahl ausgesetzt. Jetzt fordert der Mil. Gouverneur jedoch die entsprechende Umgestaltung der Ausschüsse.

a) Wohnungs- und Flüchtlingsausschuss

Dieser bestand bisher aus 2 Ratsherren und 4 Bürgern. Die Stadtvertretung hält jedoch diese Zusammensetzung für eine glückliche und lehnt eine grössere Zusammensetzung vorläufig ab.

b) Wohnungsausschuss

Dieser bestand bisher aus 2 Ratsherren und 3 Bürgern. Die Ratsherren beschliessen einstimmig, daß Bürger Ernst Jens ausscheidet und wählen die Ratsherren Heinrich Jens und Karl Langensee zu Ausschussmitgliedern. Die neue Zusammensetzung umfasst jetzt 4 Ratsherren und 2 Bürger.

c) Gesundheitsausschuss

Dieser bestand bisher aus 4 Ratsherren und 3 Bürgern. Die Ratsherren beschliessen einstimmig, daß die Bürgerin Margarethe Suhr ausscheidet. Der Ausschuss umfasst jetzt 4 Ratsherren und 2 Bürger.

d) Schulsausschuss

Dieser bestand bisher aus 2 Ratsherren und 3 Bürgern. Die Ratsherren beschliessen einstimmig, daß die Bürger Erich Felemann und Lehrer Rickert ausscheiden. Der Ausschuss umfasst jetzt 2 Ratsherren und 1 Bürger.

e) Kulturausschuss

Dieser bestand bisher aus 3 Ratsherren und 2 Bürgern. Die Ratsherren beschliessen einstimmig die Wahl des Ratsherren Max Dziubek zum Ausschussmitglied. Der Ausschuss umfasst jetzt 4 Ratsherren und 2 Bürger.

f) Bauausschuss

Dieser bestand bisher aus 3 Ratsherren und 2 Bürgern. Die Ratsherren beschliessen einstimmig die Neuwahl des Ratsherren Hans Köhler zum Ausschussmitglied. Der Ausschuss umfasst jetzt 4 Ratsherren und 2 Bürger.

g) Feld- und Forstausschuss

Dieser Ausschuss umfasste bisher 3 Ratsherren und 2 Bürger. Die Ratsherren beschliessen ein-



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or official note, which is partially obscured and difficult to read.

stimmig, daß Stadtrat Heinrich Schacht und der Bürger Heinrich Dahlke ausscheiden. Der Ausschuss umfasst jetzt 2 Ratsherren und 1 Bürger.

h) Ausschuss für die Stadtwerke und das Feuerlöschwesen

Dieser Ausschuss umfasste bisher 4 Ratsherren und 1 Bürger. Die Ratsherren beschliessen einstimmig die Wahl des Bürgers Ernst Jans, Bismarckstr. 37, zum Ausschussmitglied.

i) Finanzausschuss

Für die ausgeschiedene Frau Matthiesen wird einstimmig Stadtrat Benno Freundt als weiteres Ausschussmitglied gewählt.

j) Hauptausschuss

Dieser Ausschuss bestand bisher aus 5 Ratsherren. Nach den Richtlinien der Mil.Regierung muss der Ausschuss mindestens $\frac{1}{3}$ der Ratsversammlung = 8 Ratsherren bestehen. Vorgeschlagen werden die Ratsherren

Karl Ramcke
Herbert Ramcke
Heinrich Japp
Heinrich Bosch

Die Abstimmung ergab folgendes:

Karl Ramcke	15 Stimmen gegen
	10 Stimmenthalt.
Heinr. Japp	22 Stimmen gegen
	3 Stimmenthalt.
Heinr. Bosch	22 Stimmen gegen
	3 Stimmenthalt.
Herbert Ramcke	11 Stimmen gegen
	14 Stimmenthalt.

Es wurden demnach die Ratsherren

Karl Ramcke
Heinrich Japp
Heinrich Bosch

als weitere Hauptausschussmitglieder gewählt.

Punkt 4) Satzungsänderung

Punkt 4 wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 5) Änderung der Geschäftsordnung

Bürgermeister Huck verliest die vorgeschlagenen Änderungen:

- a) § 1 Der letzte Satz des ersten Absatzes ist zu streichen und zu ersetzen durch:



181
Municipal Council of ...
The Municipal Council of ...

"Im Falle, daß beide, der Bürgermeister und sein Stellvertreter, an der Teilnahme an der Sitzung verhindert sein sollten, wird der Rat einen Vorsitzenden für eine solche Sitzung wählen."

- b) § 2 Absatz 2 wird gestrichen und ersetzt durch:
"Die nötige beschlussfähige Anzahl muss immer anwesend sein, um eine Sitzung kompetent zu machen."
- c) § 10 Die abschliessenden Worte des 5. Satzes in Absatz 2
"bei geheimer Abstimmung" das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Los" werden gestrichen.

Diese Änderungen werden einstimmig angenommen.

Punkt 6) Wahl von 4 Mitgliedern des Sparkassenvorstandes

Bürgermeister Hack gibt bekannt:
Nach der gültigen Sparkassensatzung ist der Bürgermeister Vorsitzender des Sparkassenvorstandes. Ausserdem sind 2 Mitglieder des Sparkassenvorstandes vom Vorsitzenden zu ernennen und 4 von der Stadtvertretung zu wählen.

- Ich habe zu Mitgliedern ernannt:
1. Ratsherr Schacht, Stellvertr. Bürger Heinr. Schacht jun.
 2. Stellvertr. Bürgerm. Balke, Stellvertr. Bürger Otto Butendeich

Einstimmig wurden gewählt:

1. Ratsherr Bremer
Stellvertreter Bürger Karl Köhler
2. Bürger Franz Heineohn, Lüland
Stellvertreter Ratsherr Karl Kleinwort
3. Bürger Bernd Biernoth
Stellvertreter Ratsherr Herbert Ramcke
4. Ratsherr Bosch
Stellvertreter Bürger Peter Hüpermann.

Punkt 7) Freibankordnung

Die von Bürgermeister Hack verlesene Freibankordnung wird mit folgender Einschränkung angenommen:

Auf Antrag des Rats Herrn Bremer soll versucht werden, die Verkaufspreise auf einen Höchstpreis von RM -.50 bzw. RM -.60 für das Pfund festzusetzen.

Punkt 8) Müllabfuhr

Stadtrat Schacht hat die Stadtverwaltung vor einiger Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Müllabfuhr sehr im Argen liege. Die Abstellung dieses Mißstandes müsse als dringende Aufgabe



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or official stamp, including the word "Kassier" and some illegible characters.

des Bauamtes angesehen werden.
 Das Stadtbausamt gibt dazu bekannt, daß die Müllabfuhr dem Müllabfuhrunternehmer Jürgen Körner obliegt. Körner gibt auf Vorstellungen des Bauamtes zu, daß die mangelnde Abfuhr wegen Glätteis usw. passierte. Jetzt hat Körner, der bisher nur mit Pferden fuhr, einen Kraftwagenanhänger angeschafft, der mit eingesetzt werden soll. Das verspricht eine wesentliche Verbesserung.

Stadtrat Hanke erwähnt noch, daß die Schuttberge nicht noch durch Müll vergrößert werden dürfen.

Es kommt zu folgendem Beschluß:
 Der Müllabfuhrunternehmer Körner ist anzuhalten, einen bestimmten Abholungsplan einzureichen. Dazu müssen die Eimer bis spätestens morgens 7 Uhr an der Strasse sein. Ferner soll veranlasst werden, daß der Schutt bei den städt. Baracken am Breitenweg abgeholt bzw. abgefahren wird.

Dieser Beschluß wird einstimmig angenommen.

Punkt 9) Hunde für Feldhüter

Bürgermeister H u c k erklärt:
 Bei der bestehenden Unsicherheit erscheint es dringend notwendig, für die beiden städt. Feldhüter 2 Hunde zu beschaffen. Er schlägt vor, den Ratsherren Heinrich Jens zu beauftragen, einen Bericht über die Möglichkeit zur nächsten Sitzung bereitzuhalten. Nach einer längeren Debatte kommt es zu folgendem Beschlusse, der einstimmig angenommen wird.

Die Ratsherren sind grundsätzlich mit der Beschaffung von 2 Hunden für die Feldhüter einverstanden. Im übrigen wird die Angelegenheit Herrn Jens zur weiteren Bearbeitung übertragen.

Punkt 10) Auffüllungen im Gelände des früheren Strandbades

Mit dieser Frage hatte sich der Bauausschuß in seiner Sitzung vom 27.3.46 beschäftigt und folgendes ausgeführt:

Der Bauausschuß befürwortet die von der Wassertrassendirektion angeregte Aufspülung des zerstörten Badegeländes, um damit später die endgültige Wiederherstellung des Strandbades zu ermöglichen. Die Aufspülung soll vollständig kostenlos für die Stadt erfolgen. Dagegen beabsichtigt das Wassertrassenamt die jetzige Strassenführung Mackendamm beizubehalten und für die Wiederherstellung sollen Wassertrassenamt und Stadt Wedel kostengünstig beteiligt sein.



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or administrative note, including the number '101' and some illegible characters.

Rathherr Jens spricht für die Aufspülung des Geländes, jedoch gegen die beabsichtigte Wiederherstellung der Strasse Haakendam zu Lasten der Stadt Wedel.

Es kommt zu folgendem einstimmigen Beschluß: Der Rat ist damit einverstanden, daß das Wasserstrassenamt das zerstörte Badegelande wieder aufspült durch eine neue Aufschüttung, und zwar kostenlos für die Stadt Wedel.

Punkt 11) Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Der Bürgermeister berichtet, daß der Oberpräsident mitgeteilt habe, daß vorläufig für die Stadt Wedel kein Gas vom Gaswerk Hamburg geliefert werden könne.
- b) Weiter berichtet er über einen Bericht der Militärregierung über Tatsachen der augenblicklichen Lebensmittellage und verliest hierzu eine Bekanntmachung der Militärregierung.
- c) Einstimmig wird beschlossen, daß zur Vermeidung von Lebensmittelkartendiebstählen Massnahmen getroffen werden. Die Kosten hierfür sollen ungefähr RM 300.-- betragen.
- d) Zum Städtetag in Plensburg am 22.5.1946 werden abgeordnet:
 1. Bürgermeister Huck
 2. Stellvertr. Bürgermeister Balke
 3. Stadtdirektor Jessen

Dieses wird einstimmig angenommen.

Da keine weiteren Punkte vorlagen, schloss Bürgermeister Huck die Sitzung, wurde jedoch vom stellvertretenden Bürgermeister Balke unterbrochen, eine Anfrage noch zu gestatten, der auch stattgegeben wurde. Balke bat um Aufklärung darüber, wie der überparteiliche Frauenausschuss sich bei der Kartenausgabe bewährt habe. Bürgermeister Huck bat den Stadtdirektor, hierüber zu berichten. Stadtdirektor Jessen spricht über den Einsatz der Frauen als ehrenamtliche Helfer im allgemeinen. Über die Arbeit des Frauenausschusses bat er den Leiter der Kartenausgabe, den Ratherrn Brand, zu hören.

Ratherr Brand erklärte, daß der Frauenausschuss sich bereits in den 2 Malen bewährt habe. Leider müsse er jedoch zu seinem Bedauern feststellen, daß eine dieser Frauen gegen die Anordnungen des Arbeitsamtes verstoßen habe. Es handelt sich um die Ehefrau des Stadtrates Beerbaum. Frau Beerbaum hat ohne eine Bescheinigung des Arbeitsamtes zu besitzen, an ihrem Tisch die Lebensmittelkarten für sich und ihre Familie



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or official note.

*a. 1. 1946
d. Frau plan
geb. 22/5.46*

und damit auch für ihren Ehemann abgefordert und entnommen. Da eine Bescheinigung nicht vorlag, hätten für den Ehemann keine Karten ausgegeben werden dürfen. Nachdem sich hierüber eine längere Debatte, die geführt wurde von den Ratsherren Barthel und Mahlow, entspann, erklärte Stadtrat Beerbaum, daß er sich keiner Schuld bewusst sei und daß er im Besitze einer Arbeitsbescheinigung sei. Ratsherr Brand entgegnet, daß das Arbeitsamt mitgeteilt habe, Beerbaum sei auch heute noch nicht im Besitze einer Bescheinigung. Er erklärt weiter, daß er nur dann weiter in seinem Amt als Leiter der Lebensmittelkartenausgabe verbleiben könne, wenn Frau Beerbaum in der Zukunft nicht mehr für diese Arbeiten herangezogen wird. Er bittet die Ratsherren, hierüber abzustimmen. Bürgermeister Huck bittet jedoch, die Angelegenheit nicht vor die Ratsversammlung zu bringen, sondern sie im Hauptausschuss zu klären. Die Abstimmung hierüber ergab, 13 Stimmen für gegen 12 Stimmenthaltungen.

*die ab. Sitzung
am 22/5.46 von
H. Herr. werden
erledigt sein.*

e) Bürgermeister Huck verliest einen Brief des Ratsherrn Bremer über die Verkaufzeiten-Regelung in Wedel. Der ~~Bürgermeister~~ bittet den Stadtdirektor um Aufklärung. Stadtdirektor Jessen erklärt, daß die Verkaufzeiten durch das Gewerbeamt in Pinneberg geregelt werden. Z.Zt. sei eine im Oktober 1945 erlassene Anordnung des Landrats noch in Kraft. Nach längerer Debatte kommt es zu folgendem Beschluss, der einstimmig angenommen wird:

Die Ratsherren bitten um eine neue Regelung der Verkaufzeiten aller Geschäfte, und zwar mit einer einheitlichen Geschäftszeit von 8 - 13 und 15 - 18 Uhr.

Danach verliest Bürgermeister Huck ein Schreiben des Herrn Oberkreisdirektors über Mitteilungen der ~~Wittels~~ Militärregierung betr. Lokalpolitik.

f) Stadtrat Hanke fragt an, ob es nicht möglich ist, von der anderen Seite der Elbe für die Wedeler Bevölkerung Kartoffeln zu beschaffen. Er schildert, daß täglich Hunderte nach dort fahren und mit Kartoffeln zurückkommen. Ein Zeichen, daß dort noch welche vorhanden sind. Bürgermeister Huck teilt mit, daß die Kartoffelbeschaffung absolut verboten ist.

Bürgermeister Huck schließt um 21,10 Uhr die Sitzung.

Ratsherr: gez. Bosch	Der Bürgermeister gez. Huck	Ratsherr: gez. Langensee
	Protokollführer: gez. Gau	Der Stadtdirektor



Steno - Protokoll

10. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Donnerstag, dem 9. Mai 1946 um 19 Uhr
in Rathaus - Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister H u c k
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Rydeler,
Glissmann, Hanke, Hofmann, Jens,
Kleinwort, Köhler, Langensee,
Mahlow, Matthiessen Karl, Möller,
Rancke Karl, Rancke Herbert,
Röttger, Japp, Freundt.

Stadtdirektor J e s s e n

Angestellter G a u
als Protokollführer.

Stadtrat S c h a c h t fehlt ent-
schuldigt wegen Krankheit.

46 Zuhörer.

Bürgermeister Huck begrüßt die Anwesenden und
eröffnet die Sitzung. Er stellt zunächst die
Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

- 1) Sitzung des Wohnungsausschusses.
- 2) Wahl eines Stadtrats.
- 3) Ergänzungswahlen für die Ausschüsse.
- 4) Satzungsänderung.
- 5) Änderung der Geschäftsordnung.
- 6) Wahl von 4 Mitgliedern des Sparkassen-
vorstandes.
- 7) Freibankordnung.
- 8) Müllabfuhr.
- 9) Hunde für die Feldhüter.
- 10) Auffüllungen im Gelände des früheren
Strandbades.
- 11) Mitteilungen des Bürgermeisters.

Bürgermeister Huck:

Bevor ich fortführe, muß ich den neuen Ratsherren
F r e u n d t einführen. Herr Freundt ist be-
stätigt. Ich führe Sie hiermit ein.

Punkt 1): Sitzung des Wohnungsausschusses.

Ratsherr M a h l o w :

Ich möchte bitten, den Punkt 1) von der Sitzung
abzusetzen. Unseres Erachtens handelt es sich
um Beschlüsse, die der Wohnungsausschuß genehmigt
hat. Es ist zwecklos, wenn wir noch darüber
diskutieren.

Bürgermeister H u c k :

Ich habe von Ihren Ausführungen Kenntnis genom-
men. Es ist vorgeschrieben, daß alle Maßnahmen
und Beschlüsse der Ausschüsse von dem Rat so geneh-
migen sind. Dazu gehören auch die Beschlüsse
des Wohnungsausschusses. Es muß der gesamte Rat
die Beschlüsse genehmigen. Bevor sie nicht geneh-
migt sind, dürfen sie an sich nicht ausgeführt
werden.

Ratsherr M a h l o w :

Es würde bedeuten, daß Wohnungen nicht mehr ver-
geben würden, bevor der Rat seine Zustimmung
gegeben hat.

Bürgermeister

Bürgermeister H u c k :

Es hat n.H. keinen Zweck Debatten darüber zu führen. Wir können ja nicht entgegen den Vorschriften der Militärregierung etwas anderes bestimmen. Es handelt sich in diesem Falle nur um Streitfälle, die müssen von den Rat gebilligt werden.

Bürgermeister Huck verliest ein Protokoll über die Sitzung des Wohnungsausschusses vom 2.5.46 und die dort gefaßten Beschlüsse.

Die Beschlüsse werden von den Ratsmitgliedern einstimmig angenommen.

Punkt 2): Wahl eines Stadtrats.

Bürgermeister Huck:

Durch das Ausscheiden von Frau Käthe Matthiesen ist die Stelle des Stadtrats für das Wohlfahrts- und Flüchtlingswesen neu zu besetzen. Als Ratsherr ist Frau Matthiesen durch Herrn Freundt ersetzt. Ich bitte darüber abzustimmen, ob Herr Benno Freundt als Stadtrat für das Wohlfahrts- und Flüchtlingswesen anstelle von Frau Matthiesen eingesetzt werden soll.

Die Ratsherren beschließen einstimmig die Annahme des Vorschlages.

Punkt 3): Ergänzungswahlen für die Ausschüsse.

Bürgermeister Huck:

Im Schreiben vom 27.3.46 hat der Mil.-Gouverneur gefordert, daß die Ausschüsse sich zu 2/3 aus Ratsherren zu 1/3 aus Bürgern zusammensetzen sollen. Die Durchführung dieses hat er mündlich zunächst bis nach der Wahl ausgesetzt.

Jetzt fordert der Militärgouverneur aber die entsprechende Umgestaltung der Ausschüsse.

a) Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß:

Dieser Ausschuß bestand bisher aus 2 Ratsherren und 4 Bürgern.

Ratsherr Mahlow beantragt, daß der Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß in seiner Mitgliederzahl so bestehen bleibt, wie er augenblicklich ist.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, daß der Ausschuß so bestehen bleibt wie bisher und lehnt eine größere Zusammensetzung vorläufig ab.

b) Wohnungsausschuß:

Dieser Ausschuß bestand bisher aus 2 Ratsherren und 3 Bürgern. Die Ratsherren beschließen einstimmig, daß Bürger Ernst J e n s gestrichen wird und dafür die Ratsherren Heinrich Jens und Karl Langensee gewählt werden. Die neue Zusammensetzung umfaßt jetzt 4 Ratsherren und zwei Bürger.



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a date or reference number, including the number '21' and some illegible characters.

c) Gesundheitsausschuß:

Dieser Ausschuß bestand bisher aus 4 Ratsherren und 3 Bürgern. Es wird beantragt, die Bürgerin Prl. Margarthe S u h r zu streichen.

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.
Der Ausschuß umfaßt jetzt 4 Ratsherren und 2 Bürger.

d) Schulsausschuß:

Dieser Ausschuß bestand bisher aus 3 Ratsherren und 3 Bürgern. Es wird interfraktionell vorgeschlagen, die Bürger Erich Felsmann und Lehrer Rickert zu entlassen. Der Ausschuß würde dann 2 Ratsherren und 1 Bürger umfassen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

e) Kulturausschuß:

Dieser bestand bisher aus 3 Ratsherren und 2 Bürgern. Ratsherr Mahlow schlägt vor, als weiteren Ratsherren Herrn D e i u b e k zu wählen.

Es wird einstimmig beschlossen, daß der Ratsherr D e i u b e k als Mitglied für den Kultur- Sport- und Jugendausschuß eingesetzt wird.

f) Bauausschuß:

Dieser bestand bisher aus 3 Ratsherren und 2 Bürgern. Die Ratsherren beschließen einstimmig die Wahl des Ratsherrn Hans K ö h l e r zum Ausschußmitglied. Der Ausschuß umfaßt jetzt 4 Ratsherren und 2 Bürger.

g) Feld- und Forstausschuß:

Ratsherr Mahlow schlägt vor, den Ausschuß nicht zu erweitern, sondern zu verkleinern.

Es wird beantragt, den Ratsherrn Heinrich Schacht und Bürger Heinrich Dahlke zu streichen.

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.
Der Ausschuß umfaßt jetzt 2 Ratsherren und 1 Bürger.

h) Ausschuß für die Stadtwerke und das Feuerlöschwesen.

Es wird vorgeschlagen, den Bürger Ernst Jens zum Mitglied für die Stadtwerke und das Feuerlöschwesen zu wählen. Der Beschluß wird einstimmig angenommen.

Stadtrat Beerbaum fragt an, ob der Bürger Ernst Jens nicht vorbelastet ist, (s.R. 2A.)
Stellvertreter Bürgermeister Balke erwidert, daß ihm nichts darüber bekannt sei.



1) Finanzausschuß:

Anstelle von Frau Matthiesen tritt der Stadtrat Benno F r e u n d t als weiteres Mitglied des Finanzausschusses.
Dieser Beschluß wird einstimmig angenommen.

k) Hauptausschuß:

Dieser Ausschuß bestand bisher aus 5 Ratsherren.
Nach den Richtlinien der Militärregierung muß der Hauptausschuß aus mindestens einem Drittel der Ratsversammlung = 8 Ratsherren bestehen.
Vorgeschlagen werden die Ratsherren

Karl Rancke
Heinrich Japp
Heinrich Bosch
Herbert Rancke.

Ratsherr Mahlow schlägt vor, den Hauptausschuß so zu belassen wie er ist.

Die Abstimmung ergibt folgendes:

- 1) Karl R a n c k e
15 Stimmen gegen 10 Stimmenthaltung
- 2) Heinrich Japp
22 Stimmen gegen 3 Stimmenthaltung
- 3) Heinrich B o s c h
22 Stimmen gegen 3 Stimmenthaltung
- 4) Herbert R a n c k e
11 Stimmen gegen 14 Stimmenthaltung

Es kommen demnach in Frage die Ratsherren

Karl R a n c k e
Heinrich J a p p und
Heinrich B o s c h .

Sie werden als Mitglieder in Hauptausschuß gewählt.

Punkt 4): Satzungsänderung.:

Der Militärgouverneur hat an sich eine Änderung der Ziffer XIV. verlangt. In den Notizen zu dem jetzt eingegangenen Entwurf ist aber gesagt, daß strittige Fragen und Punkte bis zum Vorliegen der endgültigen Gemeindeordnung gesammelt werden können, um dann insgesamt berücksichtigt zu werden.
Es empfiehlt sich daher, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.
Es wird einstimmig beschlossen, daß Punkt 4 von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Punkt 5)



Punkt 5): Anderung der Geschäftsordnung.

Bürgermeister Huck:

Der Militärgouverneur hat folgende Änderung der Geschäftsordnung gefordert.
(H. verliest die vorgeschlagenen Änderungen)

a) § 1 Der letzte Satz des ersten Absatzes ist zu streichen und zu ersetzen durch:

"Im Falle, daß beide, der Bürgermeister und sein Stellvertreter an der Teilnahme der Sitzung verhindert sein sollten, wird der Rat einen Vorsitzenden für eine solche Sitzung wählen."

b) § 2 Absatz 2 wird gestrichen und ersetzt durch :

"Die nötige beschlußfähige Anzahl muß immer anwesend sein, um eine Sitzung kompetent zu machen.

c) § 10 Die abschließenden Worte des 5. Satzes in Absatz 2

"bei geheimer Abstimmung das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Los" werden gestrichen.

Diese Änderungen werden einstimmig angenommen.

Punkt 6): Wahl von 4 Mitgliedern des Sparkassenvorstandes:

Bürgermeister Huck:

Auf Grund der Satzung kann nach einer neuerdings eingegangenen Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein nur der Bürgermeister der Vorsitzende des Sparkassen sein. Nach der gültigen Sparkassensatzung sind 2 Mitglieder des Sparkassen Vorstandes zum Vorsitzenden zu ernennen und 4 von der Stadtvertretung zu wählen.

Ich ernenne zu Mitgliedern:

1) Stadtrat Schacht

2) Ratsherr Baake

Stellvertreter zu 1):

Bürger: Heinrich Schacht jun.

Stellvertreter zu 2):

Bürger: Otto Butendiech.

Für die zu ernennenden weiteren 4 Vorstandsmitglieder bitte ich um ihre Vorschläge.

Einstimmig gewählt worden:



Pferdebespannung umgearbeitet wird.
 Ich bin der Ansicht, daß die Müllabfuhr vorläufig in den Händen von Körner verbleiben muß. Körner ist absolut nicht kleinlich mit dem Abholen von Müll, auch wenn einmal etwas mehr herausgestellt wird. Einige Differenzen entstehen manchmal dadurch, daß die Leute die Müllkarren nicht an die Straßenbringen und er sie erst von den Grundstücken holen muß.
 Körner bittet darum, daß er zu jedem Beschwerdefall gehört wird, damit keine einseitige Beurteilung der Angelegenheit stattfindet. Es muß also jede Beanstandung zur Kenntnis des Bauamtes gebracht werden, damit der Fall untersucht werden kann. -

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß u.a. am Breitenweg ein großer Schutthaufen zusammengetragen ist bei den Baracken, und daß Körner dort selten oder gar nicht erscheint.

Stadtrat Glismann:

Die Baracken haben von der Stadt eine Müllgrube bekommen mit Deckeln - ordnungsgemäß. Die Stadt wäre wohl verpflichtet gewesen, die Asche abzufahren. Es ist natürlich reichlich weit und äußerst unbequem. Es wäre besser, den Müll an Ort und Stelle einzufahren.

Stadtrat Hanke:

Ein großer Mißstand ist, daß die Schutthäuser, die noch an den Straßen liegen, noch erheblich größer werden durch Heranbringung von Müll. Es wäre Aufgabe der Polizei, die Leute darauf aufmerksam zu machen. Es ist ist nur gesundheitsschädlich sondern das Ortsbild wird von Tag zu Tag übler aussehen.

Es wird folgendes beschlossen:

Der Müllabfuhrunternehmer K ö r n e r wird angehalten, einen bestimmten Abholungsplan einzureichen. Die Eimer müssen spätestens morgens 7 Uhr an der Straße zur Abholung bereit sein. Ferner soll veranlaßt werden, daß der Schutt bei den Baracken am Breitenweg abgeholt bzw. abgefahren wird.

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.

Punkt 9): Hunde für die Feldhüter.

Bürgermeister Huck:

Es ist eine zwingende Notwendigkeit, für die beiden städtischen Feldhüter 2 Hunde zu beschaffen. Ich schlage vor, diese Angelegenheit zunächst Herrn Ratsherrn Heinrich J e n e zu überweisen, der uns darüber dann Vorschläge macht. Es braucht n.B. kein ganz erstklassiger Hund zu sein.

Ratsherr Barthel:

Es kann nicht angehen, daß die Feldhüter dauernd als Boten eingestellt werden. Man sieht die Feldhüter dauernd mit Briefen herumlaufen.

Bürgermeister:



ଶ୍ରୀ ଗୁରୁଦେବୀଙ୍କ ପ୍ରତିଷ୍ଠା

Bürgermeister Huck:

Ich habe hier keinen Feldhüter mit Briefen herumlaufenschen. Das sollte allerdings auch nicht vorkommen.

Rathherr P a n c k e:

Wenn wir Hunde anschaffen, müssen wir Leute dazu haben, die mit Hunden umgehen können. Es muß jemand einen Hund führen können.

Bürgermeister Huck:

Wir wollen es Herrn Jens überlassen, der uns später darüber berichtet. Herr Jens soll uns Vorschläge machen.

Stadtdirektor Jessen:

Die Feldhüter tragen Brief aus in den ganz entlegenen Außenbezirken. In der Stadt, in eigentlichen Stadtbild, haben wir einen besonderen Boten. Die Feldhüter nehmen diese Briefe auf ihren Gängen in die Feldmark mit.

Bürgermeister Huck:

Die Feldhüter tragen die Brief nur in die entlegene Feldmark.

Rathherr Barthel:

Ich wohne doch auch in der Stadt.

Bürgermeister Huck:

Es soll festgestellt werden. Ich werde Ihnen darüber in der nächsten Sitzung eingehende Aufklärung geben.

Rathherr Mahlow:

Wollen wir dann solange mit der Anschaffung der Hunde warten bis zur nächsten Sitzung? Es wäre doch zweckmäßig, von vornherein einen bestimmten Betrag festzulegen, und diesen Betrag vorweg zu bewilligen, damit die Stellen, die die Angelegenheit bearbeiten, im Rahmen des Möglichen über einen bestimmten Betrag verfügen können.

Bürgermeister Huck stellt fest, daß der Rat grundsätzlich mit der Anschaffung der Hunde einverstanden ist.

Es wird beantragt, die Anschaffung der Hunde dem Hauptausschuß zu übertragen.

Rathherr J e n s :

In einem Schriftstück, daß ich eingereicht habe, habe ich vermerkt, daß zunächst erst einmal die Feldhüter angewiesen werden müssen, wie sie mit den Hunden umzugehen haben. Sie werden von der Fachschaft für Hunde geprüft. Über die Höhe des



191
Verordnungsamt des Magistrats
(1911) 10. 10. 1911

des Preises gehen die Meinungen sehr weit auseinander. es werden junge Hunde im Alter von 8 Wochen von der amerikanischen Besatzungsmacht in Bremen für 2.000.- RM gekauft. Wo sollen wir dann Hunde bekommen für 400.- bis 500.- RM. Es muß versucht werden, einen Hund zu finden, der geeignet ist und dann versuchen, einen Preis festzulegen. Wenn es nicht gelingt Hunde zu beschaffen, dann werden wir versuchen, uns zur Verfügung zu stellen. Die Leute, die dann von der Stadt angefordert werden, müssen dann auch versichert sein. Hunde anzuschaffen für den Sofortdienst, ist unmöglich. Die Leute müssen sich mit den Hunden anfreunden. Wenn der Hund das auch kann, damit kann der Mann es noch lange nicht.

Es wird folgender Beschluß gefaßt:

Die Ratsberren sind grundsätzlich mit der Beschaffung von 2 Hunden für die Feldhüter einverstanden. Im Übrigen wird die Angelegenheit Herrn J e n s zur weiteren Bearbeitung übertragen.

Auf der nächsten Ratsitzung wird Herr Jens darüber berichten.

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.

Punkt 10) Auffüllung in Gelände des früheren Strandbades.

Bürgermeister Huck:

Mit dieser Frage hat sich der Bauausschuß in seiner Sitzung vom 27.3.46 beschäftigt und folgendes ausgeführt:

"Der Bauausschuß befürwortet die von Wasserstraßenamt (Baurat Paulsen) angeregte Aufspülung des zerstörten Strandbadgeländes. Die Aufspülung des Strandbadgeländes erfolgt, wie Baurat Paulsen auf Befragen mitteilt, vollständig kostenlos für die Stadt. Das Wasserstraßenamt beabsichtigt nicht mehr die Straße Hakendamm aufzuheben, sondern will die jetzige Straßenführung beibehalten. An der Kostenfrage für die engültige Wiederherstellung der Straße Hakendamm sollen das Wasserstraßenamt und die Stadt Wedel beteiligt sein. Es wird empfohlen, schon jetzt die erforderlichen Schritte zur Wiederinbesitznahme des Strandbadgeländes zu betreiben.

Ratherr Jens:

Die Straßen, die ~~den~~ ^{den} Reichtonnenhafen führt, ist ja nicht städtischer Grund, also keine städtische Straße. Das Gelände gehört der Marineverwaltung. Wir können uns deshalb nicht an der Wiederherstellung der Straße beteiligen. Wir müssen abwarten, wann uns das Gelände zugesprochen wird. Erst dann bitte ich eine Entscheidung herbeizuführen.

Es



Bei der Aufnahme dieses Dokuments wurde die Originalgröße beibehalten.

Es wird folgendes beschlossen:

Der Rat ist damit einverstanden, daß das Wasserstraßenamt das zerstörte Gellende Badegelände wieder aufgefüllt in Schmalau durch Aufopflung wieder auffüllt, und zwar kostenlos für die Stadt Wedel.

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.

Punkt 11) Mitteilungen des Bürgermeisters.

- 1) Bürgermeister Huck teilt mit, daß nach einer Verfügung des Oberpräsidenten für die Stadt Wedel vorläufig von Gaswerk Hasburg keine Gas geliefert werden kann.
- 2) Bürgermeister Huck berichtet:
Es ist uns auferlegt worden durch Schreiben der Kreisverwaltung Pinneberg über die Tatsachen der Lebensmittellage der Bevölkerung Aufklärung zu geben.
(Bgm. Huck verliest einen Aufruf der Militärregierung über die Tatsachen der Lebensmittellage.)
- 3) Bgm. Huck teilt mit, daß die in der vorigen Sitzung verschiedentlich gestellten Fragen sich zur beiderseitigen Lösung aufgeklärt haben.

4) Lebensmittellkartenentwendungen.

Es wird einstimmig beschlossen, daß zur Vermeidung von Lebensmittellkartendiebstählen Maßnahmen getroffen werden, deren Kosten ungefähr 300.-- RM betragen.

5) Städtetag .

Am 22. Mai 1946 findet in Flensburg ein Städtetag statt. (hierzü verliest Bürgermeister Huck ein Schreiben). Das ist eine Angelegenheit, die für den Rat wohl von Wichtigkeit ist. Ich bitte um Vorschläge, wer nach Flensburg fahren soll.

Mahlow:

Wir haben uns bereits in der Vorbesprechung geeinigt, daß wir Herrn Bürgermeister Huck und Herrn Balke hinschicken. Außerdem wurde gewünscht, daß der Stadtdirektor teilnimmt, weil auch über Finanzfragen verhandelt wird.

Es wird einstimmig beschlossen, daß die vorgenannten Herren am 22. Mai nach Flensburg zum Städtetag entsandt werden.

Bürgermeister Huck:

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich schließe die Sitzung.

Balke



Stellvertretender Bürgermeister Dalke unterbricht Herrn Bürgermeister Huck und bemerkt:

Ich hätte gern gewußt, wie sich der interfraktionelle Frauenausschuß, der an der Kartenausgabe mitwirken sollte, bewährt hat.

Bürgermeister Huck bittet den Stadtdirektor hierüber zu berichten!

Stadtdirektor Jessen:

Den Wünschen der Vertretung und des interfraktionellen Frauenausschusses entsprechend habe ich seinerzeit in Übereinstimmung mit diesen und über ihren Wünschen hinausgehend die Art der Verteilung geändert. Es war offenbar der Wunsch, besonders zu kontrollieren, daß niemand Karten bekäme, ohne die vorgeschriebene Bescheinigung des Arbeitsamtes vorzulegen und daß zunächst besonders bei der Kontrolle von Arbeitsamt Frauen eingesetzt werden, um irgendwelchen Unklarheiten oder vermeintlichen entgegenzutreten, ~~insoweit~~ ~~Es war~~. Vor Beginn der Ausgabe habe ich die Mitarbeiter auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht, und darauf hingewiesen, daß sie an sich mit den eigentlichen Karten nicht zu tun hätten, vielmehr an Hand der Karteikarte aufzurufen und daß erst nach Vorzeigung der Arbeitsbescheinigung die Ausgabe erfolgen dürfe. Jeder Tischführer hat nachher abzurechnen mit den Kontrollbeamten der Stadt. Das ist gewesen Herr Hufe, der die Karten ~~abrechnet~~ mit diesen abrechnet. Dann wurde wieder anhand der Karteikarte zusammengestellt, welche Karten ausgegeben waren, so daß auf diese Weise eine doppelte Kontrolle erreicht worden ist. Über die Durchführung und die Arbeit des Frauenausschusses darf ich bitten, Herrn Brand zu hören:

Ratsherr Brand:

Meine Damen und Herren! Herr Stadtdirektor hat im allgemeinen den Verlauf der Kartenausgabe klargelegt. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß bei der Nachkontrolle sich eine Frau eines groben Vertrauensmißbrauchs schuldig gemacht hat. Diese Frau kann meine Meinung nach nicht mehr zur Mitarbeit herangezogen werden, und zwar betrifft es einen unserer Ratsherren. Der Ratsherr Beerhaus ist selbständig, mußte bis zur 30. Periode seinen grünen Schein ungetauscht haben in einen weißen Schein. Der Schein hat offenbar nicht vorgelegen. Jedenfalls hat die Hauptkarte mit den nachgewiesenen Arbeitsbescheinigungen dem Arbeitsamt nicht vorgelegen. Trotzdem sind an Tisch 3 die vollen Lebensmittelkarten ausgegeben worden, und zwar für 4 Personen (2 Erwachsene, 1 von 3-6, 1 von 6-10) Wenn eine Bescheinigung von Arbeitsamt nicht vorliegt - das ist zwingendes Recht - dann hätten die Lebensmittelkarten an den Tisch nicht ausgegeben werden dürfen, sondern die betreffende Person muß an den Revisions-tisch verwiesen werden. In dieser Revisionsabteilung wäre dann ~~was~~ der Vermerk gemacht worden, ff.



die Ziffern 1 - 3 dürfen ausgegeben werden. Herr Beerbaum konnte seine Lebensmittelkarte erst nach Vorlage der Arbeitsbescheinigung empfangen. Zu meinen Erstaunen habe ich gesehen, daß in der 86. Periode an Tisch 3-4 Lebensmittelkarten ausgegeben worden sind. Ich habe daraufhin, weil wir alle diese Fälle nachprüfen, die Karte 5390 nachsehen lassen, und festgestellt, daß 4 Karten ausgegeben worden sind. Ich habe jede Frau darauf hingewiesen, daß sie genau arbeiten muß. Ich habe zu diesem Zweck am ersten Tag noch die alten Kräfte mit hinzugesetzt. Am nächsten Tag mußten sie selbständig arbeiten. Ich habe dann wiederholt gefragt, "kommen Sie zurecht?". Außerdem frage mich Herr Beerbaum in der letzten Ratssitzung "muß ich eine solche Bescheinigung haben". Ich sagte: ja, eine solche Bescheinigung muß vorliegen. Ich habe auch gesagt, solche Arbeitsbescheinigungen müßte er sich beschaffen. Wie das Arbeitsamt mitteilt ist eine solche Bescheinigung noch nicht ausgegeben. Er hat seine Karten unberechtigt erhalten. Ich bitte darum, daß Frau Beerbaum nicht wieder an der Kartenausgabe teilnimmt. Ich bin ein gutmütiger Mensch. Ich lasse mich nicht reinlegen. Ich soll dafür geradestehen. Schließlich was dem einen Recht ist, ist dem andern billig. Würde aber der Rat beschließen, daß die Frau fernhin daran teilnimmt, bitte ich mich meines Amtes als Leiter der Kartenausgabe zu enthalten.

Ratsherr Barthel:

In der vorletzten Ratssitzung habe ich die Unterredung zwischen Herrn Brand und Herrn Beerbaum mit angehört. Beerbaum hat Herrn Brand gefragt, wie es mit ihm sei. Brand hat bemerkt: Sie müssen eigentlich eine Bescheinigung haben. Die selbständigen Handwerker dürfen diesmal noch die Karten ohne Bescheinigung ausgehändigt bekommen.

Stadtrat Beerbaums:

Über den Charakter des Herrn Brand sind wir uns klar. Bis zu 86. Periode war ich in Lager II verpflegt. Über die Gepflogenheit der Kartentnahme war ich nicht unterrichtet gewesen. Ich habe mich vor der Kartenausgabe erkundigt. Meine Frau hat die Bescheinigung beigebracht. Wenn ich nicht im Besitze dieser Bescheinigung bin, irrt Herr Brand.

Ratsherr Brand:

Es ist etwas ganz anderes. Für die in Beschäftigung stehenden gelten nach wie vor noch die grünen Ausweise, bis auf die Selbständigen, die mußten mit Beginn der 86. Periode im Besitze der weißen Arbeitsbescheinigung sein. Herr Beerbaum kann nicht sagen, er hätte sich bei mir vorher erkundigt. Sie sind vorher nicht bei mir gewesen. Sie wissen ganz genau, daß das Arbeitsamt angewiesen ist von der Militärregierung, die Arbeitsbescheinigungen auszustellen. In der



In der Ratsitzung selbst hat Herr Beerbaum mir erklärt, ich habe bis heute keine weiße Bescheinigung erhalten. Von teils selbständig teils unselbständig ist keine Rede gewesen.

Beerbaum:

Meine Frau ist da gewesen und hat die Bescheinigung beigebracht.

Ratsherr Brand:

Es ist nicht zu leugnen, daß diese Karte und Ihre Hauptkarte die Kontrolle des Arbeitsamtes nicht passiert hat.

Ihre Frau ist nie zu mir gekommen.

Entweder Sie entscheiden, daß Frau Beerbaum nicht mehr teilnimmt, oder ich gehe.

Bürgermeister Huck:

Ich empfehle, diese Frage dem Hauptausschuß zu übertragen. Es muß festgestellt werden, wie sich die Angelegenheit verhält.

Ratsherr Mahlow:

Wenn schon einmal die Frage angeschnitten ist, dann möchten wir sie auch zu Ende führen.

Bürgermeister Huck:

Es tut mir leid, wie ich bereits erwähnte, ist die Ratsversammlung kein Gerichtssaal. Ich empfehle nochmals dem Rat, diese Angelegenheit dem Hauptausschuß zur Bearbeitung und Prüfung bzw. Berichterstattung vorzulegen.

Stadtrat Beerbaum:

Herr Brand halten Sie Ihre Behauptung aufrecht, daß ich nicht im Besitze einer Arbeitsbescheinigung bin?

Bürgermeister Huck:

Diese Angelegenheit wird dem Hauptausschuß zur Prüfung und ungehenden Berichterstattung übermittelt.

Stadtrat Beerbaum:

Dürfen wir jeden Fall dieser Art vor den Rat bringen?

Bürgermeister Huck:

Hiernach sind diese Angelegenheit vorweg mit dem Bürgermeister und Stadtdirektor nach Möglichkeit zu erledigen.

Stadtrat Beerbaum:

Die Abstimmung als solche ist dann unzulässig.

Bürgermeister



Handwritten signatures and stamps are visible at the bottom of the page, including a large signature and a circular stamp.

Bürgermeister Huck bittet jedoch, die Angelegenheit nicht vor die Ratsversammlung zu bringen, sondern sie im Hauptausschuß zu klären. Die Abstimmung hierüber ergab

13 Stimmen für und
12 Stimmenthaltungen.

- 6) Ratsherr B r e m e r beantragt, die Verkaufszeiten nach Möglichkeit bis auf 18 Uhr hinauszuschieben.

Stadtdirektor Jessen:

Es ist eine Frage der Gewerbepolizei, die vom Kreis geregelt wird. Die letzte Verfügung datiert vom Oktober 1945, die noch gültig ist.

Bürgermeister Huck:

Wir könnten vorstellig werden beim Landrat Finneberg, um eine grundsätzliche Änderung herbeizuführen.

Es wird vorgeschlagen, die Geschäfte einheitlich von 8 - 13 und 15 - 18 Uhr geöffnet zu halten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- 7) Bürgermeister H u c k verliest ein Schreiben des Herrn Oberkreisdirektors über Mitteilungen der Mil-
Rierung betr. Lokalpolitik.

- 8) Stadtrat H a n k e trägt vor:

Die Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung sind so enorm, aus allen Kreisen der Bürgerschaft pilgern täglich Hunderte ins Hannöversche und holen sich Kartoffeln. Sie verzichten einmal auf ihren Lohn und zweitens ist der Unternehmer gehalten, ihnen nicht die Schwerarbeiterkarten auszuhändigen. Der Beweis ist erbracht, daß Kartoffeln da sind. Ist dort stadtseitig nicht irgendetwas zu machen, daß man Kartoffeln hierher bekommt, die hier an die Bürgerschaft verteilt werden? Es soll nur eine Anfrage von mir sein.

Bürgermeister Huck:

Soweit mir bekannt, ist die Ausfuhr von Kartoffeln ab-
verboten. Es ist viele Male versucht worden, sogar mit Lastwagen- aber es ist nicht möglich.

Bürgermeister H u c k schließt um 21.10 Uhr die Sitzung.

Der Bürgermeister

Ratsherr

Ratsherr

Der Stadtdirektor

11. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedol
am Donnerstag, dem 27. Juni 1946, um 19 Uhr im Rathaus
Sitzungsraum.

Anwesend:

Stellv. Bürgermeister S a l k e
 als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadtver-
 tretung:

Bathel, Beerbaum, Bosch, Brand,
 Bremer, Dalubek, Eydler, Jens, Glismann,
 Hanka, ~~Hoffmann~~, Kleinwort, Köhler, Langensse,
 Mahlow, Matthiessen, Müller, Rancke Karl,
 Rancke Herbert, Rüttger, Japp, Frensd, ~~Schacht~~,
 Heisecke.

Staddirektor J a s e n

Angestellter J a s
 als Protokollführer

40 Zuhörer

31a ~~Walt-Hofmann~~ fehlt entschuldigt.

Stellv. Bürgermeister S a l k e begrüßt
 die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
 Er stellt die Beschlussfähigkeit des Rates
 fest.

Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte:

- 1) Verlesung des Protokolls der Sitzung
 vom 9.5.1946.
- 2) Niederschriften verschiedener Ausschuss-
 Sitzungen.
- 3) Wahl des Bürgermeisters.
- 4) Wahl eines Mitgliedes zum Hauptausschuss
- 5) Wahl eines weiblichen Mitgliedes zum
 Wohnungsausschuss.
- 6) Bekanntgabe der wesentlichen Bestimmun-
 gen der neuen Gemeindeordnung.
- 7) Mitteilungen.

Zu Beginn der Sitzung führt der stellv.
 Bürgermeister sich von der Militärregierung
 beauftragten Ratsherrn Hans S a l k e vor
 zu sein Amt ein.

Punkt 1) Sitzungs-Verlesung des Protokolls der
Sitzung vom 9.5.1946.

Das Protokoll der letzten Sitzung war-
 de von Protokollführer verlesen.
 Stadtrat H a n s e gab hierauf eine
 Erklärung, dass seine Antrag in ver-
 ed jedem Kreise der Bevölkerung eine
 verstanden sei und falsch aufgefasst
 worden ist.

Sein Antrag über die Kaffeebohnenbeschaffung wäre so aufzufassen gewesen, wie in Protokoll verzeichnet steht. Nichts habe er eine Unterredung mit dem Wil. Gouverneur gehabt, den Arbeitern bei Fehlen von der Arbeit die Schwarzarbeiterkarten zu erteilen.

Punkt 2) Niederschriften verschiedener Ausschusssitzungen.

Der stellv. Bürgermeister wachte vor Eintritt der Protokoll-Verlesungen aufmerksam, dass der Verbindungsmann - Ing. Schulze - eine wichtige Mitteilung in Auftrag des Gouverneurs an hat. Herr Schulze spricht zu einer Verfügung von der Wil. Regierung über die Beschäftigung von Fremden, hierauf nach dem Stadtdirektor durch die Ratsversammlung. Er trägt den Wunsch des Gouverneurs vor, die Ratsversammlung solle sich schnellstens über die Beschäftigung des Stadtdirektors entscheiden.

Hierauf erfolgte die Verlesung aller Ausschuss-Protokolle durch die Vorsitzenden der Ausschüsse, nämlich

- 1.) Hauptausschuss - Sitzung vom 15.5., 17.5., 24.5., 12.6.46.

Die Hauptausschuss-Sitzung vom 15.5.46 wurde von der Ratsversammlung einstimmig beschlossen, bezgl. die weiteren Sitzungen.

Ratherr B e r n h a r d gibt bei dieser Angelegenheit eine Anregung bekannt, ob nicht die Einladungen zu den Sitzungen durch Boten gegen Quittung abgegeben werden können.

- 2.) Schulenausschuss-Sitzung vom 13.5., 3.6., und 14.6.46.

Stadtrat B e r n h a r d regt an, die Protokolle jeder Ratskammer zur Einsicht vorzulegen. Eine Beschlussempfehlung darüber wird nicht getroffen.

Es erhebt sich eine lebhafte Debatte über die zur Verfügung stehenden Privatstellen.

Ratherr B e r n h a r d erklärt, dass Entscheidungen über Schulgeldermäßigungen viel leichter getroffen werden können, wenn der Schulenausschuss die zur Verfügung stehenden Mittel bekannt sind.

In Protokoll vom 14.6.46. wird die Verfügung für die Schulnausweise behandelt.

Die Ratsversammlung fasst die folgenden Beschlüsse, die einstimmig angenommen wurden:

Die Schulnausweise Ladige und Page erhalten für die Lehrarbeit, die durch die Meldung der Eltern zu erlangen ist, die auf Bildung des Kindes abzielt, die auf Bildung des Kindes abzielt, die auf Bildung des Kindes abzielt.

Ratherr B e r n h a r d bittet, die Anträge durch den Schulnausschuss auf Schulgeldermäßigung

wiedermal den Ausschuss zur Entscheidung
vorgelegt werden. vorzulegen.

Bei dieser Gelegenheit wird folgender Be-
schluss gefasst:

Bei der Verlesung von Protokollen, in denen die
Namen von bedürftigen Antragstellern genannt
werden, ist die Verlesung dieser Namen im
Interesse der Antragsteller zu unterlassen.
Dem Beschluss wird einstimmig angenommen.

3.) Kultur-, Sport- und Jugendausschuss-
Sitzung ~~(11.6.46.)~~ (5.6.46.)

Die von Kultur-, Sport- und Jugendausschuss
gefassten Beschlüsse wurden einstimmig ange-
nommen.

4.) Bauausschuss-Sitzung ~~(11.6.46.)~~ (11.6.46.)

Die von Bauausschuss gefassten Beschlüsse
wurden von der Ratversammlung einstimmig an-
genommen.

5.) Ausschuss für die Sanierung und das Re-
paraturwesen ~~(13.6.46.)~~ (13.6.46.)

Über die in der Sitzung gefassten Beschlüs-
se, die Pauschalberechnung zu beschließen,
entspann sich eine lebhafte Debatte.
Stadttrat E s e r b e r g wies darauf einge-
hend hin, dass die Berechnung die Notwendigkeit dieser Maßnahme, insbesondere
weist er auf den schädlichen wiederkehrenden
Defizit von 1000,- RM hin, der von der Stadt-
kasse getragen werden müsse.

Nach längerer Debatte wird doch eine Einigung
erzielt und wie folgt lautet dieser Sitzung

mit 22 Stimmen, 2 Stimmenthaltungen,
1 Stimme gegen Reparaturwesen

angenommen.

6.) Schiffsahrts- und Flüchtlingsausschuss
am (14.6.46. ~~24.6.46.~~)

Die von Schiffsahrts- und Flüchtlingsaus-
schuss gefassten Beschlüsse wurden einstimmig
angenommen.

7.) Wohnungsausschuss (24.6.46. + 26.6.46.)

Die von Wohnungsausschuss in den Sitzungen
gefassten Beschlüsse wurden von der Ratver-
sammlung einstimmig angenommen.

Punkt 3. Wahl der Bürgermeisterei.

Es werden vorgeschlagen:

Jacob Hahnemann Becke - Stellvert. Bürgermeister
Balke

Jacob Hahnemann Hiltz - Stadtrat, Schacht

Harold Stadtrat Matthieson - Hahnemann Brand.

Ergebnis der Wahl:

Schacht: 11 Stimmen
Balke: 9 Stimmen
Brand: 4 Stimmen

Stellvertreter Bürgermeister Balke weist auf § 10 der Geschäftsordnung hin, sodass der Bürgermeister mit absoluter Mehrheit zu wählen ist. Danach muss dies noch einmal gewählt werden.

Es entsteht eine längere, lebhafte Debatte über die Auslegung des § 10 mit dem Ergebnis, daß die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen wird.

9,10 Uhr tritt die Versammlung wieder zusammen.

Ratherr Buscke stellt Antrag auf Stichwahl mit den Kandidaten Schacht/Balke.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Ergebnis:

Schacht: 11 Stimmen
Balke: 9 Stimmen
4 Stimmenhaltungen.

Danach ist Herr Schacht mit absoluter Mehrheit zum Bürgermeister gewählt.

Punkt 4) Wahl eines Mitgliedes zur Hauptausschuss

Durch das Ausscheiden von Bürgermeister Huck wird die Wahl eines neuen Hauptausschussmitgliedes erforderlich.

Stadttrat Busch schlägt den Ratherrn Heisecke vor. Einstimmige Annahme.

Punkt 5) Wahl eines weiblichen Mitgliedes zum Wohnungsausschuss

Stadttrat Mattiesohn schlägt Frau Margarete Wulf, Wedel, Bistetr. 4, vor.
Stadttrat Bremer schlägt Frau Sydler, Wedel, Hindenburgstr. 30, vor.
Frau Sydler tritt zurück.
Einstimmige Annahme des Vorschlages für Frau Margarete Wulf.

Punkt 6) Beschlüsse der verschiedenen Bestimmungen der neuen Geschäftsordnung

Stadtdirektor J. v. S. erklärt in Form eines schriftlichen Vortrages die allgemeinen Grundsätze der neuen Geschäftsordnung. In Anschluss daran gibt er einen kurzen Überblick über die Vorkonferenzen, die durch die Ratherrn auf die verschiedenen Bestimmungen auftraten.

Punkt 7) Verschiedenes

a) Kunde für die Polizeier.

Der stellv. Bürgermeister v. S. weist auf den Beschluss der Stadtratsung vom 9.3.10. hin bezüglich der Kunde

für Feldbater.

Belehrer J e n e erklärt, dass die Beschaffung von Feldbatern zweckmäßiger Preis und möglichst ist. A. B. wurde ihm bezüglich ein Angebot unterbreitet, es für 2000,- RM zu zahlen soll. Stadtrat S e r e n e erklärt, dass die Beschaffung von Feldbatern notwendig sei, weil die Stoffe ~~ausreichend~~ ^{ausreichend} ~~angewendet~~ ^{angewendet} ist. Die Angelegenheit wird über eine längere Debatte mit dem Ergebnis, dass von dem Antrag von Handen abgesehen werden soll. Bei dieser Gelegenheit stellt Stadtrat S e r e n e Antrag, der Rat möge Mittel bewilligen, um eine ~~die~~ ^{die} noch nicht ~~aus~~ ^{aus} fertige Beschaffung der Schutzbekleidung in Göttingen zu Ende zu führen können. Der Antrag wird auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

b.) Beschaffung von Schulbänken für die Bekannthauschule.

Stadtdirektor J e n e erklärt, dass diese Angelegenheit solange zurückzustellen ist, bis eine grundsätzliche Entscheidung des Ausschusses erfolgt. Stadtrat S e r e n e erklärt, er wolle einen Bescheid des Kreisrates, nach dem derjenige, der ~~die~~ ^{die} Schulbänke ~~beschaffen~~ ^{beschaffen} soll, auf Anfrage gestellt werden können.

2. zur Schulkommission

Stadtdirektor J e n e erklärt, dass ein solcher Antrag bereits vorliegt und die Schulbank bereits bestellt ist.

c.) Sparkassenverband.

Stellv. Bürgermeister J e n e erklärt, dass die am 1. d. d. letzten Stadtrats-Sitzung durchgeführten Erhebungen und Fragen des Sparkassenverbandes von der Aufsichtsbehörde für wichtig erklärt worden sind. Der Sparkassenverband wird nach dem nächsten Bestehen von Vorstandem, nämlich des Bürgermeisters, besucht.

Stadtrat S e r e n e schlägt vor, dass die Erhebung des Vorstandes gemeinsam mit dem stellv. Bürgermeister und dem jetzigen noch existierenden stellv. Bürgermeister in Laufe der nächsten Tage vorgenommen werde.

Die Verhandlung über den Antrag S e r e n e.

d.) Antrag J e n e wegen Beseitigung der ~~unsauberen~~ ^{unsauberen} ~~Verhältnisse~~ ^{Verhältnisse}

Bitte des Bürgermeisters Schürer

Es handelt sich um die Verwertung der im Kannel-Bau-Programm gestifteten Balken im früheren Strandbad. Die Kannelbau-Hamburg hat durch die Mil.Reg. Hamburg Bewilligung erhalten, die Hölzer für die Torfkübel zu verwerten. Der Antrag Jung will auch die Verwertung durch die Stadtgemeinde Geld fördern. Stadtdirektor J. v. S. erklärt, dass der Antrag vor 2 Wochen bereits bei der zuständigen Dienststelle gestellt wurde. Betr. Verhandlung der Hölzer entsteht eine Debatte.

Die Entscheidung der Ratsherren verlangt von der Stadtverwaltung sofortige Aufnahme weiterer Verhandlungen, um die Angelegenheit zum Abschluss zu bringen.

- 2) Hells. Düngung
Balke berichtet über die Torfgewinnung. Nach vielen Scheitern ist heute mit dem Torfschicht begonnen. Von 7 - 14 Uhr sind 210 000 Stück Torf gepresst, das sind 30.000 Stück in der Stunde. In 2 Schichten = 15 Stunden wird gearbeitet, also pro Tag 450.000 Boden. Bei gutem Torfwetter ist also noch nichts verloren, denn ab Montag wird nun voll gearbeitet.

Stadtrat Beerbaum fragt, ob die Frage der Abtransporteschwierigkeiten von der Dienststelle zur Kleinbahn ^{hätte} klärt ist. Stellvertr. Bürgermeister will diese Frage mit dem Geschäftsführer, Herrn Vinow, am kommenden Montag klären.

- 1) Kinderernährung
Stadtdirektor J. v. S. berichtet über eine Verfügung des Kreises über die Kinderernährung und über unsere Antwort. Von 1919 untersuchten Kindern ^{genommen} ist bei 834 187tägiger Kräfte- und Ernährungsbestand festgestellt. Sowie eine Entscheidung fällt, ist vorgesehen, dass sofort mit der Spisung begonnen werden kann.

- 3) Stellvertr. Bürgermeister Balke weist auf mehrere Beschlüsse der Sozialverwaltung bezüglich des Hauses Hafendamm 16, Eigentümer H.J. Diercke, hin. Es entsteht eine allgemeine Debatte darüber, ob er nach dem BLG enteignet werden soll, da das Pachtverhältnis lediglich auf seine Quertreiberei zurückzuführen ist. Es wird ^{erhalten} einstimmig beschlossen, vorher festzustellen, ob das Material für die Fertigstellung der Wohnungen vorhanden ist, um dann weitere Schritte zu unternehmen.

Stellvertretender Bürgermeister
schließt um 22,30 Uhr die Sitzung.

Stellvert. Bürgermeister

STANDE
Kunze

STANDE
Stüttgen

Protokollführer

hmi

Steno - Protokoll

11. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wetzlar
am Donnerstag, dem 27. Juni 1946, um 10 Uhr
in Rathaus - Sitzungssaal.

Anwesend:

Stellvert. Bürgermeister B. L. K. a.
als Vorsitzender,

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Barthel, Beerhaus, Bock, Brandt,
Brauer, Bunkel, Eydeler, Jene, Olsch, Olsch,
Hanke, Kleinwort, Kötter, Langemann,
Mahlow, Matthiesgen, Müller, Rausche Karl,
Rausche Herbert, Röttger, Jäger, Franke,
Schacht, Seinsche.

Stadtdirektor J. a. u. a.

Angestellter J. a. u.
als Protokollführer

10 Zuschauer.

Stadttrat Hofmann fehlt entschuldigt.

Stellvert. Bürgermeister B. L. K. a. be-
grüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Er stellt die Beschlussfähigkeit der Rats-
versammlung fest.

Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte:

- 1) Verlesung des Protokolls der Sitzung
vom 2.5.1946,
- 2) Niederschriften von Mitgliedern, Besuchs-
sitzen,
- 3) Wahl des Bürgermeisters,
- 4) Wahl eines Mitgliedes zum Hauptrechnung,
- 5) Wahl eines weiblichen Mitgliedes zum
Wohnungsausschuss,
- 6) Bekanntgabe der wesentlichen Bestimmungen
der neuen Geschäftsordnung,
- 7) Mitteilungen.

Stellvert. Bürgermeister B. L. K. a.

Da ich mir erlaube ich die Mitteilung zu
machen, dass Herr B. L. K. a. u. K. a. und Herr
Lehmann persönlich von Abschieden be-
stimmt ist. Ich wünsche Herrn Lehmann hier-
mit für den Abschied ein. Ich hoffe auf ein
gutes und erfolgreiches Weiterarbeiten.
Soweit mir noch zur Verfügung steht,

sche ich diese Klasse nochmals bekannt.

Im Punkt 1) bitte ich Herrn ... den Protokoll der öffentlichen Sitzung der Stadtverwaltung vom 9. Mai 1946 zu verlesen.

Punkt 1): Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 9.5.1946

Stellvert. Bürgermeister Volker:

Meine Damen und Herren, haben Sie mir noch etwas zu sagen?

Stadt Rat:

Meine Damen und Herren, aus dem Protokoll geht klar hervor, welche Anfrage im bezuglich der Kartoffelbeschaffung gestellt wurde. Ich habe gesagt, dass Leute die Arbeitstelle verlassen, auf den Lohn verzichten und ebenfalls auf die Schwerarbeiterkarte. Das ist eine Anfrage von mehreren Leuten aus unserer Gemeinde, dass ich die Anfrage zu muss. Es wird behauptet, ich sei kein Gouverneur gewesen und habe behauptet, dass ich ... die Arbeitstelle verlassen, die Schwerarbeiterkarte erhalten würde. Das ist ein Widerspruch zu meiner Anfrage. Ich möchte hier erklären, dass ich niemals in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit dem Militärkommandeur gehabt habe, denn wenn ich nicht ... das ebenfalls schon mehrere von der deutschen Gemeinde zu verlesen sollten, dann würde ich versuchen, es zu vermeiden.

Stellvert. Bürgermeister Volker:

Wir können jetzt zu Punkt 2) übergehen.

Punkt 2): Niederschriften verschiedener Gemeinden - Angelegenheit

Stellvert. Bürgermeister Volker:

Ich mache vor Beginn der Protokollverlesung eine ... aufmerksamen, dass ... - der ... - eine wichtige Mitteilung in ... Angelegenheit der ... zu machen hat.

Ing. ...:

Es hat der ... Herr ... dass ich ... folgende Mitteilung ... ist ... gestellt worden, dass die ... in ... zu den ... Gemeinden gehört, wo der ... noch nicht bestätigt ist, und in dieser ... soll ich ... ein Schreiben verlesen vom ... 1946, das allen ... vorgelesen werden soll. Er bittet Sie, davon Kenntnis zu nehmen.
- Ing. ... verliest das Schreiben -
Der Gouverneur bittet Sie, diesen Punkt ... zu tragen und über ihn im allerhöchsten Fall zu entscheiden.

Hierauf erfolgte die Verlesung aller Ausschuss-
Protokolle durch die Vorsitzenden der Ausschüsse,
nämlich

1.) Hauptausschuss-Sitzungen von 15.5., 17.5.,
24.5., 18.6.1946.

Die Hauptausschuss-Sitzung von 15.5.1946 wurde
von der Unterverammlung einstimmig angenommen,
desgleichen die weiteren Sitzungen.

Stellvert. Bürgermeister Balke:

Ist zu den Protokollen etwas zu sagen?
Die Sitzung am 17.5.46 war nur eine Besprechung
über Vorfrageangelegenheiten. Darüber liegt kein Pro-
tokoll vor.

Stadtrat Beermann:

Ich verwehre mich dagegen, dass ich auf der
Sitzung am 18.6.46 unentschuldig gefehlt habe.
Ich habe keine Einladung bekommen. Ich stelle den
Antrag, dass die Einladungen durch Mitteilung aus-
gestellt werden.

Stellvert. Bürgermeister Balke:

Die Einladungen sind sehrzeit herabgegeben
wie üblich durch Boten.

Stadtdirektor Joppen:

Ich kann nur sagen, dass alle eine Einladung be-
kommen haben. Ob sie tatsächlich zugestellt sind,
habe ich nicht kontrolliert.

Ratherr Boede:

Es waren keine Schelte ausgegeben. Es war ver-
einbart worden unter uns, dass Sitzung ist.

2.) Schulsausschuss-Sitzungen von 13.5., 3.6. und
14.6.46.

Stadtrat Beermann verliest die Protokolle.

Ratherr Carl Rausche:

Ich halte es für unannehmlich, dass die Protokolle,
die Antrag auf Schulgeldermäßigung gestellt haben,
hier in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.
Ich finde, die Namen sollten in der Kommission blei-
ben.

Bürgermeister Balke:

Es wurde Beschluss darüber gefasst werden.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Ratherr Beermann:

Ich stehe unter dem Eindruck, dass die Veröffent-
lichung nicht gescheitert ist bei Tiesbeck und Gundlach.

Stadtrat Beermann:

Der Schulsausschuss hat sich einverstanden mit der Veröffent-
lichung.

Hierauf erfolgte die Verlesung aller Ausschuss-
Protokolle durch die Vorsitzenden der Ausschüsse,
nämlich

1.) Hauptausschuss-Sitzungen von 15.5., 17.5.,
24.5., 18.6.1946.

Die Hauptausschuss-Sitzung von 15.5.1946 wurde
von der Raterversammlung einstimmig angenommen,
denselben die weiteren Sitzungen.

Stellvert. Bürgermeister Falke:

Ist zu den Protokollen etwas zu sagen?
Die Sitzung am 17.5.46 war nur eine Besprechung
über Dorfangelegenheiten. Darüber liegt kein Pro-
tokoll vor.

Stadtrat Beerhaus:

Ich verwehre mich dagegen, dass ich auf der
Sitzung am 18.5.46 unentschuldig� gefehlt habe.
Ich habe keine Einladung bekommen. Ich stelle den
Antrag, dass die Einladungen durch Mitteilung aus-
gestellt werden.

Stellvert. Bürgermeister Falke:

Die Einladungen sind seinerzeit herausgegeben
wie üblich durch Noten.

Stadtdirektor Jensen:

Ich kann nur sagen, dass alle eine Einladung be-
kommen haben. Ob sie tatsächlich zugestellt sind,
habe ich nicht kontrolliert.

Ratsherr Busch:

Es waren keine Scheine ausgegeben. Es war ver-
einbart worden unter uns, dass Sitzung ist.

2.) Schulausschuss-Sitzungen von 13.5., 3.6. und
14.6.46.

Stadtrat Mathis hat verlesen die Protokolle.

Ratsherr Carl Hantsche:

Ich halte es für geschmacklos, dass die Protokolle,
die Antrag auf Schulgeldverminderung gestellt haben
hier in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.
Ich finde, die Namen können in der Kommission bleiben.

Bürgermeister Falke:

Es müsste darüber darüber geklärt werden.

Der Bescheid wird einstweilig ausgesetzt.

Ratsherr Bremer:

Ich stehe unter dem Eindruck, als wenn die Verhältnisse
nicht geregelt sind bei Hantsch und Busch.

Stadtrat Mathiasch:

Der Schulausschuss hat sich einverstanden mit der Protokoll-
fassung.

Rathherr Krenzer:

Es muss aber etwas geschehen. Das sind Leute, die sich schliesslich durch's Leben schlagen und die ihren Kindern eine entsprechende Erziehung schenken lassen wollen. Warum von diesen beiden Frauen er absteigt, begreife ich nicht.

Ich stelle den Antrag, diese beiden Fälle nochmals zu prüfen.

Stadttrat Beerbaum:

Ich mache den Vorschlag, die Protokolle alles von jedem Rathherrn eingesehen werden können, denn dann kann man doch auf Fälle stoßen, die u. U. ungerecht beurteilt sind.

Rathherr Langenoss:

Wir wissen gar nicht, mit welcher Summe wir zu rechnen haben. Wir müssen uns erst darüber klar sein, welche Summe für diese Sache zur Verfügung gestellt werden soll.

Stellvert. Bürgermeister Walker:

Ich bitte, die Sache zurückzustellen, bis klare Verhältnisse sind.

Stadttrat Schacht:

Wir müssen im Haushaltsplan dafür eine Position schaffen, die ist nicht vorgesehen.

Stellvert. Bürgermeister Walker:

Wir müssen dem Ausschuss diese Entscheidung überlassen.

Stadttrat Matthiesent:

Es muss noch Beschluss gefasst werden über den Fall Schulhauswärter Leiliger und Pape.

- Die Ratversammlung kommt zu folgenden Beschlüssen, der einstimmig angenommen wurde:

Die Schulhauswärter Leiliger und Pape erhalten für die Bewachung, die durch die Reinigung der Mittelschule entsteht, bis auf Widerruf monatlich RM.20.-

3.) Kultur-, Sport- und Jugendbeschau-Ausschuss am 5. 6. 1946:

Stellvert. Bürgermeister Walker:

Denn Stadttrat Hofmann ist nicht anwesend. Ich bitte, Herrn Deibelok, das Protokoll zu verlesen.

- Die von Kultur-, Sport- und Jugendbeschau-Ausschuss gefassten Beschlüsse wurden einstimmig angenommen.

4.) Jugendbeschau-Ausschuss am 11. 1. 1946:

Stadttrat Schacht verliest das Protokoll.

versendet

Bathery Jans hat 1941. Aufsichtung des
Hinterhofgeländes Folgendes:

Davi I ich weiß, ist der Wasserstraßenbau
damit beschäftigt, die Gelände schon anfre-
baggern und weisen dem dort aufzutragen, be-
sinnend von Bahnhof her, an der Straße einen
Weg zu geben. Wie weit wir dazu berechtigt sind,
das zu realisieren, möchte ich den Rat schen-
geben.

5.) Sitzung des Ausschusses für die Stadtwerke
und die Feuerlöschwesen am 13.6.1946.

Über die in der Sitzung gefassten Beschlüsse,
die Wirtschaftswende zu bewerkstelligen, entspann
sich eine lebhafte Debatte.
Stadttrat B a e r g e r gibt dann eingehende
Erklärungen und beweist somit die Notwen-
digkeit dieser Massnahmen. Insbesondere weist er
auf den deutlich sich abzeichnenden Defizit von
RM. 5.000,- hin, der von der Stadtgemeinde ge-
tragen werden müsse.
Nach längerer Debatte wird doch eine Einigung
erreicht und alle Beschlüsse dieser Sitzung mit
7 Stimmen, 2 Stimmentzückungen und einer Gegen-
stimme angenommen.

6.) Lehrfabrik- und Flüchtlingensachen-
Sitzungen am 14.6. und 14.6.1946

Die Protokolle wurden von Herrn F r e u d t ver-
lesen. Die gefassten Beschlüsse wurden ein-
stimmig angenommen.

7.) Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses
am 21.6. und 20.6.1946.

Die Protokolle wurden von Herrn F r e u d t
gelesen. Die in den Sitzungen gefassten Be-
schlüsse wurden von der Raterversammlung einstimmig
angenommen.

Stadt- und Bürgermeister Wähler

Punkt 1) hat somit seine Befähigung gefunden
und wir können zum Punkt 2.

Punkt 3) Wahl des Bürgermeisters.

Stadt- und Bürgermeister Wähler

Herrn B a e r g e r und Herr F r e u d t, mit dem 1.7.46 ist
Herr B a e r g e r als Bürgermeister F r e u d t nicht mehr im
Amt und wir haben heute einen Nachfolger für
den Bürgermeister Post zu wählen. Ich bitte
denn um Vorschlag!

Es werden vorgeschlagen:

durch Rathherr Busche - Stellvert. Bürgermeister
1. d. 1. 1946

durch Rathherr Bahlow - Stadtrat Schacht,

durch Stadtrat Matthiesen - Rathherr Busche,

Stellvert. Bürgermeister Balke:

Vir können dann nur 115 insieg. Die Abstimmung
hat weinensite zu erfolgen. Ich bitte die Stim-
mittel zu verteiln. Ferner bitte ich die Rath-
herren Busche und Kleinwort, das Ergebnis zu
ermitteln. -

Ich geb. Ihnen hiermit das Ergebnis bekannt:

Balke 3 Stimmen,

Schacht 11 "

Bund 4 "

Insges. 74 Stimmen

Meine Damen und Herren, nach § 10 der Ge-
schäftsordnung für die Stadtverwaltung der
Kommunalfreiheit vom 11. 3. 1946 ist der Bürger-
meister mit absoluter Stimmenmehrheit zu wählen.
Es sind nur 11 Stimmen vorhanden, folglich muss
nochmal gewählt werden, bis eine absolute Mehr-
heit vorhanden ist.

Stadtrat Matthiesen:

Wie sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung?
Soweit ich sehe, ist es von absoluter Mehrheit
nicht die Rede.

Stellvert. Bürgermeister Balke:

§ 10 ist die Geschäftsordnung.

Stadtrat Matthiesen:

Ich weise nicht, ob die Geschäftsordnung nicht
über der Geschäftsordnung steht.

Stellvert. Bürgermeister Balke:

verliest § 10 der Geschäftsordnung und fügt
hinzu: "Die Wahl muss wiederholt werden".

Stadtrat Matthiesen:

Ich möchte darüber Klarheit haben, ob die Ge-
schäftsordnung von 1. 3. 46 nicht über der Gemein-
degesetzgebung steht. Vielleicht ist es immer zu ver-
sagen, dass das Gesetz der Gemeinde selbst der
untergeordnet ist, sondern dass es übergeordnet ist.

Stadtrat Matthiesen:

Ich habe in der Geschäftsordnung keine Bestimmung
über den Wahlmodus gefunden.

Tag, 1. Juli:

Die Geschäftsordnung ist angenommen. Wenn
eben ein Rat steht, dass die Geschäftsordnung
nicht in Einklang steht mit der Gemeindeordnung,
ist es das erste, dass die Geschäftsordnung
berichtigt werden muss.

Stadtrat Barthelmann:

Es ist zu immer zu werden, dass die Ver-
einbarung der höheren Instanz angenommen ist.

Stadtrat, Bürgermeister Balke:

Ich schlage eine kurze Vertagung vor.

Stadtrat Handke:

Es müsste eine Entscheidung erfolgen.

Stadtrat Barthelmann:

Ich würde nochmals darauf aufweisen, dass es
in § 10 der Geschäftsordnung heißt:
"Unmittelbar vor der Abstimmung sind die An-
träge zu verlesen."

Ich stelle den Antrag, dass die Abstimmung
erst, bis die Ratsversammlung geklärt ist, zwischen
Gemeindeordnung und Geschäftsordnung.

Stadtrat Handke:

Ich bitte um eine kurze Vertagung.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Um 11,10 Uhr wird die Sitzung von dem stellver-
tr. Bürgermeister Balke wieder eröffnet.

Stadtrat Handke:

Ich stelle den Antrag auf Entscheidung von
Sachheit und Balke.

- Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Ergebnis:

Sachheit 11 Stimmen

Balke 9 Stimmen

4 Stimmen abgetragen.

Der Beschluss wurde mit absoluter Mehr-
heit vom Bürgermeister gefällt.

Punkt 4) Wahl eines Mitglieds am Hauptauschuss:

Stadtrat, Bürgermeister Balke:

Der Hauptauschuss umfasst 3 Mitglieder. Nach
dem Ausschuss von Herrn Bürgermeister Balke
ist ein neues Mitglied zu wählen. Ich bitte um
Vorschläge.

Stadtrat Handke: Ich schlage Herrn

Herrn ... vor.

Dieser wird einstimmig angenommen.

Punkt 5) Wahl eines weiblichen Mitgliedes der
Wohnungsausschuss.

Stellvertreter, Bürgermeister Baibic:

In dem Wohnungsausschuss sind zwei weibliche
Vertreter. Das ist nicht zulässig. Es ist
auch keine Sorge zu tragen, dass eine weibliche
Person in den Ausschuss mit Einverständnis. Nach
dem Antrag, gegen die Fr. IS Hiffer 2 B. III ist
ein weibliches Mitglied erforderlich. Sie muss
von einer Frau hierzu wählen.

Stadtrat Matthiasson:

Wir schlagen Frau Hagerström, Nr. 1, 2,
3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, vor.

Ratherr Bruner:

Ich schlage Frau Rydberg vor.

- Frau Rydberg nimmt nicht an.
Einstimmig wird dem Vorschlag für
Frau Hagerström auf. -

Punkt 6) Bekanntgabe der wesentlichen Bestimmungen
der neuen Gemeindeordnung.

Stadtdirektor Jensen:

Ich soll Ihnen etwas sagen über die Deutsche
Gemeindeordnung. Ich beachte Ihre mich darauf,
einzelne Fragen hervorzuheben.

Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30.3.1935
ist durch Verordnung 21 der Militärregierung
abgeändert. Der neue Text wurde gleichseitig
bekanntgegeben und mit Wirkung vom 1.4.1945
in Kraft gesetzt. Bald darauf wurde aller-
dings mitgeteilt, dass diese neue Gemeinde-
ordnung noch einer Überprüfung unterzogen wer-
den würde. Das wurde hieraus festgestellt,
dass wir uns gegenwärtig in einer Übergangs-
periode befinden. Es wird noch eine ganze Zeit
vergehen, bis wir zu einer Stabilisierung der
Verhältnisse kommen. Es würde heute zu weit
führen, wenn ich Ihnen die umfassende Bill
über die jetzige Gemeindeordnung lesen würde. Ich
lese hier nur einzelne Fragen, die mir wichtig
erscheinen, hervorheben.

Die jetzige Gemeindeordnung gliedert sich
in drei Abschnitte oder Kapitel der alten
Gemeindeordnung. Sie gliedert sich in 3 Teile.

Im ersten Teil sind die Bestimmungen der
Gemeindeverfassung festgelegt. Es lautet hier
"Die Gemeinde hat in ihrem Gebiet
alle öffentlichen Aufgaben unter
einer Verantwortung zu versehen,
soweit diese Aufgaben nicht
auf Grund bestehender Verordnungen
auf andere Weise erledigt werden können."

störung entgegen oder eine andere Be-
dürfnisse zugeführt sind.

Die Tätigkeit der Gemeinde ist umfassend.
Die Gemeindevertretung hat in verschiedenen Sitzun-
gen sich eine Satzung gegeben, die als vorläufige
Regelung der Gemeindeordnung angesehen ist. Diese
Satzung widerspricht in einzelnen Punkten der deut-
schen Gemeindeordnung. Auf Wunsch der Militärre-
gierung soll eine Abänderung der Gemeindeordnung,
der Durchführungsbestimmungen und wohl auch der Ge-
schäftsverteilung unterbleiben und soll der heutig-
gewählten Gemeindevertretung vorbehalten bleiben.

Im 2. Teil, der über die Einwohner handelt,
möchte ich den Abschnitt 24 hervorheben, dass alle
Bürger, die zur ehrenamtlichen Tätigkeit bestellt
sind, gleichviel ob als Bürgermeister, oder in einer
anderen Eigenschaft, wie ein Gemeindevorstand zur
Verpflichtung verpflichtet sind.

Die wichtigste und bedeutendste Änderung in der
Gemeindeordnung enthält der 3. Teil, der die Verwal-
tung der Gemeinde behandelt. Hierüber haben Sie ver-
reits in der Sitzung eines leitenden Offiziers in
einer Dienstversammlung der Bürgermeister und Stadt-
direktoren zuerst in Himmelsberg gehört. Für uns in
Deutschland ganz neu ist die Stellung der Leiter der
Bürgermeisterei und der Stadtdirektoren. Nach der
Gemeindeordnung obliegt der Gemeindevertretung in
vollen Umfang die Verwaltung der Gemeinde. Sie
lässt die Verwaltung durch den Hauptgemeindevorstand
(den Gemeindevorstand) ausüben. Über die Zuständig-
keit dieser beiden Leiter ist hier ja schon
das Bittere debattiert. Ich bin der Meinung, dass
bei fortgeschrittener Praxis sich die jetzige Lage-
rung immer mehr einlagern und vollkommene Durch-
setzen wird.

Über die Verhandlungen in der Gemeindevertretung
möchte ich hier keine näheren Ausführungen machen
zu können, da diese ausserhalb bekannt sind. Ich
habe daher wohl schon die wesentliche In-
formation vermittelt. Sie haben gehört, dass die Haupt-
arbeit in den Ausschüssen erledigt werden soll
und die regelmäßigen Sitzungen der Gemeindever-
tretung alle 3 Monate stattfinden, es sei denn, dass
ausserordentliche Beschlüsse eine häufigere Sitzung
erfordern.

In dem Abschnitt 5 ist die Gemeindevorstand
behandelt. Hier ist besonders hervorzuheben die
Aufstellung des Personalplans, welcher in einem
in höchster Zeit in Zusammenhang mit dem Personal-
plan sein wird. Ich darf hier nur hinzufügen, dass
die persönliche Planung der Stadt sehr ein-
fach sein wird. Ich spreche mich hier nicht aus. Ich
möchte ich in Zusammenhang bringen. Es ist wohl
selbstverständlich, dass die Gemeindeverwaltung pflich-
tig und ehrenamtlich behandelt werden muss. Die
Aufgaben von Vorgesetzten ist nicht abgelehnt.

10. bis 20. Juli in Wetzlar anliegen. Der letzte Tag ist der 20., das sind die Hauptarbeiten gegen die Wählerliste abgeben kann. Es ist keine Aufgabe als Wahlleiter, die von vornherein ausschließlichen Verantwortung zu streichen. Wir sind so vorgegangen, dass wir zunächst mit alle gehen zu haben, wie sie sich aus der Wahlkarte abgeben. Meine Unterlagen sind selbstverständlich nicht übergeben, ich kann nur immer wieder bitten: Sehen Sie in die Wählerlisten ein. Es ist möglich, dass einer kein ist, der gewählt werden darf. Das ist so, dass eine Wahl nicht möglich ist, wenn ein alter Parteimitglied in der Liste steht, wenn aber jemand weisst, dass er nicht wahlberechtigt ist und wählt, macht er sich strafbar und kommt vor ein Gericht der Militärregierung.

Eine 2. Frage:

Wer kann sich als Kandidat aufstellen lassen? Er muss 25 Jahre alt sein, er muss 18 Monate in der Militärregierung geführt werden. Bei politischen Aufführungen ist die Ausnahme 3 Monate. Er darf sich nicht in Konkurrenzverfahren befinden, er darf nicht im Dienste einer Behörde sein, er darf nicht aktiver Offizier gewesen sein. Die Militärregierung kann jedoch auch ehemalige Angehörige der Organisationen zulassen, wenn diese Personen aus einer Organisation freiwillig ausgeschieden sind oder aus politischen Gründen ausgeschlossen wurden.

Derjenige, der Kandidat werden will, muss sich bis zum 21.7. - empfehlenswert ist vorher - einen Vordruck bei mir holen, in dem er bittend die Militärregierung bittet, ihn als Kandidaten zu qualifizieren. Der letzte Namestag der Kandidat ist der 21.7. Dafür ist ein ansehnliches Formular erforderlich. Die Vordrucke haben die Parteien oder der Kandidat sich bei mir zu holen.

Die Strafbestimmungen sind ziemlich scharf. Es heißt:

Wer seine Stimme abgibt in einem über Dritten Person, oder wer bereits die ihm die Wahl eine Stimme abgegeben hat, oder wer wählt, ungeachtet dessen, dass sein Name in der Wahlkarte nicht steht, aber:

1. das 21. Lebensjahr nicht erreicht hat, oder
2. die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt, oder
3. soweit es von der Wahl ausgeschlossen ist, wird nach Wahlprüfung durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen bestraft.

Das sind die Angelegenheiten die Fragen, die sind.

sich besonders interessieren. Vielleicht verpflichtet er sich, heute hiermit aufzutreten und in einer späteren Sitzung weiter auf die Erziehung der Versammlung einzugehen.

Stellvert. Bürgermeister Balko:

Ich danke Ihnen für die Ausführungen.

Wir kommen nun zu

Punkt 7) Verschiedenes:

a) Hunde für die Feldhüter.

Mit dieser Angelegenheit hatte Herr Jens sich zu befassen. Herr Jens teilt uns mit, dass die Hunde schwer zu beschaffen sind und dass nur zu einem Preis von 2 - 5000,- Mark. Ich denke, dass wir uns diesen Betrag wohl nicht leisten können und bitte daher, den Ausschuss zu fragen, ob die Hunde unter diesen Umständen angeschafft werden sollen oder nicht.

Ratsherr Jens:

Ich habe verschiedentlich versucht, auf Ausstellungen zu sein oder 2 Hunde käuflich zu erwerben, so auch auf der letzten Ausstellung in Wismar. Hier sollte der Hund 3000,- Mark kosten, ein untragbarer Betrag. Ich konnte es nicht Herrn Jens bringen, welcher Preise analoge.

Ratsherr Beerbaum:

Beitragt sich nicht durch die Stadtrecht die Anschaffung von Hunden?

Stellvert. Bürgermeister Balko:

Die Stadtrecht geht nicht, die Feldhüter an Tiere, die geben täglich 15 Personen Stadtwart. Die werden in Straßen einstellt.

- Bei dieser Gelegenheit stellt Ratsrat Bergmann den Antrag, der Rat solle Mittel bewilligen, um die noch nicht ganz fertige Bauweise an die Schuloberfläche an der Jägerberg wurde führen zu können. Der Antrag wird auf die nächste Tagesordnung gestellt. -

b) Beschaffung von Landkruppen für die
Landesbibliothek

Stellvert. Bürgermeister Balko:

betreffe der Hunde bin ich der Meinung, das können wir nicht durchführen.

c) Beschaffung von Schulkruppen für die Landesbibliothek

Stellvert. Bürgermeister Balko:

Die Einrichtung der Landkruppen für die Landesbibliothek ist

hier wiederholt erörtert worden. Es war hier
mit Beschlüssen, die wegen Raumangel nur ab-
zustellen auf Veranlassung des Schulausschusses.
Ich habe inzwischen mit dem Schulleiter gesprochen
und ist die grundsätzliche Entscheidung des Schul-
rates abzuwarten.

Stadtrat Schacht:

Mit dieser Angelegenheit hat sich die Schul-
kommission des Freitag abends befaßt.

- Es verliert einen Beschluss, nach dem von
denjenigen Gemeinden, in denen früher eine
denkmalige Schule bestanden hat, nur Anträge
gestellt werden können. -

In Schleswig-Holstein wird bereits immer konfen-
sionelle Schulen gewesen. In Weiden wurde der An-
trag erhoben. Sie werden uns insofern nicht stören
können. Es fragt sich nur, ob wir die Räume
stellen können.

Stadtdirektor Jessen:

Ein solcher Antrag liegt bereits vor und ist
dem Schulleiter übermittelt.

c) Sparkassenvorstand:

Stellvertreterbürgermeister Baller:

Es ist so, der Sparkassenvorstand ist nicht
aufnahmefähig. Zunächst dürfen in diesem Aus-
schusse nicht mehr als 17 Mitglieder sein.
Ausserdem dürfen die Vereinsmitglieder nicht
in einem verwandtschaftlichen Verhältnis zu
einander stehen. Bei den Brackeler, die dürfen
auch 17 Mitglieder gewählt werden, das müssen
aber die Brackeler sein von den beiden Ein-
heiten in Vartau, also die Gewerkschaftler.
Kaufmannsvereinigungen. Wir können wohl
noch wählen, doch aber die Stellvertreter für
die beiden Brackeler. Dieser Vorstand wird
nicht gewählt, sondern ist von Vartauer
bestimmt. Der jetzige Sparkassenrat besteht
aus 17 Mitgliedern.

Stadtrat Schacht:

Ich möchte dem folgenden Vorschlag zustimmen
Seine Bestimmung kann je nach Umständen in Vartau
fallen. Damit keine Zeit verloren geht, möchte
ich die bitten, sich damit abzuverleiben zu
lassen, dass Herr Baller und ich den Vorstand
bestimmen.

- der Vorstand wird aus Baller -

1) Antrag J. & K. wegen Verweigerung
im Rahmen des Wirtschaftsausschusses

Es handelt sich um die Verwertung der im Wechsel-
Kaufvertrag von unten erhaltenen in früheren Verhand-
lungen. Die Vorgeschichte ist schon im Bericht des Ausschusses
zur Kenntnis genommen worden. Die Klüger für die
Verwertung zu verweigern. Der Antrag J. & K. will
auch die Verwertung durch die Stadtverwaltung
stellen.

Stadtverwaltung J. & K. will, dass der
Antrag von unten bereits bei der zuständigen
Identifizierung gestellt wurde.

Betreffs Verwertung der Klüger besteht eine
Debatte.

Die Entscheidung der Klüger verlangt von
der Stadtverwaltung sofortige laufende weitere
Verhandlungen, um die Angelegenheit zum Abschluss
zu bringen.

a) Torf Gewinnung.

Stellvert. Bürgermeister Balken

Ich war gestern noch mal wieder nach Stahle.
Man hat Verkauf gesucht, gestern Klüger
noch nicht. Es wurde mir versprochen, dass heute
mit dem Torfstechen begonnen werden sollte. Wir
sind heute tatsächlich angekommen, um 11.0.,
mit 2 Frauen. Die haben gearbeitet von 7 bis
14 Uhr, das sind im 7. Stunden 110.000 Stück Torf
erbracht, das sind 10.000 Stück in der Stunde.
Das sind insgesamt pro Tag 450.000 Stücken. Das ist
jetzt gutes Wetter bekommen, so bekommen wir noch
ein ganz nettes Quantum zusammen. Verloren haben
wir noch nichts. Wir werden am Montag wieder
beauftragt werden, weil noch Torf ge-
braucht wird. Am Montag kann wohl ge-
schafft werden.

Wirtschaftsausschuss

Beim ersten Mal in Stahle haben wir ein
kein Abtransport Schwierigkeiten gesehen. Ist
es zu sehen in die Lösung des Problems herange-
hen.

Stellvert. Bürgermeister Balken

Ich habe gestern & heute mit Herrn Klüger
gesprochen, dass er das so weiter fortmacht, so
Montag werden wir darüber sprechen. Mit der Klein-
bahn wird es nicht gehen. Das werden & wir
dies klärt werden.

f) Winterreise

Stollwitzer Bürger

Der Preis hat uns eine Verfügung unter dem
17.5. geschickt über die Winterreise. Es
geht um, den Winter im Laufe der Tage ein
warme Reise zu veranstalten. Wir haben die
betreffenden württembergischen und preussischen Stellen
darüber informiert, darauf wurde uns gesagt,
dass es in anderen Städten eine Entscheidung
durchgeführt wurde. Die Reise ist im
Gesamt; tatsächlich haben diese Orte ein
stilles Leben. Jetzt wird es nach den Mitteln
vorgeordnet. Das sieht man nach aus
der Anfrage. Wir können nicht anderes tun, als
diese Entscheidung abzuwarten. Dafür, dass es
sofort losgehen kann, sobald diese Entscheidung
erhalten ist, ist vorgesehen.

Stollwitzer Bürgermeister Müller

Es ist selbstverständlich, dass dies nicht
geschehen muss, was in anderen Städten nicht, denn
wir in der Schulgemeinde können.

g) Stollwitzer Bürgermeister Müller

Wir haben in der Sitzung vom 14.3. den Be-
schluss gefasst, dafür zu sorgen, dass die
Tiere im Winter, besonders auch die kleinen die
Schwierigkeiten hergestellt werden, durch die Tiere
nicht zu Schaden. Es hätte sich ein Nachbarn
bereits gefunden. Wir können es nicht weiter.
Wir müssen es zu anderen Schülern kommen.
Vielleicht kann uns der Bauernschaft Nachricht,
welche Erfahrungen er gemacht hat.

Stollwitzer Bürger

Wir haben uns mit der Angelegenheit beschäftigt.
Es können ja Pferde, es müsste darauf geachtet
werden, dass die Bauernschaft darauf achten,
dass Herr Müller das auch entgegen wird.

Es entsteht ein allgemeines Bedenken darüber,
ob es nach dem Bedenkungsprozess entgegen
werden soll, da das Winterprogramm möglich
auf eine gewisse Weise unvollständig ist.

Es wird einseitig beschlossen, werden festzu-
stellen, ob das Material für die Festigung
der Schuppen vorhanden ist, es kann mit
Bedenken zu untersuchen.

Stollwitzer Bürger

Wir haben ja schon mit der Sache Stellung
genommen. Die Preis ist schon immer wieder
überprüft. Darüber nicht zu einer Lösung
kommen will, was es aber nicht möglich.
Es muss natürlich stimmen, dass die Schuppen
verfügen ist, dass wir im Herbst sind,
dass es bei einer gewissen Schuppen ist,
die es für sich noch weiter vorgehen kann.

Stadtdirektor Jensen:

Der Bürger hat das Material beschafft.

Stadtrat Henke:

Ich würde auch diesen Standpunkt von Herrn
Scheidt vertreten. Nach seiner Ansicht hätten
schon vorhergehende Ausschüsse fertig sein können.
Ich habe es für recht und billig, dass erstens
geprüft wird, ob das Material auch vorhanden
ist.

Stellvert. Bürgermeister B e l k e schließt ab

22,30 Uhr die Sitzung.

B. d. A. 10-5/11.

Der Stadtdirektor

52

12. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Donnerstag, dem 11. Juli 1946, um 19 Uhr, im
Rathaus - Sitzungssaal

Anwesend:

Stellv. Bürgermeister Balke
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der
Stadtvertretung:

Barthel, Bosch, Brand, Bremer,
Eydeker, Freundt, Glismann, Hanke,
Heisecke, Hofmann, Jens, Kleinwort,
Köhler, Langensee, Mahlow, Matthiessen,
Möller, Ramcke Herbert, Ramcke Karl,
Schacht.

Stadtdirektor J e s s e n

Angestellter Gau als
Protokollführer

Stadtrat Beerbaum und Ratsherr Japp
erscheinen später

Mit Entschuldigung fehlen:

Stadtrat Röttger und
Ratsherr Dziubek.

Anwesend:

35 Zuhörer

Stellv. Bürgermeister Balke begrüßt die
Anwesenden und eröffnet um 7,05 Uhr die
Sitzung.

Durch Namensaufruf wird die Beschlusse-
fähigkeit des Rates festgestellt.

Stellv. Bürgermeister Balke weist darauf hin,
daß die Bestätigung für Herrn Stadtrat
Schacht als Bürgermeister heute noch nicht
vorliegt. Diese ist unterwegs und wird in
den nächsten Tagen erwartet.

Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte:

- 1.) Verlesung des Protokolls der Sitzung
vom 27.6.1946.
- 2.) Verlesung der Protokolle der Ausschuss-
Sitzungen.
- 3.) Haushaltsplan 1946.
- 4.) Antrag Stadtrat Beerbaum auf Übernahme
der Kosten für Einräumung der Kleingär-
ten an Galgenberg.
- 5.) Mitteilungen.

Punkt 1)

Verlesung des Protokolls der Sitzung vom
27.6.1946

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde
einstimmig angenommen.

Der stellv. Bgm. Balke geht nach der Ver-
lesung Punkt für Punkt der letzten Tages-
ordnung durch und teilt mit, daß zu



101

Landesbibliothek Wedel (1946)

Die Stadtbibliothek Wedel (1946)

Punkt 7 c) betr. Sparkassenvorstand durch den stellv. Bürgermeister und Stadtrat Schacht nachstehender Sparkassenvorstand ernannt worden ist.

1. Vorsitzender bis zur Bestätigung des neuen Bürgermeisters Heinrich Schacht bis auf weiteres:

Stellv. Bgm. Moritz Balke

2. Ordentliche Mitglieder:

1. Herbert Ramcke, 1. Ratsherr
2. Heinrich Jens, 2. Ratsherr
3. Franz Heinsohn, Bürger
4. Kurt Brauns, Bürger
5. Otto Butendeich, Bürger
6. Peter Höpermann, Bürger

Stellvertreter:

- Zu 1) Fritz Biernoth, 1. Ratsherr
- Zu 2) Wilhelm Bremer, 2. Ratsherr
- Zu 3) Max Wien, Bürger
- Zu 4) Herbert Braasch, Bürger
- Zu 5) Hermann C. Woltmann, Bürger
- Zu 6) Heinrich Köhler, Bürger
(Ortsbauernvorsteher)

Zu Punkt 7 g) - Haus Hans Johs. Diercks, Hafenstr. 16 - verliert Stadtdirektor Jessen einen Bericht über eine stattgefundene Ortsbesichtigung dortselbst durch Herrn Stadtrat Schacht und dem techn. Stadtobersekr. Diercks.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, daß die Stadtverwaltung dafür Sorge trägt, daß die 2 noch nicht bezogenen Erdgeschosswohnungen schnellstens bezugsfähig werden. Stadtrat Schacht weist darauf hin, dass die Treppe nach Rücksprache mit dem Tischlermeister Lüders vor Ende Juli nicht eingebaut werden könne. Sollten die unteren Wohnungen vordem bezugsfertig werden, ist stadtseitig dafür zu sorgen, daß Diercks die Kelleröffnung abdeckt, um Gefahren vorzubeugen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesen Maßnahmen einverstanden.

Zu Punkt 7 f) betr. Kinderspeisung ist bisher auf unseren Antrag hin nichts erfolgt.

Punkt 2)

Verlesung der Protokolle der Ausschusssitzungen

- a) Schulsausschuss-Sitzung vom 28.6.1946.
Das Sitzungsprotokoll wurde von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.
- b) Finanzausschuss-Sitzung vom 4.7.1946
Die Ratsversammlung beschließt einstimmig die Annahme der von dem Finanzausschuss gefassten Beschlüsse.



Bei Bürgermeister Meier (Horn)

- c) Hauptausschuss-Sitzung vom 8.7.1946
Die Niederschrift vom 8.7.1946 wird einstimmig angenommen.
- d) Wohnungsausschuss-Sitzung vom 10.7.1946
Die vom Wohnungsausschuss gefassten Beschlüsse wurden von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

Punkt 3) Haushaltsplan 1946

Stadtdirektor Jessen verliest die Haushaltsatzung:

Haushaltssatzung der Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel für das Rechnungsjahr 1946.

Auf Grund der §§ 33 ff der Deutschen Gemeindeordnung vom 1.4.1946 (Amtabblatt Nr. 7 der Militärregierung Deutschland - Britisches Kontrollgebiet - wird nach Beratung und Genehmigung der Stadtvertretung folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1946 wird im ordentlichen Haushaltsplan

In der Einnahme auf	1.312.900.-- RM
in der Ausgabe auf	1.387.300.-- RM

und im ausserordentlichen Haushaltsplan

in der Einnahme auf	--- RM
in der Ausgabe auf	--- RM

festgesetzt.

§ 2

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuern:

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz 105 v.H.
- b) für die Grundstücke.. Hebesatz 160 v.H.

2. Gewerbesteuern:

nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital Hebesatz 220 v.H.

§ 3

Kassenkredite und Darlehen sind nicht aufzunehmen.

Die Haushaltssatzung wurde einstimmig angenommen.

Punkt 4)

Antrag Stadtrat Beerbaum auf Übernahme der Kosten für Einzäunung der Kleingärten am Galgenberg.

Stadtrat Beerbaum erläutert die Notwendigkeit dieser Ausgabe. Es handelt sich hier um ungefähr 40 Siedler, die zum größten Teil Flüchtlinge und Kinderbeschäftigte, denen die Beschaffung der nötigen Mittel Schwierigkeiten macht. Er weist auf ein Schreiben des Gartenvereins hin, in dem die Kosten für Einzäunung und Pumpe mit zusammen RM 750.-- genannt sind.



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or date, which is mostly illegible due to fading.

Stellvertretender Bürgermeister Balke gibt bekannt, daß in der Vorgesprechung nur ein Betrag in Höhe von RM 400.-- genannt wurde.

Stadtrat Schnacht bittet, die Sache vor den Hauptausschuss zu bringen und dort eine Entscheidung herbeizuführen.

Nach kurzer Debatte kommt es zu folgendem Beschluss:

Als einmalige Zahlung sollen 50% der entstehenden Kosten bewilligt werden. Die Angelegenheit ist an den Hauptausschuss zu verweisen. Dort müssen die Kosten nachgewiesen werden.

Das wird einstimmig angenommen.

Punkt 5) Mitteilungen

a) Haftpflichtversicherungen der Stadt Wedel
Stadtdirektor Jessen berichtet über die bestehenden Haftpflichtversicherungen für die Stadt Wedel.

b) Torfaktion

23/100
Stellv. Bürgermeister Balke berichtet über die vor 10 Tagen durch einige Ratsmitglieder vorgenommene Besichtigung im Giehler Moor. Angestellter Gau gibt einen umfassenden Bericht über den Stand der Torfaktion und über die Schwierigkeiten, die noch behoben werden müssen. Des weiteren sprach er über den Abtransport von Giehle nach Wedel. Die von ihm vorgeschlagene Verladung mittels Lastwagen trifft aber noch auf Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß der Kreis Pinneberg 20 000 kg Dieselmotorkraftstoff zur Verfügung stellen muss. Stadtrat Beerbaum bittet, das Projekt einer Feldbahn zur Beförderung des Torfes an die Kleinbahn nach Osterode nicht fallen zu lassen, sondern weiter zu fördern, um bei Ausfall des Treibstoffes die Abfuhr durch Feldbahnen zu erledigen.

Weiter macht Angestellter Gau darauf aufmerksam, dass die Erwartungen, die alle in die Torfaktion gesetzt hatten, wahrscheinlich nicht erfüllt werden können, da Fehlschläge bei der Einrichtung der Baustellen der Produktion hinderlich waren. Aus diesem Grunde hat das Landwirtschaftsamt Massnahmen eingeleitet, zur Versorgung der Bevölkerung zusätzlich mit Holz und Stubbenholz. Bei dieser Gelegenheit trägt Stadtrat Beerbaum vor, ob nicht der Fuhrunternehmer Karl Heinsch bei der Stubbenrodung mit einem Raupenschlepper eingesetzt werden könne. Heinsch soll bereits einen Auftrag über Rodung von 1500 Stubben angenommen haben. Sein Antrag auf Genehmigung eines Permits und den Kauf eines Raupenschleppers hat die Kreisbauernschaft in Pinneberg jedoch abgelehnt. Stadtdirektor Jessen will sich der Sache annehmen und die



Der Bürgermeister (Kopie)

Kreisbauernschaft bitten, den Antrag Heinsch zu unterstützen. Hierüber wird Stadtdirektor Jessen in der nächsten Hauptausschuss-Sitzung berichten.

c) Dalvenhölzer
Stellvertr. Bürgermeister Balke berichtet über die Bemühungen, die Herr Gau in dieser Angelegenheit hatte. Morgen soll noch eine Verhandlung stattfinden. Es ist sehr schwer, diese Hölzer zu bekommen, aber aussichtsreich.

d) ~~Stadtrat Beerbaum fragt an, wie weit unsere Bemühungen in Bezug auf Schuhreparaturmaterial gediehen sind. Stadtdirektor Jessen sagt, daß auch der Kreis nichts hat, daß aber alles versucht wird, um die Lage zu bessern.~~

e) Störungen im Fernsprechdienst
Ratsherr Jens berichtet über Störungen im Fernsprechdienst. Er schildert die Unmöglichkeit, am Tage Schnellamtsverbindungen herzustellen. Stadtdirektor Jessen bestätigt das und teilt mit, das es in anderen Städten genau so ist. Nach einer allgemeinen Debatte wird festgestellt, daß alle Bemühungen, diesen Zustand zu ändern, ohne Erfolg geblieben sind.

f) Ratsherr Karl Ramcke fragt nach dem Verbleib des Hindenburgbildes im Sitzungssaal. Stadtdirektor Jessen gibt bekannt, daß das Bild nicht auf Befehl der Mil.Reg. entfernt wurde, sondern daß man an ihn herangetreten sei, das Bild wegzunehmen. Er hat es für richtig gehalten, das zu tun, um den Toten nicht einer unnötigen Debatte auszusetzen.

Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, hierüber keine Debatten zu führen.

Stellvertr. Bürgermeister Balke schließt die Sitzung um 20,45 Uhr.

Stellvertr. Bürgermeister
ges. Balke

Ratsherr:
ges. Ramcke, K.

Ratsherr:
ges. H. Eydeler

Protokollführer:
ges. Gau

Beigezeichnet

Der Stadtdirektor

in Vertretung



[Handwritten signature]

Städtische Bibliothek Waidenfels

d) Stadtrat Beerhans fragt an, ob seit unsere Bestellungen in Bezug auf Schweißapparatur noch geblieben sind. Stadtdirektor Jensen sagt, daß noch der Kessel bestellt hat, daß aber alles versucht wird, um die Lage zu bessern.

e) Störungen im Fernsprechanverkehr
Ratherr Jens berichtet über Störungen im Fernsprechanverkehr. Er schildert die Unzuverlässigkeit, um Tage Schnellansprechverbindungen herzustellen.

Stadtdirektor Jensen bestätigt das und teilt mit, das es in anderen Städten genau so ist.

Nach einer allgemeinen Debatte wird festgestellt, daß alle Bestellungen, diesen Zustand zu beheben, ohne Erfolg geblieben sind.

f) Ratherr Karl Madsen fragt nach dem Verbleib des Hinderbildebildes in Sitzungssaal. Stadtdirektor Jensen gibt bekannt, daß das Bild nicht auf Befehl der III. Kom. entfernt wurde, sondern daß man an ihre Herangehabe sei, das Bild zu entfernen. Er hat es für richtig gehalten, das zu tun, was das Foto nicht darstellenden Debatte ~~mit~~ auszusetzen.

Nach kurzer ^{allg.} Aussprache wird beschlossen, hierüber keine Debatte zu führen.

Stellvert. Bürgermeister Dalke schließt die Sitzung um 20,45 Uhr.

Quinn
Ratherr

Stellvert. Bürgermeister

Madsen Ratherr
H. Eydeler

Protokollführer

Gron

12. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Donnerstag, den 11. Juli 1946, um 19 Uhr, im Rathaus-Sitzungs-saal.

Anwesend:

Stellv. Bürgermeister Balke
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadtver-
tretung:

Barthel, Bosch, Brand, Bremer,
Eydelex, Freundt, Glismann, Hanke,
Heinicke, Hofmann, Jens, Kleinwort,
Köhler, Langemann, Mahlow,
Matthieszen, Müller, Rasche, Herbert,
Rasche Karl, Schacht.

Staddirektor J e s s e n

Angestellter Gau
als Protokollführer

Stadtrat Beerbaum und Ratsherr Jopp
einschleichen später

Mit Entschuldigung fehlen

Stadtrat Rüttger und Ratsherr Duibek.

Anwesend: 25 Zuhörer.

Stellvertr. Bürgermeister Balke begrüßt die An-
wesenden und eröffnet um 7,05 Uhr die Sitzung.
Die Beschlussfähigkeit des Rates wird festge-
stellt.

Stellv. Bürgermeister Balke:

Ich weise zunächst darauf hin, daß die Bestätig-
ung des Herrn Stadtrat Schacht als Bürgermeisters
heute noch nicht vorliegt. Es ist aber damit
zu rechnen, daß diese in den nächsten Tagen
eintrifft, vielleicht schon morgen.

Davor ich zur Tagesordnung übergehe gebe ich
dieselbe nochmals bekannt:

- 1) Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 27.6.46
- 2) Verlesung der Protokolle der Ausschusssitzun-
gen.
- 3) Haushaltsplan 1946
- 4) Antrag Stadtrat Beerbaum auf Übernahme der
Kosten für Minstattung der Klein-Gärten an
Galgenberg.
- 5) Mitteilungen.

Punkt 1): Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 27.6.1946.

Angestellter Gau verliest das Protokoll der
Sitzung vom 27.6.1946.

Der stellv. Bgm. Balke geht nach Verlesung des
Protokolls Punkt für Punkt der letzten Tagesord-
nung durch und teilt zu Punkt 2) folgendes mit:

Herr Schacht und ich haben gemeinsam den Vorstand
der Stadtparkasse neu ernannt. Wir sind zu fol-

folgender Einigung gekommen:

- 1. Vorsitzender bis zur Bestätigung des neuen Bürgermeisters Heinrich Schacht bis auf weiteres:
Stellv. Bürgerm. B a l k e .

Ordentliche Mitglieder:

- 1. Herbert Rancke, 1. Ratsherr,
Stellvertv.: Fritz Biernoth, 1. Ratsherr
- 2. Heinrich Jens, 2. Ratsherr
Stellvertreter: Wilhelm Broner, 2. Ratsherr
- 3. Franz Heinsch, Bürger
Stellvertreter: Max Wien, Bürger
- 4. Kurt Brauns, Bürger
Stellvertreter: Herbert Braunsch, Bürger
- 5. Otto Butendich, Bürger
Stellverteter: Hermann C. Woltmann, Bürger
- 6. Peter Hüpfemann, Bürger
Stellvertreter: Heinrich Kähler, Bürger (Ortsbauern-
vorsteher).

Zu Punkt 7 d) teilt stellvertv. Bürgermeister Balke, mit, daß Betr. der Dalvenhölzer Herr Jan eine Unterredung gehabt hat. Zur gegebenen Zeit werden weitere Mitteilungen gemacht.

Zu Punkt 7 f) : Betr. Hinderweisung ist bisher auf unseren Antrag hin nichts erfolgt. Wir müssen uns noch gedulden.

Zu Punkt 7 g) , Haus Hans Johs. Biercks, Wafentr. 16, verliest Stadtdirektor Jessen einen Bericht über eine stattgefundene Ortsbesichtigung dortselbst durch Herrn Stadtrat Schacht und dem techn. Stadtobersekretär Biercks.

Stellvertv. Bürgermeister Balke:

Sie sehen, daß wir in diesen 4 Tagen nicht weiter gekommen sind. Haben Sie irgendwelche

Stadtrat Schacht:

Die Treppe ist in Arbeit. Aber die Werkstatt ist nicht groß genug, so daß es nicht möglich ist, die ganze Treppe jetzt fertig zu machen. Wahrscheinlich Ende Juli. Die Unterwohnung könnte bezogen werden, wo Biercks heute teilweise Schüssel und Haushaltungsgegenstände untergestellt hat. Der Niedergang müßte allertingst noch abgedeckt werden. Aber es würde gehen. Kegel und Hühnerkäse sind vorhanden. Der Fußboden ist durch zugesagt, aber der Holzschein dafür liegt noch nicht vor. Der Fußboden kann abgeholt werden, wenn der Holzschein da ist. .-

Wir haben heute eine Sitzung gehabt in Erbsbaumt. Da ist zunächst mit der Materialbeschaffung. Es liegen 11200 Mark davon u. andere Materialien vor, aber

Aber es darf nichts ausgesprochen werden. Ob dieser Zement hier verarbeitet werden kann, ist fraglich. Der Kreis wartet auf Richtlinien, die von Englander kommen sollen, aber bisher nicht rausgegeben wurden. Es ist eine große Kapßprung der Bauleiter festzustellen im Kreis, aber der Leiter des Kreisbauamts kann auch daran nichts ändern. Von den, späterhin zu verteilenden Materialien soll Wedel 20 % erhalten, die übrigen entfallen auf die anderen-Gemeinden des Kreises. (Hlshorn bekommt 30 %). Die Beschädigungen in Hlshorn sind aber nicht so beseitigt, wie sie anfangs bei uns beseitigt werden konnten. Die Verteilung ist so ganz gut.

Stellv. Bürgermeister Balke:

Wir wissen nicht, was wir mit dem Hause Biercks machen!

Stadtrat Schacht:

Der Niedergang ist offen. Er muß vielleicht abgedeckt werden, hauptsächlich, wenn Kinder da sind. Der Sobehler zur Wohnung fehlt zwar noch, die übrigen sind die Wohnungen aber fertig.

Stellvertr. Bürgermeister Balke:

Wir müssen dafür von der Stadt aus sorgen, daß die Wohnungen bezogen werden und daß die Sache fortgeführt wird

Stadtrat Hanks:

Das Fortschreiten der Behebung der Bauschäden wird vielmehr gedrückt werden. Es sind den Betrieben Auflagen gemacht, Gefolgschaftsmitglieder abzugeben bis zu 50 %. Alles andere kommt nach Harburg. Die Aktion startet am Montag, wenn der Einsatz beginnt. Wir müssen damit rechnen, daß der Wohnungsbau noch langsamer vorangeht. Das wird auch bei der Firma Biercks sein, da einige Leute abgezogen werden.

Baurbaum:

Wie mir bekannt ist, hatte sich der Reflektant auf die letzte Wohnung verpflichtet, Baumaterial zur Verfügung zu stellen. Wenn er 4 Sack Zement und 70 qm Keraklithplatten und 2 Sack Gips liefert, dann ist er seinen Verpflichtungen doch nicht nachgekommen!

Stadtrat Schacht:

Er hat die ganzen Platten und Gips geliefert.

Stadtrat Baurbaum:

Wie uns bekannt tut, hatte er sich doch verpflichtet, alle Materialien zu liefern. Wenn ich jetzt höre, daß man hier auf Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung stößt, dann muß ich sagen, der Mann ist seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Dann besteht keine Veranlassung ihm hierfür die Wohnung zur Verfügung zu stellen.

Hatscherr Glismann:

Ich befürchte, wir werden vorläufig nicht in den Genuss dieser Wohnungen kommen. Wenn die fehlenden oben Holz hier eintreffen, werden wir das Holz kann gleich verwenden können. Die Bretter werden sich durch die lange Lagerung inzwischen, zusammengezogen haben.

4

Es wird beschlossen, daß die Stadtverwaltung dafür Sorge trägt, daß die noch nicht bezogenen 2 Kriegescheßwunden schnellstens bezugsfähig werden. Sollten die unteren Wohnungen vor dem bezugsfähig werden, ist stadtsseitig dafür zu sorgen, das Bierock die Kelleröffnung abdeckt, um Gefahren zu vermeiden.

Die Rats Herren erklären sich mit diesen Maßnahmen einverstanden.

punkt 2) Verlesung der Protokolle der Ausschußsitzungen.

a) Schulausschußsitzung von 28.6.1946.

Rats Herr Matthiessen verliest das Protokoll der Schulausschußsitzung von 28.6.46.

Das Protokoll wird von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

b) Finanzausschuß-Sitzung von 4.7.46.

Stadtrat Schacht verliest das Protokoll der Finanzausschußsitzung von 4.7.46.

Der Protokoll wird von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

c) Hauptausschußsitzung von 8.7.46.

Das Protokoll der Hauptausschußsitzung von 8.7.46 wird verlesen und von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

d) Wohnungsausschuß-Sitzung von 10.7.46.

Stadtrat Hanke verliest das Protokoll der Wohnungsausschuß-Sitzung von 10.7.46.

Die Beschlüsse des Protokolls werden von der Ratsversammlung einstimmig angenommen.

Punkt 3): Haushaltsplan 1946.

Stellvert. Bürgermeister Hanke übergibt Stadtdirektor Jessen das Wort. Stadtdirektor Jessen verliest die Haushaltsatzung:

Haushaltsatzung der Gemeindeverwaltung der Rolandstadt Wedel für das Rechnungsjahr 1946.

Auf Grund der §§ 53 ff. der Deutschen Gemeindeordnung von 1.4.1946 (Anschluß Nr. 7 der Militärregierung Deutschland - Britisches Kontrollgebiet - wird nach Beratung und Genehmigung der Stadtvertretung folgende Haushaltsatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1946 wird in ordentlichem Haushaltsplan

in

in der Einnahme auf 1.312.900.— RM
 in der Ausgabe auf 1.307.300.— "
 und in außerordentlichen Haushaltsplan
 in der Einnahme auf —.— RM
 in der Ausgabe auf —.— RM
 festgesetzt.

§ 2

Die Steuerrollen (Hebesätze) für die Gemeindesteuern, die für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen sind, werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuern:
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Hebesatz 105 v.H.
 - b) für die Grundstücke Hebesatz 160 v.H.
2. Gewerbesteuern.
 nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekaptal Hebesatz 220 v.H.

§ 3

Kassenkredite und Darlehen sind nicht aufzunehmen.
 Die Haushaltsatzung wurde einstimmig angenommen.

Punkt 4): Antrag Stadtrat Beerbaum auf Übernahme der Kosten für Einfeldung der Gärten am Galgenberg.

Stadtrat Beerbaum:
 Wie allgemein bekannt, handelt es sich um ca. 40 Siedler, zum größten Teil Flüchtlinge und Minderbemittelte. Daher stößt die Beschaffung der nötigen Mittel für die Einfeldung der Gärten auf Schwierigkeiten. Der Gartenverein bittet um Unterstützung von 750.— RM.

Stellv. Bürgermeister Balke:
 In der Vorbesprechung wurde uns ein Betrag in Höhe von 3 - 400.—RM genannt. Wenn ein Zuschuß gewährt wird, kann also nur dieser Betrag in Frage kommen. Man kann jetzt nicht von 750.— RM sprechen.

Stadtrat Beerbaum:
 Wie kommen Sie zu diesen Zahlen?

Stadtdirektor Jessen:
 Ich habe mich an den Bauamt gewandt und mehrmals nachgefragt, ob die Zahlen zuverlässig sind. Es wurde mir bestätigt, daß die Einfeldung höchstens 300.— RM kosten würde.

Stadtrat Beerbaum:
 Der schriftliche Antrag von Kleinergartenverein liegt vor, er bittet um einen Zuschuß von 750.— RM.

Stadtdirektor

Stadtdirektor Jessen:
Die erforderliche Pumpe kann höchstens 100.-- RM kosten

Stadtrat Beerbaum:
Ist diese Summe vom Kleingartenverein genannt?

Stadtdirektor Jessen:
Die Zahlen sind mir nach Verhandeln mit einem Vertreter des Kleingartenvereins genannt. Er hat nur gebeten um einen Zuschuß in der genannten Höhe.
Nach der Fraktionsleiterbesprechung habe ich wieder mit dem Baumt gesprochen und nachgefragt, ob die Zahlen zuverlässig richtig sind.

Stadtrat Schacht:
Da die Sache anscheinend nicht richtig feststeht, möchte ich bitten, daß wir beschließen, daß die Sache an den Hauptausschuß überwiesen wird, damit Klarheit geschaffen wird.

Stadtrat Beerbaum:
Der Antrag vom Kleingärtnerverein liegt vor, er bittet um einen Zuschuß von 750.-- RM.

Stadtdirektor Jessen:
Ich rege an, bewilligen Sie 50 % der entstandenen Kosten

Ratsherr Kleinwort:
Es gibt noch genügend andere Gärten, die ebenfalls abgeschlossen werden müßten. Folglich würden auch diese Besitzer darauf Anspruch erheben.

Stadtrat Beerbaum:
Das Gelände ist hauptsächlich an Flüchtlinge abgegeben.

Stellv. Bürgermeister Balke:
Ich schlage vor, wir beschließen eine einmalige Bewilligung und verweisen die Sache an den Hauptausschuß. Dort müssen die entstandenen Kosten bis zu 50 % nachgewiesen werden.

Der Beschluß wird einstimmig angenommen.

Punkt 5) Mitteilungen.

a) Haftpflichtversicherung der Stadt Wedel.

Stadtdirektor Jessen berichtet über die bestehenden Haftpflichtversicherungen für die Stadt Wedel. Er teilt mit, daß ein Vertreter in nächster Zeit hierher kommen wird, um die Angelegenheit mit dem Bürgermeister zu besprechen.

b) Vorfaktion.

Bürgermeister Balke:
Eine Kommission hat das Moor besichtigt. Die Besichtigung ist zufriedenstellend ausgefallen. Herr Gau ist in dieser Woche nochmals dort gewesen, ich bitte ihn, darüber zu berichten.

Angestellte

Angestellter Gau berichtet:

Die Vorbereitungen der Torfgewinnung sind jetzt ins Endstadium gekommen. Die von uns beauftragten Firmen haben alles Mögliche unternommen, um in der letzten Zeit noch so viel Torf wie möglich zu fördern. Wie wir auf der Tagung der Arbeitsgruppe Torfgewinnung in Großhanburg festgestellt haben, sind wir nicht diejenige Verwaltung, die am weitesten zurück ist. 50 % der bisher angefangenen Unternehmungen haben noch kein Stück Torf gewonnen.

Beim letzten Besuch im Moor sollte die 3. Presse eingesetzt werden. Heute läuft bereits auch die 4. Presse, so daß wir, wenn das Wetter günstig ist, mit einer ganz guten Ernte noch rechnen können. Wir brauchen nicht damit zu rechnen, daß wir schon im August unseren Betrieb einstellen müssen. Wir können auch im September noch arbeiten, wir werden das auch tun. Es ist uns lieber, den Torf nicht ganz trocken nach Wedel zu bekommen, als überhaupt keinen. Den nicht ganz trockenen Torf können wir hier lagern und im Frühjahr eventuell verteilen. Ich will nicht die Bevölkerung unruhig machen mit Torfmengen, die wir verteilen können. Die Enttäuschungen, die die Firmen erlebt haben und auch wir, sind ungeheuer gewesen. Wenn wir im März angefangen wären, dann hätten wir es geschafft. Wir werden auch mit weniger zufrieden sein müssen. Das Landeswirtschaftsamt hat Maßnahmen eingeleitet zur Versorgung der Bevölkerung mit Holz. Die Holzaktion läuft bereits wieder an. Die Stobbenrodung durch die Stadt Wedel soll in erheblichem Maße forciert werden.

Über die Preis möchte ich heute noch nichts Abschließendes sagen, da noch Verhandlungen zu führen sind. Ganz billig wird der Torf nicht werden. Es soll nach Möglichkeit versucht werden, den Preis so festzusetzen, daß er für die meisten Leute erschwinglich ist. In Sachen des Abtransportes unseres Torfes stoßen wir leider auf immer große Schwierigkeiten. Die von verschiedenen Ratsherren gegebene Anregung, den Torf über das Moor an die Kleinbahn zu führen, ist aufgegriffen worden. Wir bekommen die Anlage aber nicht mehr soweit fertig, daß wir sie einsetzen können zu Beginn des Abtransportes. In dem Augenblick, wo wir den Torf über das Moor führen, kommen auch die anderen Gemeinden. Die Güterwagenstellung bereitet daher Schwierigkeiten. Wir haben deshalb mit anderen Firmen Verhandlungen aufgenommen und sind nun gezwungen, von Siele aus den Torf per Lastwagen abtransportieren. Die Schwierigkeiten sind zu beheben, wenn die ganze Abfuhr in einer Hand liegt. Die Firma Kien & Co. ist bereit, ab Straße Siele bis zu Recklawer Hafen den gesamten Transport zu übernehmen. Die Verhandlungen mit der Fuhrbereitschaft in Bremen und Vegesack sind aufgenommen. Es liegt nur daran, daß der Kreis Friesland uns die erforderlichen 30 000 kg Dieselkraftstoff bewilligt. Landrat Damm hat uns die Zusicherung gegeben, zu helfen. Wir haben bereits jetzt rund 1000 kg verbraucht. Wir müssen jetzt alles anstreben, daß der Kreis Friesland seinen Verpflichtungen nachkommt. Herr Schmidt von der Kohlenabteilung wird versuchen, ein größeres Kontingent für die Logs in Siele zu erteilen. Außerdem sollte eine Rampe beschafft werden, damit so wenig wie möglich Arbeitskräfte beim Abtransport eingesetzt werden brauchen. Die Firma Kien & Co. wird in ca. 14 Tagen mit einem

was zufriedenstellendes Angebot kommen. Es sind auf dem Hoorgebilde noch Schwierigkeiten zu beheben, u. B. die Gestellung der Arbeitskräfte. Leider haben die Gemeinden nicht ihre Verpflichtungen voll eingelöst, die erforderlichen Arbeitskräfte zu stellen. Es ist unmöglich. Das Arbeitsamt in Osterholz hat 22 Mann für die Torfgewinnung zur Verfügung gestellt. Jetzt werden alle Männer von 16 bis 60 Jahren geworben, 6 Tage im Torf zu arbeiten. Erfreulicherweise haben sich dagegen die Frauen besser eingesetzt, und zwar freiwillig. Weitere Schwierigkeiten mit der Arbeitsbekleidung sind im Laufe der letzten Woche behoben. Schwierigkeiten bereitet auch der Abtransport der Arbeiter von Osterholz nach Stehle. Diese Schwierigkeiten sollten von uns überbrückt werden, durch Gestellung eines Autobusses. Die Militärregierung in Schleswig hat den Wagen nicht freigegeben. Die Sache ist aber jetzt behoben. Man hat Lastwagen mit Bänken zur Verfügung gestellt. Alles liegt nun daran, daß die beiden Gemeinden die nötige Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung stellt, damit alle Pressen laufen können. Ich hoffe, daß es möglich sein wird.

Ich habe inzwischen noch Verhandlungen aufgenommen mit dem Oberstaatsanwalt in Hamburg bet. Einsetzung der Strafgefangenen Mannöverband. Die jugendlichen Gefangenen sollen in Eürse zum Arbeitsinsatz kommen. Der Direktor der Strafanstalt hat den Oberstaatsanwalt davon verständigt und sich damit einverstanden erklärt, daß 60 - 80 jugendliche Gefangene abgehen werden. Zunächst müssen allerdings die Verhältnisse an Ort und Stelle geprüft werden. Wir sind angewiesen, extra Baracken aufzustellen, wenn diese 60 Gefangenen noch eingesetzt werden. Der Lohn ist der gleiche, in Abzug werden alle Kosten gebracht, die wir durch die Verpflichtung haben. - pro Mann 1.00 RM-.

Für nächstes Jahr würde ich vorschlagen, daß die Gemeinde es in Erwägung zieht, Strafgefangene mit einzusetzen.

Stadtrat Baerbaum:

"Ich möchte anfragen, ob die Verhandlungen mit der betreffenden Firma wegen Beschaffung von 4 km Feldbahngleis eingestellt sind." Er bittet, das Projekt einer Feldbahn nicht fallen zu lassen, sondern weiter zu fördern für den Fall, daß der Treibstoff nicht zur Verfügung gestellt wird.

Stadtrat Baerbaum:

Betz, Stubbenroden stützt die Firma auf Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Schleppers. Der Antrag auf Gestellung eines Kaderschleppers ist abgelehnt. Könnten wir nicht die Firma unterstützen? Die Firma verfügt über einen Vertrag von 2500 Stöcken. Es habe seit sich um die Firma Karl Heinoch.

Stellvert. Bürgermeister Balke:

Stadtdirektor Jensen wird bei der Kreisbauernschaft vorstellig und den Antrag unterstützen.

Hatscharr Balke:

Ich möchte bekräften, daß wir den Antrag unterstützen.

Es ist doch notwendig, daß überhaupt ein Raupenschlepper hierher kommt. Wenn wir die Angelegenheit noch länger zurückstellen, im Hauptauschuss wird gewiß genau dasselbe besprochen.

Stadtdirektor Jessen:

Der geführte Wunsch, die Sache Heinsch zu prüfen, wird selbstverständlich sofort erfüllt. Ich werde nicht mit Heinsch in Verbindung setzen betr. Beschaffung eines Raupenschleppers. Ich glaube, es wird unbedingt notwendig sein, einen förmlichen Beschluß hierüber zu fassen.

Ratsherr Mahlow:

Ich bitte, die Bedingungs-Argumente gleichzeitig zu berücksichtigen.

c) Dalbenhölzer.

Betr. der Dalbenhölzer wurden aussichtsreiche Verhandlungen geführt.

d) Stadtrat Beerbaum:

Wie weit sind wir gekommen mit den Bemühungen um zusätzliches Material zur Reparatur von Hinderachsen?

Stadtdirektor Jessen:

Der Kreis teilt mit, daß er nichts habe. Es soll aber alles versucht werden, um die Lage zu bessern.

e) Ratsherr Jens:

Wir alle leiden sehr an Störungen im Fernsprekwesen. Eine Verbindung über das Schnellnetz zu bekommen, ist in normalen Geschäftszeiten fast unmöglich. Ist es nicht möglich, nachzufassen, daß die Verbindungen schneller hergestellt werden?

Stadtdirektor Jessen:

Die Angaben des Herrn Jens sind richtig. Es ist beinahe noch schlimmer. In anderen Städten (Pinneberg und Uetersen) ist es genau so. Es ist also kaum möglich, den Zustand zu ändern.

f) Ratsherr Rancke, Karl:

Ich bin von Weddeler Bürgern gefragt worden, warum das Hinderburgbild, das bisher nach hier gelangen hat verschwunden ist. Ich frage an, ob das von der Militärregierung gewünscht wird, oder warum.

Stadtdirektor Jessen:

Das Bild ist nicht entfernt auf Befehl der Militärregierung. In mich sind Anregungen herangekommen, das Bild wegzunehmen. Ich habe es für richtig gehalten, das zu tun, um den Toten nicht einer unnötigen Debatte oder Weispöllen auszusetzen.

Ratsherr Rancke:

Ich möchte den Antrag stellen, das Bild wieder aufzuhängen.

Stadtrat

714
Stadtrat Beerbaum:

Es ist bedauerlich, daß gerade von dieser Seite der Vorwurf kommt. Hindenburg verkörpert eine bestimmte Kaste der Militaristen. Wir haben aus Taktgefühl die Aufrollung dieser Frage vermieden. Wenn sie aber vor den Rat kommt, wir wollen das Bild nicht wieder aufhängen.

Ratherr Bosch:

Ich stelle den Antrag, daß wir diese Sache dem Hauptausschuß übergeben.

Stadtrat Schacht:

Der Stadtdirektor hat richtig gehandelt. Es ist besser, als eine unliebsame Debatte darüber zu führen. Das Hindenburgbild ist uns genau so unerwünscht wie Adolf Hitler. Ich bitte Sie dringend, stellen Sie keinen Antrag, damit es zu keiner offenen Debatte kommt.

Stellvertretender Bürgermeister Balke:

Ist es nicht richtiger, wir schließen die Debatte darüber? Was hat es für einen Zweck, wenn sich hier die Gemüter darüber erregen.

Ich schließe hiermit die Sitzung.

Stellvertr. Bürgermeister

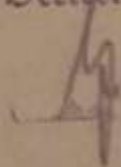
Veris.

- 1.) G e s e n d e n .
- 2.) Z. d. A.

W., d. 15. 7. 46.

D. St. Nr.

In Vertretung



2

13. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Donnerstag, dem 8. August 1946 um 19 Uhr
im Rathaus-Sitzungssaal.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der
Stadtvertretung:

Balke, Barthel, Bosch, Brand
Bremer, Eydeler, Freundt, Glismann,
Hanke, Heisecke, Jens, Kleinwort,
Köhler, Langensee, Mahlow,
Matthiessen, Möller, Ramcke Karl,
Beerbaum, Japp, Röttger, Dziubek.

Stadtdirektor Jessen erscheint später

Stadtrat Hofmann fehlt entschuldigt.

Ratsherr Herbert Ramcke erscheint später

Angestellter G a u als
Protokollführer.

Bürgermeister S c h a c h t begrüßt die
Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Anwesend: 32 Zuhörer.

Durch Namensaufruf wird die Beschlußfähigkeit des
Rates festgestellt.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Verlesung des Protokolls der Sitzung vom
11.7.1946.
2. Verlesung der Niederschriften verschiedener
Ausschuß-Sitzungen.
3. Wahlen
 - a) Stadtrat für das Bauwesen
 - b) Vorsitzender des Finanzausschusses
4. Die zukünftige Kulturarbeit Wedels.
5. Aufforstung Ihlensee.
6. Gelände für Trafo-Station Moorweg.
7. Mitteilungen.

Punkt 1): Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 11.7.1946.

Zu Beginn der Sitzung gibt Bürgermeister Schacht
bekannt, daß seine Bestätigung als Bürgermeister
durch die Militärregierung am 4.7.46 erfolgt ist.

Hierauf wird das Protokoll der letzten Sitzung
verlesen und einstimmig angenommen.

Punkt 2): Verlesung der Niederschriften verschiedener Ausschuß-Sitzungen.

- II
- a) Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsaus-
schusses am 29.7.1946.

Das Protokoll wird anerkannt und einstimmig ge-
nehmigt.

- I
- b) Sitzung des Bauausschusses am 30.7.46.

Das Protokoll findet einstimmige Annahme.

- VI
- c) Sitzung des Wohnungsausschusses am 25.7.46.

Hierzu verliest der Bürgermeister eine Beschwer



Beschwerdeschrift der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft "Eigenheim", gegen den Beschluß des Wohnungsausschusses Maywald/Eigenheim vom 25.7.46. Stadtrat Matthiessen beantragt im Namen seiner Fraktion (CDU); Die Sache Maywald/Eigenheim auf Grund § 53 Abs. 3 der G.O. an den Wohnungsausschuß zur nochmaligen genauen Prüfung zu übergeben.

Der Vorsitzende der Wohnungskommission, Stadtrat Hanke bittet jedoch, den Beschluß der Wohnungskommission zu unterstützen. Der Bürgermeister stellt fest, daß der Antrag Matthiessen der weitergehende ist und läßt über diesen abstimmen. Der Antrag Matthiessen wird gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Hierdurch ist das Protokoll angenommen.

Sitzung des Wohnungsausschusses am 31.7.46.

Nach der Verlesung des Protokolls verliest Bürgermeister Schacht eine telefonische Mitteilung des Kreiswohnungsamtes i.S. Werkwohnung Timmermann, Holmerstr. Aus den vorgebrachten Gründen wird deshalb die Entscheidung über diesen Punkt des Protokolls ausgesetzt und zur nochmaligen Beschlußfassung dem Wohnungsausschuß zugewiesen. Die anderen Punkte des Protokolls werden einstimmig angenommen.

d) Sitzung des Hauptausschusses am 1.8.46.

Hierzu gibt Bürgermeister Schacht bekannt, daß sofort 3 Feldhüter probeweise für einen Monat eingestellt wurden. Die Auswahl erfolgt nach einem Monat und zwar durch den Hauptausschuß. Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

e) Sitzung des Schulausschusses am 2.8.46.

Bürgermeister Schacht regt an, die Schulgeldermäßigung sukünftig bis zum Ende des Haushaltsjahres, nämlich bis zum 31.3.1947 auszusprechen. Stadtrat Matthiessen und Ratsherr Langensee begründen ihre Beschlüsse. Stellvertretender Bürgermeister Balke erklärt, daß die Ermäßigung für den Rest des Haushaltsjahres dann erneut beantragt werden müsse.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

f) Ortsbesichtigung des Feld- und Forstausschusses am 20.7.46.

Der Beschluß wird ausgesetzt und unter Punkt 5) der Tagesordnung weiter behandelt.

Wängel - 6) Protokoll des Ausschusses für das Gesundheitswesen vom 5.8.46.

Nach längerer Debatte regt Bürgermeister Schacht die Aussetzung der Beschlußfassung über dieses Protokoll an und bittet, die Angelegenheit Flüchtlingsdurchgangslager an den Hauptausschuß zu verweisen. Gegen diese Anregung werden Bedenken nicht erhoben.

Punkt 3)



401
Verzeichnis der ...
100 100 100 100 100 100 100 100 100 100

Punkt 3) Wahlens

a) Stadtrat für das Bauwesen.

Durch das Ausscheiden des bisherigen Stadtrats für Bauwesen, Bürgermeister Schacht, wird die Stelle frei und ist neu zu besetzen.

b) Vorsitzender des Finanzausschusses.

Auch der Vorsitzende des Finanzausschusses ist durch die Wahl Bürgermeister Schacht neu zu besetzen. Stadtrat Beerbaum schlägt für beide Ämter den Stadtrat Glismann vor.

Stellvertr. Bürgermeister Balke unterstützt diesen Vorschlag. Die Wahl ergibt einstimmig die Bestätigung für Glismann.

Punkt 4) Die zukünftige Kulturarbeit Wedels.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat folgende Anträge eingebracht und dadurch die zukünftige Kulturarbeit der Stadtvertretung umrissen.

- a) Die Kosten der Errichtung eines Jugend- und Volksheimes (Haus der Jugend) in Wedel Hübüschentwiete sind für das Rechnungsjahr 1946 bis zu 10.000.-- RM aus laufenden Mitteln des Haushaltsplanes aufzubringen.
- b) Die Gründung einer Volkshochschule in Wedel unter der Trägerschaft der Gemeindeverwaltung Wedel. Die Kosten der Volkshochschule sind für das Rechnungsjahr 1946 bis zu 10.000.-- RM aus laufenden Haushaltsmitteln aufzubringen.
- c) Die Gemeindeverwaltung ist zu beauftragen, in der nächsten Sitzung einen Satzungsentwurf für die Volkshochschule vorzulegen.
- d) Aus dem bei der Auflösung des Museums erzielten Erlös von 25.770.-- RM wird ein Rudolf-Höckner-Fonds gebildet. Die Mittel und Erträge dieses Fonds sind zu aktiver Kunstpflege zu verwenden, insbesondere können die Mittel zur Gewährung von Stipendien an aufstrebende junge Künstler und zum Ankauf von Werken aus Wedel stammender Künstler, insbesondere Barlach, verwandt werden. Die Verwendung der Mittel des zu errichtenden Rudolf-Höckner-Fonds wird dem Kulturschuß übertragen.

Zu diesem Antrag bringt Bürgermeister Schacht folgende Begründung:

Die Versuche, die Jugendarbeit in größerem Rahmen voranzubringen, scheiterten bisher daran, daß keine geeigneten Aufenthaltsräume vorhanden sind. Was unserer Fraktion vorschwebt, ist die Einrichtung eines Hauses nach dem Muster der Hamburger Volksheime, die sich in der Vergangenheit bestens bewährt haben. Ohne große Umbauten sind die Voraussetzungen bei dem Hause in der Hübüschentwiete gegeben, so daß hier die Räume als Lese-, Spiel-, Musik- und Bastelsimmer



1946 JUN 10 10 10 AM 1946

Bastelszimmer eingerichtet werden können. Außerdem ist Raum für größere Veranstaltungen und Darbietungen vorhanden. Dieses Haus wird nicht nur den Schülertypen, Jugendlichen und Erwachsenen, sondern auch den Schulpflichtigen zur Verfügung stehen, so daß hier die gesamte Jugendbetreuungsarbeit und außerdem die Erwachsenenbildung geleistet werden kann. Die Errichtung einer Volkshochschule (Volkshochschule) ist dringend erforderlich geworden, da die Umerziehung der Erwachsenen schon aus Gründen der Errichtung eines wahrhaft demokratischen Deutschlands erforderlich ist. Dieses ist eine Aufgabe, die nur durch eine systematisch betriebene Erwachsenenfortbildung erreicht werden kann. Neben allgemein bildenden Themen geschichtlicher, politischer, philosophischer, literarischer und naturwissenschaftlicher Art, stehen Arbeitsgemeinschaften, die praktische Kurse fortbildender Art durchführen, wie Rechnen, Deutsch, Englisch, Grundlagen in Mathematik, Handfertigungsunterricht usw.

Durch den Erlös aus dem Verkauf des Museums ist die Schaffung eines Rudolf-Höckner-Fonds möglich geworden. Hierdurch kann die Stadt Wedel wirklich aktive Kunstpflege leisten.

Bei der Förderung aufstrebender junger Künstler ist daran gedacht, daß Jungen und Mädchen, die aus Wedel stammen oder in Wedel wohnhaft sind und bei der Praktik auswärtiger Schulen kaum jemals Aussicht auf Stipendien haben, die Möglichkeit gegeben werden soll, auch bei völliger Mittellosigkeit ihre künstlerische Entwicklung zu einem Abschluß zu bringen. Außerdem ist daran gedacht, den künstlerischen Schmuck der Wedeler Schulen zu ergänzen, da hier in den vergangenen Jahren nur die Erfordernisse der Nazizeit berücksichtigt wurden. Die Kinder, die unter den bescheidensten häuslichen Verhältnissen aufwachsen, bedürfen des ständigen Hinweises, daß es auch eine Welt des Schönen und Erhabenen gibt, die ihnen keineswegs verschlossen bleiben darf.

Ratsherr Mahlow sprach für die sozialdemokratische Fraktion und bat um Annahme des Antrages.

Stadtrat Beerbaum unterstützt diesen Antrag, schlägt jedoch vor, daß auch ein Kindergarten in diesem Hause untergebracht wird.

~~Stadtrat Beerbaum unterstützt diesen Antrag~~

Stadtrat Matthiessen unterstützt den Antrag, bittet jedoch, daß Absatz d) des Antrages ergänzt werde, und zwar daß Kulturausschuß und Schulausschuß über die Verwendung der Mittel des Rudolf-Höckner-Fonds bestimmen. Weiter bat er, den Absatz "Barlach" zu streichen. Die Abstimmung über den Antrag Matthiessen, daß der Absatz "Barlach" gestrichen wird, ergab folgendes Ergebnis:

- 9 Stimmen dafür
- 13 Stimmen dagegen
- 2 Enthaltungen.

pasit ist Antrag Matthiessen abgelehnt.

Hierauf wurde über den gesamten Antrag abgestimmt mit der Änderung bei d) daß die Verwendung der Mittel des

des zu errichtenden Rudolf-Höckner-Fonds dem Kultur- und Schulausschuß übertragen wird.
Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

Punkt 5): Aufforstung Ihlensee.

Zu der Aufforstung Ihlensee entsprann sich eine rege Debatte. Es wurde das Für und Wider einer Vergebung der Arbeiten oder Ausführung in eigener Regie besprochen. Der Bürgermeister schlägt vor, die Angebotsfirma zu beauftragen, da diese auch über eine Fräsmaschine verfügt. Über die Pflanzen wurde sich geeinigt und soll die Stadtverwaltung diese sofort bestellen. Das Protokoll der Ortsbesichtigung vom 20.7.46 wurde hierauf angenommen. Weiter wird beschlossen, daß die Aufforstung bestmöglichst, gegebenenfalls in Eigenregie vorgenommen wird. Weiter wird beschlossen, daß die Mittel für die Aufforstung bereitzustellen sind.

Punkt 6) Gelände für die Trafostation Moorweg.

Die Stadtwerke bitten um die Genehmigung, auf dem Grundstück der Stadt Wedel Parzelle 318/95 -Kartenblatt 17- eine Trafostation zu errichten.

Stellvertretender Bürgermeister Balke hält die Errichtung der Trafostation für dringend erforderlich.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

Punkt 7): Mitteilungen.

a) Bürgermeisterentschädigung.

Durch Beschluß der Ratsversammlung wurde die Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters auf jährl. 1200.— RM festgesetzt. Durch den täglichen Besuch auf dem Rathause erleidet der Bürgermeister so starke finanzielle Einbußen, daß er mit dieser Entschädigung nicht auskommen kann. Stadtrat Beerbaum stimmt dem Vorschlage, die Bürgermeistereentschädigung auf 2400.— RM heraufzusetzen, zu. Es entspinnt sich über die Festsetzung noch eine Debatte in der der Fraktionsvorsitzende der FDP., sich gegen die Neufestsetzung ausspricht, wogegen die CDU. grundsätzlich mit der Neufestsetzung einverstanden ist. Der Antrag, die Bürgermeisteraufwandsentschädigung mit Wirkung vom 1.7.46 auf 2.400.— RM festzusetzen, wird mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen.

b) Höckner-Ausstellung.

Bürgermeister Schacht gibt bekannt, daß aus Anlaß der Höcknerausstellung im Rathause vom 11.- 25.8.46 die nächste Lebensmittelkartenausgabe zu den üblichen Zeiten im Gemeinschaftslager Rosengarten (Kantine) stattfindet.

c) Dampfer "Frigga" im Vorgelände Strandbad.

Der Bevollmächtigte der Seeschiffahrt teilt mit, daß der Dampfer "Frigga" zur Zeit nicht verhohlt werden kann, da die Beschädigung im Augenblick nicht behothen

behothen werden kann. Ratsherr Jens bittet die Stadtverwaltung, doch alles zu versuchen, daß der Dampfer im Vorfeld verschwindet.

d) Straßenbeleuchtung.

Die Stadtwerke teilen mit, daß der 1. Abschnitt der Straßenbeleuchtung, nämlich Rosengarten, Rathausplatz, Mühlenstraße, Marktplatz, Rolandstraße, Schauenburgerstraße betriebesmäßig fertiggestellt ist. Gegen die Inbetriebnahme des ersten Abschnittes werden von der Stadtvertretung keine Bedenken erhoben.

e) Anstellung der Mittelschullehrerin Damm an der städtischen Mittelschule.

Die Ratsversammlung beschließt, daß die seit dem 1.6.45 beschäftigte Mittelschullehrerin Gerda Damm, geb. 27.1.10 als Mittelschullehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit an der städtischen Mittelschule in Wedel angestellt wird, und zwar mit Wirkung vom 1.8.46 Die Ernennungsurkunde ist zu Bestätigung dem Schulamt Pinneberg zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

f) Änderung des Sparkassenvorstandes.

Bürgermeister Schacht macht bekannt, daß für den zurückgetretenen Ratsherrn Bremer, Ratsherr Karl Kleinwort jun. als stellvertretendes Sparkassenvorstandsmitglied ernannt worden ist.

g) Vergnügungssteuer.

Bürgermeister Schacht begründet die neue Festsetzung der Vergnügungssteuer.

Zum Schluß spricht stellvertr. Bürgermeister Balke über die kommenden Erhöhungen der Lebensmittelrationen in den Großstädten, wozu auch die Grenzgebiete Sülldorf und Rissen gehören. Die Bevölkerung ist hier der Ansicht, daß die gleichen Lebensmittelerhöhungen auch für das Stadtgebiet Wedel vorgesehen werden müßten. Die Lebenshaltung der Wedeler Bevölkerung ist die gleiche wie in den Randgebieten Hamburgs. Die Stadtverwaltung möge alles versuchen, daß auch die Bevölkerung der Stadtgemeinde Wedel die Zusatzkarte der Großstädte erhält. Bürgermeister Schacht erklärt hierzu, daß bereits Schritte unternommen werden.

~~Bürgermeister Schacht schließt am 22,50 Uhr die Sitzung.~~

gez. Schacht
Bürgermeister

gez. Heisecke
Ratsherr

gez. Brand
Ratsherr

gez. Gau
Protokollführer

Erglaubigt.
Der Stadtdirektor
In Vertretung:



101
106901 (10121)

Mitteilung: Juleinwegung

Dr. Richter

Montag wird nach Osterholz gefahren wegen Differenzen, die geschlichtet werden müssen, Der Landrat, Hr. Behlke und jeden falls auch Herr ~~Wass~~ von Wirtschaftsamt werden mitfahren.

In den Tagen vor Torf können noch einige Personen mitfahren und in die Stadttagen noch 3 Personen. Der Bürgermeister Schacht schlägt vor, dass folgende Leute fahren: Herr Lehmann (wegen der finanziellen Besprechung) Angestellter Gau, Stadtdirektor Jessen, Herr Barthel, Herr Martin (der Torfversteigerer für den Kreis)

Herr Hanke kann gleichzeitig als Fahrer mitfahren. Herr Hanke lehnt jedoch ab. Der Bürgermeister Schacht schlägt vor, dass kann an seiner Stelle Herr Balke und natürlich der Bürgermeister Schacht selbst mitfahren.

(21.50)

Bürgermeister Schacht schließt am ~~21~~^{15.0} Uhr die Sitzung.

[Handwritten signature]
Rathgeber

ges. *[Handwritten signature]*
Bürgermeister
[Handwritten signature]
Rathgeber
[Handwritten signature]
Rathgeber

14. Öffentliche Sitzung der Stadtvertretung Wedel
am Donnerstag, dem 12.9.1946 um 14 Uhr -
in Köhler's Gasthof, Wedel, Spitzerdorfstr. 18.

Anwesend:

Bürgermeister S c h a c h t
als Vorsitzender

Folgende Mitglieder der Stadt-
vertretung:

Balke, Barthel, Bosch, Eydeler, Beerbaum
Freundt, Glismann, Hanke, Heisecke, Jens
Kleinwort, Köhler, Langensee, Mahlow
Matthiessen, Möller, Ramcke Karl,
Japp, Röttger, Dziubek

Stadtdirektor Jessen

Entschuldigt fehlen
die Ratsherren Brand, Bremer,
Ramcke Herbert

Angestellter Gau als
Protokollführer

Stenotypistinnen
Schulenburg, Schüttkäker, Karp.

Bürgermeister Schacht begrüßt die
Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Durch Namensaufruf wird die Beschluß-
fähigkeit des Rates festgestellt.

Die Tagesordnung umfaßt folgende
Punkte:

1. Verlesung des Protokolls der Sit-
zung vom 8.8.1946.
2. Verlesung der Niederschriften ver-
schiedener Ausschusssitzungen.
3. Wahl eines Ausschusses für Erwach-
senenbildung nach dem Vorschlage
des Kultur-, Sport- und Jugendaus-
schusses.
4. Anstellung der Mittelschullehrerin
Theresia Schümmer an der städt.
Mittelschule.
5. Mitteilungen des Bürgermeisters.

Anwesend: 11 Zuörer

Punkt 1): Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 8.8.1946.

Hierzu erteilt Bürgermeister Schacht Herrn Gau das
Wort zwecks Verlesung des Protokolls der 13. öffent-
lichen Sitzung der Stadtvertretung Wedel am 8.8.46.

Angestellter Gau verliest das Protokoll.

Zu Punkt 4) erklärt Bürgermeister Schacht folgendes:

Für die Einrichtung einer Volkshochschule war das
Haus Hübüschentwiete (früheres Landschulheim) vorge-
sehen. Dieses hat sich aber zerschlagen, da die Woer-
mann-Stiftung nicht bereit ist, das Haus zu verkaufen
oder zu verpachten.

Zu der Angelegenheit Lebensmittelerhöhung für die
Stadt Wedel berichtet Bürgermeister Schacht, daß
die Erfolge unwirksam geblieben sind und die Sache
als aussichtslos angesehen werden muß.

Darauf wird das Protokoll einstimmig angenommen.

Punkt 2): Verlesung der Niederschriften verschiedener Ausschusssitzungen:

a) Sitzung des Hauptausschusses vom 13.8.46.

Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll über
die vorgenannte Sitzung. Gegen die Fassung des Pro-
tokolls werden Einwendungen nicht erhoben. Es wird
einstimmig angenommen.

b)



Städt. Bibliothek Wedel (Kopie)

b) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 22.8.46.

Stadtdirektor Jessen verliest das Protokoll der vorgenannten Sitzung.

Das Protokoll findet einstimmige Annahme.

c) Sitzung des Finanzausschusses vom 23.8.46.

Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll der vorgenannten Sitzung.

Das Protokoll findet einstimmige Annahme.

d) Sitzung des Hauptausschusses vom 23.8.46.

Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll der vorgenannten Sitzung. X/

Stadtrat Beerbaum beantragt Änderung der Fassung des Punktes "Frauenangelegenheiten".
Es wird daraufhin beschlossen, daß an die Stelle des Wortes "Ausschüsse der SPD u. KPD." das Wort "Frauenorganisationen der SPD und KPD" gesetzt wird.

Das Protokoll wird alsdann einstimmig angenommen.

e) Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses vom 26.8.46

Hiersu verliest Stadtrat Freundt das Protokoll der vorgenannten Sitzung.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

f) Sitzung des Hauptausschusses vom 30.8.46.

Bürgermeister Schacht verliest die Niederschrift, und erklärt zu Punkt 3 Abs. C) Angelegenheit Johs. Nagel" folgendes:

Das Wohnungsamt hat Schritte eingeleitet, daß gegen Nagel eine Anzeige wegen unliebsamer Verkommnisse Flüchtlingen gegenüber bei der Militärregierung über das Kreiswohnungsamt eingereicht wurde. Das Wohnungsamt ist bemüht, die Flüchtlingefamilie Wagner dem Beschlusse entsprechend umzuquartieren. Die Angelegenheit Seltmann kann als abgeschlossen angesehen werden, da der Rechtsanwalt mitgeteilt hat, daß S. die Sachen vorläufig behalten kann.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

g) Sitzung des Bauausschusses vom 2.9., fortgeführt am 5.9.46.

Stadtrat Glimmann verliest das Protokoll der vorgenannten Sitzung.

Stadtrat Beerbaum fragt hierzu an, warum die Stadtverwaltung nicht die Hölzer des Falkturmes in Anspruch genommen hat. Bürgermeister Schacht erklärt hierzu, daß nach Mitteilung des Finanzamtes das Holz an eine andere Firma vergeben wurde, fügt jedoch hinzu, daß die Stadtverwaltung mit dieser Mitteilung sich nicht zufrieden geben wird. Es soll nachgeprüft werden, welche Firma das Holz übernommen hat. Zur

X) Weiter machte der Bürgermeister bekannt, daß Diercks der gesetzten Frist wegen Räumung der Wohnungen von Baumaterialien nicht nachgekommen ist. Die Stadtverwaltung hat deshalb Anzeige wegen Böswilligkeit (Militärgesetz Nr. 16) bei der Mil.-Reg. über das Kreiswohnungsamt Pinneberg eingereicht.



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or date, which is mostly illegible due to fading and bleed-through.

Zur Angelegenheit Sportplatz bemerkt der Bürgermeister daß die Stadtvertretung keinesfalls daran denkt, einen Sportplatz für den genannten Betrag einzurichten. Er hofft, daß die Grunderwerbskosten bei weitem niedriger liegen werden als im Kostenvoranschlag des Bauamtes.

Das Protokoll wurde einstimmig angenommen.

h) Sitzung des Schulausschusses vom 5.9.46.

Hierzu gibt der Bürgermeister noch bekannt, daß der Schulrat zugesagt hat, die Angelegenheit nach der Wahl mit der neuen Stadtvertretung zu beraten.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

i) Sitzung des Wohnungsausschusses vom 5.9.46.

Stadtdirektor Jessen verliest die Niederschrift der vorgenannten Sitzung, die einstimmig angenommen wurde.

j) Sitzung des Feld- und Forstausschusses vom 6.9.46.

Bürgermeister Schacht verliest das Protokoll über die vorgenannte Sitzung, das einstimmig angenommen wird.

k) Sitzung des Hauptausschusses vom 9.9.46.

Hierzu bittet Stadtrat Beerbaum um Aufklärung, warum die Bewerbung Knauf keine Berücksichtigung gefunden hat und erhebt im Namen seiner Fraktion (KPD) Einspruch. Bürgermeister Schacht erklärt hierzu, daß der Bewerber Knauf deshalb nicht berücksichtigt werden konnte, da ein Schwerkriegsbeschädigter dafür vorgesehen werden mußte. Knauf wird später bei Vorliegen einer freien Stelle berücksichtigt werden. Stadtrat Beerbaum ist unter diesen Umständen damit einverstanden, daß der Schwerkriegsbeschädigte die freie Stelle erhält.

/X/

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

l) Sitzung des Kultur- Sport und Jugendausschusses vom 10.9.46.

Der Bürgermeister verliest die Niederschrift ^{der vor-}genannten Sitzung sowie die Satzung der Volkshochschule. Weiter macht der Bürgermeister darauf aufmerksam, daß der Stadtdirektor Beiräte ernennen wird, die die Arbeiten der Volkshochschule bis zur nächsten Ratsitzung fortführen.

Zu dem Punkt "Fußboden Turnhalle" wird lebhaft debattiert und erklärt der Bürgermeister, daß bereits Schritte wegen Linoleumbelag eingeleitet sind.

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

Punkt 3)



Handwritten text in Tamil script at the bottom of the page, likely a signature or official stamp.



Der Bürgermeister Wedel (Holst.)

100

Punkt 3) Wahl eines Ausschusses für Erwachsenenbildung.

Durch die Annahme des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Kultur-, Sport und Jugendpflege vom 10.9.1946 erübrigt sich die Besprechung dieses Punktes.

Punkt 4) Anstellung der Mittelschullehrerin Theresia Schümmer an der städt. Mittelschule.

Nach Mitteilung des Schulamtes in Pinneberg vom 22.8.1946 ist die Mittelschullehrerin Theresia Schümmer bestätigt und in den Unterricht einzubauen. Hierzu fasst die Stadtvertretung folgenden/einstimmigen Beschluss:

Die an der Mittelschule in Wedel beschäftigte Lehrerin Theresia Schümmer wird nach vorheriger Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses an der städt. Mittelschule als Mittelschullehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit angestellt. Die erforderliche Ernennungsurkunde ist zur Bestätigung des Schulamt in Pinneberg zur weiteren Veranlassung vorzulegen.

Punkt 5) Mitteilungen.

a) Autobusverbindung Wedel/Uetersen/Elmshorn.

Der Bürgermeister verliest ein Schreiben des Strassenverkehrsamtes Pinneberg, in dem mitgeteilt wird, dass die Autobuslinie wegen Treibstoff-, Reifen und Ersatzteilmangel nicht in Betrieb genommen werden kann. Unabhängig hiervon hat jedoch das Postamt in Elmshorn nochmals mitgeteilt, dass Autobusse, Treibstoff und Fahrer zur Verfügung stehen. Die Stadtverwaltung hat deshalb nochmals ein Schreiben an die Landesverwaltung gerichtet, wo sie auf die Schwierigkeiten hinweist, die die Einwohner in Wedel und der anliegenden Gemeinden bei der Erreichung ihrer Arbeitsstelle des Krankenhauses, Gericht und Arbeitsamt haben.

b) Schuhmachermaterial.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Oberfinanzpräsident frühere OT-Bestände (Absatz- und sonstiges Beschlagsisen) für die Schuhmacher in Wedel freigegeben hat. Die Freigabe erfolgte auf Grund eines Antrages der Stadtverwaltung. Der Bürgermeister erklärt weiter, dass die Stadtverwaltung weiter bemüht sein wird, Schuhmachermaterial anzuschaffen.

c) Abschluss eines Vertrages zwischen dem Landespräsidenten Schleswig-Holstein - Amt für Inneres in der Stadtgemeinde Wedel, betr. Löschfahrzeug 800 H/L (Klöckner Humbold Deutz).

Es handelt sich hier um einen Leihvertrag, um eine, die Gemeinde verpflichtende Erklärung, die gem. § 37 Abs. 2 der abgeänderten Deutschen Gemeindeordnung von der Stadtvertretung genehmigt

genehmigt werden muss.

Die Stadtvertretung kommt zu folgenden einstimmigen Beschluss:

Bew-H Die Stadtvertretung ist damit einverstanden, dass für die freiwillige Feuerwehr in Wedel aus den Beständen der ehemaligen Wehrmacht das Löschfahrzeug 800 M/L (Klöckner Humbold Deutz) Baujahr 1941 - Fahrgestell 9421/135 - zur leihweisen Benutzung auf unbestimmte Zeit angeschafft wird. Zu diesem Zweck ist der Bürgermeister ermächtigt, einen Leihvertrag zwischen der Landesverwaltung - Amt für Inneres - und der Stadtgemeinde Wedel abzuschliessen.

- d) Verlesung eines Schreiben des Mittelschulrektors der städt. Mittelschule.

Der Mittelschulrektor bittet in diesem Schreiben um Räume für die Mittelschule. Bürgermeister Schacht erklärt hierzu, dass der Hauptausschuss sich bereits mit der Sache befasst hat und prüfen wird, ob die vorgeschlagenen Grundstücke geeignet sind.

Stellvertr. Bürgermeister Balke macht ~~den~~ den Vorschlag, das Marinegelände zwischen Bahnhofstrasse und Hübischentwete hierfür in Aussicht zu nehmen, da dann die Schule von 2 Strassenzügen erreicht werden kann..

- e) Antrag der Firma Iduna-Germania - Direktoren West, Hamburg, auf Erwerbung eines grösseren Areals zwecks Errichtung von Reihenhäusern für die Angestellten.

Der Bürgermeister verliest den Antrag und erklärt hierzu, dass die Stadtverwaltung der Iduna mitteilen wird, dass geprüft werden soll, ob geeignetes Gelände hierfür nachhaft gemacht werden kann.

- f) Vorsitz im Sparkassenvorstand:

Der Bürgermeister teilt mit, dass auf Anordnung der Militärregierung nicht mehr der ehrenamtliche Leiter des Gewährverbandes (Landrat, Bürgermeister) sondern der Hauptgewerbebeamte (Kreisdirektor, Stadtdirektor) der Vorsitzende des Sparkassenvorstandes sei .

Die Stadtvertretung nahm hiervon Kenntnis.

- g) Flüchtlingsbaracken:

Stadtrat Freundt weist auf die Undichtigkeit der Flüchtlingsbaracken hin und erklärt, dass unbedingt Schritte eingeleitet werden müssten. Der Bürgermeister erklärt hierauf, dass die Zuteilungen an Dachpappe so gering seien, dass nur wenige Dächer neu eingedeckt werden können. Stadtrat Hanke macht den Vorschlag, die alten Pappdächer zu taeren und die Lächer und Undichtigkeiten mit Kitt zu dichten.



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or date, which is partially obscured and difficult to read.

192



Da keine weiteren Punkte mehr vorlagen, dankt
Bürgermeister Schacht allen Ratsmitgliedern für
ihre uneigennützige Arbeit und entlässt sie mit
dem heutigen Tage in ihrer Eigenschaft als Rats-
herr.

Die Sitzung wurde um 17,15 Uhr geschlossen.

Annahme =

15.9.46.

Bürgermeister:

Schacht

Ratsherr:

Stöckel

Ratsherr:

Parmpu

Protokollführer:

Jas

3. Meeting in camera of the Town-Council of Wedel
on Monday, the 31st. Dec. 1945 at 12.00 hrs.
at the Town-Hall, Meeting-Hall.

Present are:

Burgomaster J e s s e n
as Chairman,

following members of the
Town-Council:

Balke, Barthel, Beerbaum,
Bosch, Brand, Bremer, Dziubek,
Eydeler, Glissmann, Hanke, Hof-
mann, Huck, Kleinwort, Köhler,
Langensee, Mahlow, Matthiessen
Karl, Matthiessen Käte,
Möller, Hamcke, Hamcke Herbert,
Röttger, Schacht, Japp.

Employee G a u as keeper
of minutes,

employee K a r p as
short-hand typist.

Fig.1). Amendment of statute.

The Burgomaster greets all those
assembled - especially the new town-
councillor Heinrich J a p p , who
has been appointed instead of Hermann
Oppermann who has retired - and opens
the meeting at 12.00 hrs.

The program of the day contains
following items:

- 1) Amendment of statute
- 2) Election of the Town-Councillors
- 3) Suggestions for the honorary
Burgomaster to be appointed
by Mil.Gov.

Councillor M a n l o w puts forward
the suggestion that the items 2 and
3 should be exchanged. This sugges-
tion is accepted unanimously.

The Military Governor states in his
letter dated 20th. Dec. 1945, that the
statute decided upon at the last
Meeting of Town-Councillors must on
examination have following sentence
added in Fig.VI:

"...personally or in any business-
affairs."

Furthermore another Figure is to be
added, this being Fig.XVI and having
following contents:

Fig.XVI: All additions and amendments
of statute have to be con-
firmed by the Military Go-
vernor.

These amendments ~~xxxx~~ are accepted
unanimously by the Town-Councillors.

Fig.2). Suggestions for the
honorary Burgomaster.

Here the Burgomaster explains the
newly established positions of hono-
rary Burgomaster and Town-Director.

Further the Burgomaster communicates
the fact, that he has been appointed
Town-Director by the Military Gover-
nor.

As honorary Burgomaster the following were suggested:

Heinrich S c n a c h t and
Andreas H u c k .

The votes - collected in secrecy - gave following results:

13 votes for H u c k
11 votes for S c n a c h t and
1 vote was withheld.

The Councillor Andreas H u c k is therefore suggested as honorary Burgomaster to the Military Governor.

H u c k accepts the suggestion.

Hereafter the meeting was broken up for 20 minutes, so as to give the Councillors opportunity to agree about the election of the Town-Councillors. After the interval the meeting was again reopened by the Burgomaster.

Fig.3). Election of
Town-Councillors.

Councillor B a l k e declares, that an absolute agreement of all the parties has been achieved.

Suggested are:

- a) for the public and private welfare : Mrs. Käte Matthiessen
- b) for matters of accommodation : Otto H a n k e
- c) for health-conditions: Heinrich Glissmann
- d) for education : Karl Matthiessen
- e) for culture, sport and youthful welfare: Georg Hefmann
- f) for construction : Heinrich Schacht
- g) for the Town-Works for Electricity and Gas : Heinz Beerbaum
- h) for field-and forestry : Heinrich Röttger

Approved :
PINNBERG,
8th January 8th 1946

The suggestions are accepted unanimously.

Hereafter the meeting is closed at 13.20 hrs.

Signed:

Burgomaster

Councillor

Councillor

Keeper of minutes.



4

4. Meeting in camera of the Town-Council Wedel
on Tuesday, the 15th. Jan. 1946 at 19.00 hrs.
in the Town-Hall, Meeting-Hall.

Present are:

Burgomaster J e s s e n
as Chairman,

The Burgomaster greets those present
and opens the meeting at 19.10 hrs.

following members of the
Town-Council:

The programme of the day consists of
following items:

Balke, Barthel, Beerbaum,
Bosch, Brand, Bremer, Dziubek,
Eydeler, Glissmann, Hanke,
Hofmann, Huck, Kleinwort,
Köhler, Langensee, Mahlow,
Matthiessen Karl, Matthiessen
Käte, Möller, Ramcke, Ramcke
Herbert, Röttger, Schacht,
Japp.

- 1). Amendment of statute (Fig. XIV, VI, X)
- 2). Execution-rules for the Statute
of the Town.
- 3). Various questions.

Employee G a u as
keeper of minutes.

Employee H u f e as
short-hand typist.

Fig. 1). Amendment of statute:

Burgomaster J e s s e n makes fol-
lowing declaration:

The "Kreistag" has decided in the last
session that with exemption of the
higher officials and employees, the
officials, employees and workers are
permitted to take part in party-polit-
ics. The statute of the town there-
fore ought to have following wording
in Fig. XIV, Sec. 2:

" It is prohibited for the Director
of the Town-Administration (Town-
Director) and for all officials of
the salary-group A4c2 and higher as
well as for all employees in the
group V TO.A. and higher to take
part in party-politics in any form."

-Town-Councillor S c h a c h t re-
grets that it is not permitted for
all officials and employees to take
part in politics and hopes, that the
time will come where these persons
will also have complete political
freedom.

This amendment of statute is accepted
unanimously.

Hereafter Burgomaster J e s s e n
explains, that while working-out the
execution-rules further changes of
the statute have become necessary:
In Fig. VI, Sec. 3, the first sentence
must have following wording:

"The

"The Town-Treasurer is the salaried Manager of the Account-Dept. of the Town."

Also this change is accepted unanimously.

In Figure X the word "Commission" is exchanged with "Committee" and the word "Treasurer-Commission" with "Finance-Committee". Hereafter Fig.X has following wording:

"The Town-Director is obliged to hear the opinion of the Town-Councillors upon matters they are competent about.
The formation of committees for the branches of administration mentioned under Fig.IX will be regulated by the Execution-Rules issued in connection with this statute.
The formation of a finance-committee - Chairman being the Town-Director - will also be fixed by these executive rules."

This amendment was accepted unanimously.

Figure V: Councillor B a l k e requests, that the authority for making decisions should be made dependent on the presence of half the councillors, thus
Figure V being changed as follows:

"At least one half of the councillors must be present when decisions are made by the Town-Council.
No official matters are handled unless at least one half of the councillors is present. The decisions of the Town-Council must be confirmed by Military Government before they are lead through."

This amendment is accepted unanimously.

Fig.2).Execution-Rules:

The drawn-up Execution-Rules are accepted by the councillors with following amendments:

Sec.5). In Figure V the words "one third" are to be exchanged by "one half".

Further Sec.2, Fig.V is now worded as follows:

" About the discussions of the Town-Council minutes are to be kept by an official or employee of the town appointed for the purpose by the Town-Director. The minutes are to be read aloud at the end of the meeting and to be signed by the Burgomaster, 2 councillors and the keeper of minutes."

Section 6): In the first interval the word "Mentioned" is exchanged by "Town-Director".

Councillor S c h a e n t asks for explanation why the Town-Director has not been elected as in Finneberg the Kreis-Director.

The councillors agree that this question must be discussed by the Burgomaster with the Military Government.

Fig. 3) Various Questions:

a) Burgomaster J e s s e n reports, that the grave of the honorary citizen of the Town Wedel, the artist Rudolf H ö c k n e r , is in bad need of care. He suggests that the grave of H ö c k n e r should be taken care of permanently by the Town. This proposal is accepted without remonstrance.

b) Further the Burgomaster states, that the Museum of the Town in the Küsterstraße is in a rather bad condition because of the War. The articles of the collection lie about dusty and uncared for. The collection is - as authorities declare - of no great value. If it is not taken care of though, it will lose its value completely. None of the articles there have any connection with the cultural-historic development of the town.

Councillor H a n k e makes the suggestion to have the condition of the museum examined by a commission, the results submitted to the next councillor-meeting. The members of the commission are immediately chosen:

Burgomaster J e s s e n,
the councillors Hanke, Ruck, Hofmann,
Matthiessen Karl, Ramcke Herbert,
Langensee.

It is decided that the museum is to be thoroughly overhauled on Sunday, the 20.1.46 at 10.00 hrs.

c) The Burgomaster reads an application submitted by the former Managing Director Hümme. H. asks to be re-employed. The meeting decides, to hand on this case to the Commission for Removing Nazis (Entnazifizierung) mentioned under 1).

d) As compensation for the expenses and trouble a sum of 1200.--RM yearly is fixed for the honorary Burgomaster, which is accepted unaniamously. On this occasion the Burgomaster J e s s e n informs those present that the elected honorary Burgomaster has been confirmed by Military Government. The inaugural ceremony will take place on Thursday, the 17th.1.1946 at 19.00 hrs.

e) Burgomaster J e s s e n mentions that the letting out of Holland's house in the Bahnhofstraße has caused criticism by the councillors. It is said that the Manager of the Accomodation-Dept. has only agreed to it, because he was pressed to it by the Burgomaster. The Burgomaster explains further, that the letting has caused great difficulties, because different

offers

offers were made by commercial circles wanting to set up a concern there. The Dept. for Accommodation has rejected these offers in agreement with him, so as to save the house for dwelling purposes. Further the letting of this house was very difficult, because no tenants could be found for the expansive flats. By letting it to leading employees of the firm "A r o m a x " two considerably cheaper flats have grown free for others. Mr. Oppermann has confirmed this very day, that he shared this opinion and that he has in no way been forced to the decision by the Burgomaster. Mr. Oppermann also finds this to be a good solution.

Councillor B a l k e and councillor S c h a c h declare that they knew nothing about this matter and share the Burgomaster's opinion.

f) The councillors once again request the Burgomaster to take steps at Mil. Gov. for the release of the empty barracks of the Transit-Camp, Rissenerstraße.

g) Councillor H a n k e mentions the disturbance to traffic caused by the loading and unloading of barrels before the house Scheunemann, Bahnhofstr. 67. Burgomaster J e s s e n explains that the firm in question has already been notified by the police about stopping the disturbance.

h) Councillor G l i s s m a n n reports about the very bad condition of the road "Ereiter Weg". Burgomaster Jessen will forward the complaint to the Building-Dept.

i) Councillor L a n g e n s e e asks whether the artistic performances in Wedel are arranged by the Town-Administration. The entry-prices are far too high for conditions in Wedel. Burgomaster J e s s e n explains, that the organizer of these evenings is a Dr. Hans Harbeck from Hamburg who arranges those evenings together with the local show-ticket office. It is intended to set up a Culture-Circle in Wedel. The necessary preparations have been made.

k) So as to give the councillors the opportunity to confir freely about the election of a councillor to be chosen instead of a retiring member, the meeting is broken-up for 20 minutes.

At 21.30 hrs. the meeting is resumed.

A new councillor is to be suggested instead of the Burgomaster J e s s e n, who relinquishes his post.

Suggested are:

Merchant Heinrich J e n s and
lock-smith Fritz B i e r n o t h.

A secret voting resulted in 14 votes for J e n s
and 10 votes for Biernoth
1 vote was withheld.

The

The Burgomaster will submit the suggestion for
J e n s to Mil.Gov. for confirmation.

1) Councillor S e n a c n t declares, that the po-
pulation is not satisfied with the slow process of
removing Nazis from the Authorities. As¹ the whole
Kreis the process is too slow, in his opinion
the forming of a special commission for removing
Nazis, from amidst the councillors, would be advisab-
le.

This commission is to examine all officials, emplo-
yees and workers of the Town upon their political
reliability, and to look out those cases, that
must be submitted to Mil.Gov. for extra exami-
nation. Councillor M a h l o w pointed to the
case of Stadtinspektor J e n s on this occasion.

Burgomaster Jessen states that he has no authori-
ty to suspend J e n s without permission from
Mil.Gov. He further explains that the case is at
the moment at Mil.Gov in K i e l for further
decision.

For the Commission of Removing Nazis are suggest-
ed:

Burgomaster J e s s e n and the councillors
Brand, Bremer, Balke, Beerbaum, Dziubek and Mahlow.

Burgomaster J e s s e n will work out the idea
for the next meeting on Tuesday, the 22nd. Jan. 1946.

As no further questions were put force, the meet-
ing was closed at 22.00 hrs.



The Burgomaster

[Signature]
Councillor

[Signature]
Councillor

[Signature]
Keeper of Minutes

Approved : except for

- a) Fig. 1 - Statutes
- b) Fig. 2 - Execution-rules
- c) Fig. 3 (1)

FEBRUARY 11th 1946

[Signature]
for Council 530
DET. Mil. Gov.

11

5. Public session of the town-representative at Wedel
on Thursday, the 17th of January 1946 at 7 o'clock
in the town-hall-session-room.

Present:

Burgomaster Jessen as chairman,

the following members of the
town-representative:

Balke, Barthel, Beerbaum, Bosch,
Brand, Bremer, Dziubek, Eydeler,
Glissmann, Hanke, Hofmann, Huok,
Kleinwort, Köhler, Langensee,
Mahlow, Matthiessen Karl,
Matthiesen Käte, Möller, Ramcke
Ramcke Herbert, Röttger, Schacht,
Japp.

employee Gau as protocol-leader
employee H u f e as short-hand-
writer.

The Burgomaster salutes the councillors and
present auditors an-d started the session
at 7 o'clock.

The order of the day is the official-intro-
duction of the honorary Burgomaster
Andreas H u c k .

Burgomaster Jessen gives a report of his
administration since March 1943. He de-
clares, that the finance-affairs of the
town are healthy and in spite of the coming
difficult tasks allow, to look trustly into
the future. The administration is quite
allright.

He gives a comprehensive report about
the beginning of a totally new-organisation
of the German self-administration. He thanks
all his fellow-labourers and asks the
councillors , to do everything possible for
the town.

At the end of his speech Burgomaster
Jessen publishes, that the "Kreistag" at
Flensburg has chosen him with all voices
as "Kreisdirektor", But he promised to
stay as long as all current important
questions - as the new constitution and
the financial statement are fixed.

After that he introduces into duty the
honorary Burgomaster Andreas Huck and hands
to him the official-chain with the words:
"Your acting be honourable, true and just."

Burgomaster H u c k saluted the present
councillors an-d auditors and thanks the
former Burgomaster an town-director
Georg Jessen for his introduction-words.
He also thanks the town-director for the
excellent, fit and correct leadership of
the official-business, especially also
during the meantime after the capitulation.

He hopes, that the town-director would
spend in the future all his might to the
service and well-fare of the community of
the town.

Burgomaster H u c k explained further,
that he knows the responsibility and
that would come to him and that he would
managed. He would together with the
councillors manage the wanted task
knowledge and conscience.

in charge of
Ber Schälze -
Ber Schälze

(121012)

11th public Meeting of the Town-Council at Fedel
on Thursday, 27th June 1946, at 7 p.m. in the meeting-hall
of the Town-Hall.

Present:

Chairman Burgomaster's Representative
 s a l k e

The following members of the Town-Council:

Barthel, Beerbaum, Bosch, Brand,
 Bremer, Delusek, Eydeler, Jens,
 Glismann, Hanke, Kleinwort, Köhler,
 Langensee, Mahlow, Matthiessen, Möller,
 Ramcke Karl, Ramcke Heroert, Röttger,
 Japp, Freundt, Schacht, Heisecke.

Town-Director J e s s e n
 Employee Gau as writer of the protocol

Alderman Hofmann is absent (apologised)

40 auditors.

Burgomaster's Rep. B s l k e welcomes the persons present and opens the meeting. He states the competence of the Council.

The order of the day contains the following points:

- 1) Reading out of the protocol of the meeting on 9th May 1946.
- 2) Protocols of several meetings of committees.
- 3) Election of the Burgomaster.
- 4) Election of a member for the main committee.
- 5) Election of a female member for the housing committee.
- 6) Announcement of the essential regulations of the new community order.
- 7) Informations.

At the beginning of the meeting, Burgomaster's Rep. salke installs Councillor Hans Heisecke, who has been admitted by Military Government.

Item 1) Reading out of the protocol of the meeting on 9.5.1946.

The protocol of the last meeting was read out by the writer of the protocol.

Alderman Hanke declared that his motion has been misunderstood by several circles of the population. His motion for providing of potatoes was to understand as written down in the protocol. He has never had a conversation with the Military Governor about the withdrawal of food-ration cards for heavy work from the workmen in case of being absent from work.

Item 2) Protocols of several meetings of committees.

Before the reading out of the protocols, the Burgomaster's Rep. pointed out that in charge of the Governor, the liaison man - Herr Schulse - had to give an important information. Herr Schulse



speaks about the order of Mil. Gov. regarding the admittance of officials by the Council, also including the Town-Director. He says that the Governor wants a quick resolution from the Council regarding the admittance of the Town-Director.

Thereupon, the reading out of all the protocols of the committees by the chairmen of the committees took place, viz.:

- 1) Meetings of the main committee on 15th, 17th and 24th May, 12th June 46.

The meeting of the main committee, dated 15th May 46, as well as the other meetings were accepted by the Council for one voice.

On this occasion Alderman Beerbaum suggests to hand the invitations for the meetings against receipt by messengers.

- 2) Meetings of the school committee on 15th May, 3rd and 14th June 1946.

Alderman Beerbaum suggests to put the protocols before each Councillor for reading. There is not taken a resolution about this point.

There is a vivacious debate about the scholarships. Councillor Langensee explains that resolutions regarding reduction of school fees can be taken much easier if the school committee is informed about the amount of the means being at its disposal.

In the protocol of 14th June 46 the question of pay for the schoolhouse-stewards is treated. The Council takes the following resolution which is accepted for one voice:

For overtime being caused by cleaning the medium school the schoolhouse-stewards Lediges and Pape revocably get RM 20.- a month. Councillor Bremer asks to propose to the school committee for resolution the nations Blonck and Grundlach for reduction of school fees once more.

On this occasion the following resolution is taken. When protocols are read out in which needy proposers are named, the names of these proposers are not to be mentioned.

This resolution is accepted for one voice.

- 3) Meeting of the culture-, sport- and youth-committee on 9th June 1946.

The resolutions taken by the culture-, sport- and youth-committee are accepted for one voice by the Council.

- 4) Meeting of the architecture committee on 11th June 46.

The resolutions taken by the architecture committee are accepted by the Council for one voice.



- 5) Meeting of the committee for the Town-works for gas and electricity and the fire-brigade on 13th June 46.

There was a vivacious debate regarding the resolutions, taken in the meeting, to stop the settlement of accounts in the lump. To this Alderman Beerbaum gives detailed informations and, hereby, proves the necessity of this measure. Particularly, he points to the monthly returning deficiency of RM 3.000.- which must be born by the Town-community.

After a longer debate there is still an agreement, and all the resolutions of this meeting are accepted with

21 votes for
2 abstinences from voting
and 1 vote against.

- 6) Meetings of the welfare and refugees' committee on 14th and 24th June 1946.

The resolutions taken by the welfare and refugees' committee are accepted for one voice.

- 7) Meetings of the housing committee on 24th May and 20th June 1946.

The resolutions taken in the meetings of the housing committee were accepted for one voice by the Council.

Item 5) Election of the Burgomaster.

There are the following proposals:

- by Councillor Kuschke - Burgomaster's Rep. Balke
- by Councillor Mahlow - Alderman Schacht
- by Alderman Matthiesen - Councillor Brand.

Result of the election:

Schacht - 11 votes
Balke - 9 votes
Brand - 4 votes

Burgomaster's Rep. Balke points to § 10 of the standing orders to which the Burgomaster must be elected with absolute majority of votes. Therefore, a second election must take place.

There is then a longer, vivacious debate about the meaning of § 10 with the result that the meeting is interrupted for 3 minutes.

The meeting goes on at 9,10 p.m.

Councillor Kuschke makes the motion for a second ballot with the candidates Schacht/Balke. This motion is accepted for one voice.

Result:

Schacht - 11 votes
Balke - 9 votes
4 abstinences from voting.

Consequently, Herr Schacht is elected for Burgomaster with absolute majority of votes. 16.



Handwritten text at the bottom of the page, possibly a signature or date, which is partially obscured and difficult to read.

Item 4) Election of a member for the main committee.

In consequence of the resigning of Burgomaster Euck, the election of a new member for the main committee is necessary.

Alderman Schacht proposes Councillor Heisecke. Acceptance for one voice.

Item 5) Election of a female member for the housing committee.

Alderman Matthiassen proposes Frau Margarete Wulf, No. 4 Riststrasse, Wedel.

Councillor Bremer proposes Frau Eydeler, No. 36 Hindenburgstrasse, Wedel.

Frau Eydeler renounces. Acceptance of the proposal for Frau Wulf for one voice.

Item 6) Announcement of the essential regulations of the new community order.

Town-Director Jessen gives the common principles of the new community order in the version of a lecture in writing. Thereafter, he gives a short survey about the preparations for the election, and informs the Councillors about the respective regulations.

Item 7) Various points.

a) Dogs for field-guards.

Regarding the dogs for field-guards, Burgomaster's Rep. Salke points to the resolution taken by the Town-Council on 9th May 46. Councillor Jens explains that it is impossible to get dogs for suitable prices. Recently, he had for instance an offer to buy a dog for RM8,000.-. Since the town- and land-guard is in charge, it is no more necessary to have dogs, explains alderman Seeroman.

There is a longer debate about this question with the result that no dogs shall be bought. On this occasion Alderman Seeroman makes the motion for granting the necessary means by the Council to finish the fences of the gardens in the street Galgenberg. The motion is put on the next order of the day.

b) Providing of school-rooms for the confession school.

Town-Director Jessen explains that this affair cannot be discussed before there is a fundamental resolution of the school board. Alderman Schacht reads out a resolution of the school commission of the "Kreistag", to which only those committees can make motions, where confession schools have already been in former times.

Town-Director Jessen states that there is already such a motion, and it is also handed over to the school board.

c) Board of Directors of the savings-bank.

Burgomaster's Rep. Salke informs the Council that the appointments and elections for the board of directors of the savings-bank, having been done in the last meeting of the Town-Council, have been annulled by the board of inspection, according to the latest regulations, the board



of directors of the savings-bank must be appointed by the chairman, via. the Burgomaster.

Alderman Schacht proposes that the appointment of the Board of directors shall be done by the now elected Burgomaster and the still officiating Burgomaster's Rep. during the following days.

There are no objections from the Council.

- d) Motion Jans regarding mooring posts in the basin of the bathing-establishment at Schmalau.

The question in the utilizing of the mooring posts having been put in the former bathing-establishment in connection with the so-called "building programme Fennel". The city of Hamburg has been allowed by Mil.Gov. Hamburg to utilize the wood for the post-action. The motion Jans will request the utilizing through the town-community of Wedel too.

Town-Director Jessen explains that the motion has already been made to the competent office four weeks ago. There is then a debate regarding the utilizing of the wood.

In order to settle this affair, the resolution of the Councillors requires immediate further conferences from the Town-Administration.

- e) Burgomaster's Rep. Balke reports about the peat-cutting. After many difficulties the peat-cutting started to-day. 210,000 pieces have been pressed during the hours from 7 a.m. to 2 p.m., that means 50,000 pieces per hour. The work is done in 2 shifts - 15 hours, so that 450,000 pieces are pressed a day. From Monday on the work will be done with the full strength, and nothing is lost if the weather will be good.

Alderman Beerbaum asks whether the question regarding the difficulties in transport from the cutting-place to the train is solved. Burgomaster's Rep. Balke will clear this question with the manager, Herr Flasen, on next Monday.

- f) Feeding of children.

Town-Director Jessen reports about an order of the Kreis regarding the feeding of children, and about our answer. 714 of 1215 children, having been examined, are in an insufficient state of bodily strength and nourishment. The feeding can begin as soon as there is a resolution.

- g) Burgomaster's Rep. Balke points to the former resolutions of the Town-Council regarding the house No. 14, B. Alenstrasse, over E.J. Biercks.

There is a general debate about the question whether he is to be appropriate in accordance with the respective law, because it is his fault that the work cannot be finished.



Handwritten text at the bottom of the page, including a date "1907" and some illegible characters, possibly a library or archival stamp.

There is a resolution for one voice to state to-morrow whether the necessary material for finishing the repair-work in the flats is at hand. Further steps will be taken then.

Burgomaster's Representative Balke closes the meeting at 10,30 p.m.

Burgomaster's Rep.

signed Balke

Councillor

signed Langensee

Councillor

signed Rüttger

Writer of the protocol

signed Gau

Certified

Der Stadtdirektor



Handwritten signature of the Stadtdirektor.

Approved : PINNBERG July 1946

Military Government seal with handwritten initials 'WAS' and text: 'Lt Col. Commander 530th Signal Battalion (SG) Pinnberg'.



Faint mirrored text at the bottom of the page, likely bleed-through from the reverse side.